



Integration nach Maß

Der Hessische Integrationsmonitor –
Fortschreibung 2015



Integration nach Maß

Der Hessische Integrationsmonitor –
Fortschreibung 2015





© A. Kurz



Hessen ist vielfältig – und wird es immer mehr. Unser Anliegen ist es, anhand von Daten und Fakten nachzuvollziehen, was das genau bedeutet. Wie viele Hessinnen und Hessen haben einen Migrationshintergrund? Wie hoch sind die Besuchsquoten in Kindertagesstätten? Wie verteilen sich Schülerinnen und Schülern auf die verschiedenen Schulformen? Wie steht es um die Erwerbstätigenquote? Wie verbreitet sind welche Religionsgemeinschaften? Wie wohl fühlen sich die Menschen in unserem Bundesland?

Nur durch die empirische Betrachtung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Teilbereiche lässt sich stichhaltig und fundiert argumentieren und lassen sich gesellschaftliche Zusammenhänge verstehen. Nicht nur in der gesamtgesellschaftlichen Diskussion, sondern auch bei der politischen Entscheidungsfindung sind diese Grundlagen unentbehrlich, denn die Daten und Fakten bilden die Basis für eine passgenaue Integrationspolitik in Hessen. Deshalb freuen wir uns sehr, Ihnen nun die bereits dritte Fortschreibung des Hessischen Integrationsmonitors vorlegen zu können. Der Hessische Integrationsmonitor 2015 umfasst fast 50 Einzelindikatoren aus 17 Themenfeldern und bietet damit eine fundierte und detaillierte Übersicht über den Stand der Integration in Hessen. Mit seiner dritten Fortschreibung lässt er auch Aussagen über die Entwicklung in den

einzelnen integrationspolitischen Handlungsfeldern zu. 2015 lässt sich die Fortsetzung des Trends aus 2013 erkennen: der langsamen, aber positiven Entwicklung im Bereich der Teilhabe von zugewanderten Personen.

Wir setzen uns ausdrücklich dafür ein, dass die Vielfalt der Menschen in Hessen mit ihren kulturellen, politischen, persönlichen und religiösen Überzeugungen wertgeschätzt wird. Sie stellt eine Bereicherung für uns alle dar. Zugleich ist sie aber auch eine große Herausforderung für uns. Mit der Vielfalt zu leben bedeutet fortwährende Diskussion, Aushandlung und Bewegung. Für diesen Prozess brauchen wir verlässliche Informationsquellen. Dazu leistet der Hessische Integrationsmonitor einen wichtigen Beitrag. Wir wünschen Ihnen eine aufschlussreiche Lektüre!

Herzlichst Ihr

und Ihr



Stefan Grüttner
Hessischer Minister für
Soziales und Integration



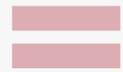
Jo Dreiseitel
Staatssekretär und Bevollmächtigter
für Integration und Antidiskriminierung

Inhalt

1	Zentrale Ergebnisse	8
2	Grundlagen des hessischen Integrationsmonitorings	12
2.1	Was leistet der Hessische Integrationsmonitor?	13
2.2	Wie geht der Hessische Integrationsmonitor vor?	14
2.3	Welche Datenquellen werden genutzt?	16
2.4	Was ist ein „Migrationshintergrund“?	19
3	Indikatoren des Hessischen Integrationsmonitors	22
3.1	Übersicht	23
3.2	Bevölkerungsstand und -entwicklung	25
3.3	Strukturelle Dimension der Integration	34
3.3.1	Bildung - Lebenslanges Lernen	34
3.3.2	Arbeit	56
3.3.3	Einkommen, Armut, Transferabhängigkeit	74
3.4	Soziale Dimension der Integration	81
3.4.1	Lebensformen	81
3.4.2	Gesundheit	88
3.4.3	Bürgerschaftliches Engagement	93
3.4.4	Politische Partizipation	96
3.4.5	Kriminalität	99
3.5	Kulturelle Dimension der Integration	102
3.5.1	Sprachkompetenz Deutsch	102
3.5.2	Religion	108
3.6	Identifikatorische Dimension der Integration	115
3.6.1	Gefühl der Zugehörigkeit	115
3.6.2	Gefühl der Ausgrenzung	121

4	Der Hessische Integrationsmonitor im nationalen und internationalen Kontext	126
4.1	Das Monitoring in der Europäischen Union	128
4.2	Das Monitoring auf Bundesebene	129
4.3	Das Monitoring der Bundesländer	129
4.4	Das Monitoring der Hessischen Kommunen	130
4.5	Andere Systeme zum Integrationsmonitoring	130
5	Literatur	132
6	Abkürzungsverzeichnis	152
	Anhang	154
	Anhang 1: Tabellenteil	155
	Anhang 2: Die Indikatoren der Berichterstattung zum Integrationsmonitoring der Länder	214
	Anhang 3: Die „Core Indicators“ der Europäischen Union	216
	Impressum	216

228.09



Zentrale Ergebnisse



Hessen ist ein vielfältiges, tolerantes und welt-offenes Land. Eine Leitlinie hessischer Politik ist, Leistung zu honorieren, gesellschaftlichen Aufstieg zu ermöglichen und Ausgrenzung zu vermeiden. Dies gilt gerade auch für Zugewanderte. Erfolgreiche Integrationspolitik trägt ganz wesentlich dazu bei, diesem Anspruch gerecht zu werden. Deshalb hat die Hessische Landesregierung der Integrationspolitik besondere Priorität eingeräumt und setzt vielfältige Maßnahmen zur Förderung der Integration ein.

Es liegt im Interesse einer langfristig erfolgreichen und nachhaltigen Integrationspolitik, den Verlauf der tatsächlichen Integration beobachten, messen und einschätzen zu können. Daher legt das Hessische Ministerium für Soziales und Integration im Jahr 2015 zum dritten Mal den Integrationsmonitor für Hessen vor, der eine Fortschreibung und Weiterentwicklung der Monitore 2010 und 2013 darstellt.

Der Hessische Integrationsmonitor 2015 liefert folgende zentrale Ergebnisse:

Bevölkerungsstand

- Gut jeder vierte Hesse hat einen Migrationshintergrund.¹ Mehr als die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund besitzt die deutsche Staatsangehörigkeit.
- Etwa zwei Drittel davon sind selbst zugewandert, ein Drittel ist hier geboren.
- Personen mit Migrationshintergrund sind im Schnitt deutlich jünger als die Gesamtbevölkerung. Von den Kindern unter 6 Jahren hat fast jedes zweite einen Migrationshintergrund. Ihr Anteil wird in Zukunft weiter zunehmen.

Zuwanderung

- Im Moment ist eine starke und sich beschleunigende Zuwanderung aus dem Ausland festzustellen, wobei den Flüchtlingszugängen in der öffentlichen Debatte ein besonderer Stellenwert zukommt. Belastbare Daten zur Zuwanderung von Flüchtlingen liegen momentan jedoch nicht vor.

¹ Ergebnisse des Mikrozensus; nach der Definition des Statistischen Bundesamtes zählen zu den Personen mit Migrationshintergrund „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (s. dazu auch Abschnitt 2.4; Statistisches Bundesamt 2012b: 6).

Strukturelle Dimension

- Die Betreuungsquote von Kleinkindern mit Migrationshintergrund ist gestiegen. 2014 besuchten 18% der unter 3-Jährigen eine Kindertageseinrichtung, bei Gleichaltrigen ohne Migrationshintergrund waren es 29%. Mit zunehmendem Alter gleichen sich die Betreuungsquoten an: Von den 3- bis unter 6-Jährigen sind jeweils etwa 93% der Kinder mit und ohne Migrationshintergrund in einer Kindertageseinrichtung.
- Der Anteil der Schüler mit Migrationshintergrund, die die Schule mit dem Abitur verlassen, ist deutlich gestiegen und beträgt augenblicklich 23%. Bei den Schülern ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil mit 45% fast doppelt so hoch. Gleichzeitig geht auch der Anteil derer, die keinen oder lediglich einen Hauptschulabschluss erreichen, allmählich zurück. 5% der Schüler mit und 2% der Schüler ohne Migrationshintergrund erreichen keinen Schulabschluss, 26% derjenigen mit und 14% derjenigen ohne Migrationshintergrund machen einen Hauptschulabschluss.
- Die Beteiligung am Erwerbsleben hat sich im Berichtszeitraum positiv entwickelt: 2013 waren 66% aller Personen mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig, dies sind acht Prozentpunkte mehr als 2005. Jedoch sind sie häufiger befristet oder geringfügig beschäftigt. Die Arbeitslosenquote von Ausländern ist zwischen 2006 und 2011 von 22% auf 15% gesunken und blieb dann konstant.
- Mittlerweile liegen vorläufige Daten zu Arbeitslosen mit Migrationshintergrund vor. Demnach hat jeder zweite Arbeitslose einen Migrationshintergrund.

- Das Armutsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund hat sich seit 2005 kaum verändert. Noch immer sind 29% dieser Gruppe armutsgefährdet, von den Personen ohne Migrationshintergrund hingegen nur 11%.
- Allerdings hat sich die Einkommenssituation von Familien mit, aber auch ohne Migrationshintergrund verbessert.

Soziale Dimension

- Personen mit Migrationshintergrund leben häufiger in einer Familie mit Kindern und seltener allein oder in Paargemeinschaften ohne Kinder. Damit korrespondiert eine höhere Geburtenziffer: Ausländerinnen bringen im Schnitt 1,8 Kinder zur Welt, unter deutschen Frauen liegt der Wert bei 1,3.
- In einer Selbsteinschätzung geben 52% der Personen mit Migrationshintergrund gegenüber 47% der Personen ohne Migrationshintergrund an, sie fühlten sich gesundheitlich „gut“ oder „sehr gut“. Der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die ihren Gesundheitszustand als „weniger gut“ oder „schlecht“ bezeichnen, ist in etwa gleich hoch wie der der Personen ohne Migrationshintergrund (21% vs. 20%).

Kulturelle Dimension

- 79% aller Personen, deren Muttersprache nicht Deutsch ist, schätzen ihre Sprechkompetenz als gut oder sehr gut ein, bei der Schreibkompetenz sind es rund zwei Drittel.
 - Mehr als die Hälfte aller Personen mit Migrationshintergrund spricht überwiegend Deutsch, 34% wechseln zwischen Deutsch und der Sprache ihres Herkunftslandes bzw. der ihrer Eltern. 8% sprechen überwiegend ihre Heimatsprache.
 - Der Großteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (50%) ist katholisch oder evangelisch, 20% sind Muslime und 16% konfessionslos.
- Trotz immer noch bestehender struktureller Ungleichheiten zwischen den Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund – und anhaltender Zuwanderung – zeichnet sich also in den meisten integrationspolitischen Themenfeldern eine positive Entwicklung ab. Die im ersten Betrachtungsjahr 2005 festgestellten Unterschiede zwischen der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund haben sich im Berichtszeitraum bei den meisten Indikatoren verringert.

Identifikatorische Dimension

- Die überwiegende Mehrzahl (96%; 2013) aller Personen mit Migrationshintergrund gibt an, sich in Hessen „sehr“ oder „eher“ wohlfühlen. Dies ist deutlich mehr als noch im Jahr 2011 (86%).

97.537



Grundlagen des Hessischen Integrationsmonitors



2.1 Was leistet der Hessische Integrationsmonitor?

Ziel der Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung ist es, Zugewanderten mit Bleibeperspektive gleiche Bildungs- und Berufschancen zu eröffnen und sie umfassend am gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Leben zu beteiligen. Dazu zählt der gleichberechtigte Zugang zu den hessischen Institutionen und die gesellschaftliche Teilhabe als Voraussetzung erfolgreicher Integration.

Integration kann nur gelingen, wenn sie der gesellschaftlichen Vielfalt Rechnung trägt. Vielfalt ist von besonderer Bedeutung für unser international ausgerichtetes Land. Dazu zählt auch die interkulturelle Öffnung der Landesverwaltung sowie kommunaler und sozialer Einrichtungen.

Der Hessische Integrationsmonitor will Integration sichtbar machen. Monitoring bedeutet „Beobachtung“. Es erlaubt, bestimmte Entwicklungen durch wiederholte Messungen und die Abbildung von Zeitreihen kontinuierlich zu verfolgen und eventuelle Fehlentwicklungen zu erkennen. (Worbs/Friedrich 2008: 265)

Der Hessische Integrationsmonitor soll zeigen, inwiefern sich die Partizipation von Zugewanderten in den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen im Lauf der Zeit entwickelt hat und inwieweit sich Vielfalt im gesellschaftlichen Leben und den Institutionen widerspiegelt. Dies ist allerdings nur für Bereiche möglich, zu denen hinreichend aussagekräftige Daten vorhanden sind. Integration ist darüber hinaus ein äußerst vielschichtiger gesellschaftlicher Prozess, der durch Monitoring nur teilweise erfasst werden kann.

Monitoring ermöglicht für sich genommen keine Ursachen-Wirkungs-Analyse. Es kann zwar Grundlage einer systematischen Berichterstattung oder

der Evaluation integrationspolitischer Maßnahmen sein, ist jedoch nicht mit Evaluierung gleichzusetzen (ausführlich dazu Filsinger 2014: 10ff.). Für eine Wirkungsmessung sind andere Ansätze erforderlich.

Im Interesse der Leserinnen und Leser wurde die Struktur der bisherigen Ausgaben des Hessischen Integrationsmonitors weitestgehend beibehalten: Alle Indikatoren des Hessischen Integrationsmonitors sind graphisch dargestellt und in den Abschnitten 3.3 bis 3.6 nun – soweit möglich – für vier Messzeitpunkte (i.d.R. 2005, 2009, 2011, 2013) ausgewiesen, damit ein Trend sichtbar wird. Zur leichteren Verständlichkeit der Graphiken sind manche Indikatoren in ihrem Informationsgehalt reduziert (z. B. indem auf die Differenzierung nach Geschlecht verzichtet wird). Ergänzende Graphiken bilden Fakten ab, die für eine vertiefte Diskussion wichtig erscheinen.

In Anhang 1 finden sich ausführliche Tabellen – auch mit absoluten Zahlen. Eine detaillierte Auseinandersetzung mit der jeweiligen Thematik ermöglichen die zu jedem Indikator angebotenen aktualisierten Literaturhinweise.

Eine Ergänzung fand der Hessische Integrationsmonitor 2013 durch die Aufnahme eines Indikatorensets für die Zuwanderung aus dem Ausland. Er griff damit eine Handlungsempfehlung der Fachkräftekommission Hessen aus dem Jahr 2012 auf, die sich im Rahmen der Strategieentwicklung zur Bewältigung der sich abzeichnenden Fachkräftengpässe auch dafür aussprach, eine Datenbasis zur Beobachtung des Wanderungsgeschehens von und nach Hessen zu schaffen. Die augenblicklichen Flüchtlingszugänge, bei denen viele Menschen noch nicht registriert werden konnten, lassen einen gesonderten Bericht sinnvoll erscheinen.

2.2 Wie geht der Hessische Integrationsmonitor vor?

Zunächst fächert der Hessische Integrationsmonitor den gesellschaftlichen Integrationsprozess in verschiedene Komponenten auf, sogenannte **„Dimensionen“ der Integration**.² Er unterscheidet zwischen **struktureller Integration** (z.B. Zugang zu den Kernstrukturen der Aufnahmegesellschaft in Schlüsselbereichen wie Bildung und Arbeitsmarkt), **sozialer Integration** (wie privates soziales Umfeld, binationale Partnerschaften, Einbindung ins Vereinsleben), **kultureller Integration** (u. a. Erwerb der Landessprache, Kenntnis der sozialen und kommunikativen Gewohnheiten in der Aufnahmegesellschaft, Wertvorstellungen) und schließlich **identifikatorischer Integration** (lokales, regionales, nationales oder binationales Zugehörigkeitsgefühl).

Der Hessische Integrationsmonitor identifiziert die jeweils maßgeblichen Handlungs- oder Themenfelder einschließlich der Festlegung der Merkmale des „Integrationsfortschritts“. Darauf baut dann die Ableitung von Indikatorensets auf, die durch die Kombination geeigneter Einzelindikatoren die Integration im jeweiligen Feld (z. B. Erwerbsleben) beschreiben und ihre Entwicklung in Zeitreihen abbilden können. Die folgende Graphik verdeutlicht die Ableitung von Indikatoren nach der eben beschriebenen Vorgehensweise.

Indikatoren wiederum setzen sich aus einer oder mehreren statistischen Kennziffern zusammen. Dabei spielen Verhältniszahlen in Form von

Quoten, also dem Anteil von Personen an einer Grundgesamtheit, eine besondere Rolle.

Objektive Indikatoren bilden gesellschaftliche Fakten ohne persönliche Wertungen ab, daher können die Daten häufig den amtlichen Statistiken entnommen werden. **Subjektive** Indikatoren beziehen dagegen persönliche Einschätzungen mit ein; sie lassen sich somit nur mit Hilfe von Umfragen ermitteln.

Ferner können die hier vorgestellten Indikatoren folgenden Kategorien zugeordnet werden: Ein Teil der Indikatoren lässt sich als **„Vergleichsindikatoren“** bezeichnen, nämlich diejenigen, für die Referenzwerte berechnet werden können (z. B. für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegenüber der ohne Migrationshintergrund). Damit soll geprüft werden, ob und inwieweit sich Partizipationsmöglichkeiten der Zugewanderten in gesellschaftlichen Schlüsselbereichen durch Angleichung realisiert haben. Zweitens werden **„Optimierungsindikatoren“** genutzt, für die sich keine Referenzgrößen berechnen lassen, die aber eine integrationspolitisch relevante Entwicklung abbilden (wie bspw. die Zahl der Einbürgerungen). Eine dritte Kategorie von Indikatoren fungiert als **„Vielfaltsindikatoren“** (z.B. die Lebensformen in der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund). Sie geben wertungsfrei Hinweise auf die Pluralisierung der hessischen Gesellschaft.

² Dieses Konzept geht u.a. zurück auf Heckmann (z.B. Heckmann 1997; Heckmann 2015: 72f.). Schon 2007 verabredeten der Hessische Städtetag, der Hessische Städte- und Gemeindebund, der Hessische Landkreistag und die Hessische Landesregierung, das Konzept der vier Dimensionen in den Leitlinien und Handlungsempfehlungen für kommunale Integrationsprozesse in Hessen aufzugreifen.

Sozialer Prozess	Dimensionen	Themenfelder (Auswahl)	Indikatoren (Beispiele)
Integration	strukturell	Zugang zu Bildung	Schulbesuch nach Migrationshintergrund Ausbildungsbeteiligungsquote nach Migrationshintergrund
		Zugang zu Erwerbsarbeit	Erwerbsquote nach Migrationshintergrund
		Partizipation an Erwerbsarbeit	Arbeitslosenquote nach Migrationshintergrund
	sozial	Lebensformen	Kinderzahl je Frau nach Migrationshintergrund
		Gesundheit	subjektives Gesundheitsempfinden nach Migrationshintergrund
		Bürgerschaftliches Engagement	Mitarbeit in Vereinen, Gremien etc. nach Migrationshintergrund
		Kriminalität	Anteil der Verurteilten nach Migrationshintergrund
	kulturell	Sprache	eigene Sprachstandseinschätzung von Personen mit Migrationshintergrund
	identifikatorisch	Zugehörigkeitsgefühl	Lebensgefühl in Hessen

Idealtypische Ableitung einzelner Indikatoren in verschiedenen Themenfeldern

Dabei enthält der Hessische Integrationsmonitor eine Erweiterung des zwischen den Bundesländern vereinbarten Indikatorensets, das sehr stark auf die strukturelle Integration fokussiert (Integrationsministerkonferenz 2010, 2011, 2013, 2015).³ Die Abteilung Integration des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration ergänzt das ihm zugrundeliegende Konzept um die vier

Dimensionen der Integration und versucht, auch andere Themenfelder der Integration mit eigenen Indikatoren unter Verwendung ergänzender Datenquellen zu erschließen. In Kapitel 3 wird das hessische Indikatorenset vorgestellt und – soweit möglich – beginnend mit dem Jahr 2005 für die Jahre 2009, 2011 und 2013 fortgeschrieben.

³ Die Berichte zum Integrationsmonitoring der Länder werden von der Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (IntMK) verfasst und von dieser Konferenz herausgegeben.

2.3 Welche Datenquellen werden genutzt?

In der Regel greift ein Monitor auf bereits verfügbare Daten zu. Monitoring gewinnt jedoch deutlich an Aussagekraft, wenn zusätzlich Primärdaten erhoben werden können. Ob sich dies realisieren lässt, ist jedoch vor allem eine Frage der verfügbaren Ressourcen. Die Abteilung Integration hat versucht, die bereits bestehende Datenbasis durch gezielte Erhebungen zu verbreitern.⁴

Hauptdatenbasis für das Integrationsmonitoring auf Landesebene ist der **Mikrozensus**, der von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder erstellt wird. Dabei handelt es sich um die jährliche Befragung einer repräsentativen Mehrzweckstichprobe von 1% der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland (etwa 370.000 Haushalte mit ca. 830.000 Personen), die seit 1957 durchgeführt wird. „Zweck des Mikrozensus ist es, statistische Angaben in tiefer fachlicher Gliederung über die Bevölkerungsstruktur, die wirtschaftliche und soziale Lage der Bevölkerung, der Familien und der Haushalte, den Arbeitsmarkt, die berufliche Gliederung und die Ausbildung der Erwerbsbevölkerung sowie die Wohnverhältnisse bereitzustellen“ (§ 1 II Mikrozensusgesetz 2005). Seit 2005 können die Daten nach Migrationshintergrund differenziert werden. Da die Teilnahme an der Befragung verpflichtend ist, kann man hier von einer sehr guten Datenbasis ausgehen. Für Hessen werden die Daten vom Hessischen Statistischen Landesamt bereitgestellt.

Daneben werden folgende **weitere Datenquellen** für das Monitoring herangezogen:

Die **Arbeitslosenstatistik** der Bundesagentur für Arbeit erfasst alle arbeitslos gemeldeten Personen bis zum Rentenalter. Sie differenziert bislang nach Staatsangehörigkeit, doch werden seit 2011 Arbeitslose in allen Agenturen für Arbeit und Jobcentern im Wege einer freiwilligen Erhebung nach

ihrem Migrationshintergrund befragt. Bis zum September 2014 waren bundesweit etwa 74% der arbeitslos Gemeldeten in die Erhebung einbezogen worden (Bundesagentur für Arbeit 2014b).

Die Angaben des **Ausländerzentralregisters** (AZR) basieren auf den Meldungen der Ausländerbehörden. Es erfasst Daten über Ausländer, die sich länger als drei Monate in Deutschland aufhalten. Eingebürgerte und Doppelstaatler werden nicht erfasst.

Die **Berufsbildungsstatistik** des Statistischen Bundesamtes ist eine Vollerhebung mit Auskunftspflicht. Erfasst werden Jugendliche mit Ausbildungsvertrag, die sich zum Stichtag (31. Dezember) in einer Ausbildung im Dualen System (betriebliche und schulische Ausbildung) befinden. Die Statistik liefert auch Daten zu Verträgen und Prüfungen, differenziert allerdings nicht nach Migrationshintergrund sondern nach Deutschen und Nichtdeutschen.

Die Einwohnerzahlen aus der **Bevölkerungsfortschreibung** basieren auf dem beim Zensus 2011 ermittelten Bevölkerungsstand, der anhand der Bewegungsdaten (Geburten, Sterbefälle, Zu- und Fortgezogene) auf Gemeindeebene fortgeschrieben wird. Diese Statistik liegt für Deutsche und Nichtdeutsche vor.

Die vom Statistischen Bundesamt erstellte **Einbürgerungsstatistik** liefert Zahlen zu den jährlichen Einbürgerungen vormals ausländischer Bürger, die auf Meldungen der Einbürgerungsbehörden basieren.

Die **Geburtenstatistik** ist eine Vollerhebung. Geburten werden nach dem Bundesland ausgewiesen, in dem die Mutter ihren Wohnsitz hat. Die Statistik liegt für Deutsche und Ausländer vor.

⁴ Die Möglichkeiten eines Ministeriums sind hier jedoch begrenzt; es ist auch auf die Ergebnisse der universitären und außeruniversitären quantitativen und qualitativen Forschung angewiesen.

Die von der Bundesagentur für Arbeit bereitgestellte **Grundsicherungsstatistik** gibt Auskunft über die Anzahl der hilfebedürftigen Personen und ihren Leistungsbezug nach dem SGB II. Eine Einbeziehung des Merkmals Migrationshintergrund ist in Vorbereitung.

Die **Hochschulstatistik** des Statistischen Bundesamtes bietet grundlegende Informationen für die Planung des Hochschulwesens. Die Daten werden von den Hochschulen geliefert. Zentral sind die Angaben zu den Studierenden (z. B. Alter und Geschlecht) sowie zu ihrer fachlichen Ausrichtung. Allerdings werden sie nur nach Deutschen sowie Bildungsinländern und Bildungsausländern differenziert.

Die **Kinder- und Jugendhilfestatistik** der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder wird seit 2006 jährlich erstellt. Neben den Angaben zu dem am Stichtag (1. März) in den Tageseinrichtungen tätigen Personal erfasst sie Individualdaten zu den dort betreuten Kindern. Die Statistik erhebt auch den Migrationshintergrund, indem gefragt wird, ob mindestens ein Elternteil des Kindes aus einem ausländischen Herkunftsland stammt. Zusätzlich wird bei jedem Kind registriert, ob zu Hause überwiegend deutsch gesprochen wird.

In der **Polizeilichen Kriminalstatistik** des Bundeskriminalamtes bzw. der Landeskriminalämter werden die von den Polizeidienststellen bearbeiteten (Straf-)Taten einschließlich der strafbaren Versuche sowie die ermittelten Tatverdächtigen erfasst. Sie dient der Beobachtung der Kriminalität und einzelner Deliktarten sowie des Umfangs und der Zusammensetzung des Kreises der Tatverdächtigen. Die Statistik liegt für Deutsche und Ausländer vor.

Die **Schuleingangsuntersuchung** ist verpflichtend für Schulanfänger und wird durch das Gesundheitsamt durchgeführt. Sie stellt eine Vollerhebung dar, die verschiedene Fähigkeiten prüft.

Die **Schulstatistik**, die vom Hessischen Statistischen Landesamt bereitgestellt wird, unterscheidet zwischen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Sie bietet Daten zu Schulen, Klassen, Schülern, Absolventen, Lehrkräften und Unterrichtsstunden. In Hessen werden Daten zur Schulbildung in der sog. Lehrer- und Schüler-Datenbank (LUSD) erfasst.⁵ Diese bietet eine Vollerhebung mit differenzierten Schülerdaten. Anders als in den meisten anderen Bundesländern werden in Hessen seit dem Schuljahr 2009/2010 die Schüler an allgemeinbildenden Schulen nicht nur nach Staatsangehörigkeit, sondern auch nach Migrationshintergrund ausgewiesen.

Die **Sterbefallstatistik** ist eine Vollerhebung. Grundlage sind die Meldungen von den Standesämtern. Die Statistik liegt für Deutsche und Ausländer vor.

Die **Strafverfolgungsstatistik** liefert Angaben über die Anwendung der Strafbestimmungen durch deutsche Gerichte und über die Straffälligkeit verschiedener Personengruppen. Es werden alle nach strafrechtlichen Vorschriften der Bundes- oder Landesgesetze Verurteilten erfasst. Gleichzeitig wird der Grund der Verurteilung ausgewiesen. Die Statistik basiert auf den Verwaltungsdaten der Strafvollstreckungsbehörden, die nach Staatsangehörigkeit differenzieren.

Die **Wanderungsstatistik** beruht auf den An- und Abmeldungen, die bei einem Wohnungswechsel von den Meldebehörden registriert werden. Diese werden nach Deutschen und Ausländern differenziert.

⁵ www.lusdportal.hessen.de

Ergänzend werden im Hessischen Integrationsmonitor Daten aus **repräsentativen Erhebungen für Hessen** verwendet. Im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa hat TNS Emnid in den Jahren 2011 und 2013 repräsentative telefonische Befragungen der hessischen Bevölkerung durchgeführt.⁶ Die Zahl der Nettointerviews betrug jeweils 1.000. Themenbereiche waren zum einen die Meinungen zu Integration und Zuwanderung, zum anderen Religion, Religiosität und Religionsausübung. Gleichzeitig wurde eine Frage zum Lebensgefühl in Hessen gestellt (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011a und 2013b). 2014 hat das Hessische Ministerium für Soziales und Integration beim Meinungsforschungsinstitut ifak eine ebenfalls repräsentative telefonische Befragung zum Thema Zuwanderung in Auftrag gegeben. Einige Fragen waren identisch mit bereits 2011 gestellten, so dass hier Entwicklungen aufgezeigt werden können.

Für den Hessischen Integrationsmonitor werden zusätzlich Daten des **Sozioökonomischen Panels** (SOEP) verwendet. Hierbei handelt es sich um eine beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) angesiedelte jährliche Wiederholungsbefragung von etwa 11.000 privaten Haushalten mit über 20.000 Personen (Stand 2015), die seit 1984 in Westdeutschland und seit 1990 auch in den neuen Bundesländern durchgeführt wird. 2013 wurde erstmals die sogenannte „SOEP-IAB Migrationsstichprobe“ eingeführt. Diese neue Stichprobe steigert die Fallzahl substantiell. In der ersten Welle haben insgesamt 4.964 Personen mit Migrationshintergrund, die in 2.723 Haushalten lebten, teilgenommen.⁷

Neben regelmäßig gestellten Fragen zu Themenbereichen wie z. B. Haushaltszusammensetzung, Erwerbs- und Familienbiographie, Erwerbsbeteiligung und berufliche Mobilität, Einkommensverläufe, Gesundheit und Lebenszufriedenheit enthalten die Fragebögen auch jährlich wechselnde Module zu bestimmten Schwerpunktthemen. Das SOEP kann – anders als fast alle zuvor vorgestellten Datenquellen – Aussagen zu Aspekten der kulturellen, sozialen und identifikatorischen Integration sowie zur Vielfalt in der hessischen Gesellschaft liefern. Aufgrund der Panelgröße erlaubt die Auswertung des SOEP für Hessen jedoch lediglich Trendaussagen, weshalb im Monitor auch keine Nachkommastellen ausgewiesen sind. Die SOEP-Daten sind nach Staatsangehörigkeit oder Migrationshintergrund differenzierbar. Für eine weitere Untergliederung sind die Fallzahlen zu gering. Da der Zensus 2011 die hochgerechneten Bevölkerungszahlen ersetzt hat, an der sich die Gewichtungsfaktoren des SOEP bisher orientiert haben, erfolgt eine rückwirkende, zensusbedingte Revision der Gewichtungsvariablen der Befragungsjahre 2011 und 2012 in der nächsten Datenweitergabe 2016. Diese können also erst in der nächsten Fortschreibung des Integrationsmonitors berücksichtigt werden (s. dazu auch Abschnitt 2.4).

Obwohl also verschiedene Datenquellen vorliegen, muss die Datenlage im Hinblick auf Migration und Integration stellenweise noch als lückenhaft eingeschätzt werden: Zum einen liegen einigen statistischen Quellen unterschiedliche Definitionen zugrunde oder die Daten sind nur für Ausländer und nicht für Personen mit Migrationshintergrund erhoben, zum anderen lassen sich zahlreiche gesellschaftliche und integrationsrelevante Entwicklungen statistisch überhaupt nicht abbilden.

⁶ Die Befragungen 2011 und 2013 waren in sog. Omnibuserhebungen eingebettet. Darunter ist eine Mehrthemenbefragung zu verstehen, die mehreren Auftraggebern die Möglichkeit bietet, sich mit eigenen Fragen in den Standardfragebogen eines Forschungsinstitutes einzubinden, was vergleichsweise kostengünstig ist und sich vor allem bei kleineren Frageblöcken anbietet. Teilweise lassen sich durch Omnibusbefragungen auch Verzerrungen durch Verweigerung aufgrund möglicher emotionaler Widerstände gegen die Thematik umgehen. Bei der Zuwanderungsbefragung 2014 handelte es sich nicht um eine Omnibusbefragung.

⁷ 2013 haben 1756 in Hessen lebende Personen an der Befragung teilgenommen, davon 717 mit Migrationshintergrund, was mehr als eine Verdopplung der Stichprobe für Hessen bedeutet.

2.4 Was ist ein „Migrationshintergrund“?

Die meisten amtlichen Datenquellen differenzieren nur nach Staatsangehörigkeit. Damit können jedoch viele Migrantengruppen nicht erfasst werden, z. B. Spätaussiedler, Eingebürgerte sowie Kinder von Zugewanderten, die die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten (sog. „Optionskinder“). Aus diesem Grund wurde das Konzept des Migrationshintergrundes entwickelt, das vom Mikrozensus und einigen anderen Datenquellen verwendet wird, wobei jedoch zum Teil differierende Definitionen⁸ vorliegen.⁹

Das **Statistische Bundesamt** definiert den im **Mikrozensus** seit 2005 abgefragten Migrationshintergrund wie folgt: Zu den Personen mit Migrationshintergrund zählen „alle nach 1949 auf das heutige Gebiet der Bundesrepublik Deutschland Zugewanderten sowie alle in Deutschland geborenen Ausländer und alle in Deutschland als Deutsche Geborenen mit zumindest einem zugewanderten oder als Ausländer in Deutschland geborenen Elternteil“ (Statistisches Bundesamt 2014b: 6).

Diese Definition hat in der Vergangenheit teilweise Kritik auf sich gezogen, z.B. wegen der fehlenden Möglichkeit der Übernahme der Definition für andere Befragungen und Statistiken und der schlechten Verbalisierbarkeit in der Öffentlichkeit (Integrationsministerkonferenz 2015: 5f.).

Deshalb beschlossen die für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister / Senatorinnen und Senatoren der Länder auf der 9. Integrationsministerkonferenz, die Definition des Migrationshintergrundes für das Ländermonitoring zu vereinfachen und die Definition des **Zensus 2011** zu verwenden.

Demnach haben jene Personen einen Migrationshintergrund, die

1. Ausländer sind; oder
2. im Ausland geboren und nach dem 31.12.1955 nach Deutschland zugewandert sind; oder
3. ein im Ausland geborenes und nach dem 31.12.1955 nach Deutschland zugewandertes Elternteil haben.

Nach diesem Konzept hat ein kleiner Personenkreis anders als vorher nun keinen Migrationshintergrund mehr, nämlich a) Personen, die vor 1956 zugewandert sind, b) in Deutschland geborene Eingebürgerte, deren Eltern ebenfalls in Deutschland geboren sind, sowie c) Kinder von in Deutschland geborenen Aussiedlern oder Eingebürgerten (Integrationsministerkonferenz 2015: 96f.).

Einige Indikatoren des Hessischen Integrationsmonitors basieren auf Datenmaterial des Dritten Berichts zum Integrationsmonitoring der Länder. Aufgrund der genannten Definitionsänderung liegen dort für die betroffenen Mikrozensus-Indikatoren nur die Berichtsjahre 2011 und 2013 vor (Integrationsministerkonferenz 2015: 6).

Da die Definitionsänderung bei den meisten Indikatoren nur marginale quantitative Abweichungen (von i.d.R. unter einem einem Prozentpunkt) bewirkt, führt der dritte Hessische Integrationsmonitor bei den betroffenen Indikatoren¹⁰ die lange Zeitreihe ab 2005 im Sinne einer langfristigeren Trendabbildung fort – der kurze Berichtszeitraum von 2011 bis 2013 hätte deutlich weniger Aussagekraft gehabt.

⁸ Eine ausführliche Darstellung verschiedener in der amtlichen Statistik verwendeter Definitionen des Migrationshintergrundes findet sich bei: Verband Deutscher Städtestatistiker (2013).

⁹ z.B. in der Schul- sowie in der Kinder- und Jugendhilfestatistik

¹⁰ Konkret handelt es sich um die zwölf Indikatoren B9, B10, B11, B12, B14b, B15, B16, B17, B19, B21, C1 und C7.

Zusammenfassend lassen sich als **Voraussetzungen einer kohärenten Berichterstattung** festhalten, dass sämtliche für die Integrationspolitik relevanten Statistiken den Migrationshintergrund statt der Staatsangehörigkeit ausweisen und eine einheitliche Definition des Migrationshintergrundes verwenden müssten.

Anzumerken ist, dass das Konzept des Migrationshintergrundes nicht unumstritten ist. Es greift zu kurz, pauschal von der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu sprechen. Diese Bevölkerungsgruppe ist in sich sehr heterogen, z.B. hinsichtlich des Herkunftslandes, der Aufenthaltsdauer in Deutschland, der Sprachkenntnisse usw. Diese undifferenzierte Betrachtung wird teilweise als defizitär und stigmatisierend wahrgenommen¹¹, da sie einen Integrationsbedarf signalisiert, der in vielen Fällen gar nicht gegeben

ist. Beispielsweise unterscheiden sich verschiedene Herkunftsgruppen sehr voneinander. Einige schneiden hinsichtlich Bildungserfolg, andere hinsichtlich der Arbeitsmarktbeteiligung sogar besser ab als die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund.¹²

Generell sind es sozioökonomische Faktoren wie das Bildungsniveau, der berufliche Status und das Einkommen, die bei der Gesamtheit der Personen mit Migrationshintergrund im Durchschnitt niedriger sind und folglich einen signifikanten Einfluss auf das schlechtere Abschneiden von Migranten in vielen integrationspolitischen Themenfeldern haben. Einige Gruppen hingegen sind selbst bei ungünstiger sozioökonomischer Ausgangslage tendenziell sehr erfolgreich. Wünschenswert wäre künftig daher eine stärkere Differenzierung als es die derzeitige Datenlage erlaubt.

¹¹ genauer dazu Kunz (2015)

¹² So finden sich im deutschlandweiten Vergleich die höchsten Anteile von Gymnasiasten mit ausländischer Staatsangehörigkeit in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen (jeweils 43,8%) sowie in Thüringen (35,7%). Vor allem da sich die Zuwanderungssteuerung in der ehemaligen DDR von der in der alten Bundesrepublik erheblich unterschied (z.B. viele vietnamesische Vertragsarbeiter), haben die neuen Bundesländer auch heute noch eine andere Struktur der zugewanderten Bevölkerung als die alten Bundesländer (s. zu den besseren Bildungsergebnissen z.B. Weiss 2013).

14.4

159.1

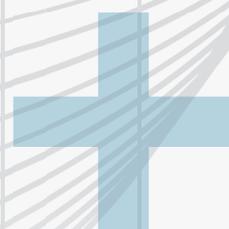
0.56

Indikatoren des Hessischen Integrationsmonitors

5.628
2.117
17.25
22.187

A large, stylized blue logo consisting of the letters 'E' and 'S' intertwined. The 'E' is on the left and the 'S' is on the right, with their curves overlapping. The logo is set against a background of a grid and a line graph.

23.5



10.613

3.1 Übersicht

Die folgende Abbildung gibt einen Überblick über die Systematik der verwendeten Indikatoren und verweist auf die jeweilige Fundstelle in diesem Bericht.

Bevölkerungsstand		
A1	Hessische Bevölkerung	S. 26
A2	Ausländische Bevölkerung in Hessen	S. 27
A3	Ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus	S. 28
A4	Zu- und Abwanderung	S. 29
A5	Einbürgerung	S. 31
Strukturelle Dimension		
Frühkindliche Bildung		
B1	Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen	S. 35
B2	Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen	S. 37
Schulische Bildung		
B3	Schüler in der 8. Klasse nach Schulformen	S. 38
B4	Schulentlassene	S. 42
Berufsqualifizierende Bildung		
B5	Ausbildungsbeteiligungsquote	S. 45
B6	Auszubildende nach Ausbildungsbereichen	S. 47
B7	Studierende	S. 49
B8	Weiterbildungsbeteiligung	S. 51
Bildungsstand der Bevölkerung		
B9	Höchster allgemeinbildender Schulabschluss	S. 52
B10	Höchster beruflicher Abschluss	S. 54
Erwerbstätigkeit		
B11	Erwerbsquote	S. 57
B12	Erwerbstätigenquote	S. 59
B13	Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes	S. 62
Beschäftigungsverhältnisse		
B14a	Atypische Beschäftigung	S. 63
B14b	Geringfügige Beschäftigung	S. 63
Beruflicher Status		
B15	Stellung im Beruf	S. 65
B16	Erwerbstätige im Öffentlichen Dienst	S. 68
Beschäftigungslosigkeit		
B17	Erwerbslosenquote (ILO-Konzept)	S. 70
B18	Arbeitslosenquote	S. 72
Einkommen, Armut, Transferabhängigkeit		
B19	Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts	S. 75
B20	Nettoeinkommen von Familien	S. 76
B21	Armutsrisikoquote	S. 78
B22	Einstellung zur eigenen wirtschaftlichen Situation	S. 80

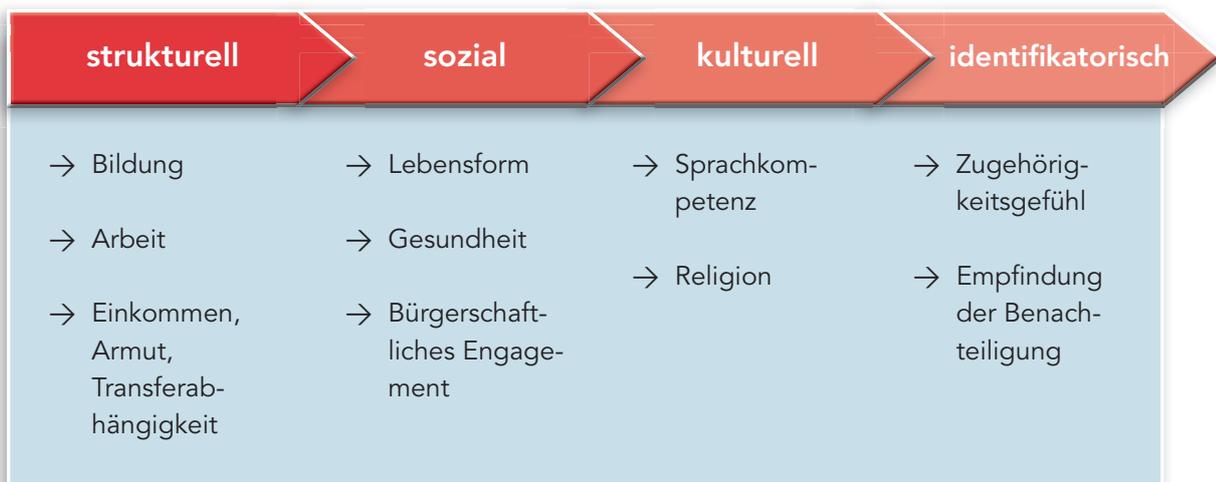
Soziale Dimension		
Lebensformen		
C1	Zusammenleben in Privathaushalten	S. 82
C2	Kinderzahl je Frau	S. 84
C3	Private Kontakte	S. 86
Gesundheit		
C4	Subjektives Gesundheitsempfinden	S. 89
C5	Gesundheitsförderndes Handeln	S. 91
Bürgerschaftliches Engagement und politische Partizipation		
C6	Bürgerschaftliches Engagement	S. 94
C7	Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund	S. 97
C8	Politisches Engagement	S. 98
Kriminalität		
C9	Tatverdächtige	S. 100
C10	Verurteilte	S. 101
Kulturelle Dimension		
Sprachkompetenz Deutsch		
D1a	Kenntnis der deutschen Sprache bei Kindern	S. 103
D1b	Kenntnis der deutschen Sprache bei Erwachsenen	S. 105
D2	Gebrauch der deutschen Sprache	S. 107
Religion		
D3	Religionszugehörigkeit	S. 109
D4	Religiosität	S. 111
D5	Religionsausübung	S. 113
Identifikatorische Dimension		
Gefühl der Zugehörigkeit		
E1	Lebensgefühl in Hessen	S. 116
E2a	Gefühl, Deutsche(r) zu sein	S. 117
E2b	Gefühl der Verbundenheit mit Herkunftsland und Deutschland	S. 119
Gefühl der Ausgrenzung		
E3	Sorgen wegen Ausländerfeindlichkeit	S. 122
E4	Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft	S. 124

Die Integrationsindikatoren weisen eine unterschiedliche „Schärfe“ auf, was mit der Datenlage und den verschiedenen Erhebungsformen zusammenhängt. Als besonders exakt können Indikatoren angesehen werden, die auf einer Vollerhebung basieren. Bei Stichprobenerhebungen ist die Genauigkeit eines Indikators vor allem abhängig von Größe und Auswahl der Stichprobe.

Die Indikatoren der strukturellen Dimension werden überwiegend mit in Vollerhebungen (z. B. Schulstatistik) oder großen Stichproben (Mikrozensus) gewonnenen Daten berechnet.¹³ Für die Indikatoren der sozialen Dimension kann eine Vielzahl vorhandener Datenquellen genutzt werden. Die Indikatoren der kulturellen sowie der identi-

fikatorischen Dimension werden mit dem SOEP bzw. eigens erhobenen Daten (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2014c; Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2011a, 2013b) berechnet. Diese basieren also auf kleineren Stichproben, die gegenüber großen Stichproben bzw. Vollerhebungen geringere Präzision bieten.¹⁴ Zum Teil handelt es sich dabei um Selbsteinschätzungen, die für subjektive Indikatoren herangezogen werden können.

Somit weisen die Indikatoren der strukturellen Dimension tendenziell eine größere Schärfe auf als die der sozialen Dimension und vor allem als die der kulturellen sowie der identifikatorischen Dimension, wie folgende Abbildung veranschaulicht:



Das Schärfenspektrum des Hessischen Integrationsmonitors

3.2 Bevölkerungsstand und -entwicklung

Diese Kennzahlen umfassen demographische Kennzahlen zur Zusammensetzung der Bevölkerung nach Alter, Geschlecht und Migrationshintergrund, zu Ausländern nach Aufenthaltstiteln, Zu- und Abwanderung sowie den Migrationssaldo und die Einbürgerungsquote.

Bei der Interpretation der Indikatoren ist die Struktur der Bevölkerung mit Migrationshintergrund bzw. der Ausländer – z.B. im Hinblick auf das Alter – zu berücksichtigen, weil sie auf die gesellschaftliche Teilhabe in verschiedenen Themenfeldern Einfluss haben kann.

¹³ Bei Stichprobenerhebungen stellt sich generell die Frage, inwieweit die aus der Stichprobe gewonnenen Erkenntnisse auf die Grundgesamtheit übertragen werden können. Mit Hilfe von Schätzverfahren wird versucht, Aussagen über einzelne Parameter der Grundgesamtheit zu treffen. Ausgehend von dem Stichprobenergebnis wird ein Konfidenzintervall bestimmt, in dem der zu schätzende Parameter der Grundgesamtheit mit einer bestimmten Wahrscheinlichkeit liegt (üblich ist eine Sicherheit von 95% oder von 99%).

¹⁴ Zur Kontrolle der Ergebnisse aus dem SOEP wurden alle Kennzahlen zusätzlich auch für die alten Bundesländer (ohne Hessen und Berlin) ausgewertet und mit den eigentlichen Indikatoren abgeglichen, was Hinweise auf die Kohärenz der hessischen Ergebnisse liefert (s. dazu den Tabellenanhang).

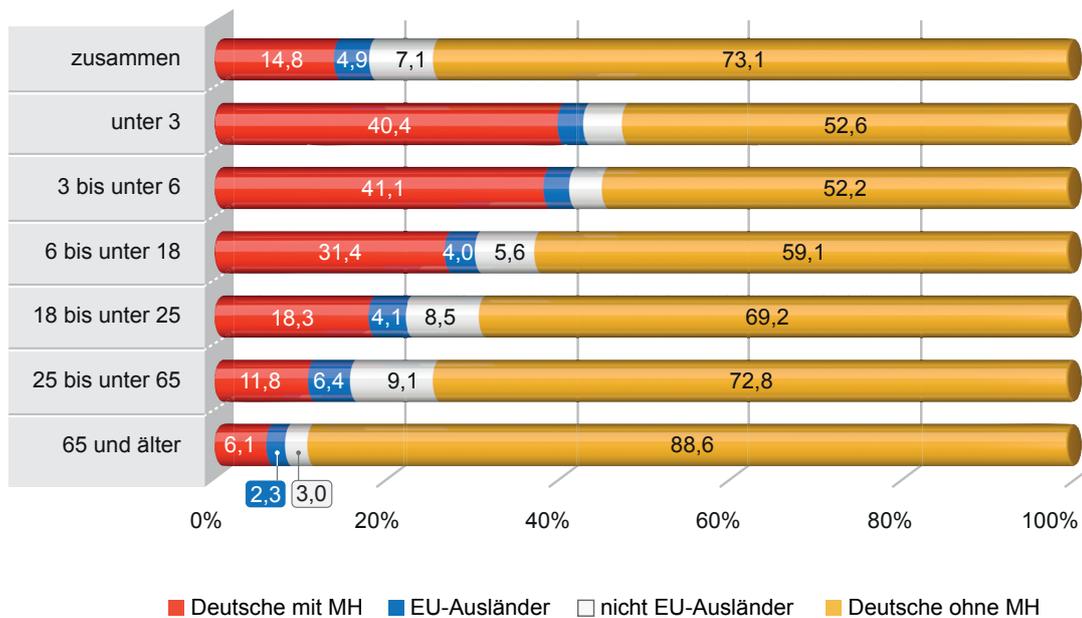
A1 Hessische Bevölkerung (IntMK A1)

Definition

Zusammensetzung der hessischen Bevölkerung nach Migrationshintergrund bzw. Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Datenquelle

Mikrozensus



Aufgrund geringer Fallzahlen bei EU- und Nicht-EU-Ausländern unter 6 Jahren sind einige Prozentanteile nicht ausgewiesen.

Bevölkerung nach Migrationshintergrund (MH) und Altersgruppen (2013, in %)

In Hessen leben rund 6,045 Millionen Menschen. Von 2005 bis 2011 war die Einwohnerzahl etwas rückläufig, seit 2011 ist wieder ein leichtes Bevölkerungswachstum zu verzeichnen. Im Zeitverlauf verändert sich die Bevölkerung in ihrer Struktur: Während die Zahl der Personen ohne Migrationshintergrund im gesamten betrachteten Zeitraum abgenommen hat, ist die der Personen mit Migrationshintergrund gewachsen. Augenblicklich liegt sie bei fast 1,63 Mio. Der Anteil an der hessischen Gesamtbevölkerung hat sich zwischen 2005 und 2013 von 23,5% auf 26,8% erhöht. Die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund ist gestiegen, auch die der EU-Ausländer, während die der Nicht-EU-Ausländer gesunken ist. Fast zwei Drittel aller Personen mit Migrationshintergrund sind selbst zugewandert, ein Drittel ist in Deutschland geboren (s. dazu Tabelle A1 im Anhang).

Wie die Abbildung zeigt, ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund durchschnittlich jünger als die ohne Migrationshintergrund. Daher kann man für die nächsten Jahre von einer weiteren Zunahme des Anteils dieser Gruppe an der Gesamtbevölkerung ausgehen, die durch die aktuelle Zuwanderung noch verstärkt wird.

Weiterführende Literatur

Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013a); Statistisches Bundesamt (2012b)

→ Tabellen A1 im Anhang

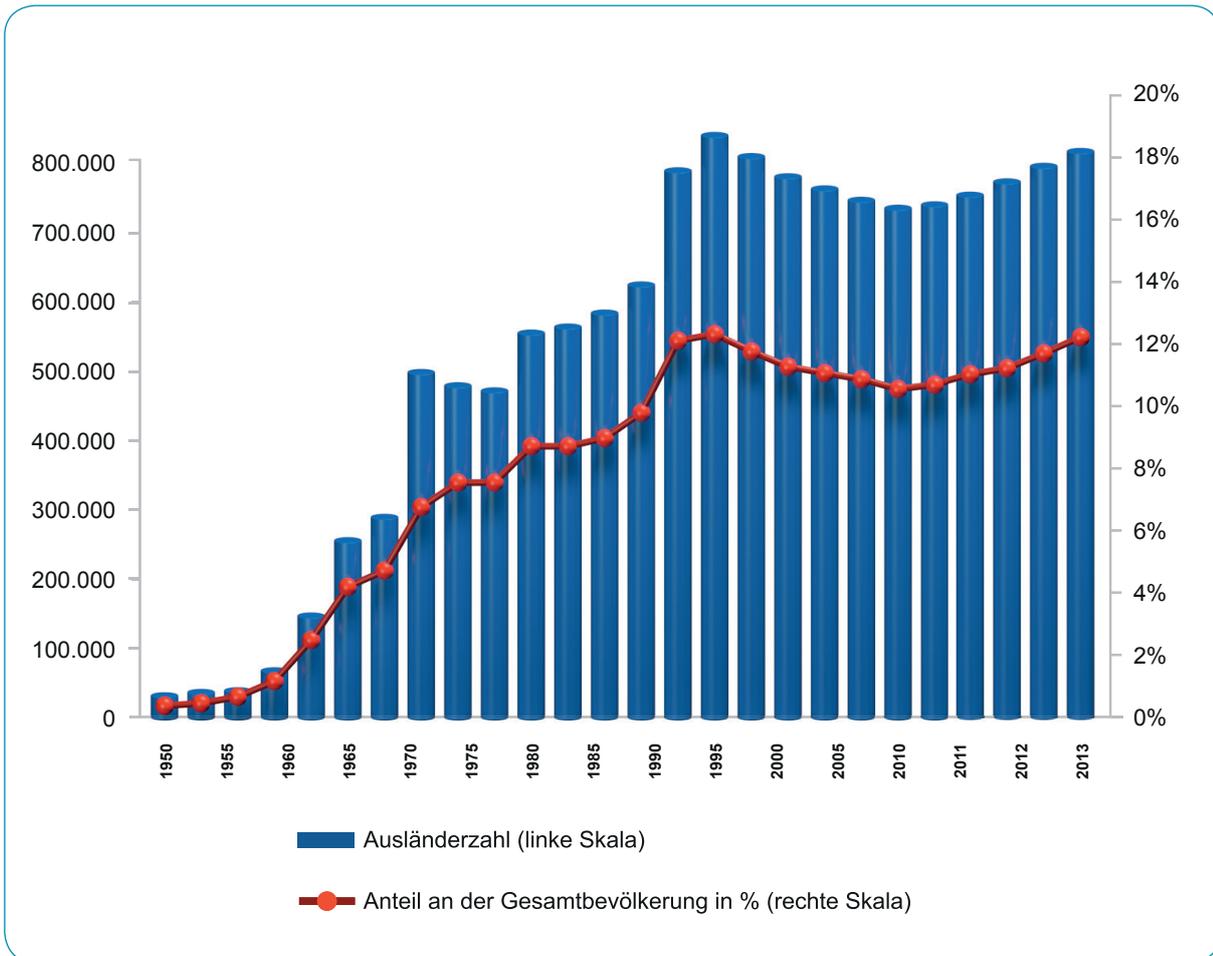
A2 Ausländische Bevölkerung in Hessen

Definition

Zahl, Anteil und Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung in Hessen

Datenquelle

Bevölkerungsfortschreibung, Hessisches Statistisches Landesamt



Zahl der Ausländer in Hessen und Anteil an der Gesamtbevölkerung

Die Zahl der in Hessen lebenden Ausländer unterlag im Zeitverlauf stets gewissen Schwankungen. Nach einem historischen Höchststand Mitte der 1990er sank sie in den nächsten Jahren zunächst kontinuierlich. Seit 2009 steigt sie wieder deutlich an auf über 740.000 Personen im Jahr 2013. Analog hat sich der Ausländeranteil entwickelt, der aktuell bei über 12% liegt. Die größten Ausländergruppen in Hessen stellen die Türken (18,5% aller Ausländer), Polen (8,5%), Italiener (8,0%) und Rumänen (4,6%) dar.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012, 2014a); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010b, 2010c, 2012a); Bundesministerium des Innern (2011); Burkert et al. (2011); Herbert (2011); HessenAgentur (2013); Oltmer et al. (2012); Rühl (2009)

→ Tabellen A2 im Anhang

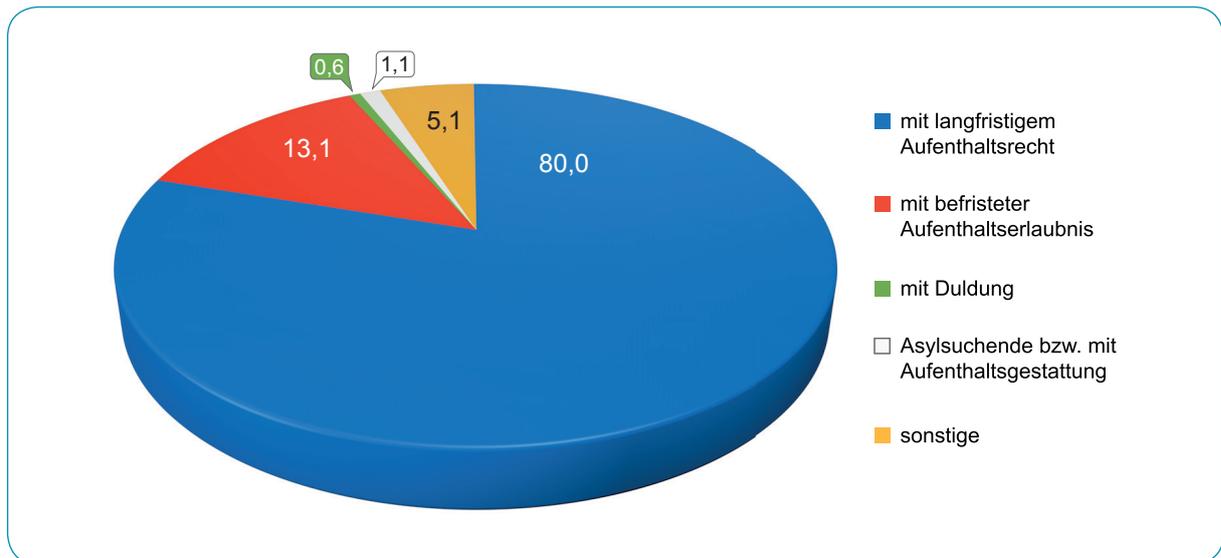
A3 Ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus (IntMK B1)

Definition

Anteil der Ausländer in Hessen nach Aufenthaltsstatus

Datenquelle

Ausländerzentralregister



Ausländer nach Aufenthaltsstatus (2013, in %)

Der Aufenthaltsstatus der Zuwanderer ist unterschiedlich ausgestaltet. Das Aufenthaltsgesetz sieht befristete und unbefristete Aufenthaltstitel vor. Die weit überwiegende Mehrheit, nämlich vier von fünf Ausländern, hatten 2013 ein langfristiges Aufenthaltsrecht¹⁵ (beispielsweise eine Niederlassungserlaubnis), 13,1% verfügen über eine befristete Aufenthaltserlaubnis. 0,6% zählten zu den Personen mit Duldung, die ausreisepflichtig sind und deren Abschiebung ausgesetzt ist, und 1,1% waren Asylsuchende bzw. hatten eine Aufenthaltsgestattung nach § 55 Asylverfahrensgesetz.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010b, 2012a); Rühl (2009)

→ Tabelle A3 im Anhang

¹⁵ Einen langfristigen Aufenthaltsstatus haben nach fünf Jahren Aufenthalt in der Regel alle EU-Bürger, Staatsangehörige von Norwegen, Island, Liechtenstein, der Schweiz und der Türkei aufgrund der EWR/EFTA-Abkommen bzw. des Assoziationsvertrags mit der Türkei. Bei anderen Drittstaatsangehörigen haben einen langfristigen Aufenthaltsstatus: Personen mit Niederlassungserlaubnis, Daueraufenthaltserlaubnis EU, Aufenthaltskarte nach §5 FreizügG/EU, Aufenthaltsberechtigung (alt), unbefristeter Aufenthaltserlaubnis (alt) (Integrationsministerkonferenz 2015: 24).

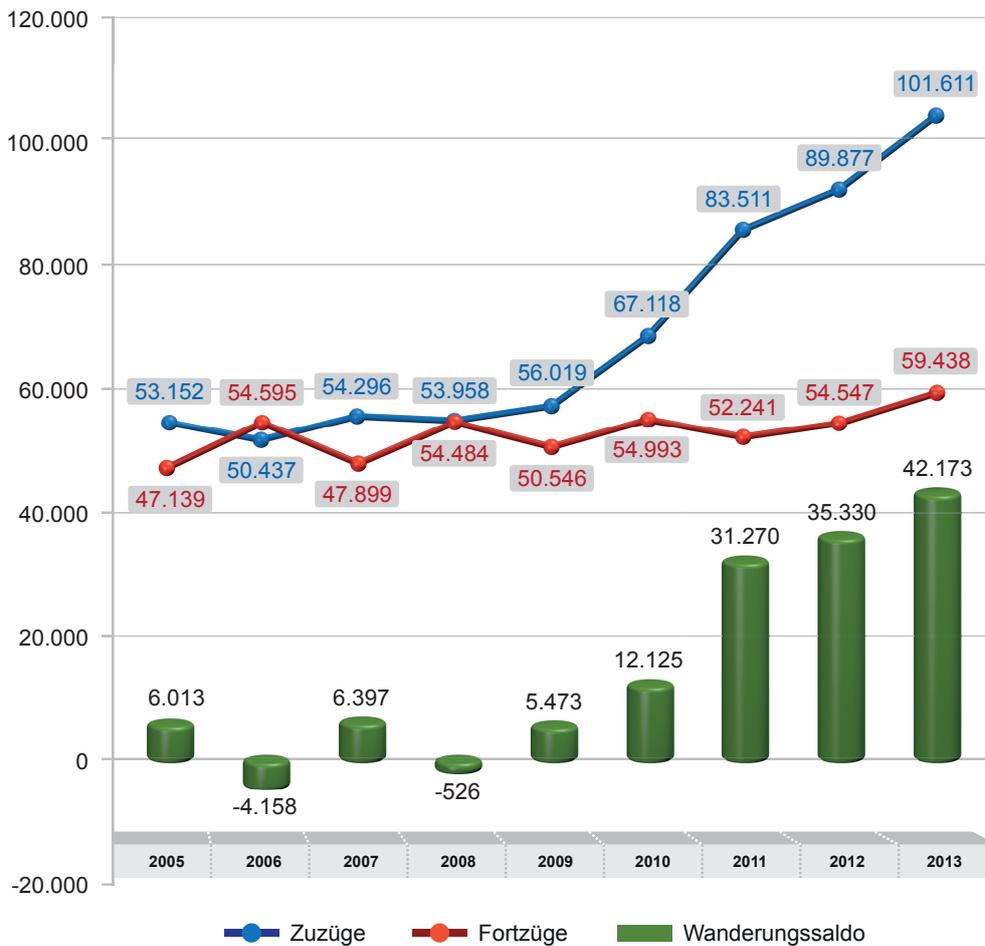
A4 Zu- und Abwanderung (IntMK A2)

Definition

Zahl der jährlichen Zu- und Fortzüge nach bzw. aus Hessen von Ausländerinnen und Ausländern über die Bundesgrenzen hinweg; Wanderungssaldo

Datenquelle

Wanderungsstatistik



Zu- und Fortzüge über die Bundesgrenzen

Hessen ist stark von Zuwanderung aus dem Ausland geprägt. Ausländer zogen 2013 vor allem aus familiären, beruflichen oder ausbildungsbezogenen Gründen nach Hessen. Hinzu kommen diejenigen, die hier Asyl suchen.

Dieser Indikator bildet die Zu- und Fortzüge von Ausländern nach bzw. aus Hessen über die Bundesgrenzen ab. Dabei bezeichnet der Wanderungssaldo die Differenz zwischen Zu- und Fortzügen.¹⁶

¹⁶ Aufgrund von Registerbereinigungen im Zuge der Einführung der Steueridentifikationsnummer erscheinen die Fortzüge ab 2008 erhöht und sind nur bedingt mit den Vorjahren vergleichbar.

2013 sind über 100.000 Ausländer offiziell nach Hessen zugewandert und fast 60.000 haben das Bundesland wieder verlassen. Der Wanderungssaldo beträgt für dieses Jahr über 42.000 Personen.

Seit 2010 ist ein deutlicher Anstieg der Zuwanderung feststellbar. Die Zahl der jährlich registrierten Fortzüge bewegte sich zwischen 2005 und 2013 relativ konstant um die 50.000 Personen und ist seit 2013 etwas gestiegen. Daraus resultiert ein wachsender Wanderungssaldo.¹⁷

Die nicht geringe Abwanderung sollte nicht übersehen werden; insgesamt sind starke und permanente Bevölkerungsbewegungen festzustellen. Die Bezeichnung „Einwanderungsland“ suggeriert, dass sich die Zuwanderer in ihrer Gesamtheit für lange Zeit – wenn nicht für ihr gesamtes Leben – in Deutschland niederlassen. Viele Migranten sind jedoch offenbar sehr mobil. Ein ansehnlicher Teil der Zugewanderten scheint Deutschland nach nicht allzu langer Zeit entweder ganz den Rücken zu kehren, um in die Heimat oder ein anderes Land zu migrieren, oder um mehrfach zu- und wieder wegzuziehen (Pendelmigration). (Wilkens 2016).

Im Jahr der Fortschreibung dieser Auflage des Monitors ist eine immense und sich beschleunigende Wanderungsbewegung nach Deutschland und auch nach Hessen zu beobachten. Es ist schwierig, die aktuelle Situation abzubilden, weil belastbare Daten nicht zeitnah verfügbar sind.

Zuwanderung kann eine große Chance für die Gesellschaft sein, gerade auch im Hinblick auf die hessische Bevölkerungsentwicklung. Die vor Kurzem vorgelegte 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung schätzt für Hessen eine Einwohnerzahl von rund 5,3 Millionen im Jahr 2060 bei schwächerer Zuwanderung und 5,8 Mio. bei stärkerer Zuwanderung (destatis 2015a). Dies wären 0,8 bzw. 0,3 Millionen Menschen weniger als 2015. Die hessische Bevölkerung wird nicht nur zahlenmäßig abnehmen, sie wird auch älter: Der Anteil der über 80jährigen soll von 5,6% (2015) auf 13,0% bzw. 12,2% im Jahr 2060 steigen. Zuwanderung kann dazu beitragen, den Schrumpfs- und Alterungsprozess zu bremsen, was auch positive Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt haben kann.

Zuwanderung birgt aber ebenso Herausforderungen. So unterscheiden sich etwa die persönlichen Voraussetzungen, die Zuwanderer für eine erfolgreiche Integration in Hessen mitbringen, zum Teil erheblich. Nur durch Integration können die Potentiale der Zuwanderung zur Entfaltung gebracht werden. Die Integration von Zuwanderern ist besonders aussichtsreich, wenn diese über entsprechende, auf dem Arbeitsmarkt gefragte Qualifikationen verfügen.

Weiterführende Literatur

Aydin (2012); Beauftragte der Bundesregierung (2014a); Berenberg – HWWI (2014); Brücker et al. (2014); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012a, 2014a, b, c und d, 2015); Ette/Sauer (2010); Hanganu et al. (2014); OECD (2014); ProAsyl (2015); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010, 2014a); Statistisches Bundesamt (2015b); Wilkens (2016); Zimmermann (2012)

→ Tabelle A4 im Anhang

¹⁷ Die hier abgebildeten Zahlen enthalten nicht die Wanderungen über die Landesgrenze Hessens in andere Bundesländer, die allerdings relativ ausgeglichen sind.

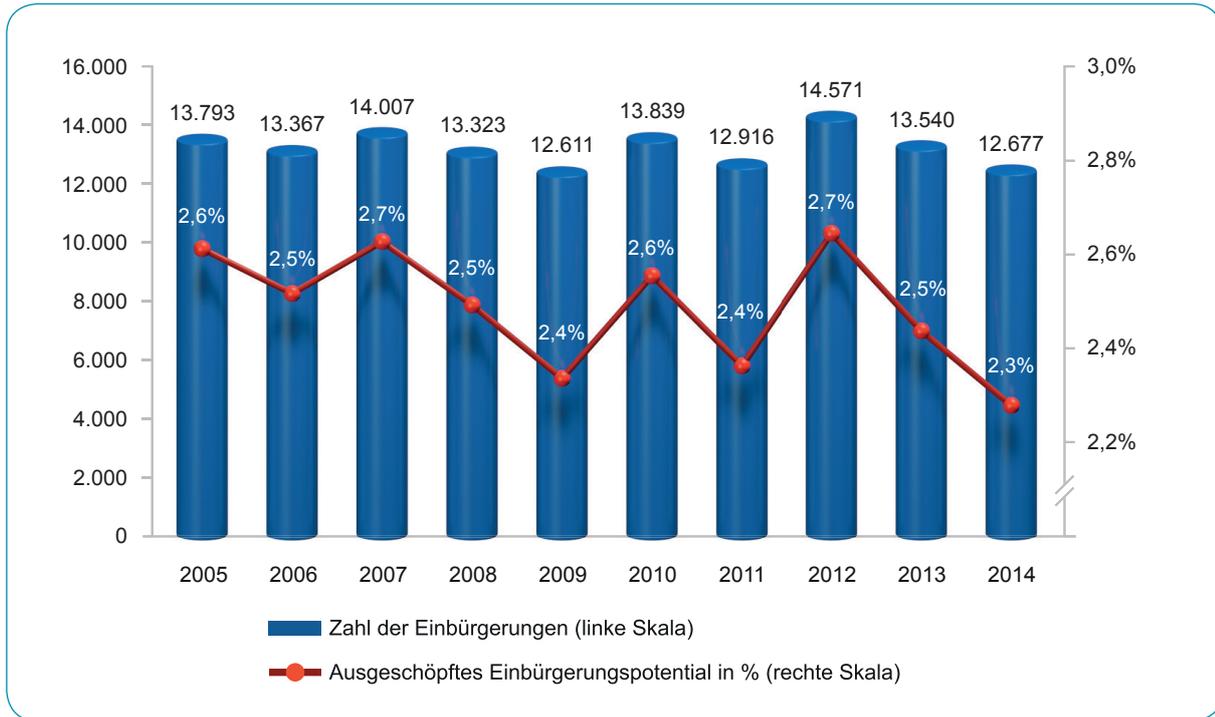
A5 Einbürgerung (IntMK B2a und 2b)

Definition

Zahl der Einbürgerungen und ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial (Quote der jährlichen Einbürgerungen bezogen auf alle Ausländer mit einer Aufenthaltszeit ab acht Jahren)

Datenquelle

Einbürgerungsstatistik / Ausländerzentralregister



Einbürgerungen und ausgeschöpftes Einbürgerungspotential

Das ausgeschöpfte Einbürgerungspotential setzt die Einbürgerungen des betrachteten Jahres ins Verhältnis zur Zahl aller Ausländer mit einer Aufenthaltszeit in Deutschland von mindestens acht Jahren. Nach dieser Zeit besitzen Ausländer einen Anspruch auf Einbürgerung, wenn sie die weiteren persönlichen Voraussetzungen erfüllen.¹⁸

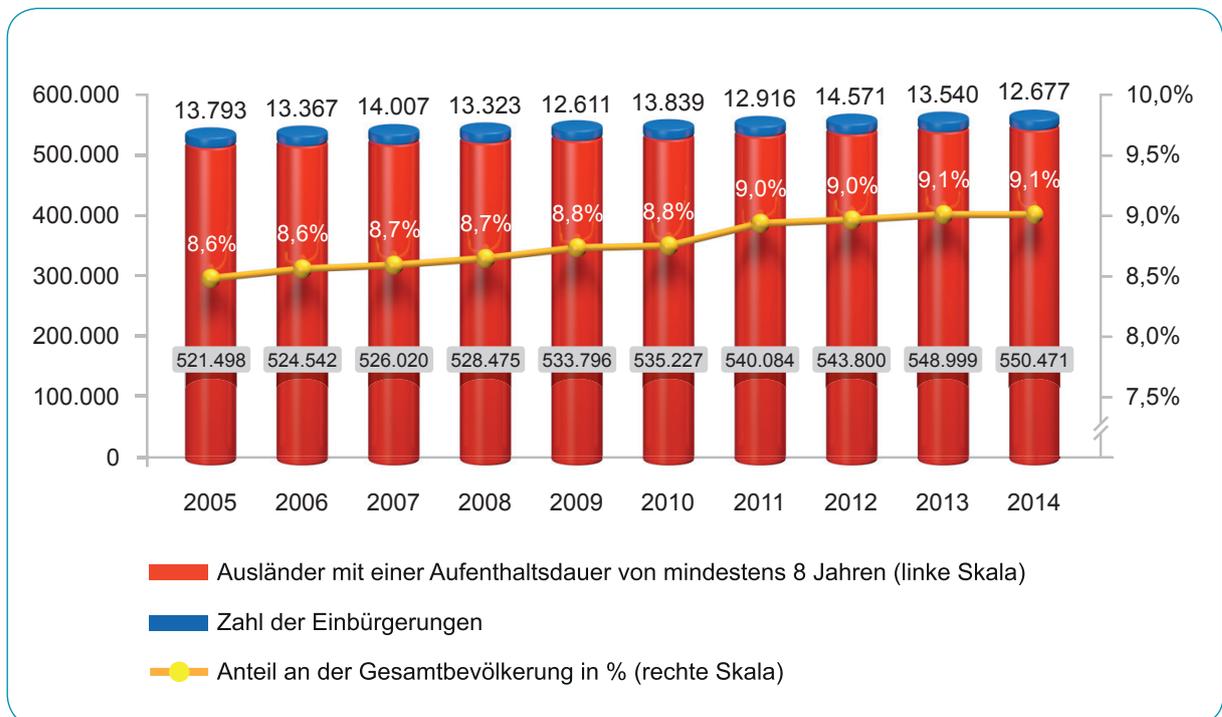
Die Einbürgerung kann als Meilenstein der individuellen Integration (Lämmermann 2009: 296) oder sogar als Abschluss gelungener Integration

gesehen werden. Indem die Einbürgerung von bestimmten Integrationsleistungen abhängt (z.B. ausreichenden Deutschkenntnissen), wird ihr zudem ein hohes Integrationspotenzial zugesprochen (Lämmermann 2009: 289).

¹⁸ Für eine Einbürgerung müssen weitere Voraussetzungen erfüllt sein: ausreichende deutsche Sprachkenntnisse, Kenntnisse der Rechts- und Gesellschaftsordnung und der Lebensverhältnisse in Deutschland, Bekenntnis zur freiheitlichen demokratischen Werteordnung des Grundgesetzes (Einbürgerungstest), Aufenthaltserlaubnis, die zu einer Einbürgerung berechtigt, Sicherstellung des Lebensunterhaltes ohne öffentliche Leistungen, keine strafrechtlichen Verurteilungen, Aufgabe oder Verlust der bisherigen Staatsangehörigkeit.

Die Einbürgerung vermittelt Einwohnern die vollumfängliche staatsbürgerliche Rechts- und Pflichtenstellung, ermöglicht ihre umfassende rechtliche Integration und erlaubt ihnen alle politischen Partizipationsmöglichkeiten wie die Teilnahme an Bundestags- oder Landtagswahlen. Eine Einbürgerung kann auch als Ausdruck der Identifikation mit der Bundesrepublik Deutschland gedeutet werden. Gleichwohl sind die persönlichen Motive, sich einbürgern zu lassen, vielgestaltig (z.B. Thränhardt 2008; Heckmann 2015).

Vor diesem Hintergrund werden die Einbürgerungszahlen der letzten Jahre in der politischen Diskussion als nicht zufriedenstellend angesehen. Von 2005 bis 2014 ließen sich etwa 13.000 Ausländer in Hessen einbürgern, dies sind nur 2,3% bis 2,7% aller Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens acht Jahren. Das Einbürgerungspotenzial ist damit nicht annähernd ausgeschöpft.



Ausländer in Hessen mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens 8 Jahren

Die Zahl der prinzipiell einbürgerungsberechtigten Ausländer wuchs zwischen 2005 und 2014 von gut 521.000 auf über 550.000. Damit sind etwa 63% der Ausländer in Hessen prinzipiell einbürgerungsberechtigt. Gleichzeitig vergrößerte sich diese Gruppe auch langsam, aber stetig in Relation zur hessischen Gesamtbevölkerung: Ihr Anteil stieg von 8,5% auf 9,1% (siehe obige Abbildung). Die meisten Ausländer unter ihnen besitzen die türkische Staatsangehörigkeit, mit Abstand gefolgt von Italienern, Kroaten, Polen, Griechen, Serben und Bosniern (siehe die nebenstehende Tabelle), also meist eine Staatsangehörigkeit der ehemaligen Anwerbeländer.

Gleichzeitig sind viele von ihnen EU-Ausländer („nichtdeutsche Unionsbürger“), die – abweichend zu Drittstaatsangehörigen – u.a. das Recht auf Freizügigkeit und wirtschaftliche Betätigung, das Kommunalwahlrecht am Wohnort sowie das Diskriminierungsverbot (Verbot jeglicher rechtlichen Schlechterstellung gegenüber Deutschen und Drittstaatsangehörigen) genießen. Dies könnte ein Grund dafür sein, dass die Anreize für eine Einbürgerung für diesen Personenkreis offenbar relativ gering sind.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014a, 2014b); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c, 2012c); Bundesministerium des Innern (2011); Beauftragte der Bundesregierung (2013, 2014a); European Commission (2010); Heckmann (2015); Herbert (2001); Lämmermann (2009); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Statistik Hessen (2015); Thränhardt (2008); Weinmann et al. (2012)

→ Tabelle A5 im Anhang

Staatsangehörigkeit	
Türkei	148.727
Italien	57.438
Kroatien	29.419
Polen	28.993
Griechenland	25.488
Serbien	17.764
Bosnien und Herzegowina	15.232
Spanien	14.774
Marokko	12.334
Portugal	11.651
sonstige Staatangehörigkeiten	188.651
Insgesamt	550.471

Ausländer mit einer Aufenthaltsdauer von mindestens acht Jahren nach Staatsangehörigkeiten (2014)

3.3 Strukturelle Dimension der Integration

Unter der strukturellen Integration ist die Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund an den Kernstrukturen der Aufnahmegesellschaft zu verstehen. Bildung und Arbeit gelten als Schlüssel zur Integration. Bildung ist die Voraussetzung für eine erfolgreiche Beteiligung am Arbeitsmarkt, und eine eigene Erwerbstätigkeit ermöglicht ein eigenes Einkommen, das ein unabhängiges Leben bieten kann. Ein geringes Einkommen beinhaltet das Risiko der materiellen Armut; öffentliche Transferzahlungen sollen Armut verhindern oder reduzieren.

Von einem Fortschritt der Integration ist dann auszugehen, wenn sich die Partizipation der zugewanderten Bevölkerungsgruppe – gemessen beispielsweise in Quoten der Bildungs- und Erwerbsbeteiligung – jener der nicht zugewanderten Bevölkerung annähert oder sich sogar besser als diese darstellt.

3.3.1 Bildung – Lebenslanges Lernen

Diverse Studien belegen, dass Ausländer sowie Deutsche mit Migrationshintergrund im Bildungsbereich tendenziell schlechtere Ergebnisse erzielen als Deutsche ohne Migrationshintergrund (z. B. Konsortium Bildungsberichterstattung 2006; Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2008, 2010, 2012, 2014). Dies zeigt sich bereits in der frühkindlichen Bildung sowie in der Schule (z. B. Auernheimer 2013; Diefenbach 2008a und b; Peter/Spieß 2015; Prenzel et al. 2004 und 2007) und setzt sich in Berufsbildung und Hochschule fort (z. B. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010). Auch in der Weiterbildung gelten Ausländer und Personen mit Migrationshintergrund als deutlich unterrepräsentiert. (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2005, 2006, 2012; Wilkens/Leber 2003).

Da aufgrund der Tertiarisierung und Informatisierung der Arbeit die Anforderungen an die Qualifikationen der Erwerbstätigen laufend steigen und Bildung darüber hinaus als wichtige Voraussetzung der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben gilt, bleibt die Bildungspartizipation der zugewanderten Bevölkerung ein aktuelles Thema. Gleichzeitig geben die Bildungsdaten wesentliche Aufschlüsse über die Ressourcen, die dem Arbeitsmarkt (in Zukunft) zur Verfügung stehen.

Im Folgenden werden zunächst die Indikatoren aufgeführt, die Bildungsprozesse abbilden, und anschließend jene, die sich auf den Bildungsstand, d.h. die erworbene Bildung (im Sinne von Humankapital) der erwachsenen Bevölkerung, beziehen.

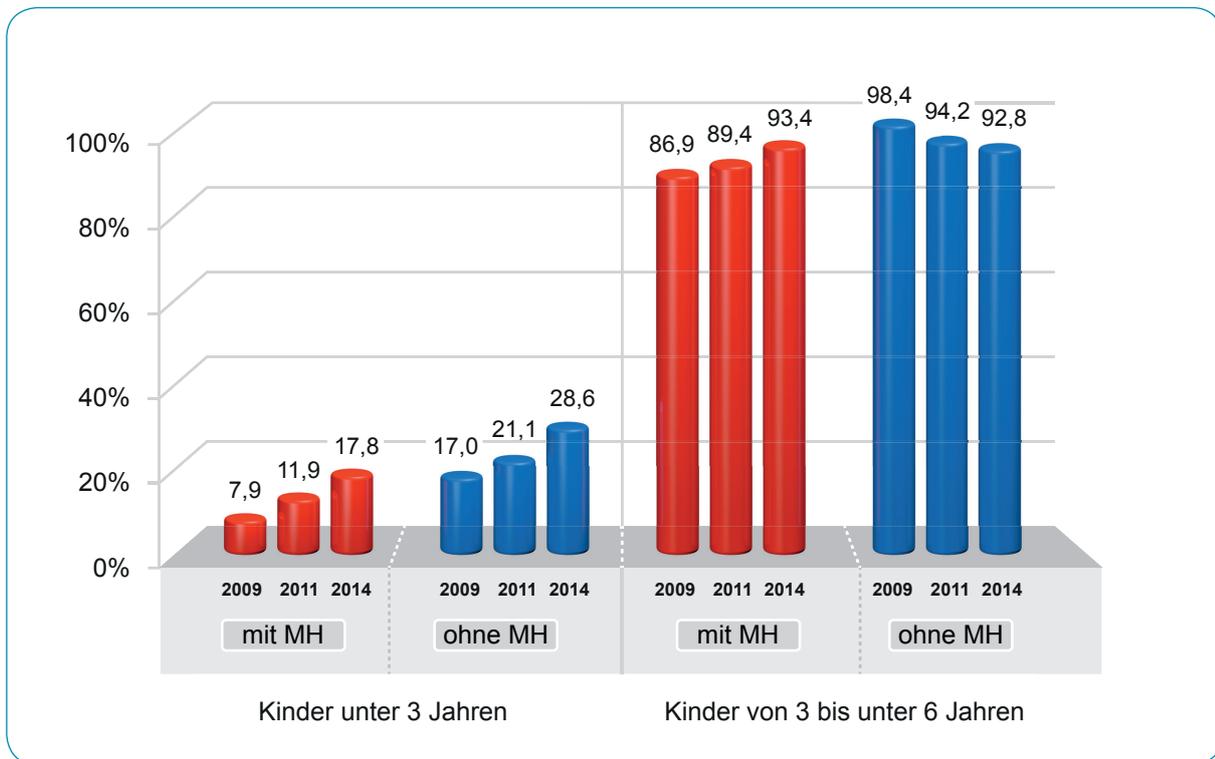
B1 Frühkindliche Bildung – Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen (IntMK C1b, C2b¹⁹)

Definition

Anteil der Kinder verschiedener Altersgruppen in Kindertageseinrichtungen nach Migrationshintergrund an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe

Datenquelle

Statistisches Bundesamt (Sonderauswertung); HMdJIE (2012a)



Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen (in %)

Einschlägige Studien zeigen, dass die frühkindliche Förderung entscheidend für den späteren Bildungserfolg ist. Die frühe Förderung von Kindern in Kindertagesstätten ist ein ergänzendes Angebot zur Erziehung in der Familie. Die „institutionelle Bildungszeit“ in Kindertageseinrichtungen (nicht berücksichtigt ist in diesem Indikator die öffentlich geförderte Kindertagespflege) wirke sich gerade bei Kindern aus bildungsfernen Bevölkerungsgruppen und/oder mit unzureichenden Sprachkenntnissen positiv aus. Insbesondere der Entwicklung der sprachlichen Fähigkeiten, die in

Kindertagesstätten sehr gefördert werden kann, wird eine Schlüsselrolle bei der Integration zuerkannt, da diese den Zugang zu schulischer Bildung und den weiteren Bildungsweg beeinflussen.

Allerdings zählt frühkindliche Bildung nicht zum staatlichen Bildungsauftrag, sondern liegt im Entscheidungsbereich der Eltern. In Hessen ist die Nutzung frühkindlicher Bildungseinrichtungen in den letzten Jahren gestiegen. Die Betreuungsquote – der Nationale Bildungsbericht spricht von der „Bildungsbeteiligungsquote“ – liegt mit

¹⁹ Die Berichterstattung der Integrationsministerkonferenz weist die Betreuungsquote in Kindertagesstätten sowie Kindertagespflege aus (IntMK 2015).

58,5 Prozent über der westdeutschen Länder (57,9 Prozent, ohne Berlin). Insbesondere die institutionelle Betreuung der unter 3-Jährigen in Kindertageseinrichtungen hat zugenommen, was auf den intensiven Ausbau der U3-Betreuung zurückzuführen sein dürfte. Die Betreuungsquote wuchs zwischen 2011 und 2014 von 17,5 auf 24,1 Prozent und liegt in Hessen ebenfalls über der des früheren Bundesgebietes (22,7 Prozent). Mit zunehmendem Alter der Kinder steigt auch die Betreuungsquote (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2012a). In der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen beträgt sie 93,1 Prozent und liegt damit 0,9 Prozentpunkte über der von 2011.

28,6 Prozent der unter 3-Jährigen ohne Migrationshintergrund und 17,8 Prozent derjenigen mit Migrationshintergrund²⁰ besuchen eine Kindertageseinrichtung. Damit hat sich die „Betreuungslücke“ zwischen Kleinkindern mit und ohne Migrationshintergrund trotz des immensen Anwachsens der Quoten für beide Gruppen seit 2009 um 1,7 Prozentpunkte vergrößert. Dies stellt der Nationale Bildungsbericht auch für Gesamtdeutschland fest (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 56). In der Altersgruppe der 3- bis unter 6-Jährigen hat sich der Trend dagegen umgekehrt: Hier werden die Angebote der institutionellen Bildung mittlerweile häufiger von Kindern mit als von Kindern ohne Migrationshintergrund in Anspruch genommen (93,4 vs. 92,8 Prozent). Diese Entwicklung weicht von der im früheren Bundesgebiet ab; momentan gibt es dafür keinen bestätigten Erklärungsansatz.²¹

Die Differenzen in den Bildungsbeteiligungsquoten von Vorschulkindern mit und ohne Migrationshintergrund könnten sich zum Teil mit der unterschiedlich hohen Erwerbsbeteiligung bei Frauen mit und ohne Migrationshintergrund erklären lassen (siehe Indikator B12). Es gibt ferner Hinweise darauf, dass auch unterschiedliche Wertvorstellungen zur frühkindlichen Erziehung – vor allem bei der ersten Zuwanderergeneration – eine Rolle spielen könnten (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014a: 99). Auch die Qualität der Betreuung, eine unzureichende interkulturelle Öffnung oder die Trägerschaft (kirchlich!) könnte einen Einfluss haben (Peter/Spieß 2015: 13). Als sicher gilt, dass die Beteiligung an frühkindlicher Bildung abhängig vom Schulabschluss der Eltern ist (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 56) und dass insbesondere Kinder mit beidseitigem Migrationshintergrund²² unterrepräsentiert sind (Peter/Spieß 2015: 12).

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2010, 2012, 2014); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011, 2014a); Bertelsmann-Stiftung (2011); Blossfeld (2013); Böttcher et al. (2010); Boos-Nünning (2011); Bundesregierung (2007); Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2010); Burkert et al. (2014); Fritsch/Oesch (2008); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012a); Institut der deutschen Wirtschaft (2010); Nusche (2009); Petanovitsch/Schmid (2012); Peter/Spieß (2015); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2013b); Schober/Spieß (2012); Schober/Stahl (2014); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Sürig/Wilmes (2011)

→ Tabellen B1 im Anhang

²⁰ Die Kinder- und Jugendhilfestatistik erhebt abweichend vom Mikrozensus den Migrationshintergrund mit der Frage, ob mindestens ein Elternteil eines Kindes in Kindertagesbetreuung ausländischer Herkunft ist („elterliche Migrationserfahrung“; Böttcher et al. 2010, Kolvenbach/Taubmann 2006). Die zweite Stufe des Erhebungsmerkmals ist die Frage nach der „vorrangig in der Familie gesprochenen Sprache“ (Deutsch / nicht Deutsch). Der Erste Integrationsindikatorenbericht der Bundesregierung geht jedoch davon aus, dass die Kinder- und Jugendhilfestatistik aufgrund ihres Erfassungskonzeptes die Gruppe der Kinder mit Migrationshintergrund zahlenmäßig unterschätzt. (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009: 15)

²¹ In einer Diskussion mit kommunalen Vertretern wurde von diesen die Vermutung geäußert, dass dieser Rückgang mit den für die Kitas anfallenden Gebühren in Zusammenhang stehen könnte.

²² d.h., deren beide Elternteile einen Migrationshintergrund haben

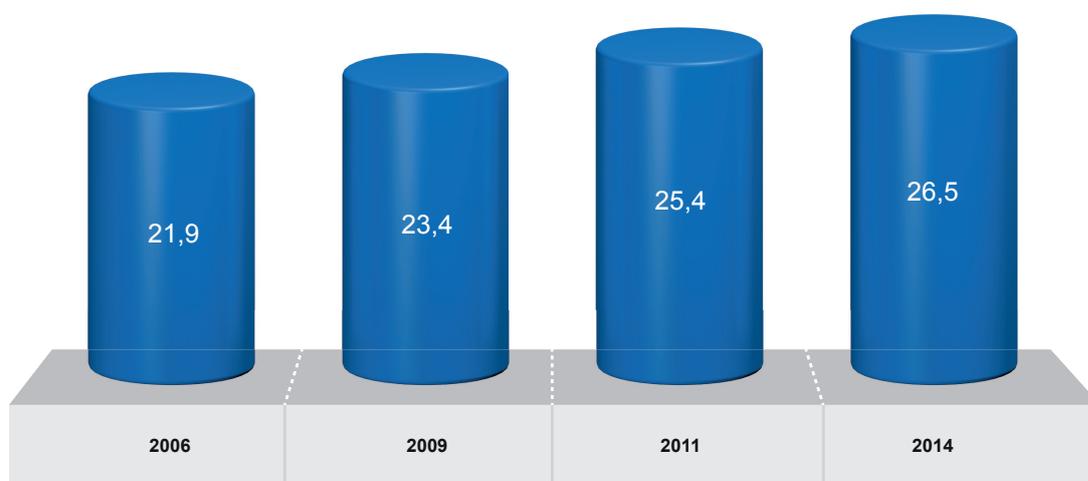
B2 Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen (IntMK C3)

Definition

Anteil der Kinder (3 bis unter 6 Jahre) in Kindertageseinrichtungen, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, an allen Kindern dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen

Datenquelle

Statistisches Bundesamt; HMdJIE (2012b)



Anteil der Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen (in %)

Die Kinder- und Jugendhilfestatistik erhebt seit 2006 bei jedem Kind in Kindertageseinrichtungen, ob bei ihm zu Hause überwiegend Deutsch gesprochen wird. Der Anteil der 3- bis unter 6-jährigen Kinder in Kindertagesstätten, deren Familiensprache nicht vorrangig Deutsch ist, hat in Hessen zwischen 2006 und 2014 von 21,9% auf 26,5% zugenommen. Diese Zahl liegt deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 18,2%.

Der Nationale Bildungsbericht weist auf die auch in Hessen „unausgewogene Verteilung von Kindern mit Migrationshintergrund zwischen den Kindertageseinrichtungen“ hin, die u.a. auf das „nahräumliche Wohnumfeld der Kinder“ zurückzuführen sei. Diese „Segregationstendenzen“ stellten eine große Herausforderung für die betroffenen Einrichtungen dar, weil die „alltagsnahe Sprachförderung“ erschwert sei. Hessenweit

besuchen 42,2% der Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache Kindertagesstätten, in denen mindestens die Hälfte der Kinder ebenfalls eine andere Familiensprache als Deutsch hat. Dieser Anteil ist seit 2006 um 6,3% gewachsen. (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 243; s.a. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014a: 44ff.)

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2010, 2012, 2014); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014a); Boos-Nünning (2011); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010a); Esser (2006); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012b); Institut der deutschen Wirtschaft (2010); Nusche (2009); Petakovitsch/Schmid (2012); Peter/Spieß (2015); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2013b); Schober/Spieß (2012)

→ Tabelle B2 im Anhang

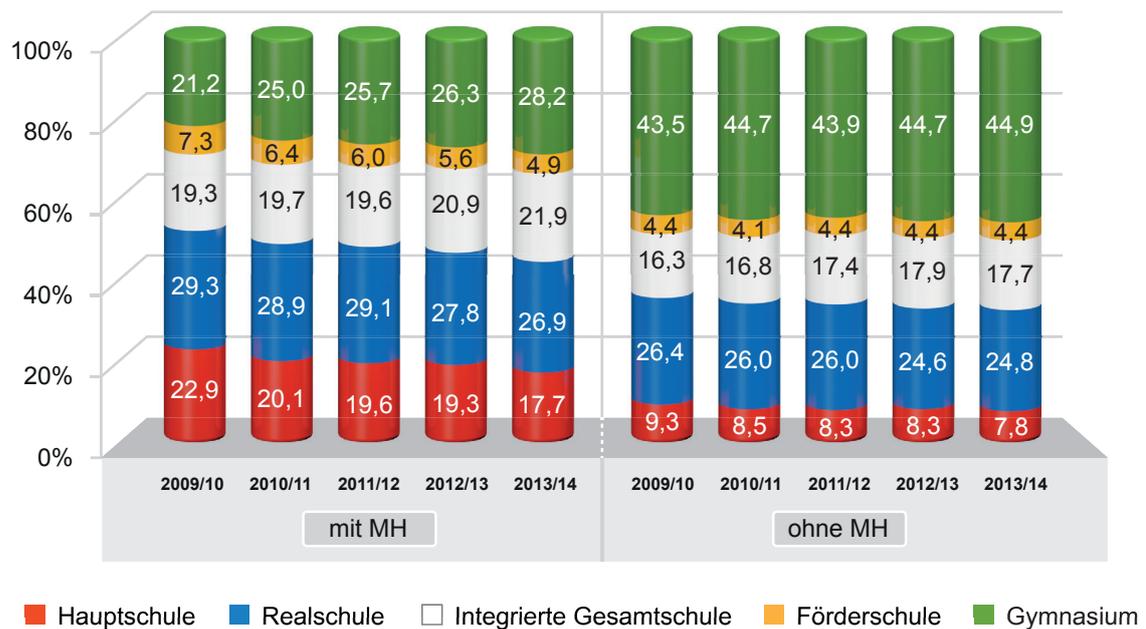
B3 Schüler in der 8. Klasse nach Schulformen (IntMK D1)

Definition

Anteil der Schüler nach Migrationshintergrund (hilfsweise Staatsangehörigkeit) in der 8. Klasse nach Schulformen an allen Schülern dieser Klassenstufe

Datenquelle

Schulstatistik



Schülerinnen und Schüler der 8. Jahrgangsstufe nach Schulformen und Migrationshintergrund (in %)

Der Schulbesuch von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund lässt wichtige Rückschlüsse auf ihren Stand der Integration und die interkulturelle Öffnung der Bildungseinrichtungen zu. Der Indikator erlaubt einen Blick auf den Zwischenstand des Bildungsweges von Jugendlichen in der achten Klassenstufe.

Wie die Abbildung zeigt, ist in den letzten Jahren im hessischen Schulsystem eine Entwicklung zu höheren Schulabschlüssen zu beobachten: Die

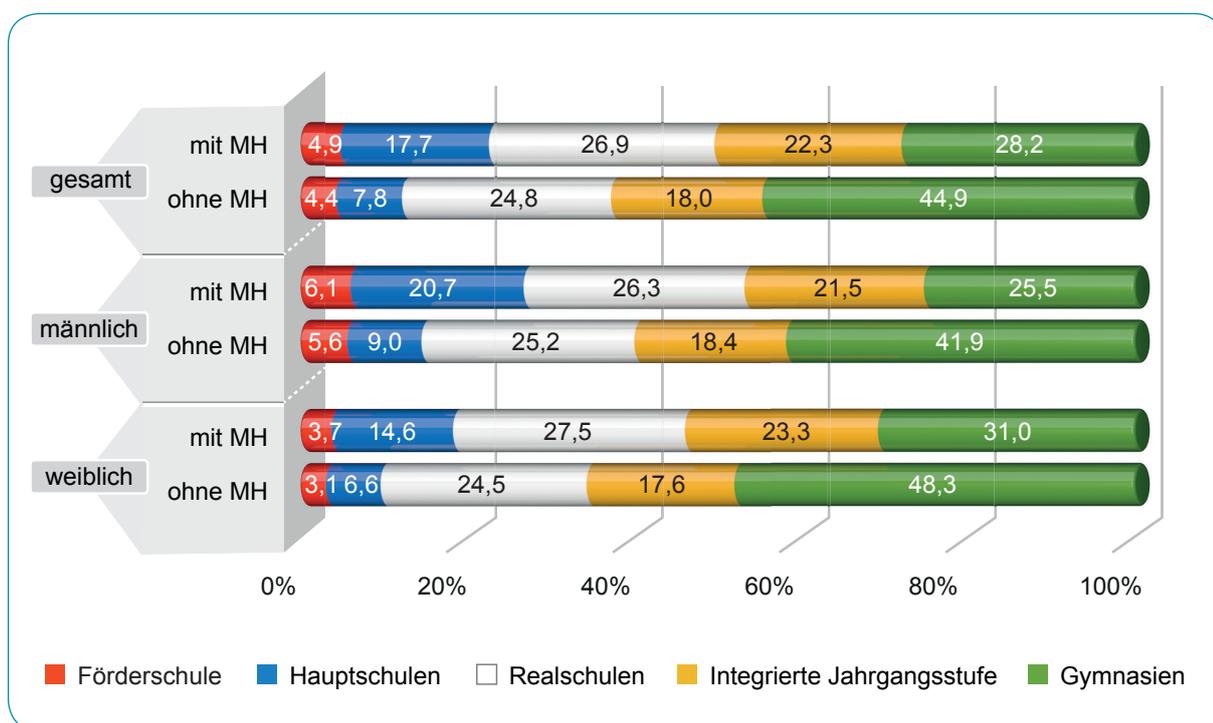
Bedeutung der Hauptschule²³ hat ab- und die der Gesamtschule sowie des Gymnasiums zugenommen. Von dieser Entwicklung haben sowohl Jugendliche ohne als auch mit Migrationshintergrund profitiert.²⁴ Mittlerweile verlassen gut 40% der hessischen Schulentlassenen die Schule mit der allgemeinen Hochschulreife.

²³ Die Zahl der Hauptschulen hat sich in Hessen zwischen 1980 und 2013 um fast zwei Drittel reduziert (348 vs. 132; ohne Hauptschulen an Gesamtschulen), die Zahl der Schüler beträgt heute gut zwanzig Prozent der damaligen Schülerzahl (etwa 13.020 vs. 62.570; Hessisches Statistisches Landesamt 2015c).

²⁴ In Hessen können seit dem Schuljahr 2009/10 die Schülerdaten auch nach Migrationshintergrund ausgewiesen werden. Dies ist aktuell nur in wenigen Bundesländern möglich. Die Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014: 90) bemerkt dazu: „Es ist bislang nicht absehbar, ob und ab wann die Länder nach gemeinsamen Kriterien das Merkmal 'Migrationshintergrund' in ihrer jeweiligen Schulstatistik nachweisen.“

Eine genauere Betrachtung der aktuellen Daten zeigt, dass bei Achtklässlern mit Migrationshintergrund²⁵ die Gymnasialbesuchsquote mit 28,2% niedriger ist als bei denen ohne Migrationshintergrund (44,9%). Der Anteil der Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund, die eine Realschule besuchen, liegt mit 26,9% wenige Prozentpunkte über dem derjenigen ohne Migrationshintergrund (24,8%). Deutlich größer ist das Gefälle beim Besuch der Hauptschule (17,7% der

Jugendlichen mit vs. 7,8% der Jugendlichen ohne Migrationshintergrund). Entgegen der landläufigen Meinung sind Jugendliche mit Migrationshintergrund an Förderschulen nicht überrepräsentiert (4,9% vs. 4,4%). Ersichtlich ist ferner, dass Mädchen unabhängig vom Migrationshintergrund erheblich besser abschneiden als Jungen; sie besuchen seltener die Hauptschule und häufiger das Gymnasium (dazu z.B. Wilkens 2013; Bundesjugendkuratorium 2009).



Schülerinnen und Schüler der 8. Jahrgangsstufe nach Schulformen und Migrationshintergrund (Schuljahr 2013/2014, in %)

Trotz der konstatierten Verringerung von Leistungsrückständen von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 88f.; Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014a: 18) besteht bei vielen Schülern mit Migrationshintergrund offenbar besonderer Förder- bzw. Unterstützungsbedarf.

Die Bildungsforschung arbeitet immer wieder heraus, dass der Schulerfolg in Deutschland stark mit der sozialen Herkunft und dem Sprachvermögen korreliert. Schüler, deren Eltern einen niedrigen Bildungsstand haben oder nicht in Deutschland schulisch sozialisiert worden sind, schneiden tendenziell schlechter ab (Konsortium Bildungsberichterstattung 2006).

²⁵ Die Definition des Migrationshintergrundes in der Schulstatistik basiert auf den drei Merkmalen Staatsangehörigkeit, überwiegend in der Familie gesprochene Sprache und Geburtsland. Migrationserfahrungen der Eltern gehen nicht in die Ableitung des Merkmals ein. Der so definierte Migrationshintergrund unterscheidet sich deutlich von der Definition des Statistischen Bundesamtes im Mikrozensus.

Der aktuelle Bildungsbericht belegt anhand der Daten des Nationalen Bildungspanels die „erheblichen sozialen Disparitäten im Schulartbesuch“ und die längere Verweildauer von Schülern mit niedrigerem sozioökonomischen Status im Schulsystem (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 75f.). Kinder mit Migrationshintergrund seien „selbst unter Beachtung des jeweiligen sozioökonomischen Status“ deutlich häufiger an Hauptschulen zu finden als Kinder ohne Migrationshintergrund (ebda., s.a. Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 9).

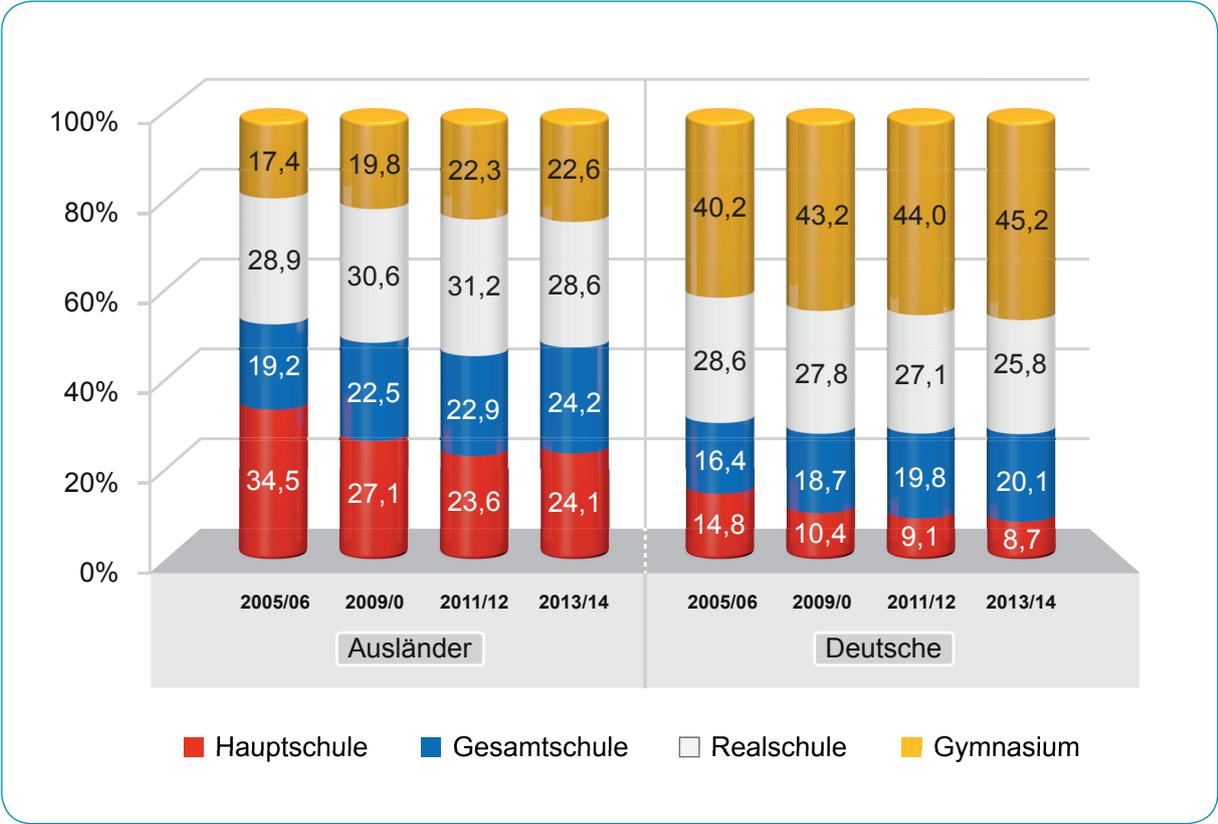
In der Fachliteratur (z. B. OECD 2006; Auernheimer 2013) wird diskutiert, dass diese Befunde möglicherweise auch im Zusammenhang stehen mit mangelnder Sprachförderung, einer im internationalen Vergleich frühen Differenzierung der Schulformen nach Abschluss der Primarstufe und einer Mittelschichtorientierung der Schule (Unterrichtsinhalte, Sprache, Lehrkörper). Der immer noch weit verbreitete Halbtagsunterricht begrenze die notwendige Förderung. Der Bericht der Beauftragten der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014: 93) führt als weitere Faktoren den „Einfluss sozialer Herkunft bei der Notenvergabe und Schulübergangsempfehlung, mangelnde Wertschätzung und Akzeptanz gegenüber bestimmten Herkunftsgruppen, geringere Leistungserwartung, Unterschätzung kognitiver Potenziale, fehlende ethnische Diversität der Lehrerschaft und im Lehrmaterial und verinnerlichte negative Stereotype“ bei allen Beteiligten auf.

Als Faktoren für Bildungserfolge gelten „die Bildungsnähe oder die Bildungsaspiration, die Eltern ihren Kindern vermitteln“, außerdem die

Familiensprache (Bundesregierung 2011: 397). Allerdings wird in der Literatur regelmäßig die hohe Bildungsaspiration von Eltern mit Migrationshintergrund hervorgehoben. So zeigen die Daten des Panels „Arbeitsmarkt und soziale Sicherung“ (PASS 2007/2008), dass 70% der Mütter und 73% der Väter mit Migrationshintergrund sich wünschen, dass ihre Kinder die Hochschulreife erwerben, aber nur 60% der Mütter und 70% der Väter ohne Migrationshintergrund (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: 31).

Die Variante des Indikators, die Bildungsbeteiligung nach Staatsangehörigkeit, spielt aufgrund des geringen Ausländeranteils an der Schülerschaft eine untergeordnete Rolle. Der Vollständigkeit halber – die Integrationsministerkonferenz verwendet den Indikator auf Basis dieser Differenzierung –, aber auch, weil dieser Aspekt angesichts der aktuellen Zuwanderung wieder an Bedeutung gewinnen könnte, werden abschließend die Schulbesuchsquoten nach Staatsangehörigkeit abgebildet. Die Tendenzen sind vergleichbar. Der Anteil der Achtklässler mit ausländischer Staatsangehörigkeit, die eine Hauptschule besuchen, ist zwischen 2005 und 2013 von 34,5% auf 24,1% gefallen, der der deutschen Achtklässler von 14,8% auf 8,7%. Gleichzeitig stieg der Anteil derer, die ein Gymnasium besuchen, von 17,4% auf 22,6% unter den Ausländern und von 40,2% auf 45,2% unter den Deutschen.²⁶ Der Anteil der Ausländer auf der Gesamtschule übersteigt regelmäßig den der Deutschen; er betrug im Schuljahr 2013/2014 24,2% gegenüber 20,1% der Deutschen.

²⁶ Die Daten nach Staatsbürgerschaft entstammen dem Bericht der Integrationsministerkonferenz. Diese weisen die Förderschule nicht aus. Bei der Betrachtung nach Migrationshintergrund fehlt die Gesamtschule, da hier eine Abgrenzung der Schulformen gewählt wurde, die bei den Gesamtschulen die Verteilung der Schüler auf die Schulzweige berücksichtigt.



Schülerinnen und Schüler in der 8. Klasse nach Schulform und Staatsangehörigkeit (in %)

Die nähere Analyse zeigt jedoch, dass Schüler mit anderer Staatsangehörigkeit durchaus unterschiedliche Bildungswege gehen können. So finden sich im deutschlandweiten Vergleich des Schulbesuchs von Achtklässlern mit ausländischer Staatsangehörigkeit die höchsten Anteile an Gymnasiasten in Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern (jeweils 43,8%) sowie Thüringen (35,7%; Integrationsministerkonferenz 2015: 45), also Bundesländern, die eine andere Struktur der zugewanderten Bevölkerung haben als Hessen und die übrigen alten Bundesländer. (Zu den Bildungserfolgen in den neuen Bundesländern z.B. Weiß 2013.)

Weiterführende Literatur
 Auernheimer (2013); Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010, 2012, 2014); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2014a); Blossfeld (2013); Boos-Nünning (2011); Bundesjugendkuratorium (2009); Bundesregierung (2011); Diefenbach (2008); Dollmann (2010); Gresch (2012); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012a, 2013a); Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2014a); Köcher (2011); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); OECD (2006); Ottersbach (2015); Prenzel et al. (2004, 2007); Ramsauer (2011); Pimminger (2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010, 2012b, 2014a); Siegert (2008); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Stiftung Mercator/Vodafone Stiftung Deutschland (2015); Sürig/Wilmes (2011); Weiss (2013); Wilkens (2013)

→ Tabelle B3 im Anhang

B4 Schulentlassene (IntMK D2)

Definition

Anteil der Schulentlassenen²⁷ eines Jahrgangs an allgemeinbildenden Schulen nach Schulabschluss und Migrationshintergrund (hilfsweise Staatsangehörigkeit) an allen Schulentlassenen der jeweiligen Gruppe

Datenquelle

Schulstatistik (Sonderauswertung des Hessischen Statistischen Landesamtes)



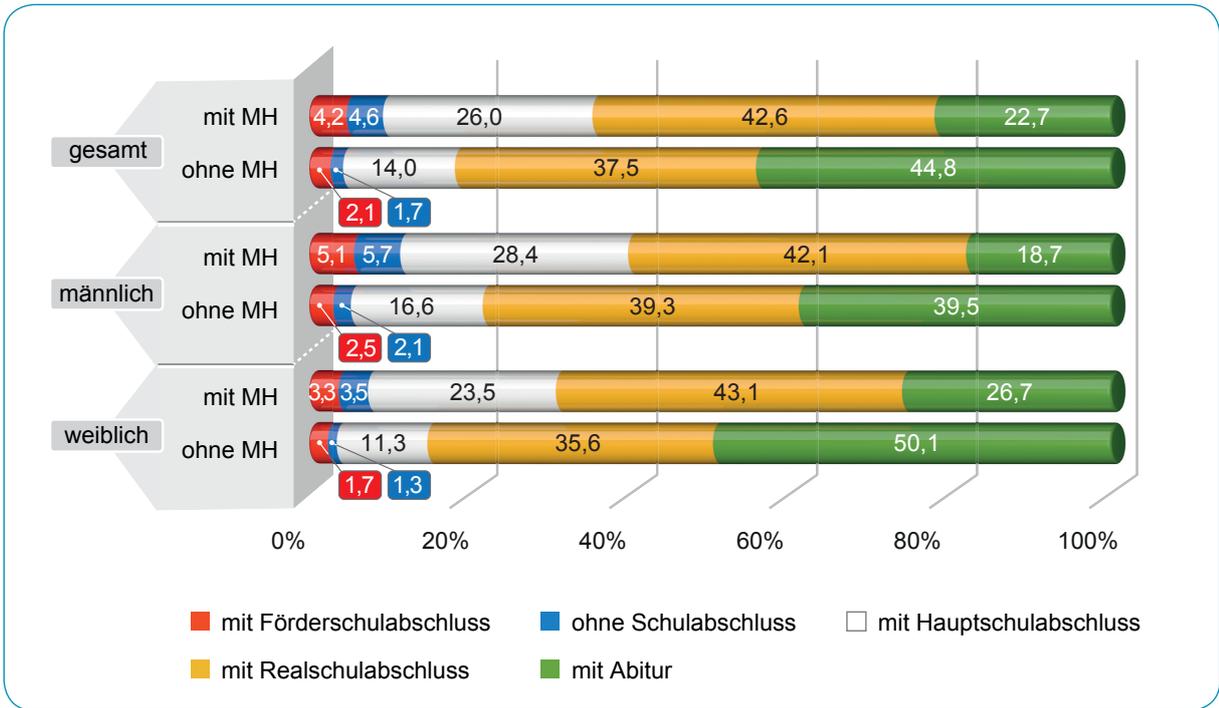
Schulentlassene nach Migrationshintergrund und Abschluss (in %)

Die Teilhabe von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an schulischer Bildung spiegelt sich besonders gut in ihren Schulabschlüssen wieder. Dieser Indikator misst die erreichten Abschlüsse bei den Schülern eines Jahrgangs zum Ende ihrer Schullaufbahn.²⁸ Der Schulabschluss hat einen wesentlichen Einfluss auf die weitere Bildungsbio-graphie bzw. die Chancen am Arbeitsmarkt.

Auch bei den Schulabschlüssen ist ein leichter Aufwärtstrend zu beobachten. Während der Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund, die die Schule mit Realschulabschluss verlassen, sich über die vergangenen Jahre hinweg um die 42% bewegt, nimmt der Anteil derer mit Abitur kontinuierlich zu: Im Beobachtungszeitraum stieg er von 17,5% auf 22,7%.

²⁷ „Schulabgänger“ umfassen nach Definition der Kultusministerkonferenz die Jugendlichen, die die Schule ohne Abschluss verlassen. Die Schüler mit Abschluss werden dagegen als „Absolventen“ bezeichnet. Das Bundesinstitut für Berufsbildung umschreibt Schulabgänger und Absolventen als „Schulentlassene“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: VII).

²⁸ An den Beruflichen Schulen holen viele Schülerinnen und Schüler ihren allgemeinbildenden Schulabschluss nach, andere erwerben dort einen höherwertigen Schulabschluss. Insgesamt wurden 2014 ein „Viertel aller allgemeinbildenden Schulabschlüsse an Absolventen beruflicher Schulen vergeben“ (Schedding-Kleis 2015: 132).



Schulentlassene nach Migrationshintergrund, Abschluss und Geschlecht (Schuljahr 2013/14, in %)

Zurückgegangen ist der Anteil der Schulentlassenen mit Hauptschulabschluss von 29,3% (2010/11) auf 24,8% (2012/13), um dann bis 2013/14 wieder auf 26,0% zu steigen. Gesunken ist der Anteil der Schulabgänger ohne Schulabschluss; er liegt aktuell bei 4,6%. – Die Abbildung macht deutlich, dass sich die Entwicklung der Schulabschlüsse von Jugendlichen mit Migrationshintergrund weitestgehend parallel zu der der Jugendlichen ohne diesen Hintergrund vollzieht. Allerdings erreichen Jugendliche ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt höhere Schulabschlüsse, wie die obige Abbildung detailliert zeigt.

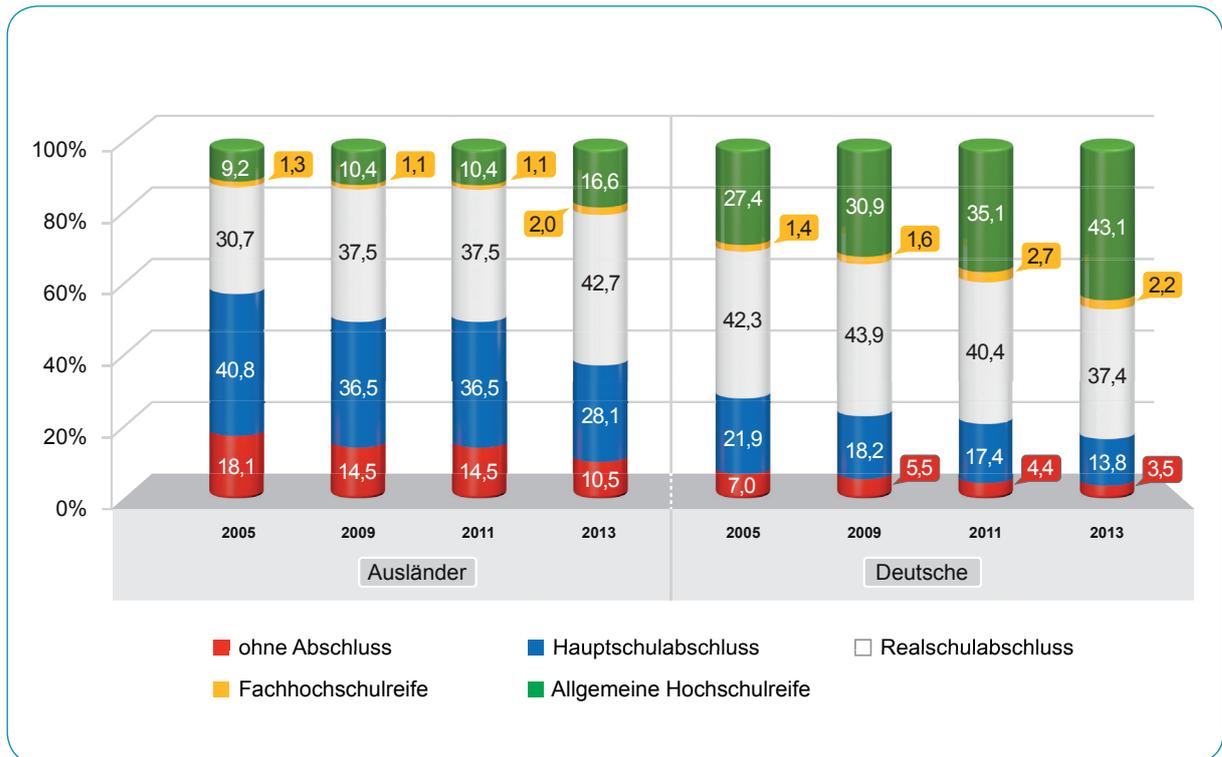
Demnach übersteigt im ausgewiesenen Schuljahr 2013/14 der Anteil der Abiturienten ohne Migrationshintergrund mit 44,8% den der Abiturienten mit Migrationshintergrund (22,7%) erheblich. Der

Anteil der Schulentlassenen mit Hauptschulabschluss liegt unter jungen Leuten ohne Migrationshintergrund deutlich niedriger als bei denen mit Migrationshintergrund (14,0% vs. 26,0%). Jugendliche mit Migrationshintergrund verlassen häufiger die Schule ohne Schulabschluss (4,6% vs. 1,7%).

Die Anteile derjenigen, die ihre Schullaufbahn mit einem Realschulabschluss beenden, sind bei Schulentlassenen mit Migrationshintergrund etwas höher als bei Jugendlichen ohne diesen Hintergrund (42,6% und 37,5%). – Die Abbildung zeigt ferner, dass Mädchen im Durchschnitt einen höheren Schulabschluss erreichen als Jungen. Allerdings verdecken die Zahlen, dass die Bildungserfolge von Schülern mit Migrationshintergrund sehr heterogen sind.²⁹

²⁹ Ein deutschlandweiter Vergleich der Abiturientenquoten nach Staatsangehörigkeit lässt vermuten, dass die Zuwanderer in West- und Ostdeutschland eine unterschiedliche Sozialstruktur aufweisen: So liegen in Mecklenburg-Vorpommern sowie in Thüringen die Anteile der ausländischen Schulabgänger mit Abitur über denen der Deutschen (34,4% vs. 32,1% und 31,5% vs. 30,3%); in Sachsen sind beide Anteile in etwa gleich hoch (28,1% vs. 28,2%; Datenquelle: Integrationsministerkonferenz 2015). Dies dürfte zum Teil auf die Zuwanderungssteuerung in der ehemaligen DDR, die sich deutlich von der in der alten Bundesrepublik unterschied, zurückzuführen sein. (Zu den Bildungserfolgen ausländischer Schüler in den neuen Bundesländern z.B. Weiss 2013.)

Generell ist darauf hinzuweisen, dass die Abiturientenquoten in den einzelnen Bundesländern sehr stark voneinander abweichen; sie schwanken zwischen 27% in Bayern und 58% in Hamburg (2013). Damit variieren auch die Abiturientenquoten der Ausländer: in Bayern ist die Abiturientenquote der deutschen Schulentlassenen dreimal so hoch wie die der ausländischen, in Hamburg beträgt sie das eineinhalbfache (Datenquelle: Integrationsministerkonferenz 2015).



Schulentlassene nach Staatsangehörigkeit und Abschluss (in %)

Die Bildungsbeteiligung nach Staatsangehörigkeit spielt aufgrund des relativ geringen Ausländeranteils an der Schülerschaft mit Migrationshintergrund auch bei diesem Indikator eine untergeordnete Rolle. Der Vollständigkeit halber – die Integrationsministerkonferenz verwendet den Indikator auf Basis dieser Differenzierung – werden im folgenden dennoch die Schulentlassenquoten nach Staatsangehörigkeit gezeigt.

Zwischen 2005 und 2013 lässt sich bei Ausländern ein Trend zu einer Zunahme des Anteils der höheren Schulabschlüsse beobachten. Allerdings ist der Zuwachs der Jugendlichen mit Abitur unter Deutschen deutlich höher als unter Ausländern. Besonders positiv fällt dagegen auf, dass der Anteil der ausländischen Jugendlichen, die keinen Schulabschluss schaffen, im betrachteten Zeitraum um fast acht Prozentpunkte gefallen ist; er liegt aktuell bei 10,5% (Deutsche: 3,5%). Auch der

Anteil derjenigen, die einen Hauptschulabschluss erreichen, der ihnen in der weiteren Bildungsbiographie nur begrenzte Chancen ermöglicht, ist in demselben Zeitraum von 40,8% auf 28,1% gefallen, während der der Deutschen von 21,9% auf 13,8% gesunken ist.

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2010, 2012, 2014); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2014a); Blossfeld (2013); Erdmann et al. (2010); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2012a, 2013a); Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2014a); Köcher (2011); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Ottersbach (2015); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Schedding-Kleis (2015); Siegert (2008); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012a, 2012b, 2014); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Weiss (2013); Wilkens (2013)

→ Tabelle B4 im Anhang

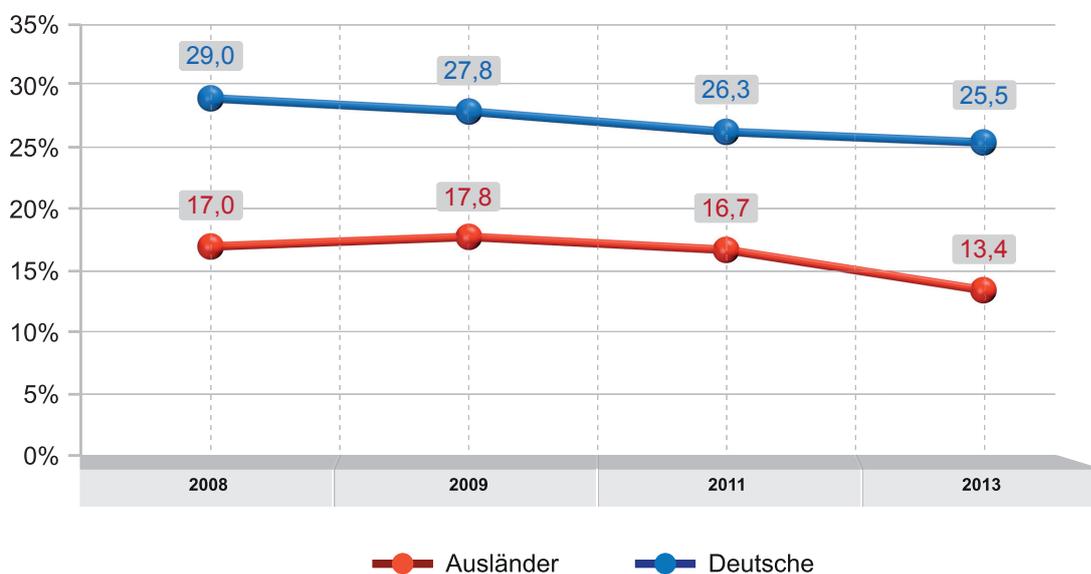
B5 Ausbildungsbeteiligungsquote (IntMK D5)

Definition

Ausbildungsbeteiligung im Dualen System von Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren nach Staatsangehörigkeit an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Datenquelle

Berufsbildungsstatistik



Ausbildungsbeteiligungsquote: Anteil der Jugendlichen im Dualen System (18- bis unter 21-Jährige, in %)

Der Berufseinstieg von Jugendlichen in Deutschland erfolgt traditionell über eine berufliche Ausbildung im Dualen System, das nur wenige andere Länder kennen. Die Duale Ausbildung basiert auf einem Ausbildungsvertrag zwischen Auszubildendem und Ausbildungsbetrieb und zeichnet sich aus durch die „Gleichzeitigkeit von schulischer und betrieblicher Ausbildung“ (Körner 2012).

Die Ausbildungsbeteiligungsquote³⁰ hat sich in den letzten Jahren rückläufig entwickelt, was u.a. auf einen höheren Anteil von Abiturienten unter den Schulentlassenen und gestiegene Studienneigung zurückgeführt werden kann (Autoren-

gruppe Bildungsberichterstattung 2014: 99). Im gesamten Beobachtungszeitraum zeigt sie eine Diskrepanz zwischen der Beteiligung deutscher und ausländischer Jugendlicher an dieser Form der Ausbildung. Stehen von den Jugendlichen mit deutscher Staatsangehörigkeit 25,5% in einem Ausbildungsverhältnis, sind es bei den jungen Ausländern nur 13,4%. Junge Frauen gehen – unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit – seltener einer dualen Ausbildung nach als Männer (19,0% vs. 28,4%), was auch in der Berufsstruktur des Dualen Systems begründet liegt.³¹ Die Ausbildungsbeteiligung der jungen Ausländerinnen ist besonders niedrig (11,3%).

³⁰ Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) weist neuerdings die Ausbildungsanfängerquote aus.

³¹ Das Duale System bildet traditionell für die industriellen Berufe aus (vgl. Indikator B6), in denen tendenziell überwiegend Männer arbeiten. Junge Frauen dagegen wählen eher einen Beruf im Dienstleistungssektor.

Unterschiede bestehen ferner nach Herkunftsland: Nach Untersuchungen des Bundesinstitutes für Berufsbildung (2014: 85) ist die Einmündungsquote³² von Jugendlichen mit einem Migrationshintergrund aus der Türkei oder einem arabischen Land besonders niedrig. Der Nationale Bildungsbericht kommt zu der Vermutung, dass ausländische Jugendliche auch „mit größeren Problemen im Ausbildungsverlauf“ zu kämpfen haben, da sie höhere Auflösungsquoten hinsichtlich der Ausbildungsverträge aufweisen (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 111; Bundesministerium für Bildung und Forschung 2014: 43f.).

Viele junge Leute mit ausländischer Staatsangehörigkeit bleiben ohne einen beruflichen Bildungsabschluss (so auch Bundesministerium für Bildung und Forschung 2014: 43). Dies wird vor allem darauf zurückgeführt, dass aufgrund ihrer tendenziell geringeren Schulabschlüsse „ihre Ausgangsbedingungen beim Übergang in die Berufsausbildung bedeutend ungünstiger sind“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 2012: 78). Die Forschung hat gezeigt, dass auch die Auswahlstrategien von Unternehmen eine Rolle für die geringere Ausbildungsbeteiligungsquote von jungen Migranten spielen (ebda.: 79; Übersicht bei Wilkens 2010).

Eine abgeschlossene Berufsausbildung aber gilt in Deutschland zunehmend als eine wesentliche Voraussetzung nicht nur für einen Einstieg ins Berufsleben, sondern auch für die Kontinuität des Erwerbsverlaufs und als Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig zeichnet sich am Arbeitsmarkt in manchen Branchen ein Engpass an ausreichend qualifizierten Nachwuchskräften ab, der sich nachteilig auf die wirtschaftliche Entwicklung Hessens auswirken kann.

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2012, 2014); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2014a); Beicht (2011, 2012); Bertelsmann Stiftung (2015d); Bundesinstitut für Berufsbildung (2014); Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014); Granato (2010); Granato (2012); Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2014b); HessenAgentur (2010, 2013); Körner (2012); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Siegert (2009); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010, 2014b); Settlemeyer/Erbe (2010); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012b, 2014); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Sürig/Wilmes (2011); Ulrich (2012); Wilkens (2010)

→ Tabelle B5 im Anhang

³² Die Einmündungsquote bezeichnet die „neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge je 100 Schulabgänger“. Sie „stellt eine starke Vereinfachung der Marktzusammenhänge dar, da sich die Nachfrage nach Ausbildungsplätzen nicht allein aus dem Kreis der aktuellen Schulabgänger (...) rekrutiert“ (Bundesinstitut für Berufsbildung 2012: 11).

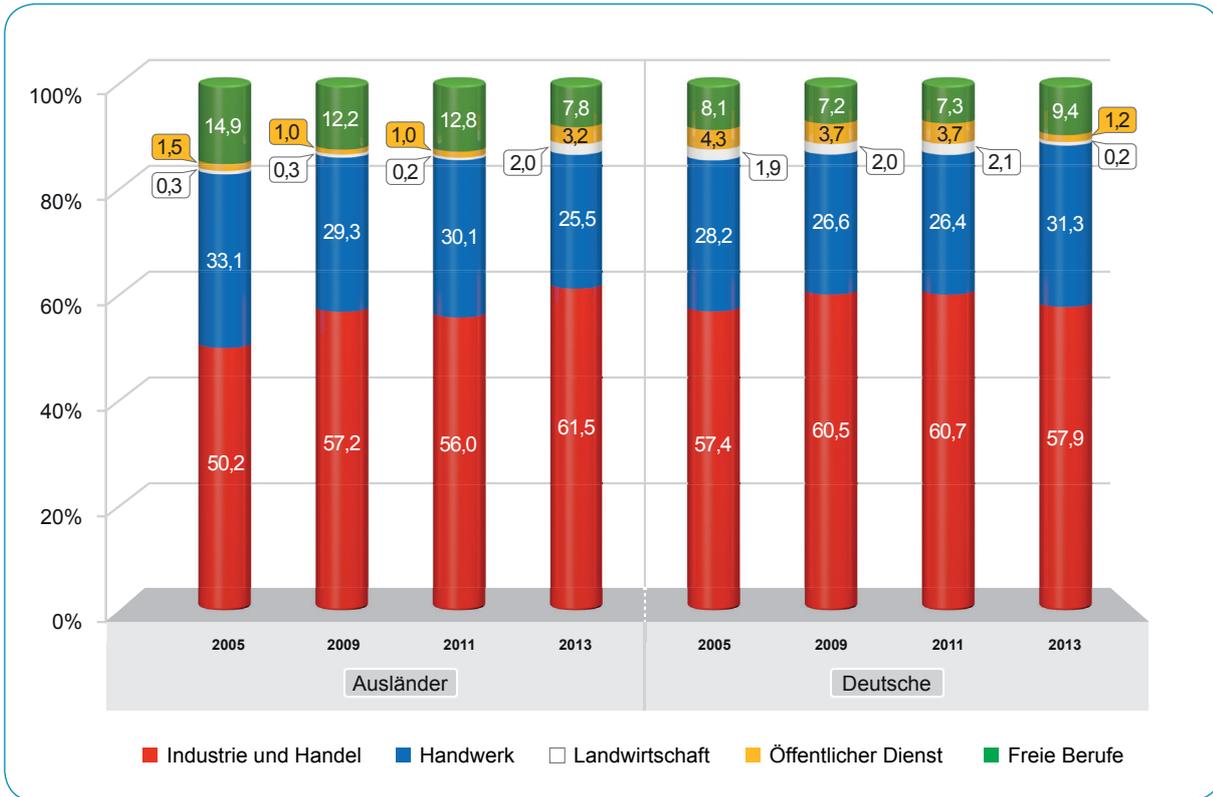
B6 Auszubildende nach Ausbildungsbereichen (IntMK D6)

Definition

Verteilung der Auszubildenden nach Staatsangehörigkeit auf die Ausbildungsbereiche des Dualen Systems

Datenquelle

Berufsbildungsstatistik



Auszubildende nach Ausbildungsbereichen (in %)

Wichtig für die Frage der Teilhabe ist nicht nur die Beobachtung der Ausbildungsbeteiligung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund (bzw. hilfsweise nach Staatsangehörigkeit) im Dualen System, sondern auch ihrer Verteilung auf Ausbildungsberufe bzw. Wirtschaftsbereiche.

Der Indikator zeigt, dass im Berichtszeitraum deutsche und ausländische Jugendliche überwiegend in den Wirtschaftszweigen Industrie und Handel – gefolgt vom Handwerk und den sog.

Freien Berufen (z.B. als Erzieher oder Physiotherapeuten) – ausgebildet werden. Der Anteil der Auszubildenden im Öffentlichen Dienst³³ und in der Landwirtschaft ist vergleichsweise gering.

Die Bedeutung von Industrie und Handel als größtem Ausbildungsbereich hat für beide Gruppen etwas zugenommen; der Anteil der jungen Ausländer, die in diesen Wirtschaftssektoren ausgebildet werden, ist im Berichtszeitraum von 50,2% auf 61,5% gestiegen.³⁴

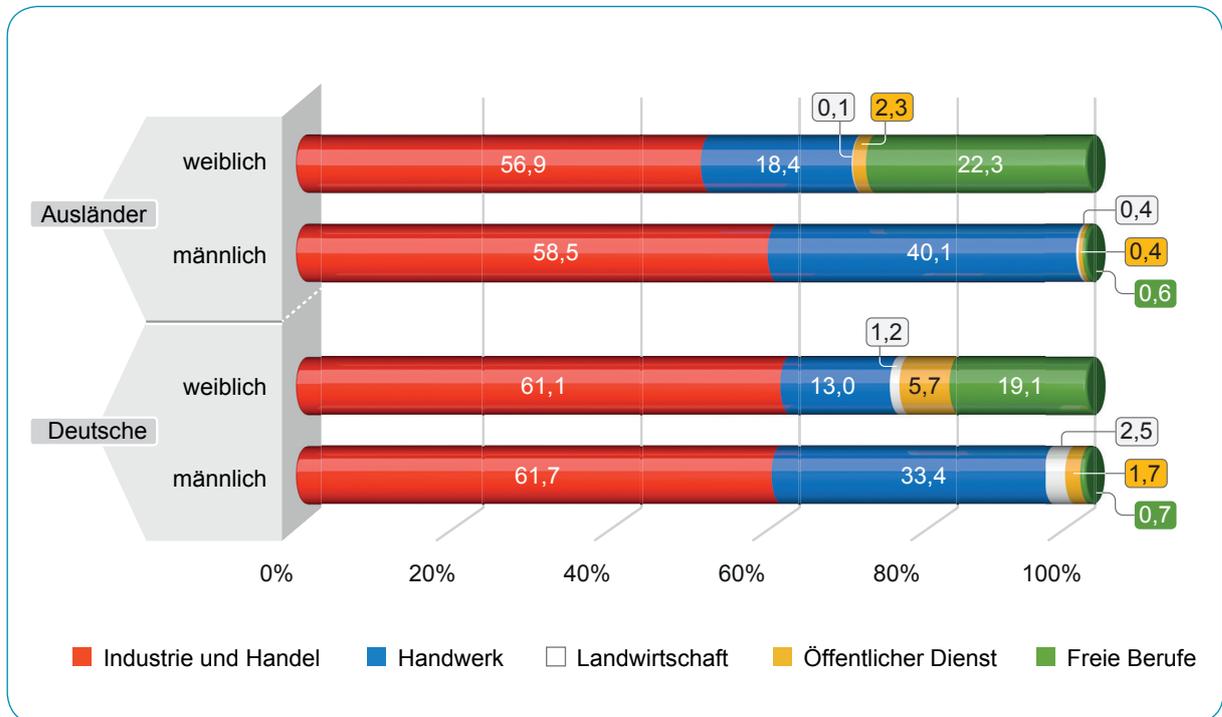
³³ Die Ausbildungsleistung des Öffentlichen Dienstes kann mithilfe dieser Statistik bis zum Berichtsjahr 2007 nur unvollständig dargestellt werden, weil die Zuordnung zu den Ausbildungsbereichen (u. a. zum Bereich „Öffentlicher Dienst“) sich auf die Berufe beschränkt, die nach den bundeseinheitlichen Ausbildungsordnungen dem jeweiligen Bereich zugeordnet werden. So werden z. B. Fachinformatiker im öffentlichen Dienst ausgebildet, aber dem Bereich „Industrie und Handel“ zugeordnet. Ab dem Berichtsjahr 2008 kann durch das neue Merkmal „Zugehörigkeit zum öffentlichen Dienst“ die Anzahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge im Bereich „Öffentlicher Dienst“ vollständig nachgewiesen werden“ (Integrationsministerkonferenz 2010: 180).

³⁴ 2007 wurde eine Umstellung der Berufsbildungsstatistik auf Individualdaten vorgenommen, was die Vergleichbarkeit der Ergebnisse erschwert.

Verschiebungen lassen sich im Handwerk beobachten, wo der Anteil der Ausländer tendenziell sinkt, während der Anteil der Deutschen zunimmt.

Eine Differenzierung nach Geschlecht zeigt, dass Industrie und Handel sowohl für junge Männer als auch für Frauen die zentralen Ausbildungsbereiche sind. Männer finden häufig eine Ausbildungsstelle im Handwerk, wo der Frauenanteil erheblich niedriger ist, Frauen dagegen in den Freien Berufen. Die Verteilung der deutschen und aus-

ländischen jungen Männer auf die Ausbildungsbereiche hat sich im Berichtszeitraum weitestgehend angenähert; bei den jungen Frauen sind die Unterschiede größer. Hier fällt insbesondere die deutlich höhere Ausbildungsquote der Ausländerinnen bei den Freien Berufen ins Auge. Für diese Berufe werden 22,3% der Ausländerinnen im dualen System ausgebildet und 19,1% der deutschen Frauen, aber weniger als 1% der jungen Männer, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit.



Auszubildende nach Ausbildungsbereichen und Geschlecht (in %)

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2008, 2012); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2014a); Beicht (2011, 2012); Beicht/Walden (2014); Bundesinstitut für Berufsbildung (2014); Bundesministerium für Bildung und Forschung (2014); Granato (2010); HessenAgentur (2010); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Siebert (2009); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010, 2014b); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012b, 2014); Wilkens (2010)

→ Tabelle B6 im Anhang

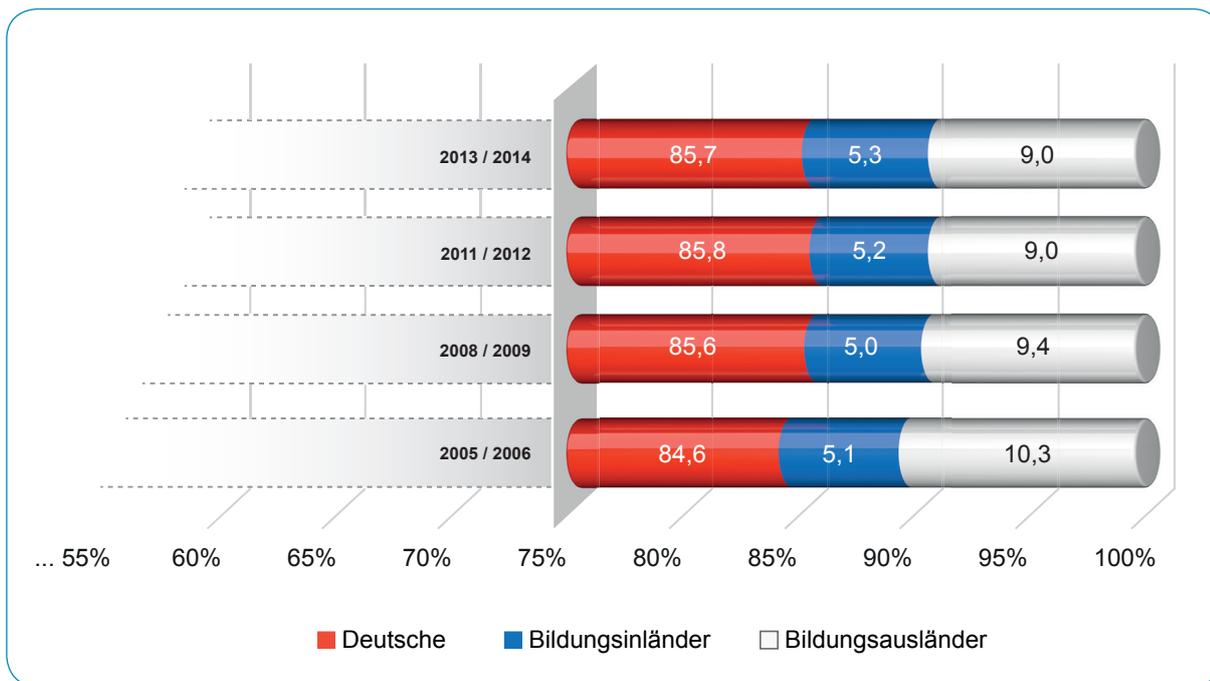
B7 Studierende

Definition

Anteil der Studierenden an hessischen Hochschulen nach Staatsangehörigkeit und Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung

Datenquelle

Hochschulstatistik



Studierende an staatlichen Hochschulen im Wintersemester (in %)

In den letzten Jahrzehnten ist die Studiennachfrage stark gestiegen (s. dazu Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 121ff.). An den staatlichen Hochschulen sind im Wintersemester 2013/2014 in Hessen 204.494 Studierende eingeschrieben, gut 53.700 mehr als zu Beginn des Berichtszeitraums im Wintersemester 2005/2006. Von diesen ist etwas mehr als die Hälfte (52,9%) männlich. Der Anteil der ausländischen Studierenden ist leicht rückläufig; im Wintersemester 2013/2014 haben 14,3% keine deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Bildungsausländer an allen Studierenden ist mit 9,0% größer als der der Bildungsinländer (5,3%), die ebenfalls eine ausländische Staatsangehörigkeit haben. Bildungsausländer sind ausländische Studierende, die ihre Hochschulzugangsberechtigung im Ausland oder

an einem Studienkolleg erworben haben. Demgegenüber erwarben Bildungsinländer ihre Hochschulzugangsberechtigung in Deutschland oder an einer deutschen Auslandsschule, haben aber keine deutsche Staatsangehörigkeit.

Die meisten ausländischen Studierenden haben die türkische Staatsangehörigkeit; unter ihnen ist der Anteil der Bildungsinländer mit 85,7% besonders hoch. Überdurchschnittlich viele ausländische Studierende stammen ferner aus China, Russland und der Ukraine. Diese haben ihre Studienberechtigung überwiegend im Ausland erworben; entsprechend ist der Anteil der Bildungsinländer hier deutlich geringer (für die gesamte Bundesrepublik s. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014a: 136).

Zu Studierenden nach Migrationshintergrund liegen keine Daten vor. Allerdings zeigt die Nationale Bildungsberichterstattung auf Basis einer Sonderauswertung des Mikrozensus, dass die Partizipation an der Hochschulbildung bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund „deutlich geringer“ ist als bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund. In der Altersgruppe der 20- bis unter 25jährigen studierten 23% der Personen ohne, aber nur 16% der Personen mit Migrationshintergrund. Bei Eingebürgerten liege der Anteil mit 21% höher, bei Zugewanderten mit ausländischer Staatsangehörigkeit mit 11% erheblich niedriger (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2010: 124). Der Bericht kommt ferner zu dem Schluss, dass die Übergangsquote hoch sei: Wenn Personen mit Migrationshintergrund „eine Studienberechtigung erworben haben, nehmen sie mindestens so häufig ein Studium auf wie diejenigen ohne Migrationshintergrund“ (Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 125).

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2010, 2012, 2014); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014a); Bienfait (2015); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014d); Bundesministerium für Bildung und Forschung (2013); Forschungsinstitut Betriebliche Bildung/iq Fachstelle (2014); HessenAgentur (2010); Hessisches Statistisches Landesamt (2014c; 2015d); Mayer et al. (2012); Meinhardt (2010); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014); Siegert (2009); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012b, 2014); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013)

→ Tabelle B7 im Anhang

B8 Weiterbildungsbeteiligung

Definition

Beteiligung an formeller beruflicher Weiterbildung nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP

Die berufliche Weiterbildung gilt als Schlüssel der Aufrechterhaltung der Beschäftigungsfähigkeit. Berufliche Weiterbildung umfasst hier den Besuch berufsbezogener Kurse und Lehrgänge in den letzten drei Jahren. Diese Form wird auch als „formelle“ Weiterbildung bezeichnet. Da es sich um berufliche Weiterbildung handelt, ist die betrachtete Altersgruppe auf die Personen im erwerbsfähigen Alter beschränkt.

Bislang wurde in der Weiterbildungsforschung vor allem mit dem Ausländerkonzept gearbeitet. Dabei zeigte sich, dass Deutsche signifikant häufiger Weiterbildung wahrnehmen als Ausländer.³⁵ Die niedrigere Weiterbildungsbeteiligung von Migranten wird in der Literatur auf das im Durchschnitt geringere Qualifikationsniveau und die in der Regel niedrigere berufliche Position zurückgeführt. Sie kann darüber hinaus auch in Barrieren seitens der Weiterbildungsteilnehmer („Selbstselektion“) oder – bei betrieblicher Weiterbildung – in der Förderbereitschaft der die Weiterbildung finanzierenden Betriebe („Fremdselektion“) begründet sein. Letztlich könnten auch Sprachschwierigkeiten von Ausländern eine Rolle für die geringere Partizipation spielen.

Durch Nutzung des SOEP wird eine Ausweisung nach Migrationshintergrund möglich. Dabei wird folgende Frage gestellt: „Wenn man sich beruflich weiterbilden will, gibt es dafür verschiedene Möglichkeiten. Denken Sie einmal an die letzten drei Jahre: Haben Sie für Ihre eigene berufliche Weiterbildung in dieser Zeit ... an berufsbezogenen Lehrgängen oder Kursen teilgenommen, einschließlich solchen, die derzeit noch laufen?“

Die Auswertung im Hessischen Integrationsmonitor 2010 liefert Hinweise darauf, dass sich bei Betrachtung des Migrationshintergrundes der zuvor genannte Unterschied zwischen Ausländern und Deutschen nivelliert.

Seit Erscheinen des Hessischen Integrationsmonitors 2010 wurde die Weiterbildungsbeteiligung nicht wieder in den Fragenkatalog des SOEP aufgenommen. Auf eine Neuberechnung dieses Indikators muss daher verzichtet werden.

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012; 2014); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2013a und b); Bellmann (2003); Bundesinstitut für Berufsbildung (2014); Bundesministerium für Bildung und Forschung (2011); Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (2011a); Kohlrausch/Rasner (2012); Rasner/Zimmer (2012); Wilkens/Leber (2003)

→ Tabelle B8 im Anhang

³⁵ Auch die Wiesbadener Stadtanalysen kommen zu dem Schluss, dass Migranten in VHS- und VBW-Kursen deutlich unterrepräsentiert sind (Landeshauptstadt Wiesbaden 2014c).

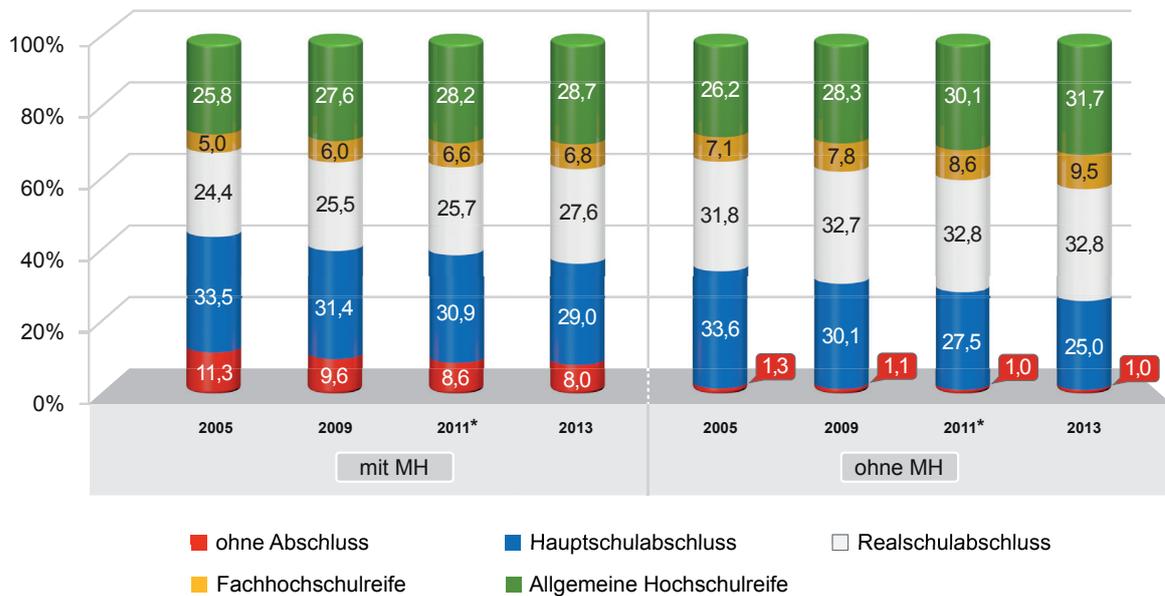
B9 Höchster allgemeinbildender Schulabschluss (IntMK D3)

Definition

Anteile höchster erreichter allgemeinbildender Schulabschlüsse von Personen im Alter von 18 bis 65 Jahren nach Migrationshintergrund an allen Personen der jeweiligen Gruppe

Datenquelle

Mikrozensus



*Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. methodische Erläuterungen

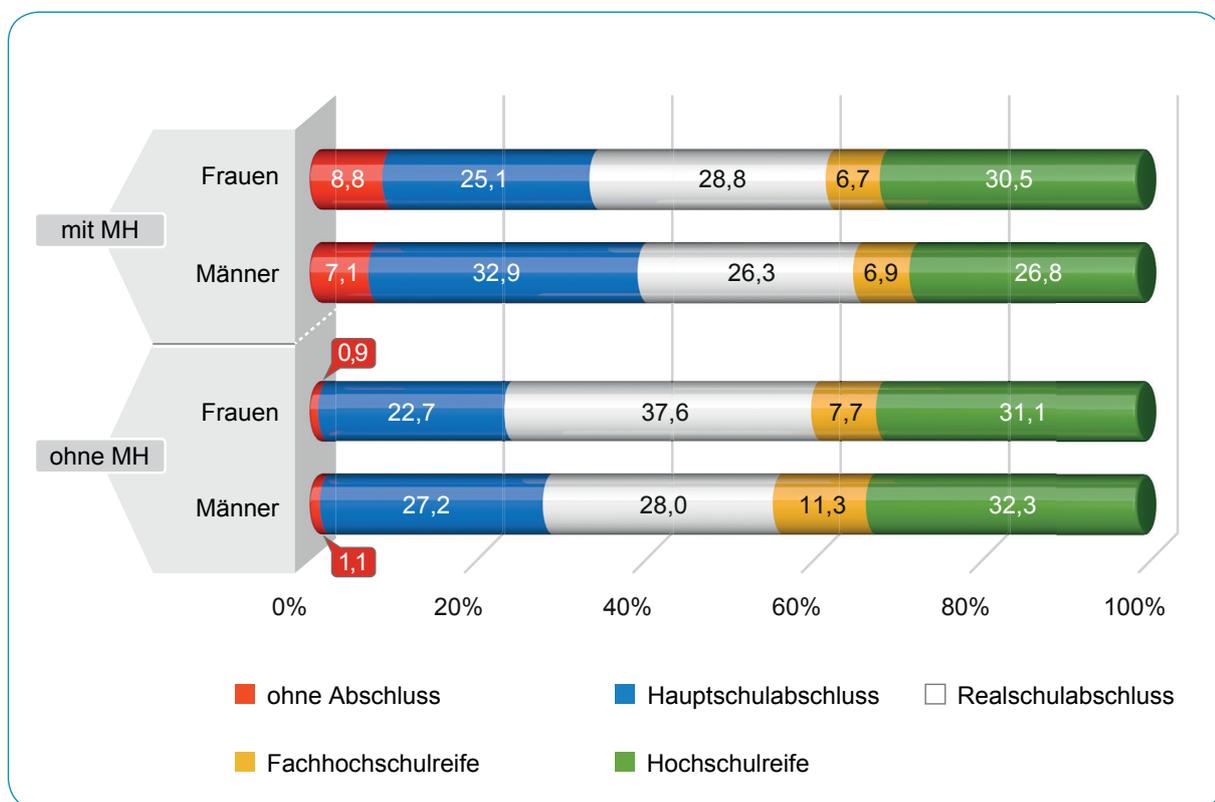
Bevölkerung (18 bis unter 65 Jahre) nach höchstem allgemeinbildenden Schulabschluss (in %)

Die Schulbildung und der erreichte Schulabschluss haben einen wesentlichen Einfluss auf die beruflichen Ausbildungschancen, den Zugang zum Arbeitsmarkt und die gesellschaftliche Teilhabe. Der Indikator bildet den Bildungsstand der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund ab, wobei der Abschluss auch im Ausland erworben worden sein kann. Dargestellt ist die Altersgruppe der 18- bis unter 65jährigen. In einer Querschnittsbetrachtung erlaubt der aktuelle Bildungsstand der Bevölkerung Rückschlüsse darauf, welche Ressourcen dem Arbeitsmarkt potenziell zur Verfügung stehen.

Personen mit Migrationshintergrund haben häufiger keinen oder einen niedrigen Schulabschluss als Personen ohne Migrationshintergrund (37,0% vs. 26,0%). Der Anteil der Personen mit Hochschulreife ist jedoch vergleichbar (28,7% vs. 31,7%). Allerdings verdeckt die Darstellung starke Unterschiede nach Herkunftsländern (dazu Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2012: 46, 2014: 41). Als besonders gut ausgebildet gelten Zuwanderer aus den Mitgliedstaaten der EU, abgesehen von den ehemaligen Anwerbeländern (z.B. Woellert et al. 2009: 39).

Der Anteil der Personen mit niedrigem schulischen Bildungsabschluss geht im Berichtszeitraum zurück: Der Anteil derer, die höchstens über einen Hauptschulabschluss verfügen, sank zwischen 2005 und 2013 unter den Personen ohne Migrationshintergrund um etwa neun Prozentpunkte, unter denen mit Migrationshintergrund um fast acht. Wie Tabelle B9 im Anhang zeigt, verfügt die jüngere Altersgruppe (18 bis unter 25 Jahre) über eine höhere Schulausbildung als die Bevölkerung zwischen 18 und 65 Jahren. Dies gilt auch für Personen mit Migrationshintergrund.

Eine Differenzierung nach Geschlecht macht deutlich, dass Frauen mit Migrationshintergrund tendenziell über höhere Schulabschlüsse verfügen als Männer (s. folgende Abbildung). 30,5% haben die Hochschulreife und 28,8% einen Realschulabschluss; unter den Männern sind es nur 26,8% bzw. 26,3%. Dieser Befund gilt insbesondere für die Gruppe der 18- bis unter 25-Jährigen (s. dazu Tabelle B9).



Bevölkerung (18 bis unter 65 Jahre) nach höchsten allgemeinbildenden Schulabschlüssen (2013, in %)

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, 2014); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2014a); Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (2011a); Englmann (2008); Erdmann et al. (2010); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); Nusche (2009); OECD (2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013, 2014); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Stiftung Mercator/Vodafone Stiftung Deutschland (2015); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2012); Woellert et al. (2009)

→ Tabelle B9 im Anhang

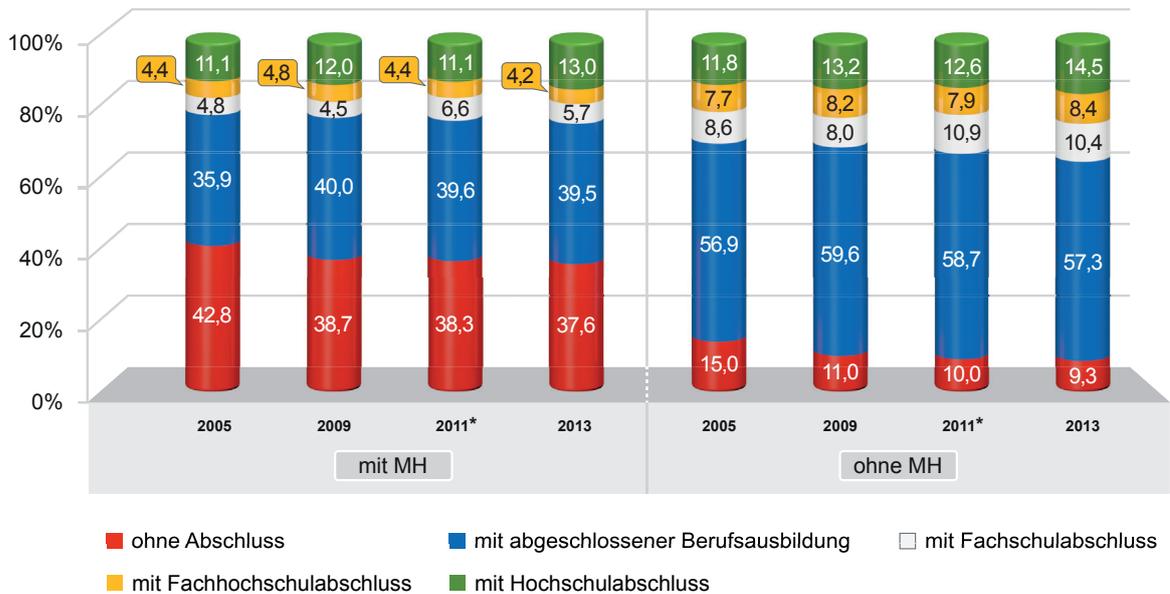
B10 Höchster beruflicher Abschluss (IntMK D7)

Definition

Anteile von Personen an der Bevölkerung mit verschiedenen beruflichen Abschlüssen

Datenquelle

Mikrozensus



*Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. methodische Erläuterungen

Bevölkerung (25 bis 65 Jahre) nach höchstem beruflichem Abschluss (in %)

Die beruflichen Qualifikationen beeinflussen den Zugang zum Arbeitsmarkt, die berufliche Stellung, das Einkommen und damit auch die gesellschaftliche Teilhabe. Eine abgeschlossene Berufsausbildung gilt in Deutschland zunehmend als eine wesentliche Voraussetzung nicht nur für einen Einstieg ins Berufsleben, sondern auch für die Kontinuität des Erwerbsverlaufs und als Absicherung gegen Arbeitslosigkeit. Gleichzeitig lässt sich ein enger Zusammenhang zwischen beruflicher Qualifikation und Arbeitslosigkeit beobachten: Je höher die berufliche Qualifikation von Personen im erwerbsfähigen Alter ist, desto geringer ist tendenziell die „qualifikationsspezifische“ Arbeitslosenquote (für das Bundesgebiet z.B. Brücker et

al. 2012: 221). Die Betrachtung insbesondere der jüngeren Altersgruppe gibt Hinweise darauf, welche Qualifikationen dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen.

Insgesamt zeigt sich, dass das berufliche Qualifikationsniveau von Personen mit Migrationshintergrund tendenziell deutlich niedriger ist als das von Personen ohne Migrationshintergrund. So liegt der Anteil derjenigen, die keinen beruflichen Abschluss haben, bei fast 38%, bei Personen ohne Migrationshintergrund dagegen nur bei knapp 10%. Hervorzuheben ist andererseits die große Gruppe der gut qualifizierten Personen mit Migrationshintergrund: 13,2% verfügen über

einen Hochschulabschluss gegenüber 14,5% der Personen ohne Migrationshintergrund; etliche haben einen Fachhochschulabschluss. Allerdings verdeckt die Darstellung starke Unterschiede nach Herkunftsregionen (dazu Autorengruppe Bildungsberichterstattung 2014: 41).

In beiden Gruppen weisen Frauen die niedrigere berufliche Qualifikation auf; die tendenziell höheren schulischen Abschlüsse der Frauen mit Migrationshintergrund gegenüber den Männern (s. Indikator B9) spiegeln sich hier nicht wider. Allerdings haben Frauen mit Migrationshintergrund etwas häufiger einen Studienabschluss als Männer (s. dazu Tabelle B10 im Anhang).

Im Berichtszeitraum ging der Anteil der Personen ohne beruflichen Abschluss sowohl unter Personen ohne als auch mit Migrationshintergrund zurück: Ihr Anteil fiel in der erstgenannten Gruppe von 15,0% auf 9,3% und in der letztgenannten von 42,8% auf 37,6%. Entsprechend stiegen die Anteile derer mit abgeschlossener Berufsausbildung und mit Fachschul- oder Hochschulabschlüssen geringfügig.

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012, 2014); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011); Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (2011a); Konsortium Bildungsberichterstattung (2006); OECD (2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Stiftung Mercator/Vodafone Stiftung Deutschland (2015); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014); Woellert et al. (2009)

→ Tabelle B10 im Anhang

3.3.2 Arbeit

Erwerbsarbeit wird eine zentrale Rolle bei der Integration zugeschrieben. Sie ist die Voraussetzung für die Erzielung eines eigenen Einkommens, das eine selbstbestimmte Gestaltung des eigenen Lebens ermöglichen kann und gesellschaftliche Teilhabe erleichtert. Es entlastet die Aufnahmegesellschaft von Unterstützungsleistungen und erhöht damit die Akzeptanz der Zugewanderten. Gleichzeitig intensiviert Erwerbsarbeit den Kontakt zwischen Zugewanderten und Mitgliedern der Aufnahmegesellschaft.

Es ist ein weltweit zu beobachtendes Phänomen, dass Migranten häufig in Wirtschaftsbereichen und Arbeitsverhältnissen beschäftigt sind, die für Erwerbstätige der Aufnahmegesellschaft weniger attraktiv erscheinen (z.B. OECD 2011; Piore 1979). Integration in den Arbeitsmarkt gilt dann als erreicht, wenn die Teilnahme der Zugewanderten am Erwerbsleben vergleichbar mit der der Angehörigen der Aufnahmegesellschaft (oder besser) ist. Eine Angleichung der Stellung im Beruf und der Beschäftigung in den verschiedenen Wirtschaftszweigen zeigt eine vollständige Integration in das Erwerbsleben an.

In den frühen 1980er Jahren hat die Arbeitslosigkeit von Ausländern in Deutschland stark zugenommen. Seit Jahren liegt die Arbeitslosenquote der ausländischen Personen im erwerbsfähigen Alter bundesweit mehr als doppelt so hoch wie die der Deutschen³⁶ (Bundesagentur für Arbeit 2014c: 33; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014: 166).

Die zentrale Problemgruppe ist die der Personen ohne abgeschlossene Berufsausbildung, die deutlich weniger am Erwerbsleben teilhat als die Deutschen, denen diese Qualifikation ebenfalls fehlt (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 130).

Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit sind vom Strukturwandel der Wirtschaft, ihrem Wachstum und der Konjunktur abhängig. Die Entwicklungen der Indikatoren im Themenfeld „Arbeit“ können daher im Hinblick auf Integration nur im Kontext der wirtschaftlichen Entwicklung interpretiert werden.³⁷ Auch soziale Kontexte spielen eine Rolle, bspw. bei der Frauenerwerbstätigkeit offenbar unterschiedliche Wertvorstellungen hinsichtlich Berufstätigkeit und Familienarbeit in verschiedenen Zuwanderergruppen.

³⁶ 2013 betrug sie 14,4% vs. 6,2%; 2014 lag sie bei 14,3% vs. 6,0%. (Bundesagentur für Arbeit 2014c: 33)

³⁷ Die wirtschaftliche Entwicklung war im Berichtszeitraum – abgesehen von einem Einbruch im Jahr 2009 – durchweg positiv. Zur wirtschaftlichen Entwicklung z.B. Bundesregierung (2014); Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (2014).

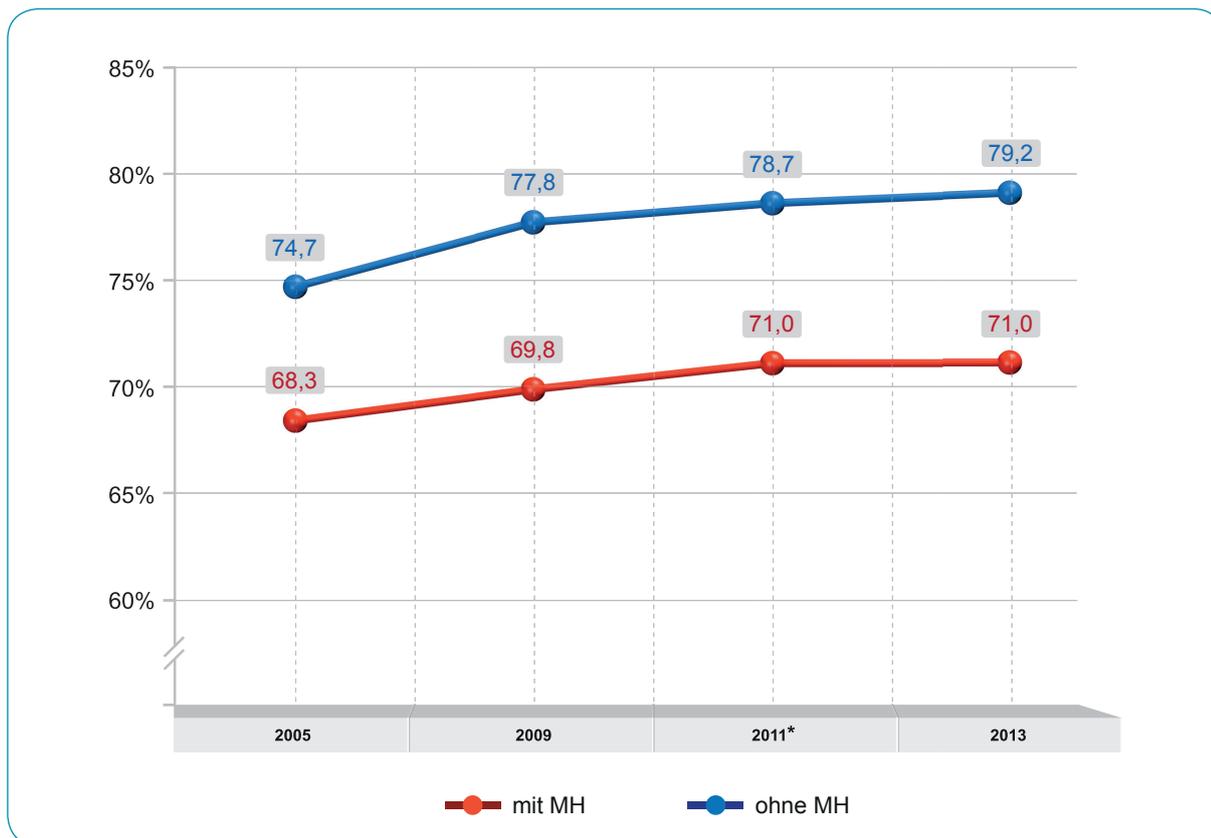
B11 Erwerbsquote (IntMK E1b)

Definition

Anteil der Erwerbstätigen und Erwerbslosen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Datenquelle

Mikrozensus



Erwerbsquote (15 bis unter 65 Jahre, in %)

Die Erwerbsquote beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen und der Erwerbslosen³⁸ einer Altersgruppe an allen Personen derselben Altersgruppe und liefert damit wichtige Informationen über das Arbeitskräftepotenzial. In Deutschland wird für die Betrachtung in der Regel die Bevölkerung „im erwerbsfähigen Alter“, d.h. die Altersgruppe von 15 Jahren bis zum Eintritt des Rentenalters (in der hier durchgeführten Berechnung des Indikators: 65 Jahre) herangezogen.

Die Erwerbsquoten von Personen mit Migrationshintergrund bleiben generell hinter denen von Personen ohne Migrationshintergrund zurück. Für beide Gruppen sind die Erwerbsquoten der Frauen geringer als die der Männer (s. die Tabelle B11 in Anhang 1).

Ergebnisse für die gesamte Bundesrepublik zeigen für den Zeitraum 1993 bis 2013 eine deutliche Zunahme der Erwerbsquoten in vielen

³⁸ Von diesen werden die sog. Nichterwerbspersonen abgegrenzt, d.h. die Personen, die keine Arbeit ausüben oder suchen (z.B. weil sie in Ausbildung, Erziehungszeit oder berufsunfähig sind und folglich dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen).

Altersklassen, vor allem bei den Frauen. Besonders stark ist die Erwerbsbeteiligung bei den Männern und – noch deutlicher – bei den Frauen jenseits der 55 gestiegen (Brenke 2015a: 77). Eine Rolle für die erhöhte Erwerbsbeteiligung der Frauen dürften die erweiterten Beschäftigungsmöglichkeiten im wachsenden Dienstleistungssektor spielen. Das Erwerbsverhalten hängt ferner stark von der beruflichen Qualifikation ab.

Für Hessen ist im Berichtszeitraum ein Anstieg der Erwerbsquote für die gesamte hessische Bevölkerung festzustellen (+ 0,4%). Die Erwerbsquote der Personen ohne Migrationshintergrund ist jedoch um 4,5 Prozentpunkte gewachsen, die der Bevölkerung mit Migrationshintergrund dagegen nur um 2,7 Prozentpunkte.

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2014); Brenke (2015a); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012c); Bundesregierung (2014); Burkert et al. (2012, 2014); Granato (2003); HessenAgentur (2013); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014); Seebaß/Siegert (2011); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012a, 2012b); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Walwei (2015)

→ Tabelle B11 im Anhang

B12 Erwerbstätigenquote (IntMK E1a)

Definition

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren nach Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Datenquelle

Mikrozensus



Erwerbstätigenquote (15 bis unter 65 Jahre, in %)

Die Erwerbstätigenquote beschreibt den Anteil der Erwerbstätigen einer Altersgruppe an allen Personen derselben Altersgruppe³⁹ und liefert damit wichtige Informationen über die Arbeitsmarktintegration. In Deutschland wird für die Abgrenzung in der Regel das „erwerbsfähige Alter“, d. h. die Altersgruppe von 15 bis unter 65 Jahren gewählt.

Auch die Erwerbstätigenquote der Bevölkerung mit Migrationshintergrund liegt unter der der Bevölkerung ohne dieses Merkmal. Der Zweite Integrationsindikatorenbericht des Bundes spricht bei

dieser Differenz von einer „Beschäftigungslücke“ (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 57). Bei beiden Gruppen ist die Erwerbstätigenquote der Frauen niedriger als die der Männer (s. folgende Abbildung).

Zwischen 2005 und 2013 ist ein Anstieg der Erwerbstätigenquote für die gesamte hessische Bevölkerung festzustellen. Die Quote der Personen ohne Migrationshintergrund stieg um 6,8 Prozentpunkte, die der mit Migrationshintergrund um 7,6. Die Quoten beider Gruppen haben sich

³⁹ Anders als bei der „Erwerbsquote“ sind also die Erwerbslosen hier nicht einbezogen.

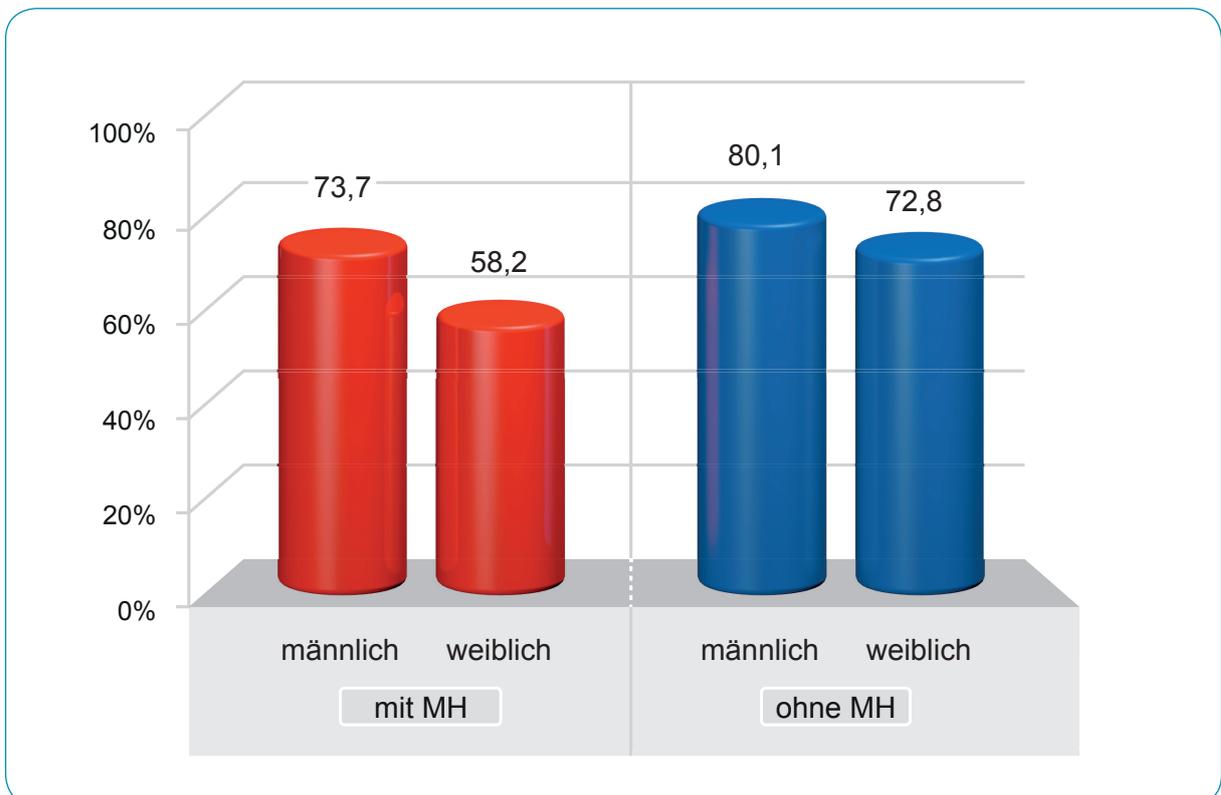
geringfügig angenähert, doch beträgt der Abstand – die „Beschäftigungslücke“ – immer noch gut 10 Prozentpunkte. Nach Berechnungen der OECD könnte das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland um 0,4% gesteigert werden, wenn Personen mit Migrationshintergrund dieselbe Erwerbsbeteiligung wie Personen ohne Migrationshintergrund hätten (Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014: 19). Eine Erhöhung der Erwerbsbeteiligung hätte also nicht nur positive integrative Effekte, sondern auch volkswirtschaftliche.

Dass die Differenz zwischen den Erwerbsquoten von Personen mit und ohne Migrationshintergrund niedriger als die zwischen den Erwerbstätigenquoten ist, lässt sich auch damit erklären, dass der erstgenannte Personenkreis überdurchschnittlich häufig von Arbeitslosigkeit betroffen ist.

Bei diesem Indikator ist eine geschlechtsspezifische Differenzierung sinnvoll. Auffällig wird dabei vor allem die geringe Erwerbstätigkeit der

Frauen mit Migrationshintergrund, die mit 58,2% erheblich niedriger ist als die der Frauen ohne dieses Merkmal (72,8%; s. folgende Abbildung). Dieser Befund könnte auf insgesamt traditionellere Rollenvorstellungen hinsichtlich Erwerbstätigkeit und Familie in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund zurückgeführt werden, für die es Hinweise gibt (z.B. Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend 2010: 51f.). Weitere Barrieren könnten die im Durchschnitt deutlich niedrigeren beruflichen Bildungsabschlüsse und nicht anerkannte Qualifikationen, fehlende Sprachkenntnisse, ethnische Diskriminierung sowie – bei Müttern – eine starke Rücksichtnahme auf das (vermeintliche) Wohl der Kinder oder die Betreuungsinfrastruktur und -kosten sein (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: 70ff.; 2013a: 12ff.).

Die Aussagen lassen sich jedoch nicht verallgemeinern, denn anders als bei den Männern variieren die Quoten deutlich nach der Herkunftsregion und liegen in einem Spektrum zwischen Werten



Erwerbstätigenquote nach Geschlecht und Migrationshintergrund (2013, in %)

um die 70% (Frauen aus der Ukraine: 70%, Italien und Russland: 67%) und Werten weit unterhalb der 50%-Marke (Frauen aus Afrika: 42%, aus der Türkei: 44%; Quelle: Mikrozensus 2013). Entsprechend differieren die Erwerbstätigenquoten der Frauen mit Migrationshintergrund viel stärker nach Staatsangehörigkeit (Deutsche: 63,1%, Ausländerinnen: 54,3%) als die der Männer (Deutsche: 71,7%, Ausländer: 75,3%). Insgesamt kann noch Forschungsbedarf konstatiert werden, denn nach Umfragedaten wünschen sich 65% der nicht erwerbstätigen Mütter mit Migrationshintergrund eine Erwerbstätigkeit (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2013b: 31).

Nicht vergessen werden sollte, dass es auch verschiedene Formen der nichtdokumentierten Beschäftigung gibt, zu deren Größenordnung allenfalls sehr grobe Schätzungen vorliegen. Ein Beispiel sind schwarz arbeitende Pflegekräfte aus dem Ausland (z.B. Kniejska 2015). Ein weiterer wichtiger Punkt, zu dem sich aber ebenfalls wenige Erkenntnisse finden, sind menschenunwürdige Arbeitsverhältnisse mit Migranten (z.B. Windhorst 2015).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2012); Brenke (2015a); Brücker et al. (2012); Bundesagentur für Arbeit (2011b, 2013); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012c); Bundesregierung (2014); Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (2010, 2013a und b); Burkert et al. (2012); Burkert et al. (2014); HessenAgentur (2013); Institut der deutschen Wirtschaft (2013); Kniejska (2015); OECD (2010a); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Seebaß/Siegert (2011); Sociaal en Cultureel Planbureau (2014); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012a und b, 2014); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014); Windhorst (2015)

→ Tabelle B12 im Anhang

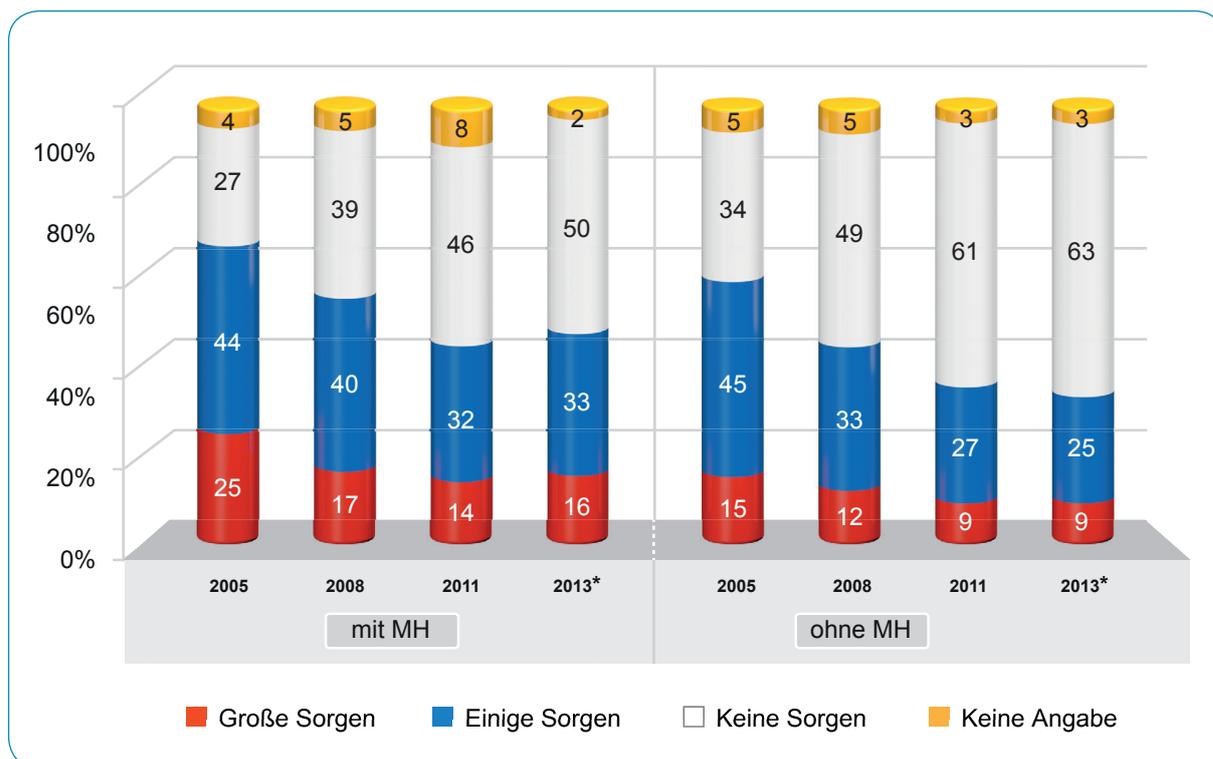
B13 Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes

Definition

Einstellung zur Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP



Sorge um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes (in %)

Arbeitsplatzsicherheit ist ein wesentlicher Faktor nicht nur der Beschäftigungs-, sondern auch der Lebensqualität. Ein sicherer Arbeitsplatz garantiert ein verlässliches Einkommen, ermöglicht eine Lebensplanung und eröffnet bessere Chancen im Hinblick auf die persönliche und berufliche Weiterbildung (DGB-Index Gute Arbeit GmbH 2010).

Der subjektive Indikator nutzt Daten einer Frage des Sozioökonomischen Panels „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? ...um die Sicherheit Ihres Arbeitsplatzes?“. Die Frage ist nur an Erwerbstätige gerichtet.

Personen mit Migrationshintergrund machen sich tendenziell mehr Sorgen um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes als Personen ohne Migra-

tionshintergrund (49% vs. 34%). Diese Tendenz bleibt im ganzen Berichtszeitraum stabil. 33% machen sich „einige Sorgen“, 16% sogar „große Sorgen“, während es bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund nur 25% bzw. 9% sind.

Die Einstellung zur Arbeitsplatzsicherheit hat sich über längere Zeit hinweg positiv entwickelt: Sowohl bei Personen mit als auch bei Personen ohne Migrationshintergrund nahmen die Sorgen insgesamt und deutlich ab. Zwischen 2011 und 2013 ist die Besorgnis bei Personen mit Migrationshintergrund geringfügig gewachsen.

Weiterführende Literatur

DGB-Index Gute Arbeit GmbH (2010); Kohlrausch/Rasner (2012); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014)

→ Tabelle B13 im Anhang

B14 a und b Atypische/Geringfügige Beschäftigung (IntMK E3)

Definition

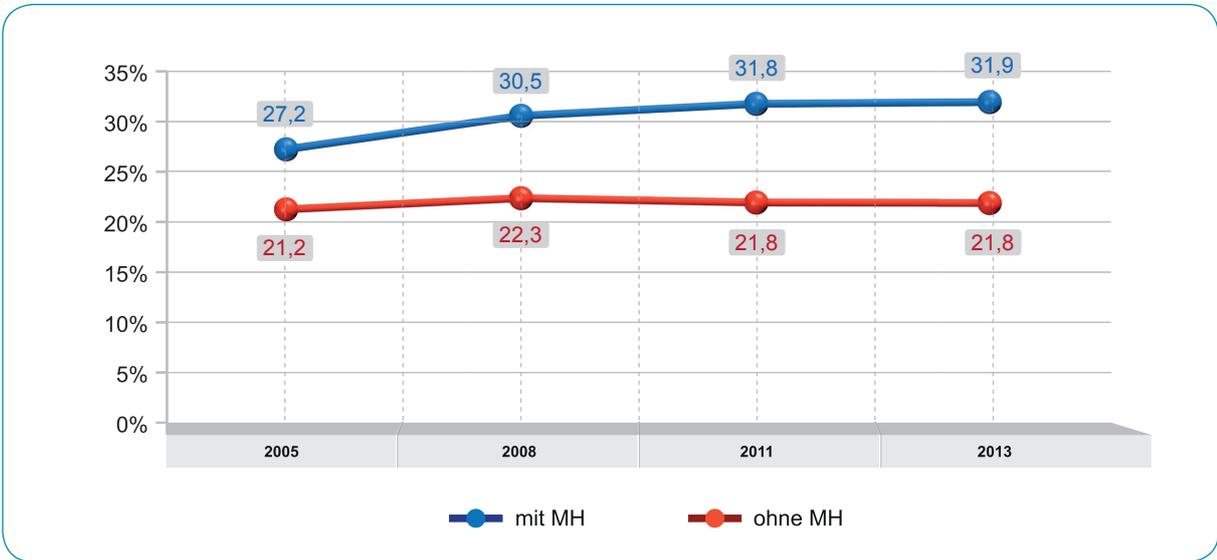
Anteil abhängig Erwerbstätiger in bestimmten Beschäftigungsverhältnissen nach Migrationshintergrund an allen abhängig Erwerbstätigen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

a: in atypischen Beschäftigungsverhältnissen nach Migrationshintergrund

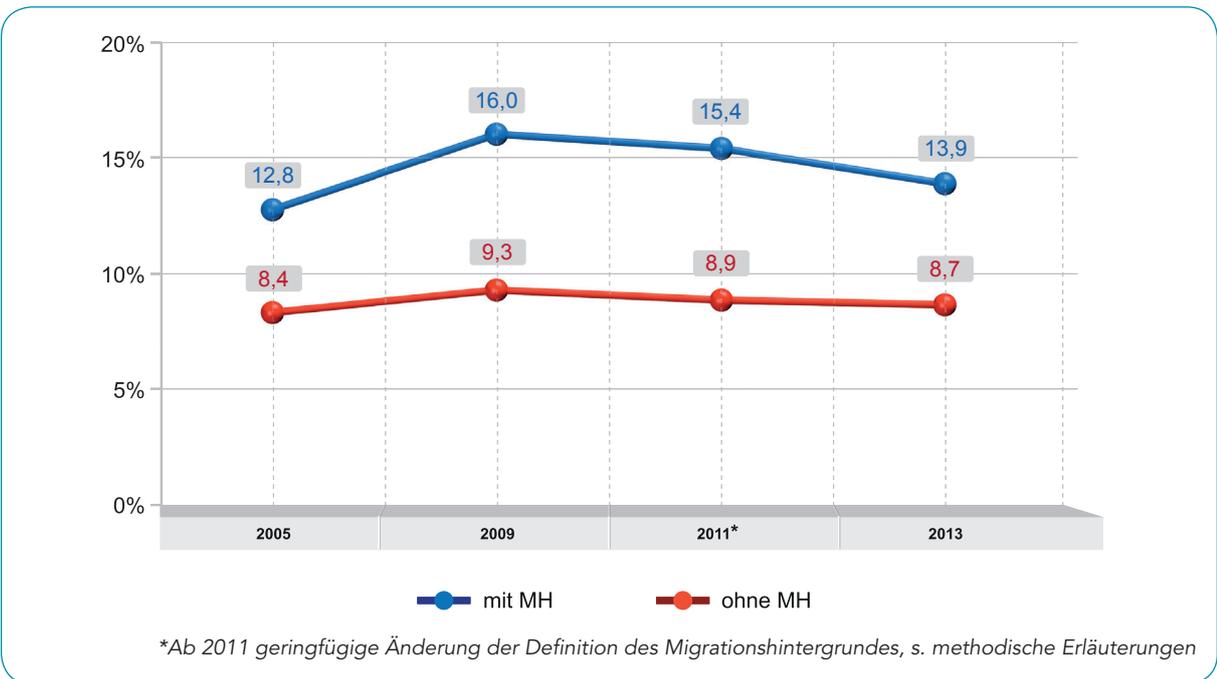
b: mit geringfügiger Beschäftigung als einziger oder hauptsächlich Tätigkeit nach Migrationshintergrund an allen abhängig Erwerbstätigen der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt (Sonderauswertung)/ Mikrozensus



Anteil atypisch Beschäftigter an allen abhängig Beschäftigten (in %)

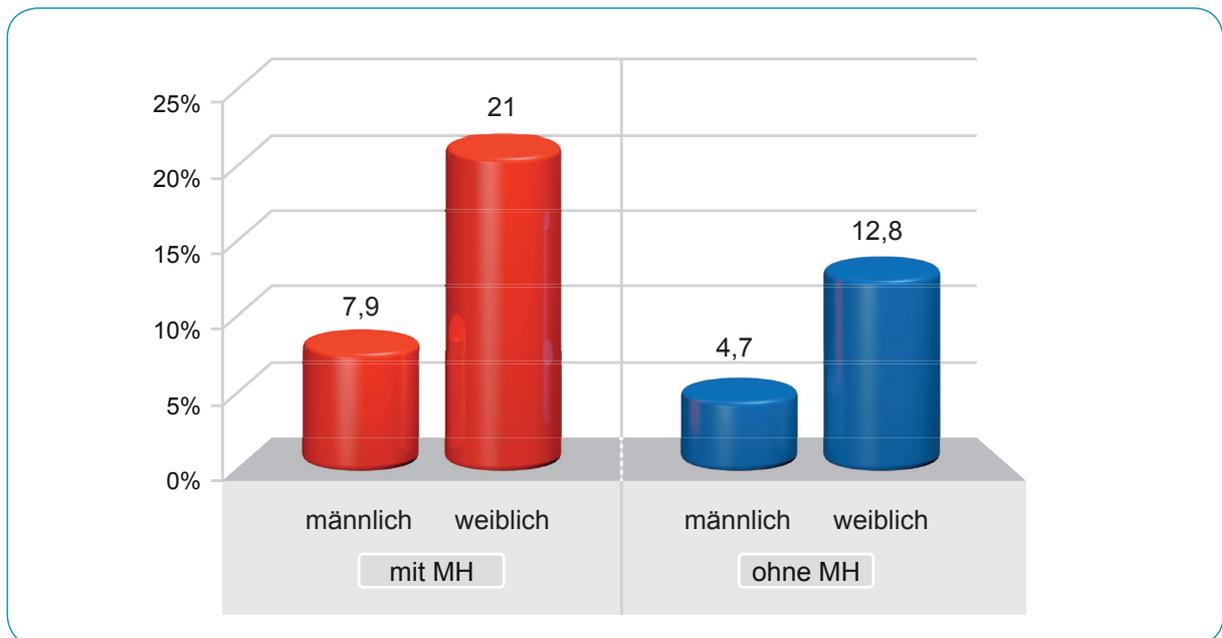


Anteil geringfügig Beschäftigter an allen abhängig Beschäftigten (in %)

Die Flexibilisierung des Arbeitsmarktes hat zu einer Veränderung der Struktur der Beschäftigungsverhältnisse geführt. Als „atypisch“ werden die Beschäftigungsverhältnisse jenseits der (klassischen) „Normalarbeitsverhältnisse“ bezeichnet, also Teilzeitbeschäftigung mit bis zu 20 Wochenstunden, geringfügige Beschäftigung, befristete Beschäftigung oder Zeitarbeit (Statistisches Bundesamt o.J.).

Es zeigt sich, dass der Anteil der atypisch Beschäftigten – einem schon jahrelang zu beobachtenden Trend folgend – im Berichtszeitraum zugenommen hat, sich aber zwischen 2011 und 2013 stabilisiert hat. Dies ist vor allem auf eine Abnahme der Per-

sonen mit befristetem Arbeitsvertrag sowie der Zeitarbeitnehmer zurückzuführen (Statistisches Bundesamt 2014a). Deutlich wird, dass Personen mit Migrationshintergrund häufiger als Personen ohne Migrationshintergrund (31,9% vs. 21,8%) in einem solchen Beschäftigungsverhältnis stehen. Für Frauen ist heute – u.a. aufgrund der höheren Teilzeitquote und des höheren Anteils geringfügig Beschäftigter – die atypische Beschäftigung „der Normalfall“ (Brücker et al. 2012: 43); das trifft insbesondere auf die Frauen mit Migrationshintergrund zu. In besonderem Maße hat sich die atypische Beschäftigung auch unter jüngeren Personen ausgeweitet (ebda.).



Anteil geringfügig Beschäftigter an allen abhängig Beschäftigten 2013 (in %)

Zwischen 2005 und 2009 ist eine Zunahme des Anteils der Beschäftigten, die einer geringfügigen Beschäftigung als einziger oder hauptsächlichlicher Tätigkeit nachgehen, zu beobachten, seit 2013 sinkt deren Anteil wieder. Personen mit Migrationshintergrund wählen häufiger diese Form der atypischen Beschäftigung bzw. sind öfter darauf angewiesen. In dieser Bevölkerungsgruppe ist der Anteil der geringfügig Beschäftigten von 12,8% auf 16,0% gestiegen, um dann auf 13,9% zu fallen. Bei den Personen ohne Migrationshintergrund liegt der Anteil relativ stabil bei rund 9%.

Frauen nehmen in beiden Bevölkerungsgruppen häufiger als Männer eine solche Beschäftigung auf, wie die folgende Abbildung zeigt. Besonders hoch – wenn auch leicht zurückgegangen – ist der Anteil unter den Frauen mit Migrationshintergrund: Von ihnen geht etwa jede fünfte abhängig Beschäftigte ausschließlich einer geringfügigen Beschäftigung nach (21,0% vs. 12,8%); bei den Männern sind es nur 7,9% (gegenüber 4,7% bei den Männern ohne Migrationshintergrund).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2013a, 2014a); Burkert et al. (2014); Eichhorst (2015); Gundert/Hohendanner (2011); HessenAgentur (2013); Institut der deutschen Wirtschaft (2012); Lukas (2010); Möller/Walwei (2009); OECD (2010a); o.V. (2014), Seebaß/Siegert (2011); Siebenhüter (2011); Statistisches Bundesamt (o.J.); Statistisches Bundesamt (2014a); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012a, 2012b); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014); Trabert (2011a und b); Walwei (2015)

→ Tabelle B14 im Anhang

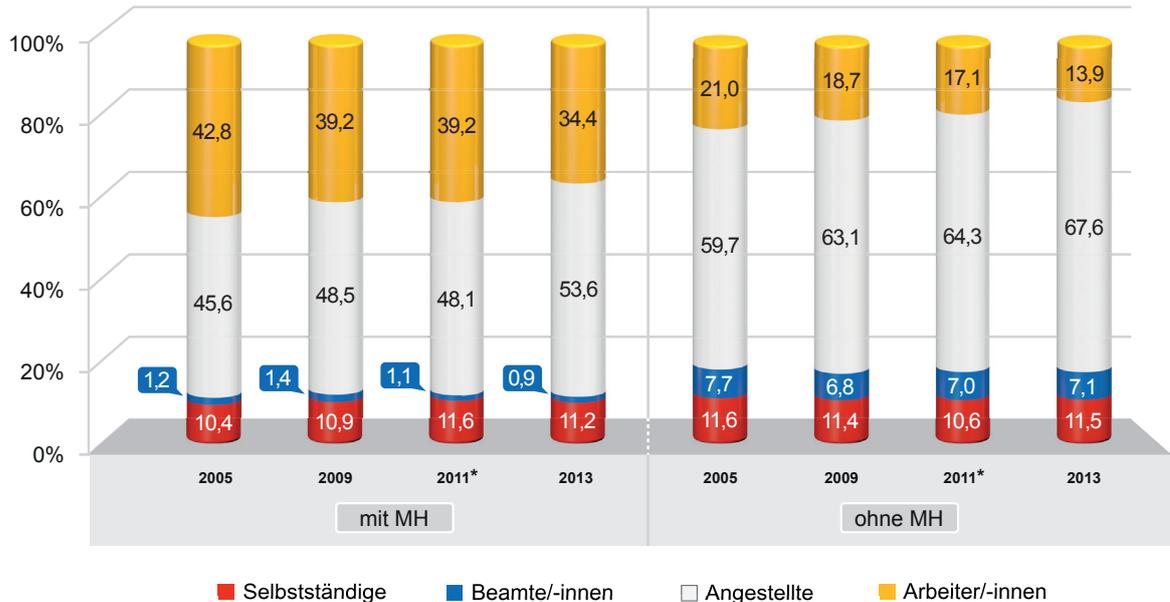
B15 Stellung im Beruf (IntMK E2)

Definition

Aufgliederung von Erwerbstätigen in Selbstständige, Angestellte, Beamte und Arbeiter nach Migrationshintergrund

Datenquelle

Mikrozensus



*Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. methodische Erläuterungen

Stellung im Beruf (15 bis unter 65 Jahre, in %)

Die Stellung im Beruf nach Migrationshintergrund liefert nicht unmittelbar Informationen über die Beschäftigungsqualität, aber zumindest über die berufliche Positionierung der betrachteten Gruppen im Erwerbssystem (Integrationsministerkonferenz 2015: 62). Gleichzeitig lässt sie einige Schlüsse auf deren gesellschaftliche Stellung zu (Seebaß/Siegert 2011: 41).

Die Mehrheit der Erwerbstätigen arbeitet als Angestellte; 53,6% derer mit und 67,6% derer ohne Migrationshintergrund. Bei den Personen mit Migrationshintergrund liegt der Anteil der Arbeiter mit 34,4% deutlich über dem bei Personen ohne diesen Hintergrund (13,9%) und spiegelt damit immer noch die Folgen der Anwerbung der ausländischen Arbeitnehmer (Integrationsminis-

terkonferenz 2015: 62). 7,1% der Erwerbstätigen ohne Migrationshintergrund sind Beamte, aber nur 0,9% derjenigen mit Migrationshintergrund (s. dazu auch Indikator B16). Die Selbstständigenquoten sind in beiden Gruppen mit 11,2% der Erwerbstätigen mit und 11,5% ohne Migrationshintergrund etwa gleich. (Zu einer Differenzierung der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund nach Generation s. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014: 115.)

Zwischen 2005 und 2013 lässt sich eine Veränderung der Struktur der beruflichen Positionen sowohl bei Personen mit wie auch bei Personen ohne Migrationshintergrund beobachten: Nach wie vor nimmt der Anteil der Arbeiter an der Gesamt-

heit der Erwerbstätigen ab (bei Personen ohne Migrationshintergrund um sieben Prozentpunkte, bei Personen mit Migrationshintergrund um acht Prozentpunkte), während der der Angestellten bei beiden Gruppen um etwa acht Prozentpunkte gestiegen ist. Das ist im Wesentlichen eine Folge des Strukturwandels und der Tertiarisierung der Wirtschaft. Der Anteil der Selbstständigen unter den Personen mit Migrationshintergrund ist geringfügig (von 10,4% auf 11,2%) gestiegen; hier könnte sich ein zaghafter Trend andeuten. Dabei ist jedoch zu beachten, dass mittlerweile ein Rückgang der selbstständigen Beschäftigung festgestellt wird (Brenke 2015b).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2014a); Brenke (2015b); Brixy et al. (2015); Burkert et al. (2012); Granato (2003); Piore (1979); Leicht/Langhauser (2014); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010, 2014); Seebaß/Siegert (2011); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014); Sürig/Wilmes (2011); Woellert et al. (2009)

→ Tabelle B15 im Anhang

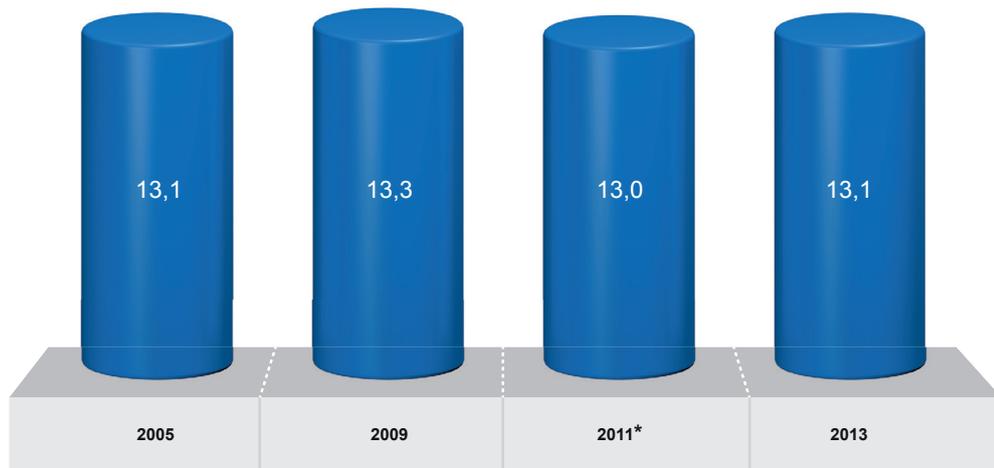
B16 Erwerbstätige im Öffentlichen Dienst (IntMK I1)

Definition

Anteil der Erwerbstätigen im Öffentlichen Dienst nach Migrationshintergrund

Datenquelle

Mikrozensus



*Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. methodische Erläuterungen

Anteil der Beschäftigten im Öffentlichen Dienst mit Migrationshintergrund (15- bis unter 65-Jährige, in %)

Dieser Indikator liefert nicht nur Erkenntnisse zur Beschäftigung im Öffentlichen Dienst in Hessen, sondern gleichzeitig zu dessen „Interkultureller Öffnung“. ⁴⁰ Diese ist ein wesentlicher Aspekt des Bekenntnisses zur Vielfalt. Primäre Ziele der Interkulturellen Öffnung sind einerseits die Angleichung der Beschäftigung von Personen mit und ohne Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst, andererseits eine Stärkung des Dienstleistungscharakters der öffentlichen Verwaltung für die zugewanderte Bevölkerung. Hinzu tritt die Wertschätzung und positive Nutzung der in der Gesellschaft vorhandenen Ressource „Vielfalt“. ⁴¹ Die Quote der Erwerbstätigen mit Migrations-

hintergrund lag im gesamten Berichtszeitraum bei etwa 13%. Hessen liegt damit bundesweit nach Baden-Württemberg und Hamburg vorn; deutschlandweit beträgt die Quote 9,4%. ⁴² 60% dieser im Öffentlichen Dienst Beschäftigten hat die deutsche Staatsangehörigkeit; der größte Teil (63,3%) ist weiblich (unter den Beschäftigten ohne Migrationshintergrund liegt der Frauenanteil bei 57,8%). (Zum Anforderungsprofil von Beschäftigten im Öffentlichen Dienst nach Migrationshintergrund und Generation s. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014: 116.)

⁴⁰ In der Literatur wird die Interkulturelle Öffnung als „ein bewusst gestalteter Prozess“ definiert, „der (selbst-)reflexive Lern- und Veränderungsprozesse von und zwischen unterschiedlichen Menschen, Lebensweisen und Organisationsformen ermöglicht“. Er soll dadurch zu einem Abbau von Barrieren und Abgrenzungsmechanismen führen und eine Anerkennung und Wertschätzung der Mitarbeiter ermöglichen (Schröer 2007: 2).

⁴¹ Zur interkulturellen Öffnung der Stadt Frankfurt s. Stadt Frankfurt (2015).

⁴² Hierbei ist zu beachten, dass der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Wohnbevölkerung sowie an den Beschäftigten in den neuen Bundesländern sehr niedrig ist, in die Berechnung jedoch eingeht.

Die Erhöhung des Anteils der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im Öffentlichen Dienst ist politisch erwünscht. Dabei ist zu beachten, dass hier aus Gründen der Haushaltskonsolidierung relativ wenige Neueinstellungen vorgenommen werden. Auch aufgrund der langen Verweildauer im Öffentlichen Dienst ist eine Annäherung des Anteils der Erwerbstätigen mit Migrationshintergrund an die ohne Migrationshintergrund nur langfristig zu erreichen.

Aus diesem Grund hat die Hessische Landesregierung eine Befragung unter den neu in den Landesdienst Eingestellten durchgeführt (Zeitraum Oktober 2013 bis September 2014). Bei einer Rücklaufquote von knapp 39% zeigte sich, dass 22,8% der Neueingestellten einen Migrationshintergrund haben. Zwischen den Ressorts schwankt der Anteil zwischen 14,0% und 30,7%. Die Erhebung der Laufbahngruppe ergab, dass

Personen mit Migrationshintergrund im einfachen Dienst eher überrepräsentiert (27%) und im höheren Dienst eher unterrepräsentiert (20%) sind. Unter den Neueingestellten mit Promotion und unter den Personen ohne (abgeschlossene) Berufsausbildung sind sie etwas stärker als im Durchschnitt vertreten. In der Gruppe der Auszubildenden liegen sie mit 28% deutlich über dem Durchschnittswert; bei Beamten eher darunter (20%) (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2015b: 4ff.).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2013a, 2014a); Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2015b); Institut der deutschen Wirtschaft (2011); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014); Seebaß/Siegert (2011); Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales (2011)

→ Tabelle B16 im Anhang

B17 Erwerbslosenquote (ILO-Konzept) (IntMK E4)

Definition

Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbslose und Erwerbstätige) nach Migrationshintergrund nach dem ILO-Konzept

Datenquelle

Mikrozensus



Erwerbslosenquote nach dem ILO-Konzept (15 bis unter 65 Jahre, in %)

Die Nichtteilnahme am Erwerbsleben ist eine der wesentlichen Ursachen für Armut. Längerfristige Erwerbslosigkeit hat negative Konsequenzen für fast alle Lebensbereiche, auch für die soziale Teilhabe.

Nach dem hier zugrunde gelegten Labour-Force-Konzept der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO-Konzept) gelten Personen als erwerbslos,

- wenn sie zum Befragungszeitpunkt nicht erwerbstätig waren,
- in den vergangenen vier Wochen aktiv eine Erwerbstätigkeit gesucht haben und
- verfügbar sind, d. h. innerhalb von zwei Wochen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen können.

Eine Registrierung bei der Agentur für Arbeit oder einem Jobcenter ist nicht erforderlich.

Die Quote der Personen mit Migrationshintergrund ist mit 7,1% etwa doppelt so hoch wie die der Personen ohne Migrationshintergrund (3,5%). Deutsche mit Migrationshintergrund schneiden dabei besser ab als Ausländer (6,2% gegenüber 7,9%).

Die Erwerbslosenquote fiel seit 2005 von 8,6% auf 4,4%. Damit zeigt dieser Indikator für den Berichtszeitraum einen erheblichen Rückgang des Anteils der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen. Dies gilt für Personen ohne sowie mit Migrationshintergrund, für Frauen und Männer und für alle im Anhang ausgewiesenen Altersgruppen.

Am höchsten bleibt die Erwerbslosenquote in der Altersgruppe der 15- bis 25jährigen (8,1%). (Zur Entwicklung der Erwerbslosigkeit nach Migrationshintergrund und Generation s. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2014: 110f.)

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2013a, 2014a); Bundesagentur für Arbeit (2012a, 2013a, b und c, 2014a und b); Burkert et al. (2012); Gundert/Hohendanner (2011); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010, 2014); Seebaß/Siegert (2011)

→ Tabelle B17 im Anhang

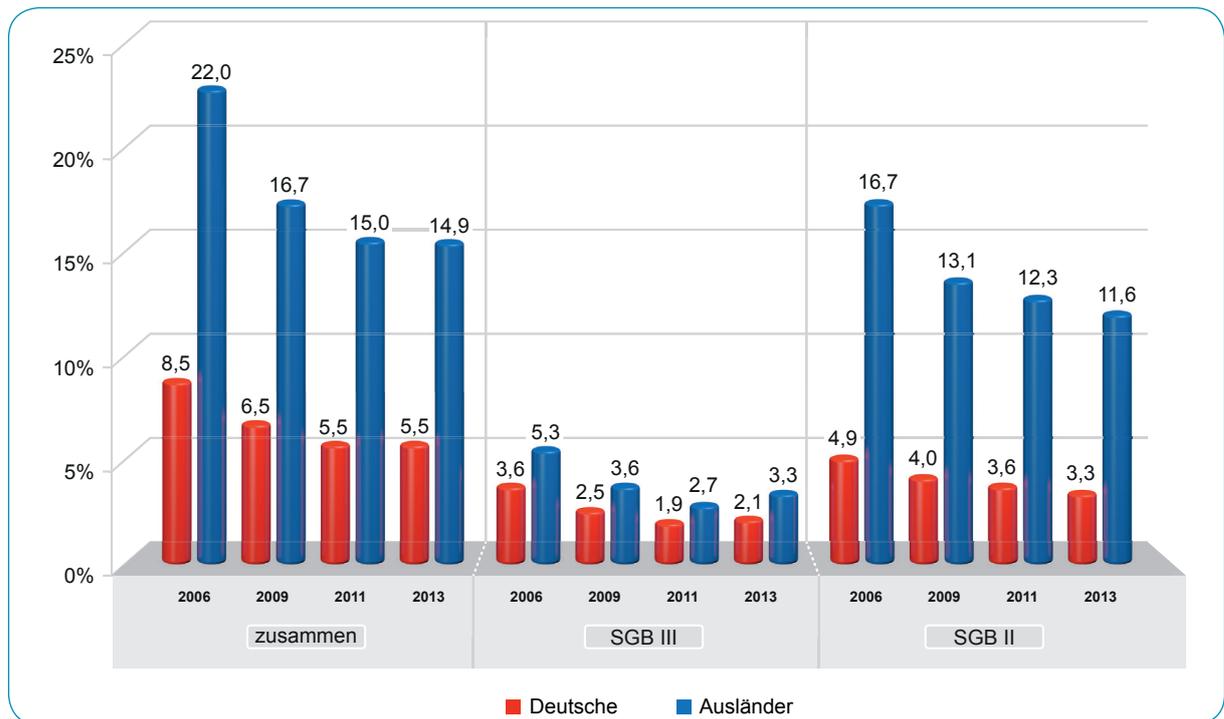
B18 Arbeitslosenquote (IntMK E5)

Definition

Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (Erwerbspersonen und Erwerbslose) in den Rechtskreisen SGB II sowie SGB III nach Staatsangehörigkeit (Jahresdurchschnitte)

Datenquelle

Arbeitslosenstatistik



Arbeitslosenquote (in %)

In der öffentlichen Diskussion wird die Arbeitslosenquote häufiger als die Erwerbslosenquote (B17) als Indikator für die Teilhabe am Erwerbsleben verwendet.

Zu den bei der Bundesagentur für Arbeit registrierten Arbeitslosen in den Rechtskreisen des SGB II und SGB III zählen alle Personen, die

- vorübergehend nicht in einem Beschäftigungsverhältnis stehen oder nur eine weniger als 15 Stunden in der Woche umfassende Beschäftigung ausüben,
- eine mindestens 15 Stunden in der Woche umfassende versicherungspflichtige Beschäftigung mit einer Dauer von mehr als 7 Kalendertagen suchen,

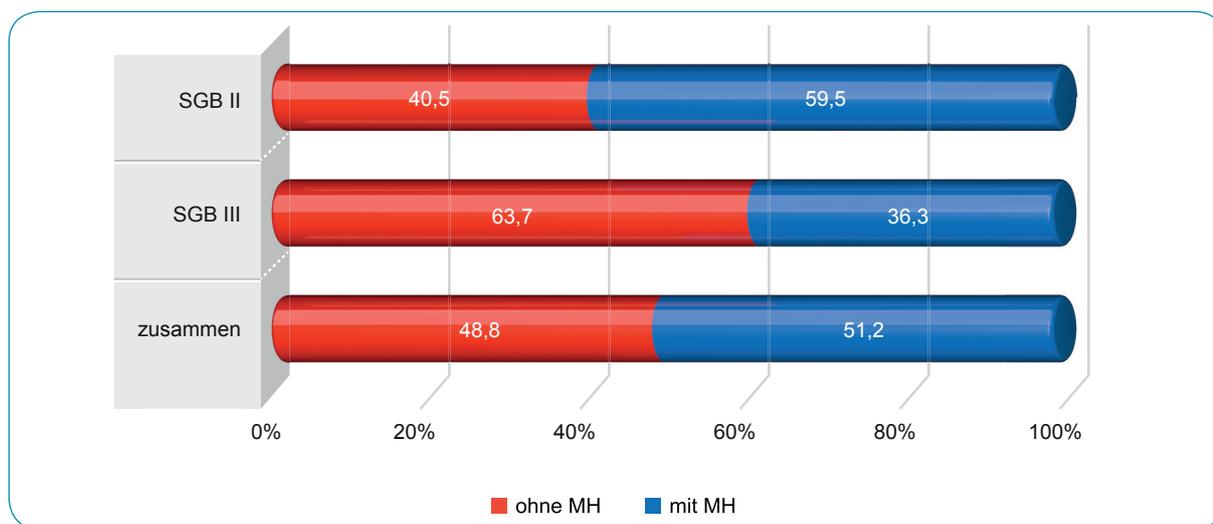
- eine Arbeitnehmertätigkeit ausüben können und dürfen, nicht arbeitsunfähig erkrankt sind und das 65. Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
- für die Vermittlungsbemühungen der Agentur für Arbeit verfügbar, d. h. sofort arbeitsfähig und -bereit sind und
- sich persönlich bei der Agentur für Arbeit gemeldet und ihren Wohnsitz in Deutschland haben (Integrationsministerkonferenz 2012: 70).

2013 lag die hessische Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt bei 5,8%. Das war die viertniedrigste aller deutschen Bundesländer, im Bundesdurchschnitt lag die Arbeitslosenquote bei 6,8%. 2014 war die Lage am Arbeitsmarkt ähnlich. Die Arbeitsmarktsituation der Kreise und kreisfreien

Städte in Nord- und Mittelhessen ist etwas besser als in Südhessen. Die Ausländerarbeitslosigkeit ist – das zeigt sich auch im gesamten Bundesgebiet – deutlich höher. Eine zentrale Ursache liegt in der im Durchschnitt geringeren beruflichen Bildung der Ausländer (z.B. Brücker et al. 2012: 272). Während nach der amtlichen Statistik die deutschen Frauen etwas weniger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als die Männer, ist es bei den Ausländerinnen umgekehrt (s. Tabelle B18 im Anhang).

Auffällig sind vor allem die hohen Anteile von arbeitslosen Ausländern im Rechtskreis SGB II (11,6% vs. 3,3% bei den Deutschen), während ihre Arbeitslosenquote im Rechtskreis SGB III die der Deutschen nur geringfügig übersteigt (3,3% vs. 2,1%).

Im Berichtszeitraum ist bei den Arbeitslosenquoten in beiden Rechtskreisen ein positiver Trend bemerkbar: Die Arbeitslosenquote der Ausländer



Arbeitslose nach Migrationshintergrund (August 2012, in %)

ist zwischen 2006 und 2013 von 22,0% auf 14,9% gefallen, die der deutschen von 8,5% auf 5,5%. Die positive Entwicklung zeigt sich vor allem im Rechtskreis SGB II.

Die Bundesagentur für Arbeit erhebt seit 2011 den Migrationshintergrund bei Arbeitslosen. Im September 2014 lagen Angaben von 73,5% der damals arbeitslos Gemeldeten vor. Die folgende Abbildung gibt die augenblicklich für Hessen vorliegenden Daten zu den Anteilen von Personen mit Migrationshintergrund an allen Arbeitslosen wieder (Bundesagentur für Arbeit 2014b):

Es zeigt sich, dass über die Hälfte (51,2%) der befragten Arbeitslosen einen Migrationshintergrund hat. Unter den Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III sind es 36,3%, unter denen im Rechtskreis SGB II 59,5%. Damit sind Personen mit Migrationshin-

tergrund unter den Arbeitslosen deutlich überrepräsentiert. Außerdem belegen die vorläufigen Ergebnisse⁴³ für Gesamtdeutschland, dass 68,0% der Arbeitslosen mit Migrationshintergrund keinen formalen Berufsabschluss haben, aber nur 34,0% der Arbeitslosen ohne Migrationshintergrund (Bundesagentur für Arbeit 2014a: 8).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2013a, 2014a); Beste et al. (2010); Brücker et al. (2012); Bundesagentur für Arbeit (2012a und b, 2014a, b und c, 2015); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2014d); Bundesregierung (2014); Burkert et al. (2012); Burkert et al. (2014); Fuchs (2012); Institut der deutschen Wirtschaft (2010); Lietzmann et al. (2011); Märker/Wilkens (2014b); Piore (1979); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014); Seebaß/Siegert (2011); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2012a und b); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014); Walwei (2015)

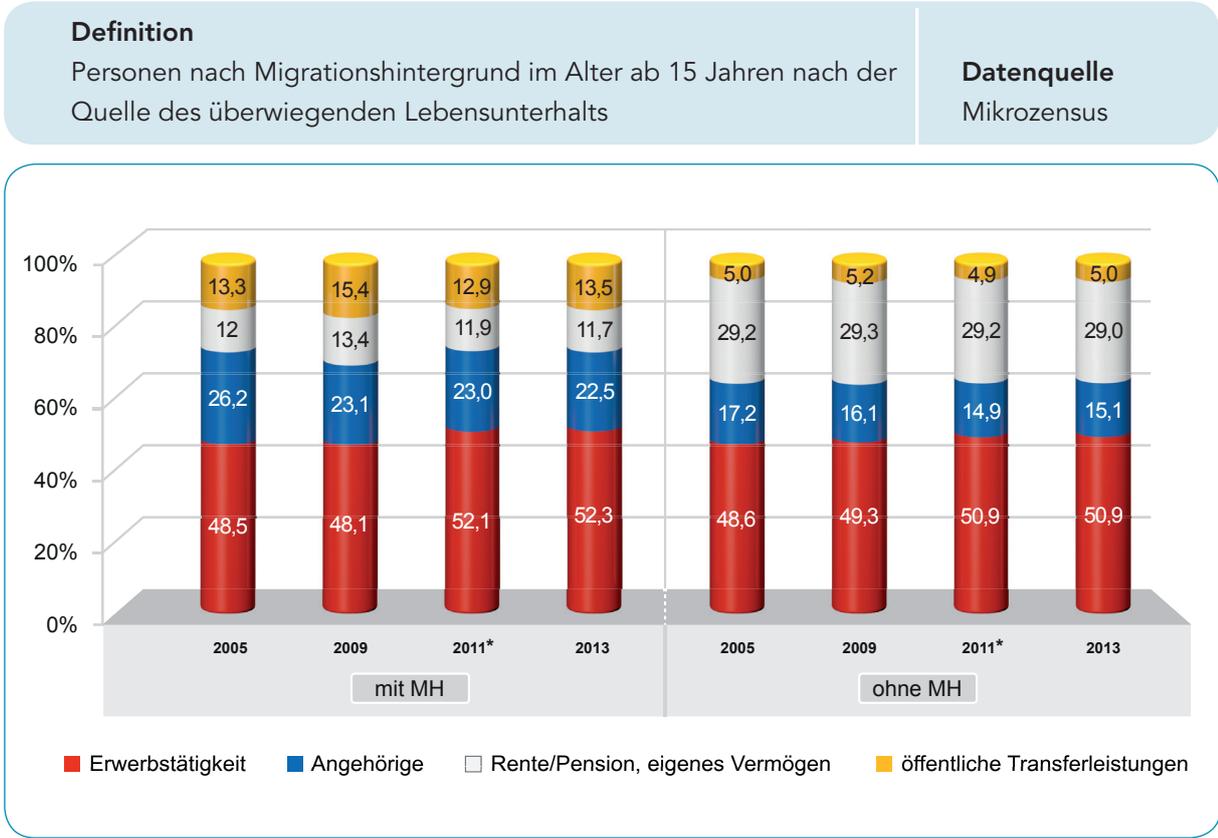
→ Tabellen B18 im Anhang

⁴³ s. dazu Abschnitt 2.3

3.3.3 Einkommen, Armut, Transferabhängigkeit

Die Indikatoren in den Themenfeldern Bildung und Arbeit zeigen die ungünstigere Situation von Personen mit Migrationshintergrund bzw. Ausländern. Ihr im Durchschnitt niedrigeres schulisches und berufliches Bildungsniveau führt zu einer geringeren Beteiligung im Erwerbsleben und zu niedrigeren Einkommen (genauer dazu Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 14f., 86f.). In der Folge sind Personen mit Migrationshintergrund einem deutlich höheren Armutsrisiko ausgesetzt als jene ohne diesen Hintergrund. Damit ist auch die Abhängigkeit von Sozialtransfers bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt ausgeprägter.

B19 Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts (IntMK E7)



Bevölkerung nach Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts (ab 15 Jahren, in %)

Der Indikator zeigt, aus welchen finanziellen Quellen die hessische Bevölkerung ihren Lebensunterhalt überwiegend bestreitet: Einkommen aus Erwerbstätigkeit, Zuwendungen von Angehörigen, Sozialtransfers oder Rente/Pension bzw. eigenes Vermögen (hier zusammengefasst).

Etwa die Hälfte der Bevölkerung finanziert ihren Lebensunterhalt überwiegend durch Einkünfte aus eigener Erwerbstätigkeit; dies gilt vor allem für Männer (58,7%), weniger dagegen für Frauen (44,2%, s. Tabelle B19 im Anhang). Dieser Befund ist unabhängig vom Migrationshintergrund. Im Vergleich zu 2005 können deutlich mehr Personen mit Migrationshintergrund ihren Lebensunterhalt aus eigener Erwerbstätigkeit bestreiten, ihr Anteil stieg um fast drei Prozentpunkte.

Personen mit Migrationshintergrund sind häufiger auf Unterstützung durch Angehörige angewiesen als Personen ohne Migrationshintergrund (22,5% vs. 15,1%), wobei diese Abhängigkeit im Berichtszeitraum abgenommen hat. Sie können jedoch weniger auf Renten bzw. Pensionen als Quelle des überwiegenden Lebensunterhaltes zurückgreifen (11,7% vs. 29,0%). Beide Befunde lassen sich zum Teil mit der jüngeren Altersstruktur der Migrationsbevölkerung erklären. Deutlich höher ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die ihren Lebensunterhalt überwiegend aus öffentlichen Sozialtransfers bestreiten (13,5% gegenüber 5,0%). Dieser Anteil ist im Berichtszeitraum stabil.

Weiterführende Literatur
Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012); Integrationsministerkonferenz (2013); Lehmer/Ludsteck (2013); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

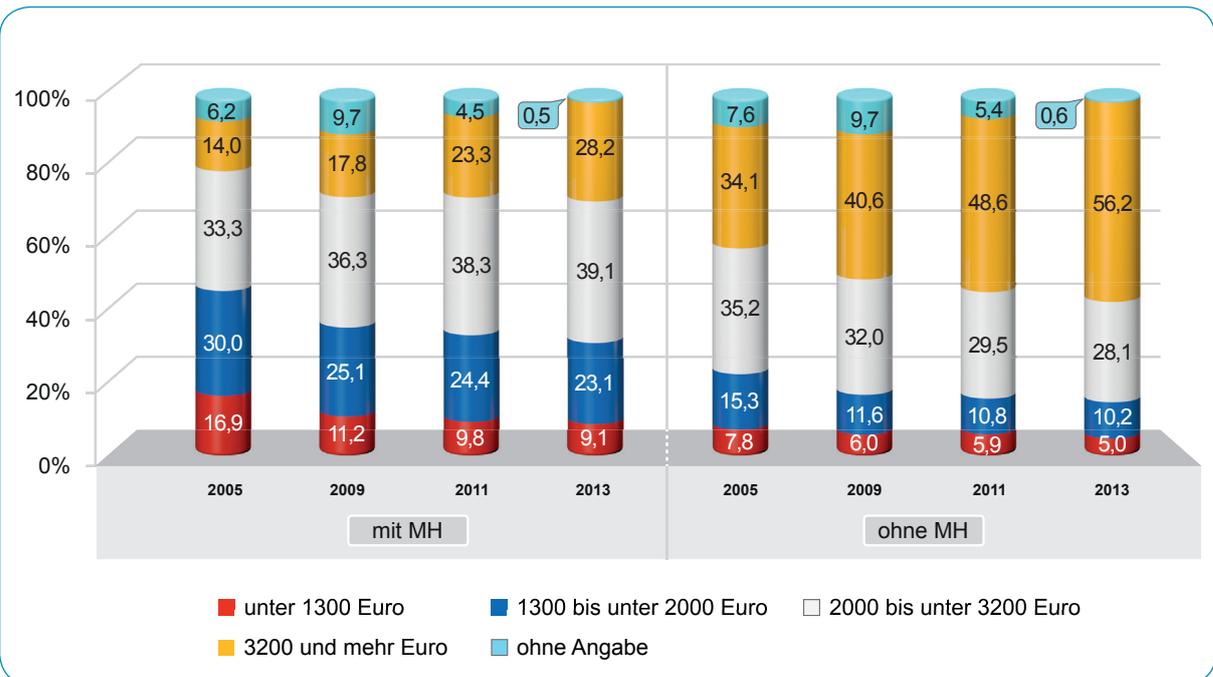
B20 Nettoeinkommen von Familien

Definition

Nettoeinkommen von Familien nach Migrationshintergrund des Haupteinkommensbeziehers

Datenquelle

Mikrozensus



Nettoeinkommen von Familien nach Migrationshintergrund des Haupteinkommensbeziehers (in %)

Dieser Indikator zeigt deutliche Einkommensunterschiede zwischen Familien mit und ohne Migrationshintergrund.⁴⁴ Über der Hälfte der Familien ohne Migrationshintergrund (56,2%) stehen monatlich mehr als 3200 Euro zur Verfügung, aber nur 28,2% der Familien mit Migrationshintergrund. 28,1% der Familien ohne Migrationshintergrund können über ein Einkommen von 2000 bis 3200 Euro verfügen, bei den Familien mit Migrationshintergrund liegt der Anteil bei 39,1%. Die geringste Einkommensklasse (unter 1300 Euro) umfasst 5,0% der Familien ohne und 9,1% der Familien mit Migrationshintergrund.⁴⁵

Im Berichtszeitraum hat sich die Einkommenssituation der Familien unabhängig vom Migrationshintergrund tendenziell deutlich verbessert, was sich angesichts der geringen Inflationsraten in den letzten Jahren besonders positiv ausnimmt. So hat sich der Anteil der Hocheinkommensbezieher bei den Familien ohne Migrationshintergrund um mehr als 20 Prozentpunkte erhöht, bei den Familien mit Migrationshintergrund um 14 Prozentpunkte.

⁴⁴ Verkürzend wird hier von Familien mit bzw. ohne Migrationshintergrund gesprochen, gemeint ist, ob der Haupteinkommensbezieher einen Migrationshintergrund hat oder nicht.

⁴⁵ Der Rückgang der Personen ohne Angabe zum Einkommen resultiert aus methodischen Verbesserungen zur Vermeidung von Antwortausfällen, z. B. Schulungen der Mikrozensus-Interviewer.

Gleichzeitig ist der Anteil der Niedrigeinkommensbezieher bei den Familien ohne Migrationshintergrund um knapp drei Prozentpunkte gefallen, bei den Familien mit Migrationshintergrund sogar um fast acht Prozentpunkte. Allerdings ist nach wie vor ein deutliches Einkommensgefälle beobachtbar.⁴⁶

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009, 2010); Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008, 2013); Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (2011a); Burkert et al. (2014); Goebel et al. (2015); Grabka et al. (2012); Lukas (2011); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014)

→ Tabelle B20 im Anhang

⁴⁶ In den Wiesbadener Stadtanalysen übersteigt der Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund, die mit der finanziellen Situation in ihrem Haushalt „(sehr) zufrieden“ sind, den derjenigen ohne Migrationshintergrund: in die erstgenannte Gruppe fallen 73,2%, in die letztgenannte 55,1%. 8,3% der Einwohner ohne Migrationshintergrund sind „(sehr) unzufrieden“ mit der finanziellen Situation und 12,7% der Einwohner mit Migrationshintergrund.

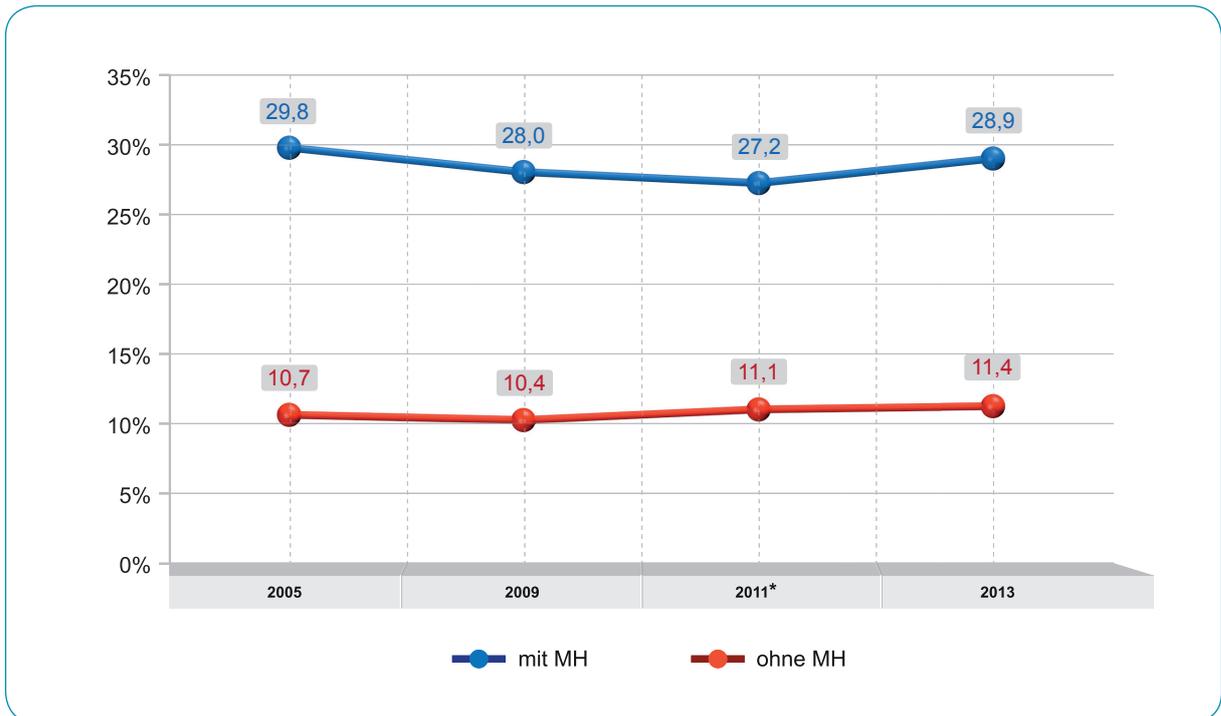
B21 Armutsrisikoquote (IntMK E6b)

Definition

Anteil der Personen nach Migrationshintergrund an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikoschwelle

Datenquelle

Mikrozensus



Armutsrisikoquote (Landesmedian, in %)

Armut schränkt Handlungsspielräume ein, prägt damit den Lebensstil und erschwert die soziale Integration (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 86). Sie wirkt sich auf alle Lebensbereiche und die entsprechenden Teilhabechancen aus. Der Begriff „Armutsrisiko“ weist auf „die Möglichkeit einer Armutsgefährdung – insbesondere bei längerem Verbleiben in einem niedrigen Einkommensbezug“ hin (Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2008: 16).

Bei diesem Indikator besteht ein Armutsrisiko für jene Personen, die mit weniger als 60% des mittleren Einkommens der hessischen Gesamtbevölkerung auskommen müssen. Demnach ist das hier

verwendete Armutsrisiko eine statistische Kennziffer, die die Ungleichverteilung von Einkommen misst und stets in Relation zum Gesamteinkommen zu interpretieren ist: Ist das Durchschnittseinkommen der betrachteten Region hoch, so liegt auch die „Armutsrisikoschwelle“ auf einem hohen Niveau. Aus diesem Grund ist das „Armutsrisiko“ in Hessen nicht unmittelbar mit jenem in anderen Regionen vergleichbar.

Personen mit Migrationshintergrund haben ein deutlich höheres Armutsrisiko als jene ohne Migrationshintergrund; 28,9% (vs. 11,4%) sind armutsgefährdet. Im Berichtszeitraum sind die Armutsrisikoquoten relativ stabil.

Deutsche mit Migrationshintergrund unterliegen einem niedrigeren Armutsrisiko als Ausländer (25,9% vs. 32,4%, s. Tabelle B21 im Anhang). In allen Bevölkerungsgruppen sind Frauen etwas häufiger armutsgefährdet als Männer. Hervorzuheben ist ferner die dreimal so hohe Armutsrisikoquote der Kinder und Jugendlichen mit Migrationshintergrund (32,5% vs. 10,9% der unter 18-Jährigen ohne Migrationshintergrund), wobei diese seit 2005 um vier Prozentpunkte gesunken ist. Auch in der Altersgruppe ab 65 Jahren ist das Armutsrisiko mehr als doppelt so hoch (35,4% bei Senioren mit Migrationshintergrund vs. 14,1% bei Senioren ohne Migrationshintergrund); es hat seit 2005 um fünf Prozentpunkte zugenommen. Hier deutet sich ein besorgniserregender Trend an. Dabei wird Armut „weniger als .. ein wirtschaftliches als vielmehr .. ein Verteilungsproblem“ gesehen (Schneider et al. 2015: 331).

Weiterführende statistische Analysen haben gezeigt, dass nicht nur soziostrukturelle Eigenschaften der Migranten ihre Armut erklären, sondern dass es einen Zusammenhang zwischen Migrationshintergrund und Armut gibt: Selbst bei gleichem Bildungsstand, ähnlicher Haushaltsstruktur und Art des Lebensunterhalts haben Personen mit Migrationshintergrund ein höheres Armutsrisiko. Es ist bei Zuwanderern mit längerer Aufenthaltsdauer allerdings geringer als bei Zuwanderern, die weniger lange in Deutschland leben (Fuhr 2012).

Weiterführende Literatur

Bach et al. (2015); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009, 2011); Bundesministerium für Arbeit und Soziales (2008, 2013); Burkert et al. (2014); Eichhorn/Huter (2011); Fuhr (2012, 2013); Gerhard et al. (2009); Goebel et al. (2015); Grabka et al. (2012); Hessisches Statistisches Landesamt (2014a); Integrationsministerkonferenz (2015); Lietzmann et al. (2011); Schneider et al. (2015); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014)

→ Tabelle B21 im Anhang

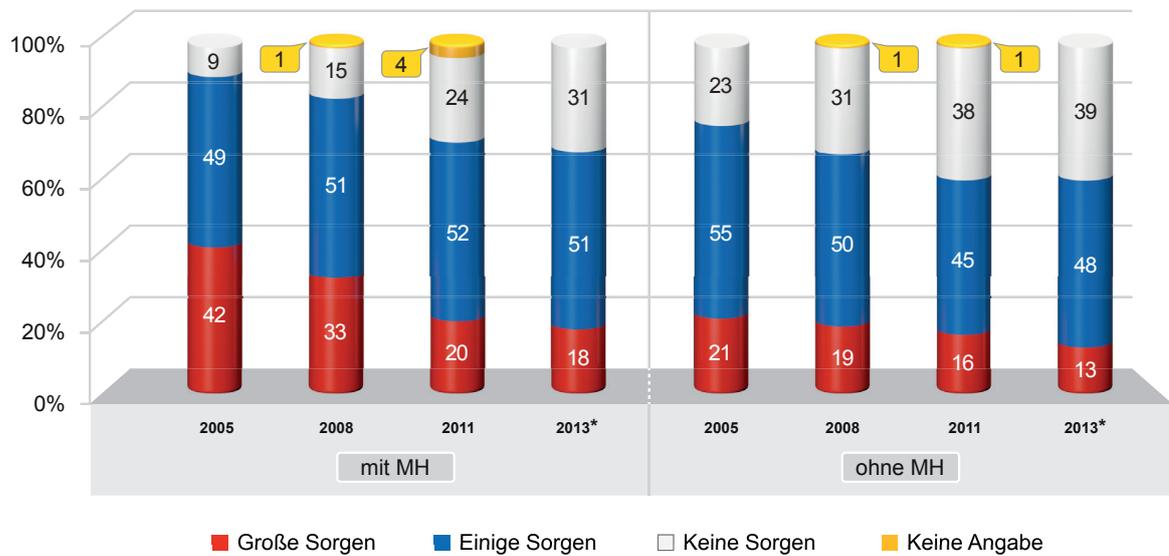
B22 Einstellung zur eigenen wirtschaftlichen Situation

Definition

Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP



*Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. methodische Erläuterungen

Sorgen um eigene wirtschaftliche Situation (in %)

Dieser subjektive Indikator misst die Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation in einer Selbstauskunft. Die zugrundeliegende Frage lautet: Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? ...um Ihre eigene wirtschaftliche Situation?“

Der Indikator zeigt Unterschiede zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund. So machen sich 18% der Personen mit Migrationshintergrund „große Sorgen“ um die eigene wirtschaftliche Situation, während 31% deswegen keine Sorgen haben. Bei den Deutschen ohne Migrationshintergrund machen sich 13% „große“ Sorgen, während 39% nicht besorgt sind.

Insgesamt ist im Berichtszeitraum ein deutlich positiver Trend sichtbar, insbesondere bei den Personen mit Migrationshintergrund. Hier hat sich der Anteil jener, die sich „große“ Sorgen um ihre wirtschaftliche Lage machen, von 42% auf 18% mehr als halbiert. Analog dazu verlief die Entwicklung der Anteile der Befragten, die um die eigene wirtschaftliche Situation unbesorgt sind: ihr Anteil stieg im gleichen Zeitraum von 9% auf 31%.

Weiterführende Literatur

Frick/Grabka (2008); Priem/Schupp (2015); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014)

→Tabelle B22 im Anhang

3.4 Soziale Dimension der Integration

Die soziale Dimension umfasst zum einen die „Herausbildung persönlicher Beziehungen“, zu denen die Lebensformen von Personen gezählt werden können, aber auch interethnische Alltagskontakte, Freundschaften und Eheschließungen (Heckmann 2015: 181). Ferner fallen darunter auch Gruppenzugehörigkeiten und Vereinsmitgliedschaften (u.a. Formen des bürgerschaftlichen Engagements) sowie politische Teilhabe und politisches Engagement.

Die soziale Dimension wird hier jedoch weiter gefasst. Es werden ferner das Themenfeld „Gesundheit“, das bei Gesundheitsdiensten und öffentlicher Verwaltung mehr und mehr Beachtung erfährt⁴⁸, sowie das in der öffentlichen Diskussion immer wieder aufgegriffene Themenfeld „Kriminalität“ von Zugewanderten näher beleuchtet.

Berücksichtigt werden muss, dass sich die soziale und die kulturelle Dimension der Integration (Abschnitte 3.4 und 3.5) nicht trennscharf abgrenzen lassen.

Bei der sozialen Dimension ist es nicht in allen Themenfeldern Ziel, dass sich die Indikatoren zwischen den Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund angleichen. Teilweise geht es ausschließlich um eine Beobachtung der Entwicklung der Vielfalt – so beispielsweise bei den Indikatoren C1 und C2, die das Zusammenleben in Haushalten bzw. die Fertilität abbilden. Hier steht die Frage im Vordergrund, ob sich das Verhalten der Personen mit Migrationshintergrund durch „Anpassungsprozesse an Normen und Verhalten einer durch niedrige Geburtenzahlen geprägten Gesellschaft“ (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 27) verändert.

3.4.1 Lebensformen

Lebensformen sind vom sozialen und kulturellen Kontext geprägt. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung und dem sozialen Wandel ändern sich auch die Formen des Zusammenlebens in einer Gesellschaft. So lässt sich in Deutschland seit etlichen Jahren eine Pluralisierung der Lebensformen beobachten. Der Trend geht zu einer steigenden Zahl Alleinstehender, einer abnehmenden Kinderzahl je Frau und einer zunehmenden Bedeutung der Kleinfamilie. In diesem Abschnitt wird anhand der genannten Indikatoren überprüft, inwieweit dieses auch für die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zutrifft.

⁴⁴ Das Thema ist in den aktuellen Gesundheitspakt aufgenommen.

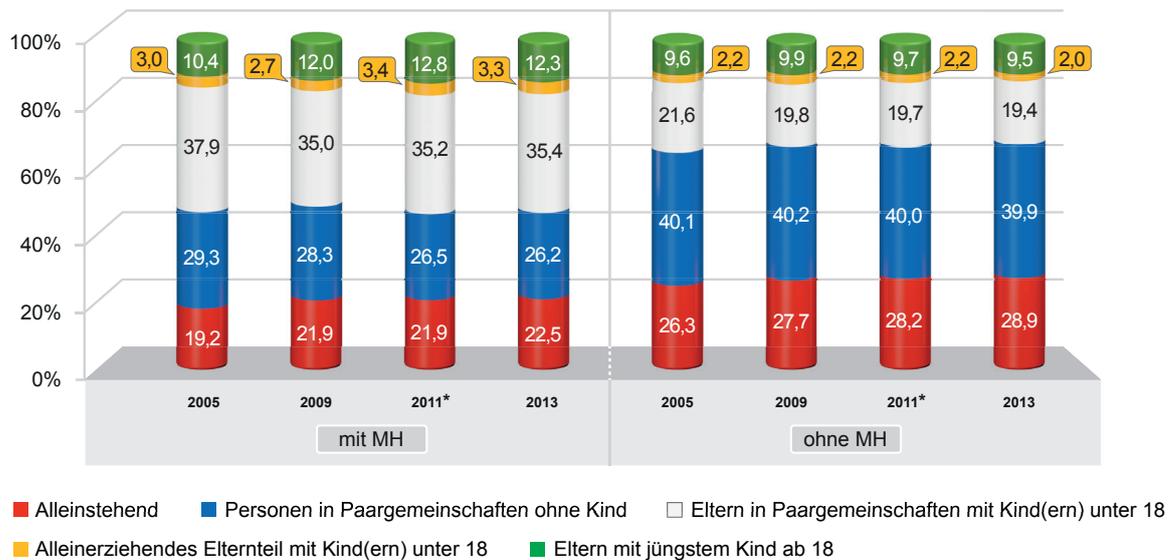
C1 Zusammenleben in Privathaushalten (IntMK A5)

Definition

Verteilung von erwachsenen Personen in Privathaushalten nach Migrationshintergrund auf verschiedene Lebensformen

Datenquelle

Mikrozensus



*Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. methodische Erläuterungen

Zusammenleben in Privathaushalten nach Lebensformen (in %)

Das Zusammenleben mit anderen ist in Hessen, trotz sinkender Haushaltsgröße, die häufigste Lebensform in Privathaushalten.⁴⁹ Nur etwa jeder vierte Erwachsene ist alleinlebend. Personen mit Migrationshintergrund wählen häufiger die Lebensform einer Familie⁵⁰ mit Kindern (insgesamt 51,0% vs. 30,9% der Personen ohne Migrationshintergrund). Erwachsene ohne Migrationshintergrund leben dagegen häufiger in Partnerschaften ohne Kinder (39,9% vs. 26,2%) oder allein

(28,9% vs. 22,5%). Alleinerziehende machen in beiden Bevölkerungsgruppen nur 2,0% bis 3,3% an allen Lebensformen aus (gleichwohl sind bundesweit 19% aller Familien Alleinerziehendenfamilien; Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend 2012a). Gleichgeschlechtliche Partnerschaften können wegen der zu geringen Fallzahlen bei Personen mit Migrationshintergrund nicht ausgewiesen werden.

⁴⁹ In Hessen hat sich die durchschnittliche Größe der Haushalte seit 1950 von 3,0 auf 2,06 Personen verringert. Die Zahl der Haushalte ist in diesem Zeitraum von gut 1,4 Mio. auf fast 3,0 Mio. gestiegen (Hessisches Statistisches Landesamt). Ursachen für die Entwicklung werden in den niedrigen Geburtenzahlen, der steigenden Lebenserwartung, der Zunahme der Partnerschaften mit getrennter Haushaltsführung und der hohen beruflichen Mobilität bei der Bevölkerung im jüngeren und mittleren Alter gesehen (Statistische Ämter des Bundes und der Länder 2011: 28ff.).

⁵⁰ Der Mikrozensus definiert Familien als Zwei-Generationen-Haushalte, in denen Eltern (oder ein Elternteil) mit ledigen Kindern in einem Haushalt leben (Statistisches Bundesamt 2014c: 19).

Im Berichtszeitraum ist zu beobachten, dass sich die Lebensformen langsam ändern; der Trend geht in beiden Gruppen hin zu einem steigenden Anteil von Singlehaushalten. Aufgrund der erwähnten Änderung der Definition des Migrationshintergrundes (s. Abschnitt 2.4) und der kleinen Anteilsveränderungen sollte hier von einer Ableitung weiterer Trends abgesehen werden.

Von Interesse könnte jedoch die Familiengröße sein. Eine Sonderauswertung des Mikrozensus 2009 auf Bundesebene zeigt, dass die Anteile der Familien mit ein oder zwei Kindern fast gleich sind (etwa 30% und 37%). Der Anteil der Familien mit drei und mehr Kindern liegt allerdings bei Familien mit Migrationshintergrund mit 20% erheblich höher als bei Familien ohne Migrationshintergrund (12%, bezogen auf alle Familientypen mit Kindern; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: 20). Die durchschnittliche Kinderzahl in den Familien mit Migrationshintergrund betrug in diesem Jahr 1,96, in den Familien ohne Migrationshintergrund 1,74. Besonders hoch ist die Kinderzahl in der Herkunftsgruppe der Türkeistämmigen (2,27; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: 22).

Weiterführende Literatur

Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2012); Boos-Nünning (2011); Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (2010, 2012a, 2012b, 2013a); Familien- und Sozialverein des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland e.V. (2010); Hessisches Sozialministerium (2013); Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2011); Statistisches Bundesamt (2012b, 2014c); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013)

→ Tabelle C1 im Anhang

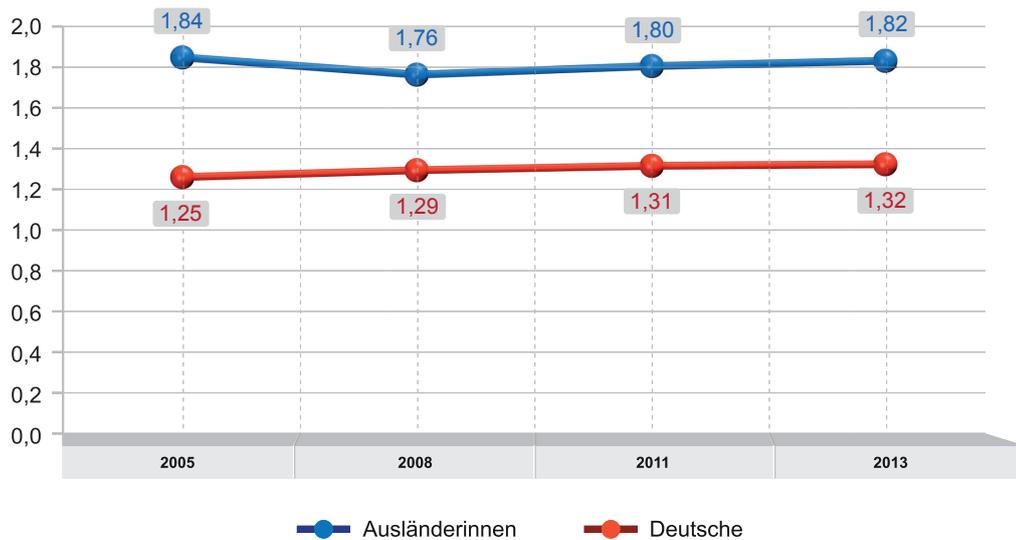
C2 Kinderzahl je Frau

Definition

Kinderzahl je Frau in der Altersgruppe von 15 bis unter 45 Jahren nach Staatsangehörigkeit

Datenquelle

Hessisches Statistisches Landesamt
(Sonderauswertung)



Kinderzahl je Frau in der Altersgruppe zwischen 15 und 44 Jahren nach Staatsangehörigkeit

Seit Jahrzehnten geht in Deutschland die durchschnittliche Zahl der Kinder je Frau zurück. Gleichzeitig sind Mütter bei der Geburt des ersten Kindes im Durchschnitt älter als noch vor wenigen Jahrzehnten. Die Gründe dafür werden im höheren Bildungsstand der Frauen und längeren Ausbildungszeiten, zunehmender Frauenerwerbstätigkeit, dem Wunsch nach größerer finanzieller Unabhängigkeit, aber auch in den gestiegenen monetären und nichtmonetären „Kosten“ von Kindern – z. B. durch deren längere und höhere Ausbildung oder berufliche Nachteile von Müttern – gesehen.

Daher wird häufig davon ausgegangen, dass zugewanderte Frauen – die im Durchschnitt geringere berufliche Qualifikationen haben und seltener erwerbstätig sind (s. dazu die Indikatoren B10

und B12) – bei der Geburt des ersten Kindes jünger sind und insgesamt mehr Kinder haben. Tatsächlich liegt bundesweit das Durchschnittsalter von Frauen ohne Migrationshintergrund bei 29,1 Jahren, bei Frauen mit Migrationshintergrund aber bei 26,6 (Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend 2013b: 13). Die Daten für Hessen zeigen, dass nichtdeutsche Frauen im gebärfähigen Alter im Durchschnitt mehr Kinder zur Welt bringen als deutsche Frauen (1,82 vs. 1,32). Langfristig sinkt jedoch auch bei ausländischen Frauen die durchschnittliche Kinderzahl. Dieser Trend ist seit 1997 ebenfalls bundesweit zu beobachten (Statistisches Bundesamt 2012c: 21).

Insgesamt ist von einer Annäherung des Fertilitätsverhaltens der Ausländerinnen an das der deutschen Frauen auszugehen: Dies bezieht sich

zum einen auf die durchschnittliche Zahl der Kinder, zum anderen auf die altersspezifische Geburtenhäufigkeit (Statistisches Bundesamt 2012d: 23).

Dabei sind jedoch Unterschiede nach Bildung, Herkunftsland (und den dortigen Familiengründungsmustern), Geburtsland des ersten Kindes sowie Zuwanderergeneration der Frau zu beobachten (ausführlicher dazu: Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung 2012).

Weiterführende Literatur

Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (2012); Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (2010, 2013b); Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (2012); Doblhammer et al. (2010); Kaufmann (2005); Milewski (2010); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Schmidt/Kohls (2011); Statistisches Bundesamt (2012c) Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013)

→ Tabelle C2 im Anhang

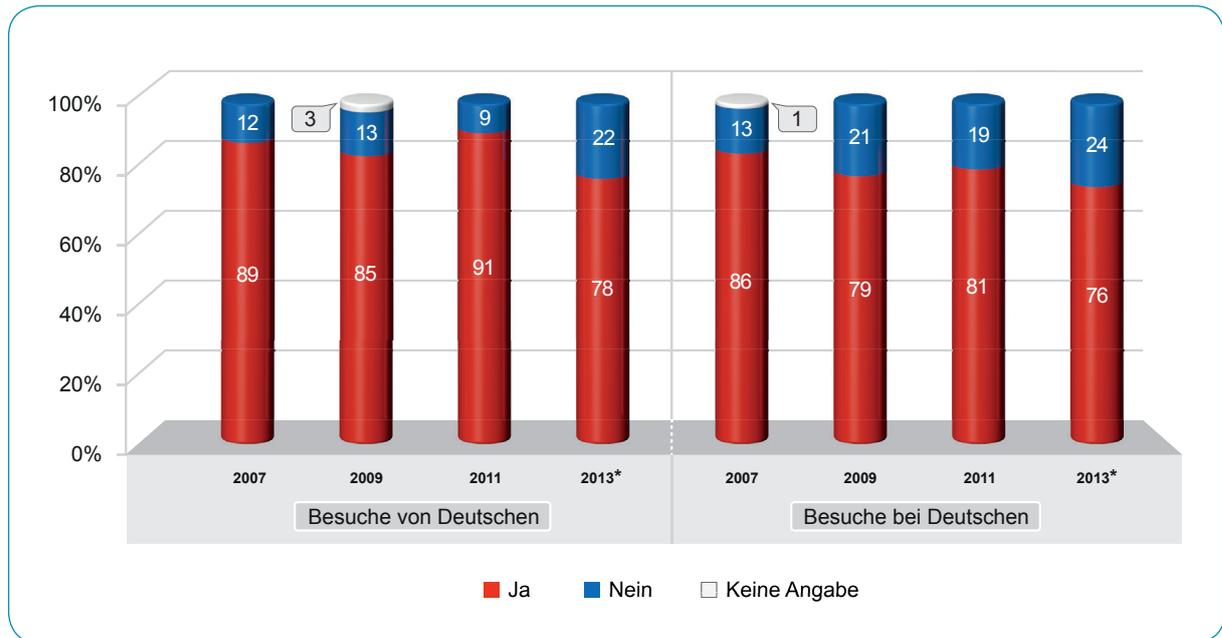
C3 Private Kontakte

Definition

Besuche von Ausländern bei Deutschen und von Deutschen bei Ausländern in den letzten 12 Monaten in einer Selbstauskunft von Ausländern

Datenquelle

SOEP



Private Kontakte von Ausländerinnen und Ausländern mit Deutschen (in %)

Interethnische private Kontakte fördern die Integration, da sie das Verständnis der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund füreinander vertiefen und dazu beitragen können, Vorurteile abzubauen. Neben Kontakten am Arbeitsplatz und im täglichen Leben bzw. im öffentlichen Raum spielen die privaten Kontakte eine besondere Rolle für den Prozess des Sich-Aufeinanderzubewegens. Dabei ist deren Häufigkeit, die Umstände (Ort, Anlass) sowie die Intensität von besonderer Bedeutung für den Integrationsprozess.

Dieser Indikator weist das interethnische Besuchsverhalten in der privaten Sphäre der eigenen Wohnung bzw. der der Besuchten aus. Die Befragten, lediglich Ausländer, machen Angaben über ihre Besuche bei und von Deutschen in den letzten 12 Monaten. Die Daten werden mit folgender Frage erhoben: „Im Folgenden geht es

um den Kontakt, den die Menschen unterschiedlicher Nationen in Deutschland haben. Daher die Frage: Haben Sie in den letzten 12 Monaten ... Personen deutscher Herkunft in deren Wohnung besucht? – Wurden Sie in den letzten 12 Monaten in Ihrer eigenen Wohnung ... von Personen deutscher Herkunft besucht?“

76% der Ausländer haben im abgefragten Zeitraum Deutschen einen Besuch abgestattet, 78% haben Besuch von Deutschen empfangen. Selbstverständlich sind entsprechende Gelegenheiten und (in der Regel: gute deutsche) Sprachkenntnisse dafür eine Voraussetzung. Im Berichtszeitraum (bei diesem Indikator seit 2007) war die Quote schwankend, aber auf hohem Niveau. Nach 2011 ist ein Einbruch zu verzeichnen: Ein Viertel der Ausländer hat solche intensiven sozialen Kontakte nicht gepflegt oder nicht pflegen können.

Weitergehende Forschung zeigt, dass Migranten mit höherer Schulbildung mehr Freundschaftsbeziehungen zu Deutschen als Bildungsfernere haben (Haug 2010). – In einigen Integrationsmonitoren wird auch die Entwicklung des Heiratsverhaltens beleuchtet⁵¹ (ausführlicher zu interethnischen Eheschließungen s. Heckmann 2015: 184ff.).

Weiterführende Literatur

Blohm/Wasmer (2011); Haug (2010); Ministerium für Integration Baden-Württemberg (2012); Haug (2010); Heckmann (2015); Nottmeyer (2010); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014); Christ et al. (2014)

→ Tabelle C3 im Anhang

⁵¹ Beispielsweise weist die Landeshauptstadt Wiesbaden in ihrem Integrationsbericht eine sog. „Einheiratsquote“ sowie eine „Einreisequote zur Eheschließung“ aus. Erstere misst den Anteil der eheschließenden Migranten, die eine/n Partner/in ohne Migrationshintergrund heiraten (wobei Migrationshintergrund als „nichtdeutsche Staatsangehörigkeit, ausländischer Geburtsort oder Einbürgerung“ definiert ist). Die zweite Quote misst den Anteil der erst nach Eheschließung eingereisten Partner in Ehen zwischen Personen mit Migrationshintergrund. – Beide Indikatoren bewegen sich auf relativ konstantem Niveau (Landeshauptstadt Wiesbaden 2015: 50ff.). Diese Daten sind allerdings auf Landesebene nicht verfügbar.

3.5.2 Gesundheit

Unterschiedliche Gesundheitsbedingungen spiegeln soziale Ungleichheit wieder. Ob Integration gelingt, lässt sich auch an den Chancen der Zugewanderten auf ein gesundes Leben sowie einen gleichberechtigten Zugang zum Gesundheitswesen messen. Aus der Literatur ist bekannt, dass sozial benachteiligte und bildungsferne Gruppen, in denen Personen mit Migrationshintergrund überrepräsentiert sind, ein höheres Krankheitsrisiko tragen.

Nach Razum/Spallek (2009) treten bei vergleichbarem Krankheitsspektrum bestimmte Gesundheitsrisiken bei Zugewanderten häufiger auf oder führen zu stärker ausgeprägten Krankheitsbildern. Dies dürfte in Zusammenhang mit dem im Durchschnitt niedrigeren sozioökonomischen Status zu sehen sein und könnte auf geringere zur Verfügung stehende finanzielle Ressourcen, die Gesundheit weniger fördernde Lebensumstände, auf größere berufsbedingte Gesundheitsrisiken (Brzoska et al. 2010), aber auch auf ein anderes gesundheitliches Risikoverhalten zurückzuführen sein (Lampert et al. 2010). Zu berücksichtigen ist ferner, dass die Migrations- und Integrationssituation in ihrer ganzen Komplexität als psychologisch belastend empfunden werden kann, was möglicherweise destabilisierende Wirkungen auf die Gesundheit hat. Weiterhin spielen Erkrankungen und Risikofaktoren im Herkunftsland eine Rolle (Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2013: 268).

Während zum Themenfeld „Gesundheit“ in Hessen durchaus Daten vorliegen (z.B. Hessisches Sozialministerium 2011; Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2015c; DAK – PresseServer Südwest 2014), kann es differenziert nach Migrationshintergrund mangels geeigneter Daten besonders schwer abgebildet werden. Dies ist auch insofern problematisch, als unter anderem davon ausgegangen wird, dass Gesundheit einen großen Einfluss auf Bereiche der strukturellen Integration haben kann (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2011: 121). Auch differenzierte Daten zur Nutzung der Gesundheitsdienste durch Personen mit Migrationshintergrund und die Qualität der Leistungen liegen nicht im erforderlichen Ausmaß vor. Dennoch wird festgestellt, dass für diese Gruppe der Zugang zur Gesundheitsversorgung erschwert sein kann (Robert Koch-Institut 2008). Dabei dürften Informationsdefizite, Verständigungsschwierigkeiten und ein Mangel an interkultureller Kompetenz des medizinischen Personals eine Rolle spielen.

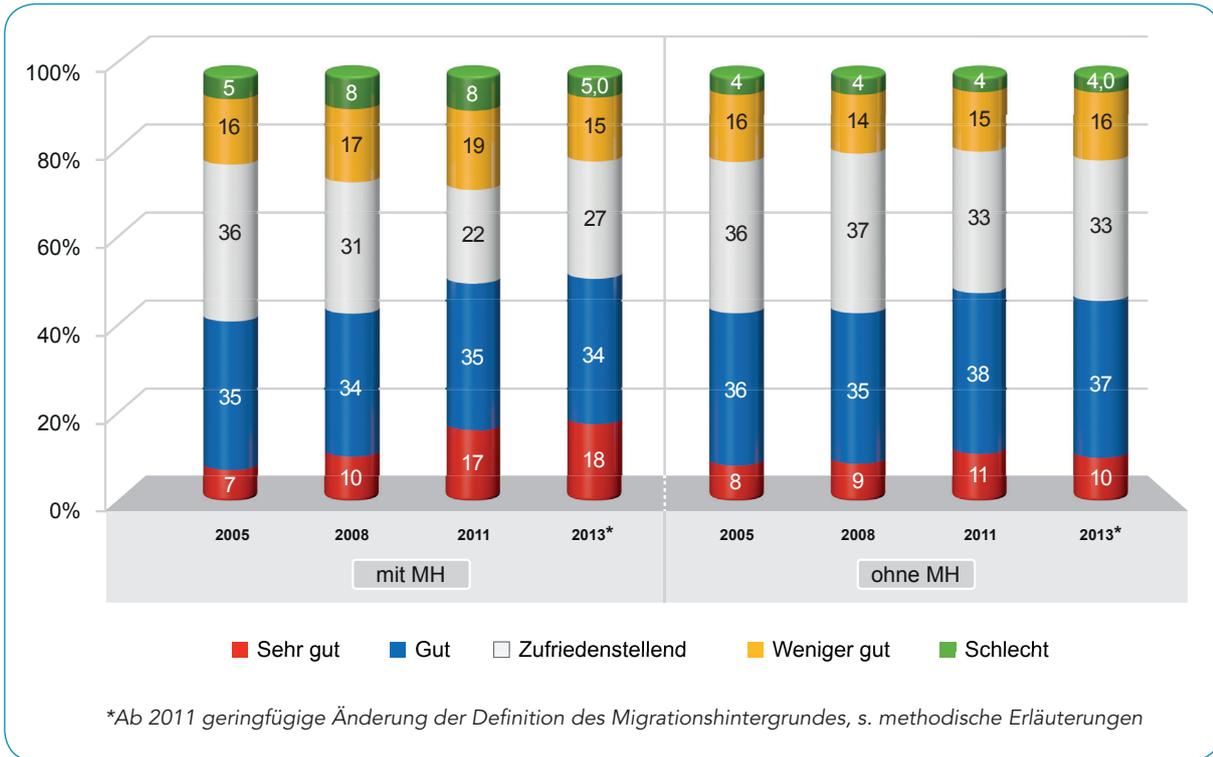
C4 Subjektives Gesundheitsempfinden

Definition

Aktueller gesundheitlicher Zustand nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



Subjektives Gesundheitsempfinden nach Migrationshintergrund (in %)

Dieser Indikator basiert auf einer Selbsteinschätzung der Gesundheit, der mit der Frage erfasst wird: „Wie würden Sie Ihren gegenwärtigen Gesundheitszustand beschreiben?“ Zwar muss bei der Interpretation der Daten beachtet werden, dass die Selbsteinschätzung des Gesundheitszustandes von einer Fremdeinschätzung abweichen kann. Auch gehen in Selbstauskünfte kulturell geprägte Wahrnehmungen ein, etwa des Wohlbefindens, von Symptomen und der Anfälligkeit für Krankheiten. Dennoch gibt es Hinweise darauf, dass subjektive Gesundheitsparameter recht gut mit „objektiv“ erhobenen Indikatoren übereinstimmen und deshalb als zuverlässige

Teilelemente bei der Beschreibung des Gesundheitszustands betrachtet werden können (Robert Koch-Institut 2008).

Unabhängig vom Migrationshintergrund beschreibt rund jeder zweite seinen Gesundheitszustand als „gut“ oder „sehr gut“: 52% der Personen mit und 47% der Personen ohne Migrationshintergrund. Diese Differenz könnte darauf zurückzuführen sein, dass die Bevölkerung mit Migrationshintergrund insgesamt jünger ist.

Im Berichtszeitraum ist der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die ihren Zustand

als „sehr gut“ empfinden, von 7% auf 18% angewachsen und übersteigt mittlerweile den entsprechenden Anteil unter Personen ohne Migrationshintergrund deutlich. Dieser hat sich allenfalls geringfügig verändert. Die Größe der Gruppe, die ihren Gesundheitszustand als „schlecht“ beschreibt, ist relativ konstant geblieben (16% vs. 15%). Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund hat sich dagegen die Einschätzung über die Jahre hinweg kaum verändert.

Weiterführende Literatur

Badura et al. (2010); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009, 2011, 2014a); Bundesamt für Gesundheit (2007, 2010); DAK – PresseServer Südwest (2014); Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2015c); Olbermann (2011); Robert Koch-Institut (2008); Seidl/Horn (2011); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Wilkens et al. (2013); weitere Studien und Daten zur Gesundheit von Migranten unter: www.gbe-bund.de

→ Tabelle C4 im Anhang

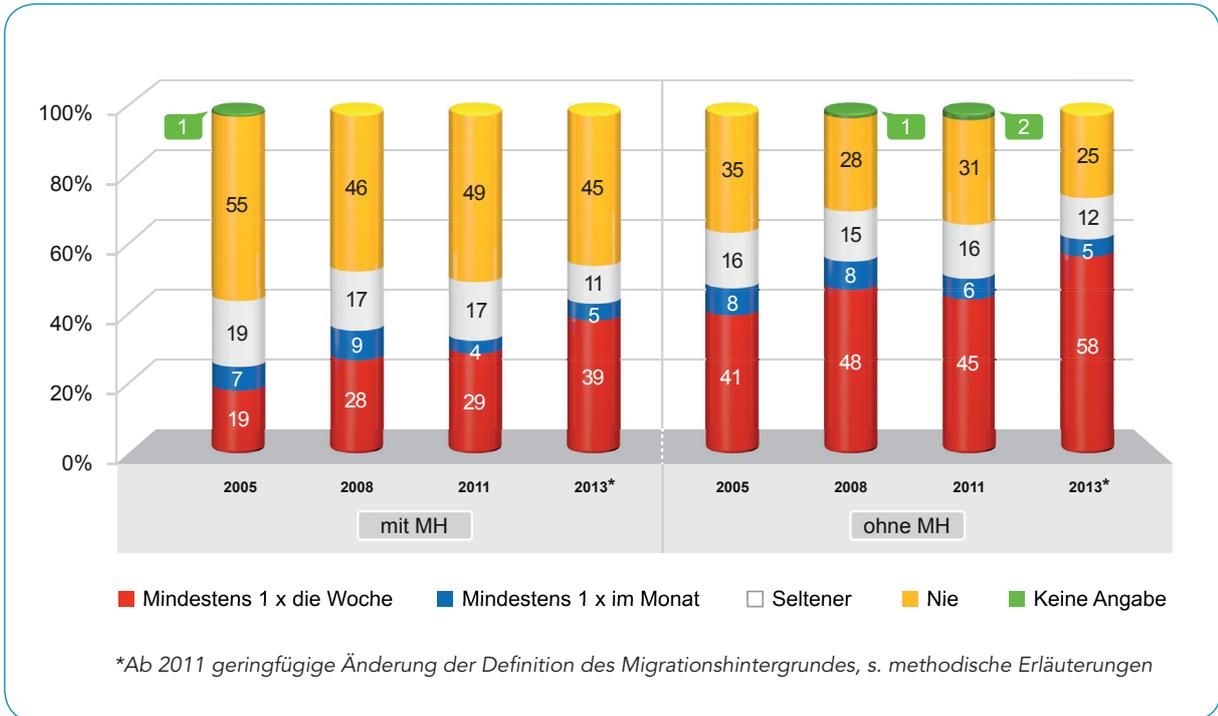
C5 Gesundheitsförderndes Handeln

Definition

Häufigkeit von aktiver sportlicher Betätigung nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



Gesundheitsförderndes Verhalten (in %)

Aktive sportliche Betätigung kann als Indikator für gesundheitsförderndes Handeln angesehen werden. Über den Gesundheitsaspekt hinaus genießt das Themenfeld Sport in Integrationsfragen hohe Bedeutung. Insbesondere dem Vereinssport wird großes Integrationspotenzial zugesprochen (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2010: 324ff.).

Auch dieser Indikator basiert auf einer Selbsteinschätzung; die zugrundeliegende Frage lautet: „Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus? Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit (hier: aktiver Sport) an, wie oft Sie das machen.“ 58% der Personen ohne Migrationshin-

tergrund geben auf diese Frage an, „mindestens einmal die Woche“ Sport zu treiben und 39% der Personen mit diesem Hintergrund.⁵³ Dabei treiben 15% der Personen mit und 17% der Personen ohne Migrationshintergrund täglich Sport.

Im Berichtszeitraum ist insgesamt ein deutlicher positiver Trend in beiden Bevölkerungsgruppen feststellbar, wobei bei Personen mit Migrationshintergrund insgesamt noch erheblicher Aufholbedarf besteht. Seit 2005 hat der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die wöchentlich Sport treiben, um zwanzig Prozentpunkte zugenommen, während der derjenigen ohne diesen Hintergrund um siebzehn Prozentpunkte

⁵³ Die Untersuchung von Daumann et al. (2015) kommt zu gänzlich anderen Ergebnissen. Nach dieser Analyse wenden Personen mit und ohne Migrationshintergrund durchschnittlich etwa gleich viel Zeit für Sport auf; außerdem ist der Anteil der mindestens wöchentlich Sporttreibenden in beiden Gruppen höher.

gewachsen ist. Besorgniserregend ist der hohe Anteil in beiden Gruppen, der „nie“ Sport treibt – ein Viertel der Personen ohne und fast die Hälfte (45%) der Personen mit Migrationshintergrund.

Generell wird in der Fachliteratur festgestellt, dass Personen mit Migrationshintergrund seltener in einem Verein Sport treiben.

Weiterführende Literatur

Braun (2011); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2012); Braun/Finke (2010); Braun/Nobis (2011); Breuer/Feiler (2014); Bundesamt für Gesundheit (2007, 2010); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010e); Daumann et al. (2015); Razum/Spallek (2009); Robert-Koch-Institut (2008); Seiberth (2015); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013)

→ Tabelle C5 im Anhang

3.4.3 Bürgerschaftliches Engagement

Der Begriff „bürgerschaftliches Engagement“ umfasst ein „weites Spektrum von gesellschaftlichen Aktivitäten im öffentlichen Raum“ (Deutscher Bundestag 2012: 63). Es leistet einen wichtigen Beitrag „zur Bewältigung gesellschaftlich relevanter Fragen und für den Zusammenhalt der Gesellschaft“ (ebda.: 45). Dieses Engagement ist „eng verbunden mit der sozialen Einbindung, mit der Integration der Menschen“ (Deutscher Bundestag 2002: 27).

Bürgerschaftliches Engagement ist freiwillig, selbstorganisiert sowie selbstbestimmt und wird mit unterschiedlicher Motivation ausgeübt, ist aber nicht an finanziellem Nutzen orientiert. Zu seinen Formen zählen soziales Engagement sowie die Betätigung in Vereinen, Verbänden, Initiativen, religiösen Gemeinschaften oder öffentlichen Funktionen, teilweise auch politisches Engagement. Das Engagement wird in unterschiedlichsten Bereichen ausgeübt, z.B. Bildung, Umweltschutz, Kunst, Kultur oder Soziales, als Hilfeleistung (z.B. Rettungswesen) oder im Bereich Familie. Die meisten Personen engagieren sich im Bereich Sport (Deutscher Bundestag 2012: 69).

Der Umfang bürgerschaftlichen Engagements ist schwer zu messen. So differiert die Engagementquote stark mit der jeweiligen Datenquelle. Der Anteil der Bürger, die sich freiwillig engagieren, wird jedoch über die Jahre hinweg als relativ konstant eingeschätzt (ebda.: 64ff.).

Was Personen mit Migrationshintergrund anbelangt, so bleibt ihr Engagement hinter dem von Personen ohne Migrationshintergrund zurück. Der Nationale Aktionsplan Integration bezeichnet das bürgerschaftliche Engagement von Migranten „sowohl als Motor als auch Indikator für die Integration“. Das Engagementpotenzial wird als hoch eingeschätzt, gerade im Hinblick auf Jüngere. Um die Beteiligung von Personen mit Migrationshintergrund zu stärken, wird eine interkulturelle Öffnung der Strukturen gefordert (Bundesregierung 2012: 287f.).

Die öffentliche Debatte schreibt Migranten(selbst)organisationen⁵⁴ zunehmend eine große Bedeutung zur Aktivierung des Potenzials zu; gleichzeitig werden diese als wichtige Partner der Integrationspolitik und -förderung wahrgenommen.

⁵⁴ Einen explorativen Einstieg in den Themenbereich des bürgerschaftlichen Engagements in Migrantenorganisationen in Hessen bietet das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011b); außerdem Zitzelsberger/Latorre (2011); sowie Huth-Hildebrandt/Stüwe (2012).

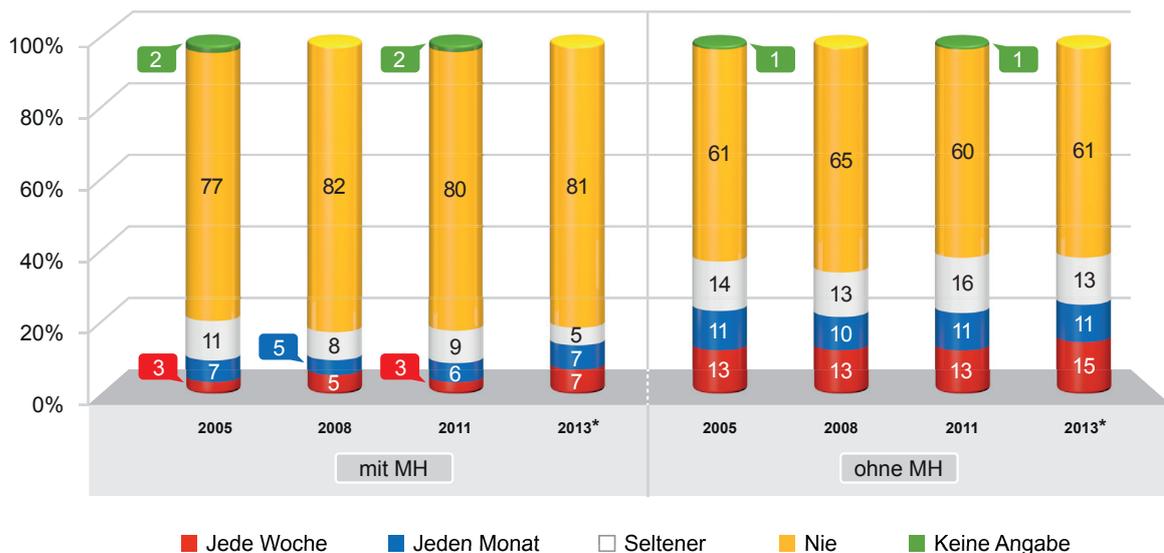
C6 Bürgerschaftliches Engagement

Definition

Häufigkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP



*Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. methodische Erläuterungen

Bürgerschaftliches Engagement (in %)

Dieser subjektive Indikator misst eine Variante des bürgerschaftlichen Engagements, nämlich die ehrenamtliche Tätigkeit.⁵⁵ Diese weist auf die Bereitschaft hin, gesellschaftliche Verantwortung zu übernehmen und das Gemeinwesen mitzufürmen. Bürgerschaftliches Engagement vermittelt Anerkennung, stiftet Identität und entspricht einem wesentlichen Verständnis hessischer Politik, nämlich Integration gemeinsam zu gestalten. Darüber hinaus ermöglicht es interkulturelle Lernverfahren.

Der Indikator nutzt Daten, die im SOEP mit der Frage „Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus? ... Ehrenamtliche Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten“ erhoben werden.⁵⁶ Nach Selbstauskunft sind 26% derjenigen ohne Migrationshintergrund mindestens jede Woche oder jeden Monat ehrenamtlich aktiv, unter den Personen mit Migrationshintergrund sind es 14%.

⁵⁵ Die Befragten werden bei der diesem Indikator zugrunde liegenden Frage ausdrücklich nach ehrenamtlichen Tätigkeiten in Vereinen, Verbänden und sozialen Diensten in Abgrenzung zum Engagement und Beteiligung im politischen Kontext – wie etwa Bürgerinitiativen, Parteien und der Kommunalpolitik – gefragt (siehe hierzu Indikator C8 „Politisches Engagement“).

⁵⁶ Die Antwortvorgaben lauten: „Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen: täglich, mindestens 1mal pro Woche, mindestens 1mal pro Monat, seltener oder nie?“. Aus Gründen der Vergleichbarkeit der Berichtsjahre, wurden die Antwortoptionen täglich und mindestens 1mal pro Woche zusammengefasst.

Der Indikator zeigt für den gesamten Berichtszeitraum ein deutlich geringeres ehrenamtliches Engagement von Personen mit Migrationshintergrund gegenüber Personen ohne diesen Hintergrund. Der Anteil der Engagierten ohne Migrationshintergrund ist in etwa gleich geblieben, der derjenigen mit Migrationshintergrund hat sich leicht erhöht. Trotzdem liegt gerade bei der Bevölkerung mit Migrationshintergrund ein erhebliches Potenzial, das zu erschließen wäre.

In der Literatur wird davon ausgegangen, dass Migranten ein anderes (Vor-)Verständnis von ehrenamtlicher Arbeit haben und aus ihren Herkunftskontexten über andere diesbezügliche Erfahrungen verfügen. Ein weiterer Grund für das unterschiedliche Engagement zwischen Personen mit und ohne Migrationshintergrund wird darin gesehen, dass sich „Migrantinnen und Migranten [...] mit anderen Formen und Schwerpunkten

des Engagements [befassen] als Personen ohne Migrationshintergrund“ (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2010: 285). Zudem gibt es einen Zusammenhang zwischen ehrenamtlichem Engagement und der Zugehörigkeit zu einer sozialen Gruppe: Diverse Studien belegen, dass Höherqualifizierte und Erwerbstätige ein stärkeres Engagement aufweisen (z.B. Dathe et al. 2010).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2010, 2011, 2012); Braun (2011); Braun/Finke (2010); Braun/Nobis (2011); Dathe et al. (2010); Deutscher Bundestag (2002, 2012); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011b); Huth (2012); Landeshauptstadt Wiesbaden (2014b); Schader-Stiftung (2011); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014)

→ Tabelle C6 im Anhang

3.4.4 Politische Partizipation

In der repräsentativen Demokratie erfolgt mit der Teilnahme an Wahlen der unmittelbarste Akt politischer Partizipation. Das aktive und passive Wahlrecht auf Bundes- und Landesebene ist an die deutsche Staatsangehörigkeit geknüpft, steht auf kommunaler Ebene aber auch Personen mit der Staatsbürgerschaft eines EU-Mitgliedstaates offen. Um auch für die Angehörigen anderer Staaten, die von der direkten demokratischen Partizipation ausgeschlossen sind, eine institutionelle Beteiligungsmöglichkeit zu schaffen, wurden in Hessen schon sehr früh Ausländerbeiräte eingerichtet. Der erste – und damit der älteste – Ausländerbeirat Deutschlands wurde 1972 in Wiesbaden gegründet.

Doch lässt sich politische Partizipation nicht auf die Teilnahme an Wahlen reduzieren. In einer lebendigen Demokratie bringen viele verschiedene gesellschaftliche Gruppen ihre Perspektiven und Interessen in den politischen Diskurs ein. Politische Gestaltungsmöglichkeiten finden sich ebenso in Initiativen und Vereinen. Daten liegen zur Mitwirkung in Parteien, der Kommunalpolitik sowie in Bürgerinitiativen vor.

Empirische Daten deuten an, dass sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund weniger für Politik (in Deutschland) oder auf lokaler Ebene interessiert (Landeshauptstadt Wiesbaden 2015b: A2⁵⁸; Uslucan 2015). Dies könnte darauf zurückzuführen sein, dass sich diese Gruppe von der Politik zu wenig angesprochen fühlt. Hier könnte Handlungsbedarf für die Politiker gesehen werden, sich mehr für die spezifischen Belange dieser Bürger zu engagieren.

⁵⁸ Die Daten aus der Bürgerbefragung in Wiesbaden zeigen einerseits ein geringeres Interesse der Einwohner mit Migrationshintergrund an Politik allgemein sowie an der Lokalpolitik, machen aber auch eine leicht höhere Zufriedenheit dieser Einwohnergruppe mit der Arbeit von Politik und Verwaltung deutlich (Landeshauptstadt Wiesbaden 2015b: A2, A3).

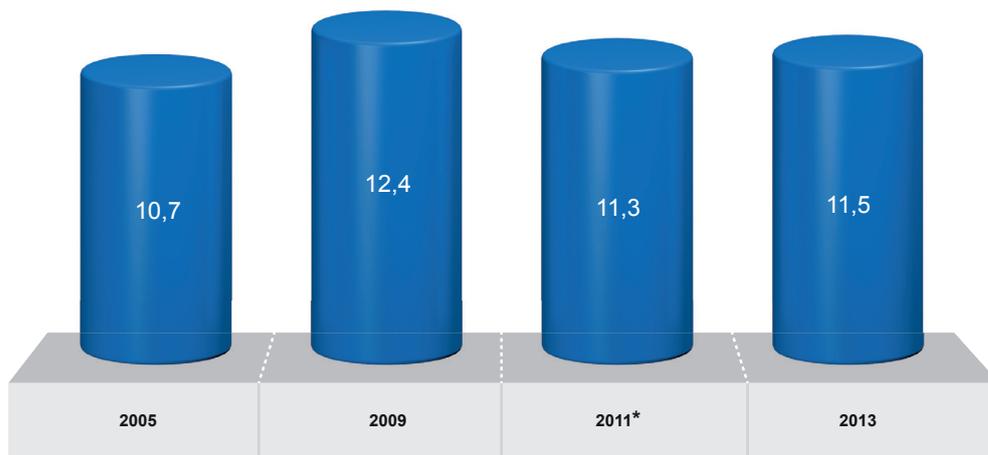
C7 Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund (IntMK A4)

Definition

Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an allen Deutschen im Alter ab 18 Jahren

Datenquelle

Mikrozensus



*Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. methodische Erläuterungen

Anteil der für den Bundestag und den Landtag wahlberechtigten Deutschen mit Migrationshintergrund an allen Deutschen ab 18 Jahren (in %)

Bei diesem Indikator wird die Zahl der volljährigen Deutschen mit Migrationshintergrund auf alle volljährigen Deutschen bezogen. Die vorliegenden Zahlen erlauben daher u.a. Aussagen zum politischen Partizipationspotenzial einer Teilgruppe der Personen mit Migrationshintergrund, nämlich jener, die die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen.

Personen mit Migrationshintergrund machen mittlerweile etwa 12% der Wahlbevölkerung aus. Der Indikator weist im Berichtszeitraum einen leichten Anstieg von 10,7% auf 11,5% aus. Der Anteil der Wahlbevölkerung mit Migrationshintergrund wird aufgrund der demographischen Entwicklung in den nächsten Jahren wachsen (s. dazu Indikator A1).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2009, 2011, 2014a); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2010c); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014); Uslucan (2015); Wüst (2012); Wüst/Heinz (2009)

→ Tabelle C7 im Anhang

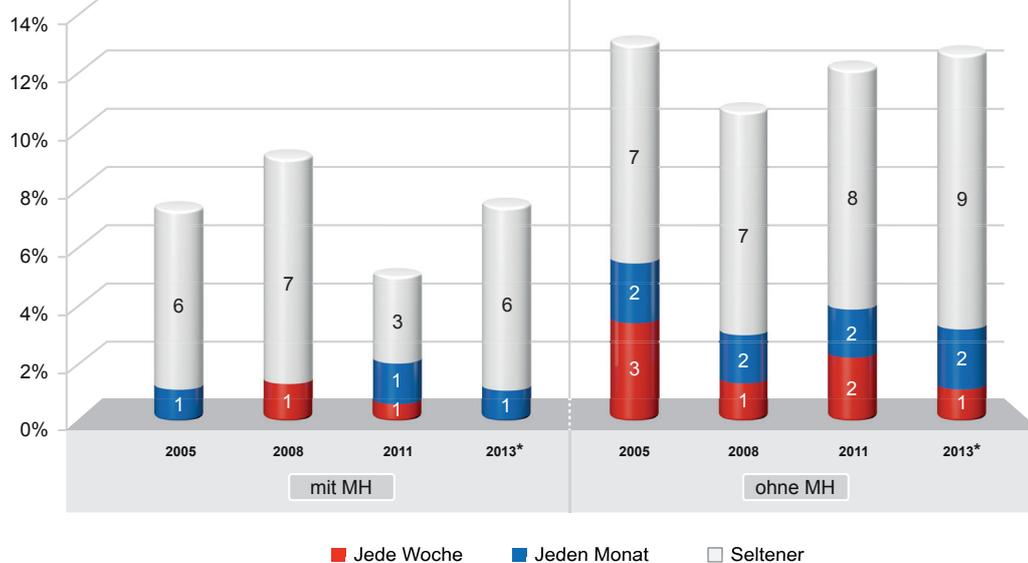
C8 Politisches Engagement

Definition

Häufigkeit der Mitwirkung in Parteien, der Kommunalpolitik bzw. Bürgerinitiativen in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



*Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. methodische Erläuterungen

Politisches Engagement (in %)

Dieser subjektive Indikator weist das politische Engagement in Abgrenzung zum bürgerschaftlichen Engagement aus, das durch Indikator C6 abgebildet wird. Er nutzt Daten, die im SOEP mit folgender Frage erhoben werden: „Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus?“ (hier: „Beteiligung in Bürgerinitiativen, in Parteien, in der Kommunalpolitik“⁵⁹).

Es wird deutlich, dass sich der überwiegende Teil der Bevölkerung weder in Parteien noch in der Kommunalpolitik oder in Bürgerinitiativen engagiert. Dieser Befund bezieht sich auf 88% der Personen ohne und 93% der Personen mit Migrationshintergrund. Heute sind nur etwa 3% der Personen ohne und 1% der Personen mit Migrationshintergrund „mindestens 1mal die Woche“ oder

„mindestens 1 mal pro Monat“ politisch aktiv. 8% bzw. 3% beteiligen sich „seltener“.

Der Indikator zeigt ferner, dass das regelmäßige politische Engagement im Berichtszeitraum in der Bevölkerung mit Migrationshintergrund auf niedrigem Niveau konstant geblieben ist, während es bei Personen ohne Migrationshintergrund leicht abgenommen hat.

Weiterführende Literatur

Arnold et al. (2015); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2011, 2014a); Bundesministerium des Innern (2011); Gesemann/Roth (2015); Hunger/Candan (2009); Kösemen (2011); Kroh/Tucci (2009); Müsigg/Worbs (2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014)

→ Tabelle C8 im Anhang

⁵⁹ Die Antwortvorgaben lauten: „Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen – täglich, mindestens 1mal pro Woche, mindestens 1mal pro Monat, seltener oder nie?“. Aus Gründen der Vergleichbarkeit der Berichtsjahre, wurden die Antwortoptionen täglich und mindestens 1mal pro Woche zusammengefasst.

3.4.5 Kriminalität

Der Begriff „Kriminalität“ umfasst die Gesamtheit der Verstöße gegen das Strafrecht. Hinsichtlich der sogenannten Ausländerkriminalität ist eine differenzierte Betrachtungsweise geboten. Zum einen kann ein Teil der Täter, aber auch der Opfer nicht zur Wohnbevölkerung gezählt werden. Zum anderen wird nur das sogenannte „Hellfeld“ erfasst. D.h. ein nicht unbeachtlicher Teil der begangenen Straftaten (das sogenannte „Dunkelfeld“) geht nicht in die Statistik ein (Bundesministerium des Innern 2015a: 2). Zum dritten müssen bestimmte ausländerspezifische Straftaten – also solche, die per definitionem nur von Ausländern begangen werden können – bei der Betrachtung außer Acht gelassen werden (z. B. Verstöße gegen das Aufenthalts- oder Asylverfahrensgesetz).

Problematisch im Hinblick auf die statistische Erfassung der Ausländerkriminalität ist ferner, „dass Ausländer bei Verbrechen schneller unter Tatver-

dacht geraten („Tatverdachteffekt“) und bei Straftaten eher angezeigt und häufiger kontrolliert werden als Personen ohne erkennbaren Migrationshintergrund („Anzeigeeffekt“)" (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2014: 293).

Für die Seite der Opfer gibt es keine Daten auf Länderebene, daher kann hierfür kein Indikator gebildet werden. Verwiesen sei auf eine Repräsentativbefragung für Deutschland, die auch den Migrationshintergrund berücksichtigt (Hellmann 2014). Dabei zeigt sich, dass Personen mit Migrationshintergrund tendenziell häufiger Opfer bestimmter Straftaten werden.

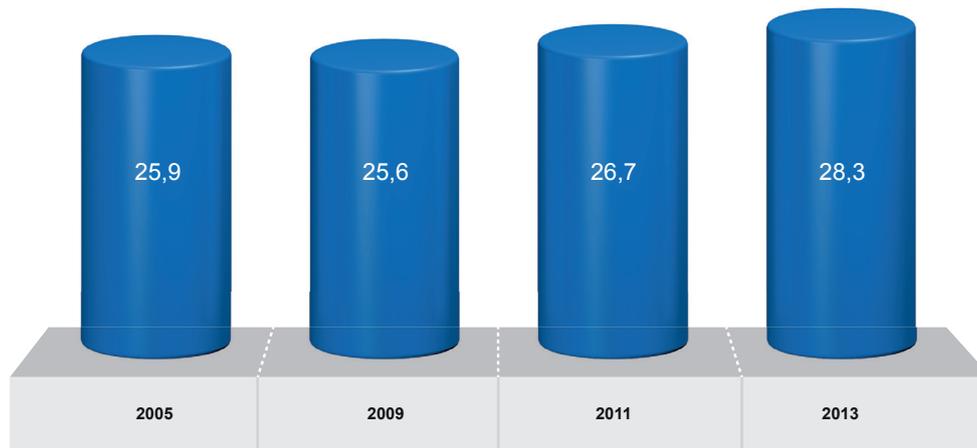
C9 Tatverdächtige (IntMK H 1)

Definition

Anteil tatverdächtiger Ausländerinnen und Ausländer an allen Tatverdächtigen (Personen ab 14 Jahren)

Datenquelle

Polizeiliche Kriminalstatistik



Anteil der tatverdächtigen Ausländer/-innen ab 14 Jahren an allen Tatverdächtigen (in %)

Die Polizeiliche Kriminalstatistik weist Tatverdächtige aus, die durch Strafanzeigen und polizeiliche Kontrolltätigkeit bekannt geworden sind. Sie erfasst also nicht die Straftaten in ihrer Gesamtheit, so dass ein gewisses „Dunkelfeld“ bleibt.

Der Indikator differenziert zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Herausgerechnet sind ausländer-spezifische Straftaten und Straftaten von Ausländern, die sich nur vorübergehend in Deutschland aufhalten. Deutlich wird, dass Ausländer – gemessen an ihrem Anteil an der Bevölkerung (2013: 12,3%) – unter den Tatverdächtigen deutlich überrepräsentiert sind. Es zeigt sich, dass der Anteil der Ausländer an allen Tatverdächtigen seit 2005 geringfügig gestiegen ist.

Bei der Interpretation des Indikators muss neben den auf den vorigen Seiten genannten Punkten berücksichtigt werden, dass sich die Bevölke-

rungsgruppen der Deutschen und der Ausländer hinsichtlich ihrer Sozialstruktur (vor allem bezüglich Alter, Bildung, Erwerbstätigkeit und Einkommen) unterscheiden (Bundesministerium des Innern 2014: 37; Bundeskriminalamt 2012: 89, 122ff.).

Detailliertere Daten zu den verschiedenen Altersgruppen sowie dem Geschlecht der Tatverdächtigen sind Tabelle C8 im Anhang zu entnehmen. Diese Tabelle macht vor allem deutlich, dass die absolute Zahl der weiblichen Tatverdächtigen erheblich niedriger ist als die der männlichen.

Weiterführende Literatur

Baier et al. (2009); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014); Bug/Meier (2015); Bundeskriminalamt (2012); Bundesministerium des Innern (2014); Heinz (2012); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013)

→ Tabelle C9 im Anhang

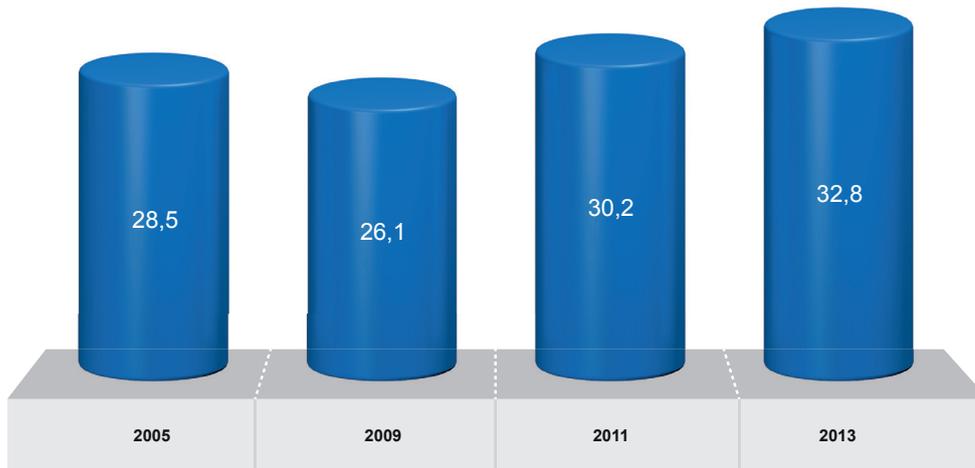
C10 Verurteilte (IntMK H 2)

Definition

Anteil verurteilter Ausländerinnen und Ausländer an allen Verurteilten (Personen ab 14 Jahren)

Datenquelle

Strafverfolgungsstatistik



Anteil der verurteilten Ausländer/-innen ab 14 Jahren an allen Verurteilten (in %)

„Tatverdächtig ist ... jeder, der ... verdächtig ist, eine rechtswidrige Tat begangen zu haben. ... Nur im Falle einer Verurteilung kann aber von 'Kriminellen' im Sinne von 'Tätern' gesprochen werden“ (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 166). Die Strafverfolgungsstatistik der Justiz ist jedoch nicht unmittelbar an die Polizeiliche Kriminalstatistik anschlussfähig, da es zu Verzerrungen – z.B. durch die zeitliche Erfassung – kommen kann (Bundeskriminalamt 2012: 9).

Auch dieser Indikator differenziert nur zwischen Personen mit und ohne deutsche Staatsangehörigkeit. Der Anteil der Ausländer an den Verurteilten ist – verglichen mit ihrem Anteil an der Bevölkerung (12,3%) – deutlich höher. Wie bei Indikator C9 ist auch hier darauf hinzuweisen, dass der Indikator vor dem Hintergrund der soziostrukturellen Besonderheiten der Bevölkerungsgruppe der Ausländer interpretiert werden sollte.

Im Berichtszeitraum ist der Anteil der Ausländer an allen Verurteilten von 28,5% auf 32,8% gestiegen. Detailliertere Daten zu den verschiedenen Altersgruppen sowie dem Geschlecht können dem Tabellenteil entnommen werden. Sie zeigen, dass die absolute Zahl der weiblichen Verurteilten erheblich niedriger ist als die der männlichen.

Weiterführende Literatur

Baier et al. (2009); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014a); Bundeskriminalamt (2012); Bundesministerium des Innern (2014); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ Tabelle C10 im Anhang

3.5 Kulturelle Dimension der Integration

Unter Akkulturation von Zugewanderten lässt sich ihr Hineinwachsen in die Aufnahmegesellschaft in Folge von „Kulturkontakten“ (Heckmann 1992: 162) verstehen. Hierzu gehören der Erwerb der Landessprache, die Kenntnis der sozialen und kommunikativen Gewohnheiten in der Aufnahmegesellschaft, die Nutzung der Medien (dazu z. B. Geißler 2010; Simon/Neuwöhner 2011; Worbs 2012; Landeshauptstadt Wiesbaden 2013a) sowie die Kenntnis der Wertvorstellungen (Heckmann 2015: 163ff.) und Rollenmodelle.

Die kulturelle Dimension der Integration umfasst also eine Vielfalt an Aspekten, die sehr aussagekräftig für den Stand der Integration sind. Doch auch hier besteht ein Mangel an geeigneten quantitativen Daten, der die Zahl der ausweisbaren Indikatoren beschränkt. Deswegen wird im Hessischen Integrationsmonitor die Betrachtung auf die Beherrschung der deutschen Sprache sowie die Religion beschränkt (zur Rolle der Religion für Identität und Integration z.B. Molthagen 2014). Zu beachten ist ferner, dass sich die soziale und die kulturelle Dimension der Integration nicht immer trennscharf voneinander abgrenzen lassen.

3.5.1 Sprachkompetenz Deutsch

Sprache ist eines der wichtigsten Handlungsfelder integrationspolitischer Bemühungen. Einem nachholenden bzw. einem frühen Spracherwerb kommt bei Zugewanderten und ihren Kindern eine besondere Bedeutung für die Integration zu. Das Erlernen der deutschen Sprache und der sichere Umgang mit ihr ist der Schlüssel zum Zugang zu den Institutionen der Gesellschaft (insbesondere zu Bildungssystem und Arbeitsmarkt) sowie eine der wichtigsten Voraussetzungen für den schulischen und beruflichen Erfolg und damit für die gesellschaftliche Integration (Schroeder 2007; Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012; Bundesregierung 2007: 15; Esser 2006; Institut der deutschen Wirtschaft 2010). Viele Migranten halten bei ihren Kindern Kenntnisse der Herkunftssprache auf hohem Niveau für wichtig, damit diese ihre Herkunftsidität nicht verlieren und einen Bezug zur Kultur ihrer Eltern haben (Tyrell 2015: 19). Darüber hinaus ist Mehrsprachigkeit eine wichtige Ressource und große Kompetenz.

Während Daten zur Familiensprache bereits im Bereich der frühkindlichen Bildung präsentiert wurden (Indikator B2), steht im Folgenden die Kenntnis der deutschen Sprache unter Erwachsenen mit Migrationshintergrund im Fokus.

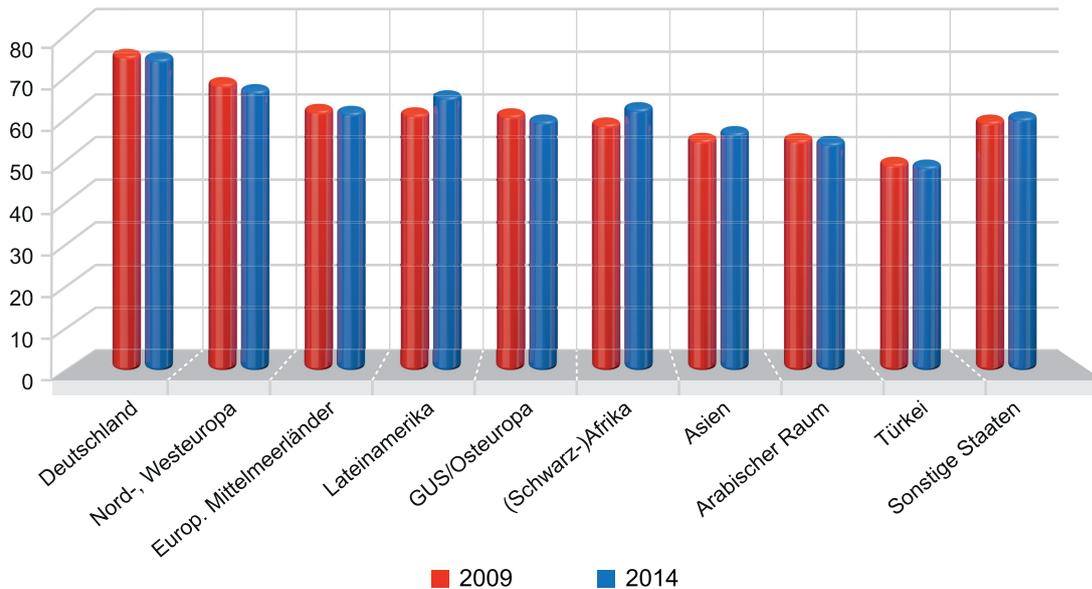
D1a Kenntnis der deutschen Sprache bei Kindern

Definition

Deutschkenntnisse von Kindern nach Migrationshintergrund in der Schuleingangsuntersuchung

Datenquelle

Schuleingangsuntersuchung



Sprachunauffällige Kinder (nach Migrationshintergrund bzw. Herkunftsregion, in %; 2009 und 2014)

Dieser Indikator ist neu in das Indikatorenset aufgenommen worden. Dies folgt einer Empfehlung der Integrationsministerkonferenz, im Monitoring den Sprachförderbedarf bei Kindern im Vorschulalter auszuweisen. Denn die Ermöglichung einer rechtzeitigen Sprachförderung sei „zentral für den Bildungs- und Integrationserfolg vor allem der Bevölkerung mit Migrationshintergrund“ (Integrationsministerkonferenz 2015: 40).

Die Schuleingangsuntersuchung ist verpflichtend für Schulanfänger und wird einige Monate vor dem geplanten Schuleintritt durch das Gesundheitsamt durchgeführt (Hessisches Sozialministerium 2011: 21). Sie umfasst neben Tests zur Koordination, zur Visuomotorik und zur Visuellen Perzeption auch

einen Sprachtest. Dabei werden verschiedene Fähigkeiten geprüft.⁶²

Kinder ohne Migrationshintergrund schneiden am besten ab, Mädchen sind insgesamt weniger auffällig als Jungen (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2015c). Der Anteil der sprachunauffälligen Kinder ist im Beobachtungszeitraum geringfügig von 71,7% auf 71,0% zurückgegangen. Dieser Befund differiert aber nach Herkunftsregion; so haben sich Kinder mit einem lateinamerikanischen oder schwarzafrikanischen Hintergrund verbessert. Kinder mit türkeistämmigem Hintergrund weisen den größten Förderbedarf auf.

⁶² In die Gesamtbewertung fließen lt. Handbuch die S-ENS-Untertests Deutschkenntnisse, Artikulation, Pseudowörter, Wörter ergänzen und Sätze nachsprechen ein, außerdem die individuelle Beurteilung von Grammatik und Wortschatz. Letztere können im freien Gespräch, z. B. über die eigene Person, Familie oder Tiere, beurteilt werden. Das Screening des Entwicklungsstandes (S-ENS) basiert auf einem standardisierten Untersuchungsverfahren.

Vier von fünf Kindern mit Migrationshintergrund wachsen in ihren Familien mehrsprachig auf. 72% (2009: 74,4%) sprechen fehlerfrei oder mit leichten Fehlern Deutsch (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2015c).

Kinder, in deren Familien überhaupt kein Deutsch gesprochen wird, weisen tendenziell die größten Auffälligkeiten beim Sprachscreening auf. Dagegen lassen sich lediglich geringe Unterschiede zwischen Kindern, die zuhause nur Deutsch sprechen, und Kindern, die mit mehreren Familiensprachen aufwachsen, ausmachen (s. Tabelle D1a im Anhang). Besonderer Förderbedarf muss bei türkei-, arabisch- und asienstämmigen Kindern konstatiert werden.

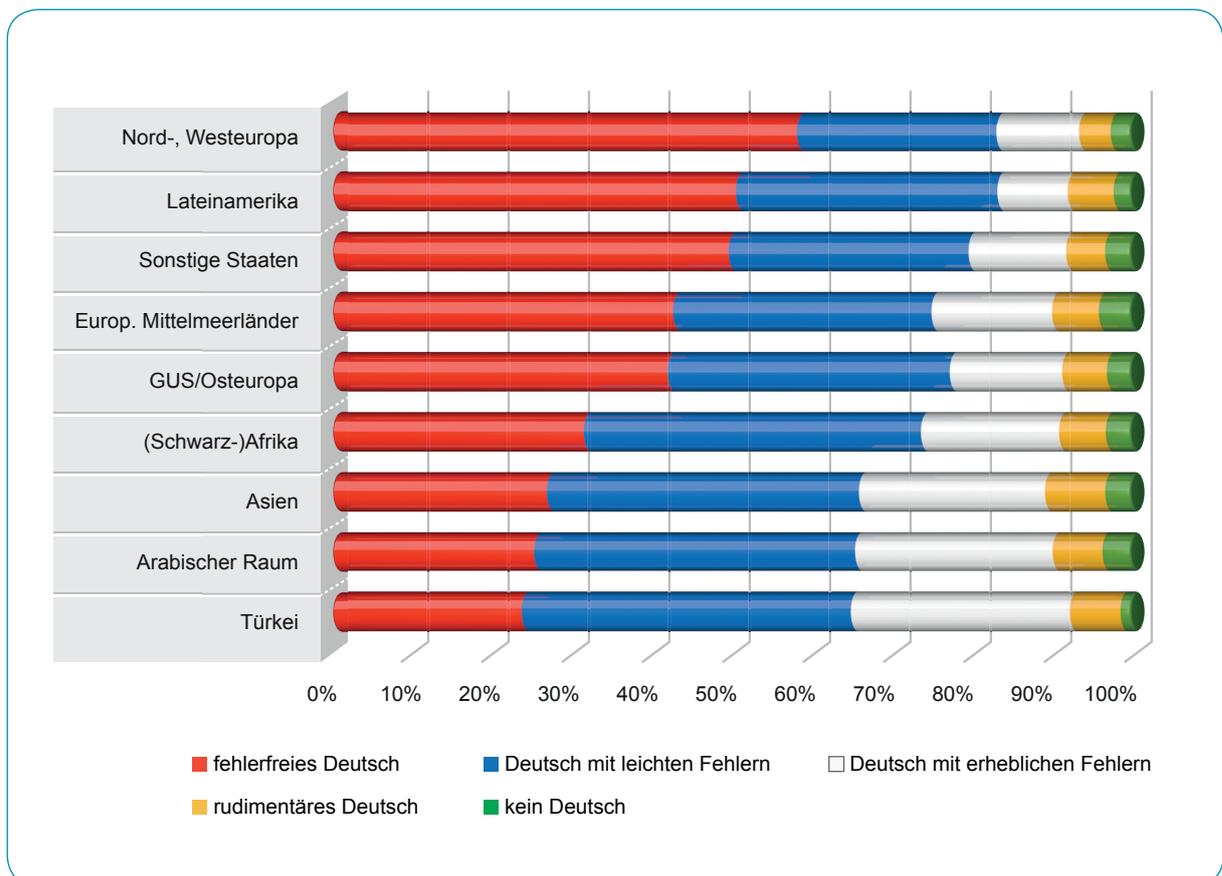
Die folgende Abbildung zeigt die Kenntnisse der deutschen Sprache nach dem jeweiligen Migrationshintergrund (Anteilswerte).

Die Hessische Landesregierung hat im Schuljahr 2002/2003 landesweit und als erstes Bundesland sog. Vorlaufkurse eingeführt, die Kinder zugewanderter Eltern, deren Deutschkenntnisse sich bei der Schulanmeldung als nicht ausreichend für einen erfolgreichen Schulbesuch erweisen, über ein ganzes Jahr hinweg vorbereitend für den Schulbesuch fördern. Die Teilnahme ist freiwillig, doch folgen in der Regel über 95% der Eltern dieser Empfehlung. Die Vorlaufkurse sind Teil eines Gesamtsprachförderkonzepts für den Erwerb des Deutschen als Zweitsprache. Die Vorlaufkurse verbessern den Schulerfolg der teilnehmenden Kinder signifikant (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2012c: 31).

Weiterführende Literatur

Hessisches Sozialministerium (2011); Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2012c, 2015c)

→ Tabelle D1a im Anhang



Deutschkenntnisse bei Kindern mit Migrationshintergrund (Einschulungsuntersuchung 2014; in %)

Quelle: S-ENS, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2015c

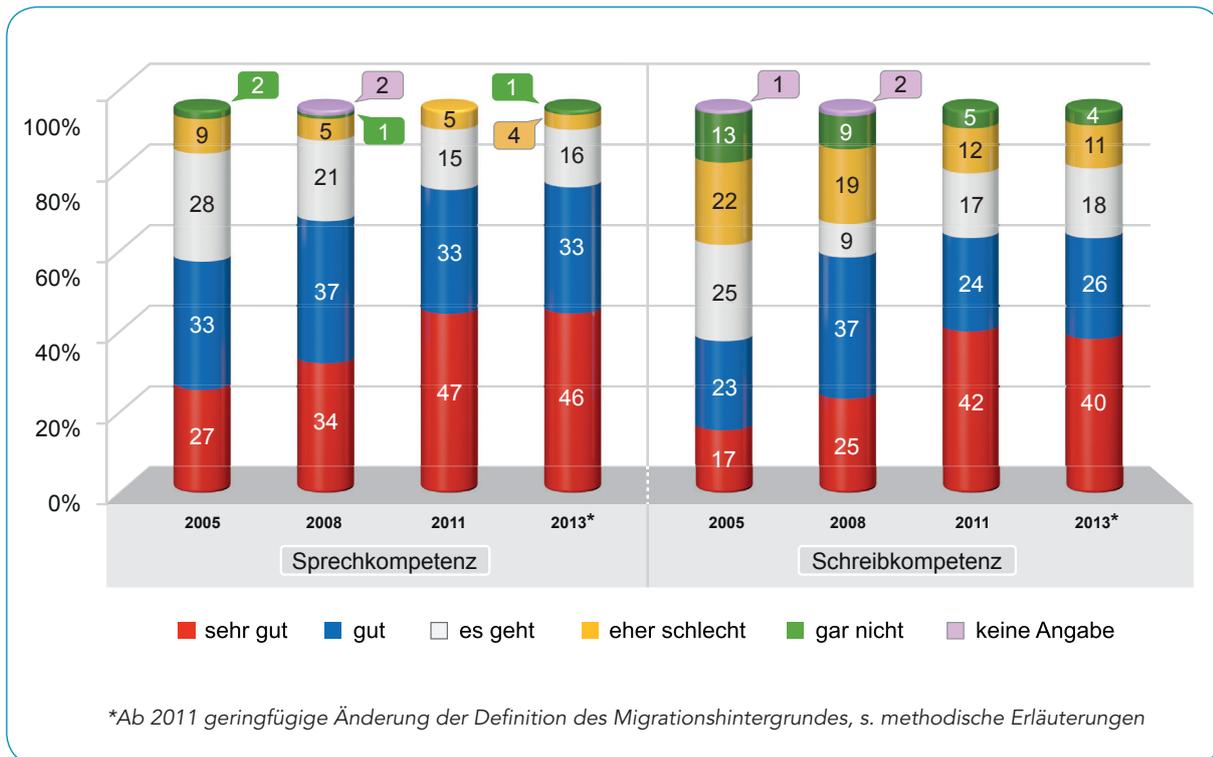
D1b Kenntnis der deutschen Sprache bei Erwachsenen

Definition

Deutschkenntnisse von Personen mit Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



Subjektive Sprachstandseinschätzung „Deutsch“ von Personen mit Migrationshintergrund, deren Muttersprache nicht Deutsch ist (in %)

Dieser subjektive Indikator unterscheidet zwischen Kompetenzen im Sprechen und Schreiben der deutschen Sprache bei Personen mit Migrationshintergrund. Die sprachlichen Fähigkeiten werden dabei von den Befragten selbst beurteilt. Befragt werden ausschließlich Personen mit Migrationshintergrund, die angeben, dass sowohl ihre eigene Muttersprache als auch die beider Elternteile nicht Deutsch sei. Die dem Indikator zugrunde liegende Frage lautet: „Wie gut können Sie die deutsche Sprache ... sprechen?“ bzw. „... schreiben?“⁶³

Nach dieser Selbsteinschätzung sprechen 46% der Personen mit Migrationshintergrund deutsch „sehr gut“ und 33% „gut“. Die Schriftsprache wird im Vergleich zur gesprochenen Sprache als etwas schwieriger beurteilt. 40% schätzen ihre schriftlichen Deutschkenntnisse als „sehr gut“ ein und 26% als gut.

Obwohl eine Sprachstandsfeststellung, die auf einer Selbsteinschätzung basiert, als ungenau angesehen werden muss, zeichnet sich im Berichts-

⁶³ Heckmann (2015: 159f.) führt mit Verweis auf Forschungsergebnisse aus den USA an, dass die „sprachliche Angleichung in der innerfamiliären Kommunikation ... typischerweise“ erst in der dritten Generation erfolge.

zeitraum sowohl hinsichtlich der Sprech- als auch der Schreibkompetenz ein eindeutiger, positiver Trend ab.⁶⁴ Gaben 2005 noch 50% der Befragten an „sehr gut“ und „gut“ sprechen zu können, stieg dieser Anteil bis 2013 auf 79%. Analog entwickelte sich die Einschätzung der schriftlichen Kompetenzen: Während im Jahr 2005 noch 40% der Befragten angaben, Deutsch „sehr gut“ und „gut“ schreiben zu können, erhöhte sich ihr Anteil bis zum Jahr 2013 auf 66%.

Weiterführende Literatur

de Cillia (2013); Deimann (2015); Esser (2006); Fürstenau (2015); Gogolin (2015); Haug (2008); Heimken (2015); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014); Tracy (2015)

→ Tabelle D1b im Anhang

⁶⁴ Dieser positive Trend muss aber aufgrund der methodischen Gegebenheiten vorsichtig interpretiert werden. Eine direkte Übertragung auf die hessische Bevölkerung, die Deutsch als Fremdsprache erlernt hat, ist nicht zulässig (vgl. auch Abschnitt 2.3 „Datenquellen“).

Neben dem deutschen Standardfragebogen kommen in den SOEP-Erhebungen auch einige fremdsprachige Versionen bei eventuellen Verständnisproblemen während des Interviews zum Einsatz. Fehlende Sprachkenntnisse schränken daher die Befragungsfähigkeit fast nicht ein (Däubler 2002: 6).

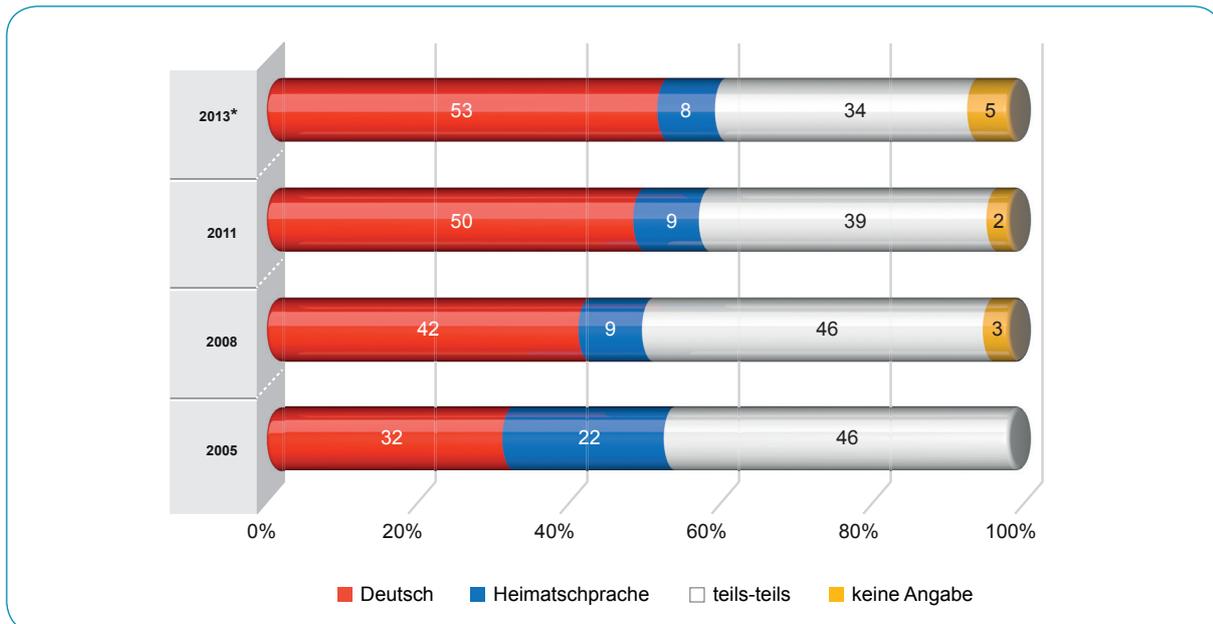
D2 Gebrauch der deutschen Sprache

Definition

Überwiegender Gebrauch des Deutschen oder der Heimatsprache in Deutschland in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



Sprachgebrauch von Menschen mit Migrationshintergrund (in %)

Der Gebrauch der deutschen Sprache ist ein wichtiger Bestandteil und Schlüssel für die Integration von Zugewanderten und ihren Kindern. Die Beherrschung der Landessprache ist nicht nur eine Voraussetzung für den erfolgreichen Erwerb von Bildung und die Integration ins Erwerbsleben, sie verschafft auch gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung. Dieser Indikator verwendet wie Indikator D1 Daten von Personen mit Migrationshintergrund, deren eigene Muttersprache und die beider Elternteile nicht Deutsch ist. Die Erhebung basiert gleichfalls auf einer Selbsteinschätzung. Die Frage lautet: „Sprechen Sie hier in Deutschland überwiegend deutsch, überwiegend die Sprache Ihres Herkunftslandes bzw. die Sprache Ihrer Eltern oder teils-teils?“

Gut die Hälfte der Personen mit Migrationshintergrund (53%) nutzt überwiegend die deutsche Sprache, 34% wechseln zwischen Deutsch und der Sprache ihres Herkunftslandes bzw. der Sprache ihrer Eltern. 8% sprechen überwiegend nicht Deutsch.

Für den Berichtszeitraum zeichnet sich ein eindeutig positiver Trend ab: Der Anteil der Personen, die angeben, überwiegend Deutsch zu sprechen, hat sich zwischen 2005 und 2013 deutlich um 21 Prozentpunkte erhöht. Der Anteil derjenigen, die anführen, vorwiegend in der Herkunftssprache zu sprechen, ist im gleichen Zeitraum entsprechend um 14 Prozentpunkte gesunken. Gleichzeitig kommt das Bundesfamilienministerium anhand der Daten des Panels Arbeitsmarkt und soziale Sicherung zu dem Schluss, „dass die deutsche Sprache für die Mehrheit der Familien fester Bestandteil des Alltags ist“ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 2010: 25).

Weiterführende Literatur

Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (2010); de Cillia (2013); Esser (2006, 2008); Haug (2008); Meyer (2008); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014)

→ Tabelle D2 im Anhang

3.5.2 Religion

Die wachsende Vielfalt der hessischen Gesellschaft zeigt sich auch in einer steigenden Zahl von Personen, die nicht den großen christlichen Kirchen angehören, sowie in den sich diversifizierenden Glaubenspraktiken der Menschen.⁶⁵ Die Fachliteratur weist darauf hin, dass sich Religion im Integrationsprozess „als gegenüber den Einflüssen der Aufnahmegesellschaft am wenigsten beeinflussbare kulturelle Struktur“ erweist (Heckmann 2015: 170f.). Religiöse Überzeugungen werden deshalb als sogenannter „Vielfaltsindikator“ aufgenommen, um die Vielfalt der hessischen Bevölkerung abzubilden.⁶⁶

Die evangelische und die katholische Kirche erfassen ihre Mitglieder durch die Landeskirchenämter und die bischöflichen Ordinariate; demnach gehören gut 63% der Hessen einer dieser christlichen Kirchen an (38,8% der evangelischen, 24,5% der katholischen Kirche; eigene Berechnungen basierend auf amtlichen Daten; Hessisches Statistisches Landesamt 2015d). Anhänger anderer Glaubensgemeinschaften werden nicht in dieser Form statistisch erfasst, da die Gemeinden in der Regel nicht über entsprechende institutionalisierte Strukturen verfügen.⁶⁷

Aus diesem Grund können deren Zahlen nur mit Schätzungen oder Stichprobenerhebungen ermittelt werden. So wurde 2009 der Anteil der Muslime vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bundesweit auf 3,8 bis 4,3 Millionen Personen geschätzt, von denen etwa 10,3%, d.h. zwischen 391.000 und 443.000 Personen, in Hessen lebten (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009b: 80, 107). In diesem Abschnitt werden Zahlen einer Erhebung, die 2013 für das Hessische Ministerium der Justiz, für Europa und Integration durchgeführt wurde, genutzt.

⁶⁵ Der Religionswissenschaftliche Medien- und Informationsdienst (REMID) erfasst deutschlandweit rund 140 Religions- und Weltanschauungsgemeinschaften, schätzt die tatsächliche Zahl aber noch höher (zitiert nach Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 158).

⁶⁶ Vgl. hierzu auch Kapitel 2.2.

⁶⁷ Einen Überblick über den Buddhismus in Europa gibt Baumann (2015).

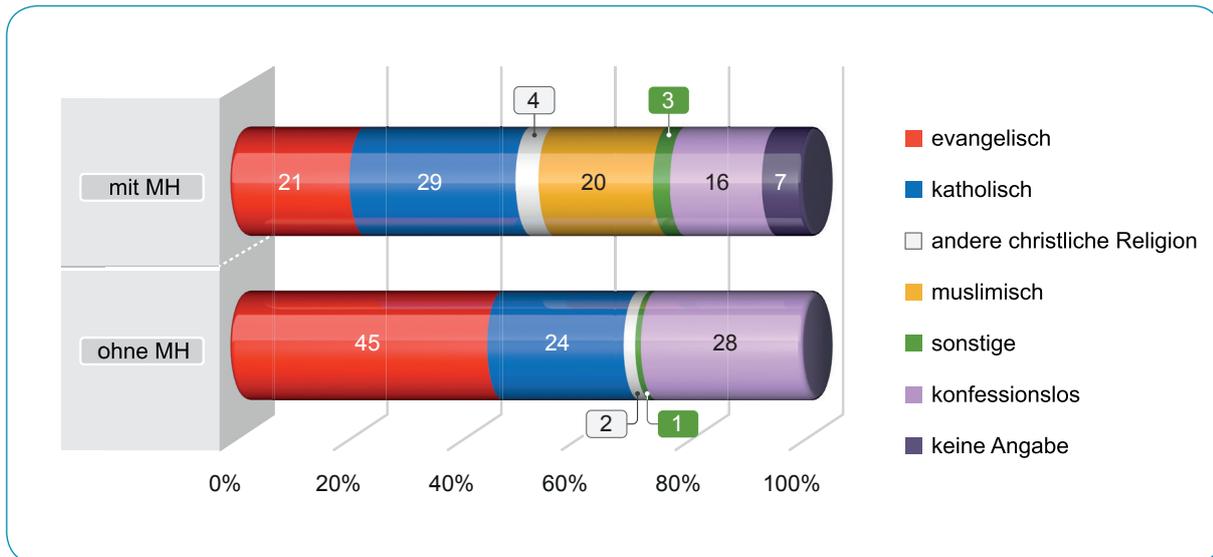
D3 Religionszugehörigkeit

Definition

Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Datenquelle

repräsentative Befragung im Auftrag des HMdJIE



Religionszugehörigkeit nach Migrationshintergrund (2013, in %)

Der subjektive Indikator greift auch in dieser Ausgabe des Hessischen Integrationsmonitors auf eine 2013 durchgeführte Befragung der Bevölkerung im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa als Datenquelle zurück. Die Frage lautet: „Gehören Sie einer der folgenden Religionsgemeinschaften an? ...“.

Nach dieser Befragung beträgt der Anteil der Personen ohne Migrationshintergrund, die sich zur evangelischen bzw. zur katholischen Kirche bekennen, 45% resp. 24%. Unter den Personen mit Migrationshintergrund sind es jeweils 21% und 29%. Der Anteil der Muslime an der Gruppe der Personen mit Migrationshintergrund liegt bei etwa 20%, konfessionslos sind 16% der Personen mit und 28% der Personen ohne Migrationshinter-

grund. Unter den Personen mit Migrationshintergrund ist demnach der Anteil der Konfessionslosen fast so hoch wie der der Muslime.

Der Anteil derer, die einer „anderen“ christlichen Religionsgemeinschaft angehören, beträgt bei Personen ohne Migrationshintergrund 2%, bei denen mit diesem Hintergrund 4%. 1% der Personen ohne und 3% der Personen mit Migrationshintergrund zählen sich zu einer „sonstigen“ Religionsgemeinschaft (z. B. jüdisch, buddhistisch, hinduistisch). Der hohe Anteil derer, die einen Migrationshintergrund haben und die Angabe verweigerten (7%), führt möglicherweise zu einer Verzerrung bei der Verteilung der Personen mit Migrationshintergrund auf die verschiedenen Religionsgemeinschaften.

Da die Datenquelle eine 2013 für die Hessische Landesregierung durchgeführte Befragung unter der hessischen Bevölkerung ist, liegen Vergleichswerte für andere Jahre nicht vor. Im Hessischen Integrationsmonitor 2010 wurden die Daten des SOEP⁶⁸ herangezogen, die – mit Fortschreibung für die Jahre 2011 und 2013 – in Tabelle D3b im Anhang wiedergegeben sind.

In größeren Städten mit einem höheren Anteil an migrantischer Bevölkerung wird die Verteilung der Einwohner auf die Religionen tendenziell anders ausfallen. Während die Untersuchung der Hessischen Landesregierung beispielsweise einen Anteil von Muslimen in Höhe von 4% an der hessischen Bevölkerung ergibt, schätzt die Stadt Wiesbaden im Jahre 2012 den Anteil der Muslime an ihren Bürgern auf 11% (Landeshauptstadt Wiesbaden 2012).

Weiterführende Literatur

Baumann (2015); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014a); Bertelsmann Stiftung (2008, 2009, 2015a, 2015b, 2015c); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009b); Foroutan (2012); Fuhr-Becker (2013); Fuhr-Becker/Wilkens (2015); Halm/Meyer (2013); Haug (2011); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013b); Hessisches Statistisches Landesamt (2015f); Institut für Demoskopie (2012); Kamann (2012); Kindermann (2015); Landeshauptstadt Wiesbaden (2012); Molthagen (2014); Präsident des Hessischen Landtags (2014); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014a); Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz (2013); Şen/Sauer (2006); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014); Traunmüller (2014)

→ Tabelle D3 im Anhang

⁶⁸ Die Frageformulierungen im SOEP lauten für den Indikator D3: „Gehören Sie einer Kirche oder Religionsgemeinschaft an? Wenn ja, sind Sie ... – ... katholisch, evangelisch, Mitglied einer anderen christlichen Religionsgemeinschaft, Mitglied einer islamischen Religionsgemeinschaft, Mitglied einer anderen Religionsgemeinschaft? ...Nein, konfessionslos.“

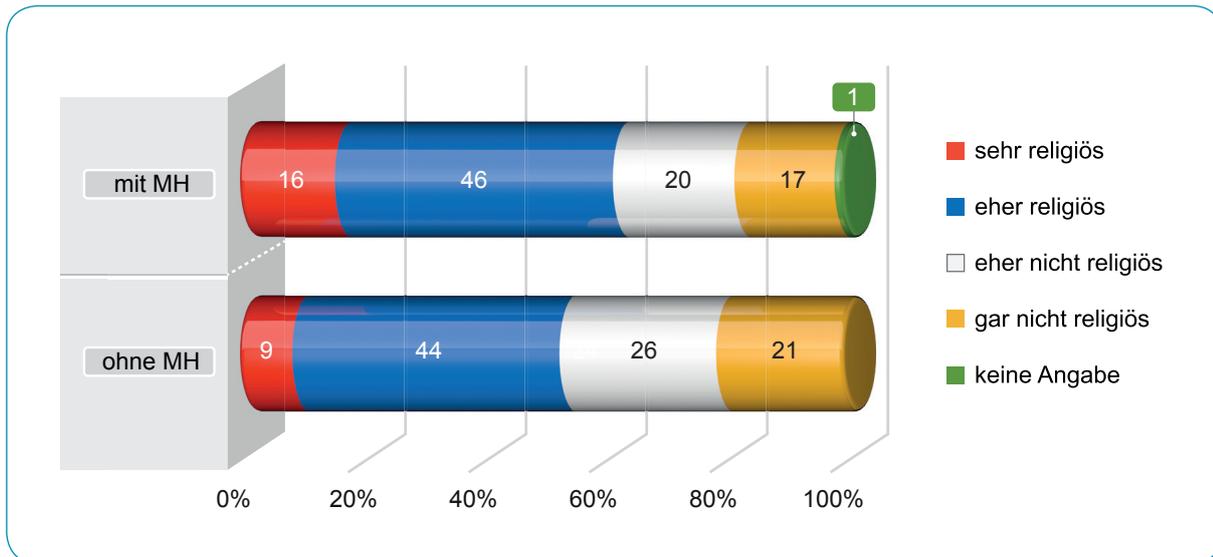
D4 Religiosität

Definition

Religiosität in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

repräsentative
Befragung im Auf-
trag des HMdJIE



Religiosität (in %)

Religiosität lässt sich als „Überzeugungssystem mit Symbolen und Verhaltensweisen“ definieren, „das sich explizit auf mindestens eine übernatürliche Instanz bezieht“ (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge 2009: 132). Die der Datenerhebung in der bereits erwähnten Befragung für das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa zugrundeliegende Frage lautet: „Würden Sie von sich sagen, dass Sie religiös sind?“

Etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung in Hessen (55%) hält sich für „eher“ oder „sehr“ religiös. Bei Personen mit Migrationshintergrund liegt der Anteil nur wenige Prozentpunkte über dem derjenigen ohne diesen Hintergrund. Deutliche Unterschiede ergibt die Betrachtung nach Religionszugehörigkeit: In der evangelischen und

katholischen Glaubensgemeinschaft bezeichnen sich 64% bzw. 67% als „eher“ oder „sehr“ religiös, unter den Muslimen sind es 93% (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013: 29).

Der erstgenannte Wert entspricht weitestgehend dem in der EKD-Studie veröffentlichten, in der 66% der Mitglieder der evangelischen Kirche angeben, sie hielten sich „für einen religiösen Menschen“.⁶⁹ Der letztgenannte Wert korrespondiert in etwa mit Ergebnissen der jährlichen Mehrthemenbefragung unter türkeistämmigen Migranten in Nordrhein-Westfalen: In dieser Befragung schätzen sich von den mehrheitlich (zu 97%) muslimischen Befragten 18% als sehr religiös und 64% als eher religiös ein⁷⁰ (Evangelische Kirche in

⁶⁹ Die Religiosität nimmt dabei mit steigendem Alter tendenziell zu (Evangelische Kirche in Deutschland 2013: 62).

⁷⁰ Die Studie zeigt auch, dass sich die Religiosität in dieser Bevölkerungsgruppe nach einer Selbsteinschätzung im Zeitverlauf stark erhöht hat: Im Jahr 2000 bezeichneten sich 8% der türkeistämmigen Befragten als „sehr religiös“ und 49% als „eher religiös“. Bis 2013 stiegen die Anteile der „sehr“ Religiösen auf 18% und der „eher“ Religiösen auf 64%. – Diehl und Koenig (2013) beobachten unter türkischen Neuzuwanderern zunächst eine abnehmende Religiosität nach dem Migrationsereignis, die mit längerer Aufenthaltsdauer in Deutschland wieder zunimmt.

Deutschland 2014: 62; Stiftung Zentrum für Türkeistudien und Integrationsforschung 2014: 143; Fuhr-Becker/Wilkens 2015: 14).

Als „sehr religiös“ bezeichnen sich unter den Personen mit Migrationshintergrund nur 16%, unter denen ohne diesen Hintergrund sogar nur 9%. Betrachtet man die extremen Pole der Skala, so ist unter den Personen ohne Migrationshintergrund die Gruppe der „gar nicht“ Religiösen mehr als doppelt so groß wie die der „sehr“ Religiösen (21% vs. 9%), unter den Personen mit diesem Hintergrund sind die Gruppen etwa gleich stark (17% vs. 16%).

Die Forschung zeigt, dass viele Neuzuwanderer zunächst einmal religiöser werden (z.B. Heckmann 2015: 171). In der Befragung konnte jedoch nicht zwischen Personen mit eigener Migrationserfahrung und deren Aufenthaltsdauer in Hessen sowie der zweiten oder dritten Generation unterschieden werden.

Da die Daten nur einmalig (2013) erhoben wurden, liegen Vergleichswerte für andere Jahre nicht vor.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009b); Bertelsmann-Stiftung (2008, 2009, 2015a); Diehl/König (2013); Evangelische Kirche in Deutschland (2014); Fuhr-Becker/Wilkens (2015); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013b); Molthagen (2014); Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (2013); Şen/Sauer (2006); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014)

→ Tabelle D4 im Anhang

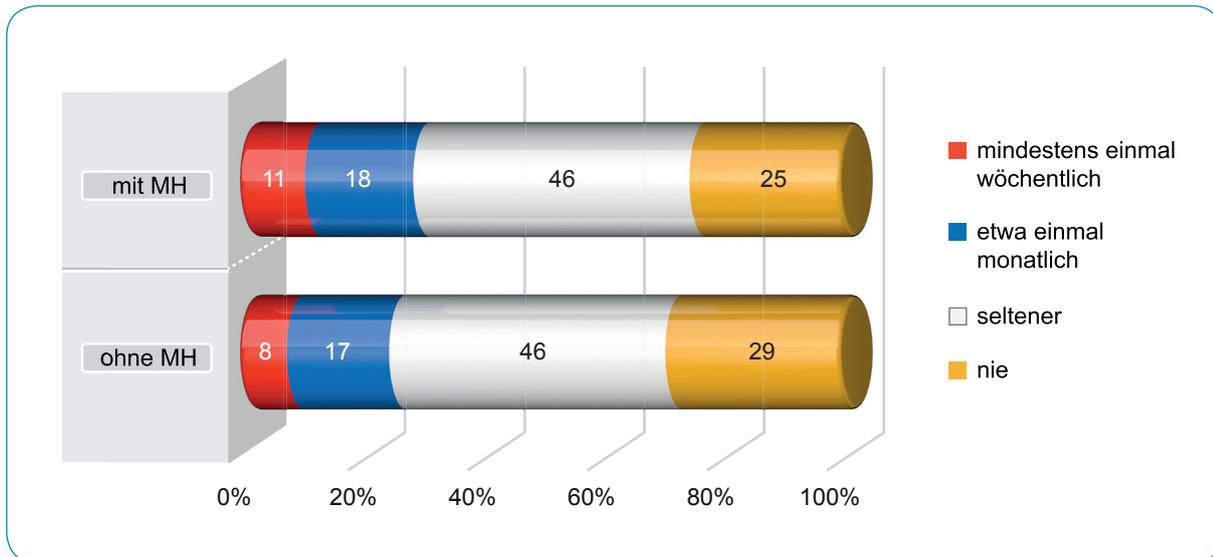
D5 Religionsausübung

Definition

Religionsausübung (Besuch von Gottesdiensten, Gemeinschaftsgebeten oder anderen religiösen Feiern) in einer Selbstauskunft

Datenquelle

repräsentative Befragung im Auftrag des HMdJIE



Religionsausübung: Besuch von Gottesdiensten, Gemeinschaftsgebeten oder anderen religiösen Feiern (in %)

In den verschiedenen Religionen werden bestimmte Gebetsrituale und religiöse Feste gemeinsam begangen. Die der Datenerhebung für das Hessische Integrationsministerium zugrundeliegende Frage lautet: „Wenn Sie an die letzten 12 Monate denken – wie oft besuchten Sie Gottesdienste, Gemeinschaftsgebete oder andere religiöse Feiern?“. Sie wurde nur Personen gestellt, die angaben, „sehr religiös“, „eher religiös“ oder „eher nicht religiös“ zu sein (vgl. Indikator D4).

Die Häufigkeit der Religionsausübung variiert in starkem Maße mit der Religionszugehörigkeit (Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa 2013b).⁷¹ Die Aufschlüsselung der Bevölkerung nach Migrationshintergrund lässt jedoch keine großen Unterschiede erkennen: Der

Anteil der Personen mit diesem Hintergrund, der oft oder gelegentlich (etwa einmal im Monat) an einer religiösen Veranstaltung teilnimmt, ist mit 29% nur etwas größer als der der Personen ohne Migrationshintergrund (25%). Umgekehrt geben Personen ohne Migrationshintergrund nur geringfügig häufiger an, „nie“ ihre Religion auf diese Art und Weise auszuüben (29% vs. 25%). Die ihre Religion häufig Praktizierenden sind damit in beiden Gruppen deutlich in der Minderheit.

Da die Datenquelle eine 2013 für die Hessische Landesregierung durchgeführte Befragung unter der hessischen Bevölkerung ist, liegen Vergleichswerte für andere Jahre nicht vor.⁷²

⁷¹ Am häufigsten engagiert sind Personen, die „anderen christlichen Religionen“ angehören (46%). Unter den Mitgliedern der evangelischen Kirche sind 20% in ihrer Gemeinde aktiv, von den Katholiken 17% und von den Muslimen 14%.

⁷² Die Frageformulierungen im SOEP lauten für den Indikator D5: „Welche der folgenden Tätigkeiten üben Sie in Ihrer freien Zeit aus? Geben Sie bitte zu jeder Tätigkeit an, wie oft Sie das machen – jede Woche, jeden Monat, seltener oder nie?: Kirchgang, Besuch religiöser Veranstaltungen“.

Im Hessischen Integrationsmonitor 2010 wurden die Daten des SOEP herangezogen, die – mit Fortschreibung für die Jahre 2011 und 2013 – im Anhang in Tabelle D5b wiedergegeben sind.

Weiterführende Literatur

Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2009b); Bertelsmann-Stiftung (2008, 2009); Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (2012e); Evangelische Kirche in Deutschland (2014); Fuhr-Becker/Wilkens (2015); Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2013b); Kamann (2012); Sekretariat der deutschen Bischofskonferenz (2013); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2014a); Şen/Sauer (2006); Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (2013)

→ Tabelle D5 im Anhang

3.6 Identifikatorische Dimension der Integration

Die Identität einer Person bildet sich in ihrem sozialen Umfeld und in Abhängigkeit von diesem. Gleichzeitig ist sie eingebunden in ein komplexes Geflecht verschiedener Gruppenidentitäten (Klinker 2010: 122). „Identität“ ist somit ein sehr schwieriges Konstrukt der psychologischen und soziologischen Theoriebildung. Identifikatorische Dimension meint „Arten und Grade der Identifizierung mit bzw. der Abgrenzung von bestimmten Kollektiven oder Gruppen“ (Heckmann 2015: 194).

Vereinfacht gesehen beschreibt die identifikatorische Dimension die Zugehörigkeit und emotionale Bindung an Aufnahmeland und -gesellschaft und kann als wesentlicher Bestandteil gelungener Integration angesehen werden. Dazu zählt auch Wertschätzung für die Aufnahmegesellschaft (Heckmann 2015: 194).

Diese Dimension ist sehr vielschichtig, beinhaltet aber im Wesentlichen zwei Komponenten: Zum einen die persönliche bzw. individuelle Komponente, zu der ein Gefühl der Zugehörigkeit sowie der Wille, Teil der Aufnahmegesellschaft zu sein bzw. zu werden, gehören. Zum anderen die gesellschaftliche bzw. soziale Komponente, die sich in einer Willkommenskultur und Akzeptanz der Zugewanderten äußert, sich aber auch (im negativen Sinne) in Benachteiligung und Diskriminierung konkretisiert. Aufgrund der Vielschichtigkeit der Dimension sind aussagekräftige Indikatoren schwierig abzuleiten.

3.6.1 Gefühl der Zugehörigkeit

Das Gefühl der Zugehörigkeit kann in verschiedenen Kontexten entwickelt werden: beispielsweise bezogen auf die Region, in der man lebt, das Land oder die Gesamtgesellschaft.

Als zentrales Kriterium kann das Gefühl von Personen mit Migrationshintergrund, vor allem aber mit eigener Migrationserfahrung, sich in Hessen wohlfühlen, angesehen werden. Zugewanderte, die ein positives Lebensgefühl in unserem Bundesland entwickeln, sind hier „angekommen“, d.h. haben die Empfindung, hier heimisch oder „zu Hause“ zu sein. Der Indikator E1 deutet auf eine „lokale Identität“ hin.

Indikator E2a misst dagegen die Identifikation von in Hessen lebenden Personen mit Migrationshintergrund und Ausländern mit Deutschland. Der Eindimensionalität dieser Frage soll mit dem neu aufgenommenen Indikator E2b entgegengetreten werden. Statt zu erfragen, wie sehr sich eine Person als Deutsche(r) fühlt, wird mit ihm versucht, auch duale Identifikationsformen zu ermitteln, also das Gefühl der Zugehörigkeit zu Herkunfts- und Aufnahmegesellschaft (Heckmann 2015: 200).

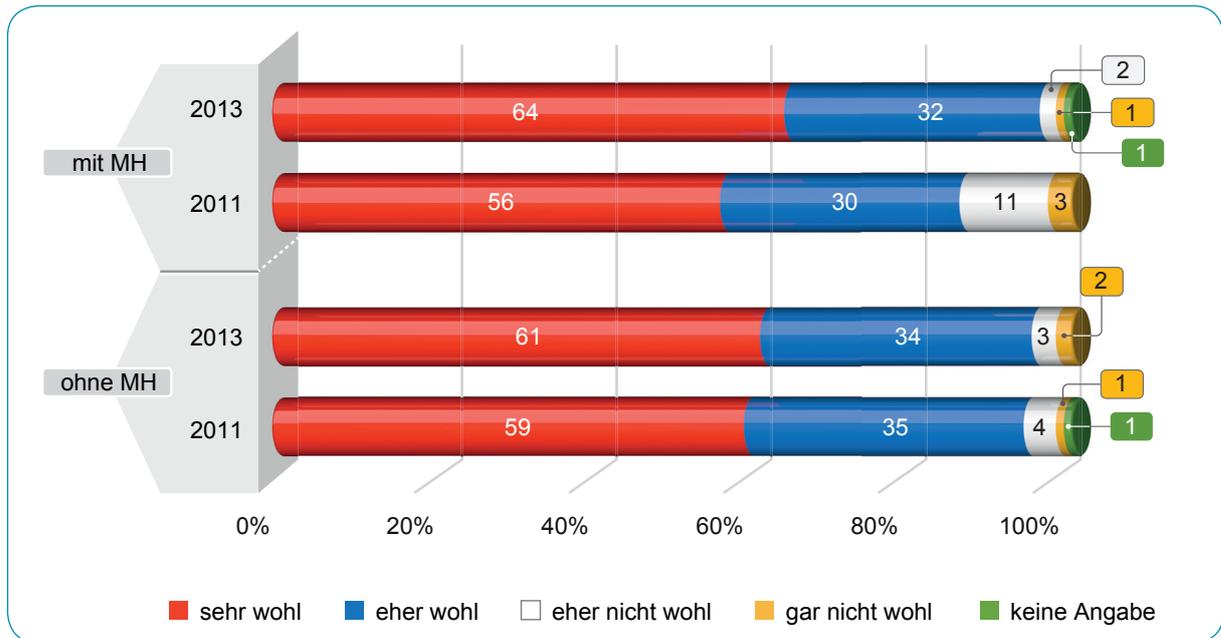
E1 Lebensgefühl in Hessen

Definition

Lebensgefühl im Bundesland Hessen nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Datenquelle

repräsentative Befragung im Auftrag des HMdJIE



Lebensgefühl in Hessen (in %)

Das Lebensgefühl der Personen mit Migrationshintergrund in Hessen wird mit der Frage gemessen: „Wie wohl fühlen Sie sich in Hessen?“. Die Antworten ergeben, dass sich 96% der Personen mit und 95% der Personen ohne Migrationshintergrund in unserem Bundesland „sehr wohl“ oder „eher wohl“ fühlen.

Im betrachteten Zeitraum hat der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund, die gern in Hessen leben, deutlich zugenommen. Noch 2011 gaben 86% der Befragten mit Migrationshintergrund an, sich in Hessen „sehr wohl“ (56%) oder „eher wohl“ (30%) zu fühlen. Bei der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund lässt sich dagegen kaum eine Entwicklung beobachten; hier ist der Anteil derer, die sich in Hessen „wohl“ oder „sehr wohl“ fühlen, um lediglich einen Prozentpunkt gewachsen.

Da die Erhebungen für das Hessische Ministerium der Justiz, für Integration und Europa erst ab 2011 durchgeführt wurden, liegen keine Vergleichsdaten für frühere Jahre vor.

Weiterführende Literatur

Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (2011a, 2013b)

→ Tabelle E1 im Anhang

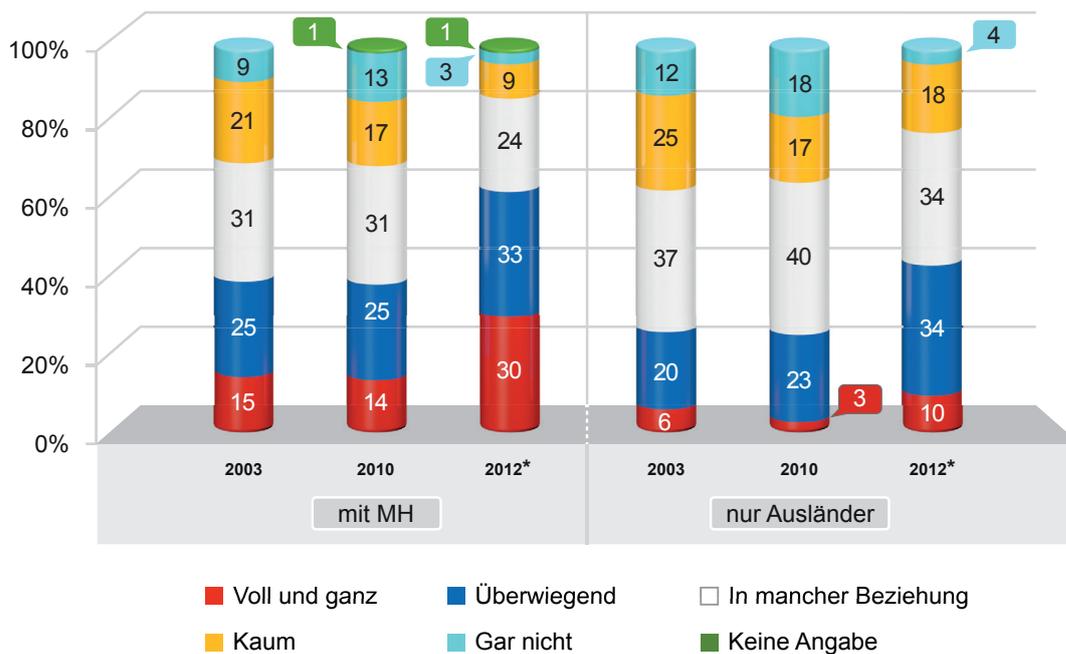
E2a Gefühl, Deutsche(r) zu sein

Definition

Einschätzung von Personen mit Migrationshintergrund und von Ausländern, sich als Deutsche(r) zu fühlen, in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP



Zugehörigkeitsgefühl zur deutschen Gesellschaft (in %)

Dieser Indikator beleuchtet anhand der Frage: „Wie sehr fühlen Sie sich als Deutscher?“ die emotionale Bindung an Deutschland, die vorsichtige Rückschlüsse auf die Zugehörigkeit der in Hessen lebenden Personen mit Migrationshintergrund und Ausländer zu Deutschland erlaubt.

Sich als Ausländer Deutschland zugehörig zu fühlen, kann essentieller Bestandteil der Motivation sein, auch de jure Teil der Gesellschaft im Sinne der Einbürgerung werden zu wollen – und damit alle bürgerschaftlichen Rechte wie die Mitglieder der Aufnahmegesellschaft zu genießen, aber auch allen staatsbürgerlichen Pflichten zu unterliegen.

Im Jahr 2012 fühlten sich 44% der in Hessen lebenden Ausländer „voll und ganz“ oder „überwiegend“ als Deutsche, 34% „in mancher Beziehung“ und 22% „kaum“ oder „gar nicht“. Unter Personen mit Migrationshintergrund⁷³ hatten 63% die Empfindung, Deutsche zu sein, 24% „in mancher Beziehung“ und 12% „kaum“ oder „gar nicht“. 2013 wurden die Daten nicht erhoben.

Im Berichtszeitraum – seit 2003 – hat sich der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund sowie der Ausländer, die sich als Deutsche fühlen, damit erheblich vergrößert. Zwischen 2003 und 2010 war der Anteil derjenigen, die sich „gar nicht“

⁷³ Bei dieser Frage wurden nur Deutsche mit Migrationshintergrund befragt, die die deutsche Staatsangehörigkeit nicht seit Geburt hatten, sondern erst nachträglich erworben haben.

als Deutsche fühlen, zunächst nicht unbeträchtlich gestiegen: von 9% auf 13% bei Personen mit Migrationshintergrund und von 12% auf 18% bei Ausländern, um dann bis 2012 auf 3% bzw. 4% zu fallen. Möglicherweise steht diese Entwicklung in Zusammenhang mit der Veränderung der Stichprobe des SOEP (s. S. 18).

Die Gegenüberstellung mit Indikator E1 zeigt, dass das positive Lebensgefühl in Hessen stärker ausgeprägt ist als die Wahrnehmung, sich als Deutsche(r) zu fühlen. „Lokale Identitätsmuster“ gewinnen offenbar eine zunehmende Bedeutung (so auch Klinker 2010; s.a. Heckmann 2015: 201).

Weiterführende Literatur

Brücker et al. (2014); Heckmann (2015); Klessmann (2012); Klinker (2010); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010, 2013); Schmidt-Denter (2011); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014)

→ Tabelle E2a im Anhang

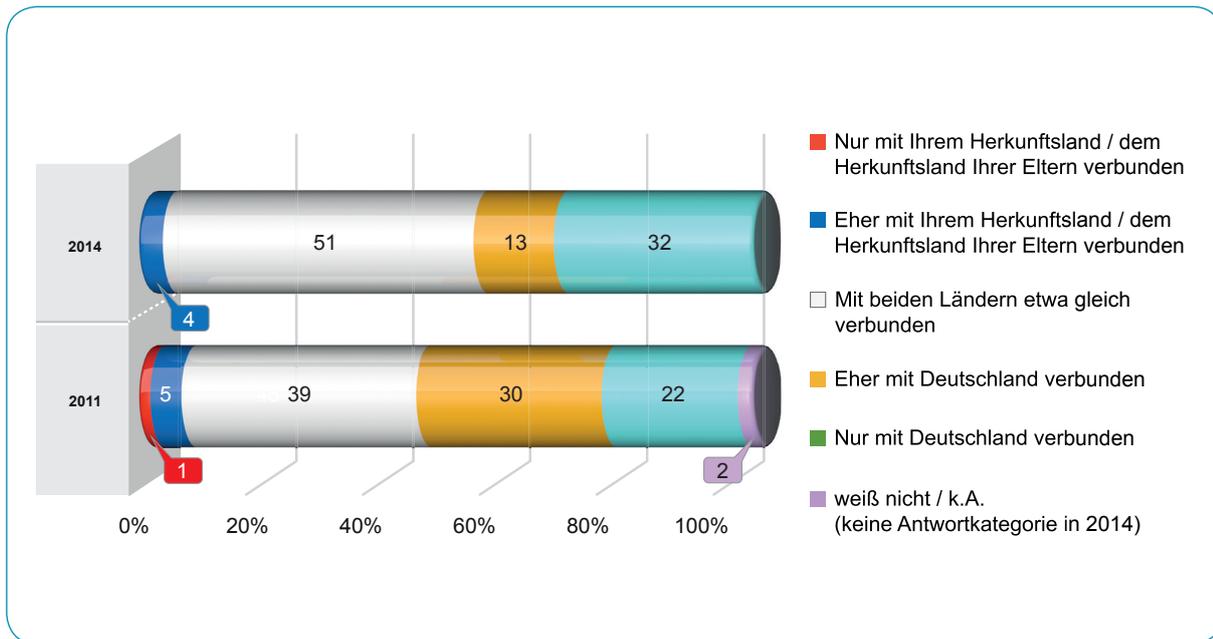
E2b Gefühl der Verbundenheit mit Herkunftsland und Deutschland

Definition

Selbsteinschätzung von Personen mit Migrationshintergrund, in welchem Grad sie sich mit ihrem Herkunftsland und Deutschland verbunden fühlen

Datenquelle

Repräsentative Befragung im Auftrag des HMSI



Welchem Land fühlen Sie sich verbunden? Fühlen Sie sich...? (in %)

Dieser Indikator beruht auf repräsentativen Erhebungen im Bundesland Hessen (Hessisches Ministerium für Soziales und Integration 2014). Die Frage lautete: „Wenn Sie an Ihre Verbundenheit denken: Was würden Sie sagen, fühlen Sie sich...? ... nur mit Ihrem Herkunftsland / dem Herkunftsland Ihrer Eltern verbunden oder ... eher mit Ihrem Herkunftsland / dem Herkunftsland Ihrer Eltern verbunden, oder ... eher mit Deutschland verbunden, oder ... nur mit Deutschland verbunden, oder ... mit beiden Ländern etwa gleich verbunden?“ Mehr als die Hälfte der Befragten war selbst zugewandert.⁷⁴

Dabei zeigt sich in Ergänzung zu Indikator E2a, dass auch wenn das Gefühl nicht Deutschland

allein entgegengebracht wird, trotzdem eine Verbundenheit mit Deutschland bestehen kann; die emotionale Bindung an das Herkunftsland bzw. das Herkunftsland der Eltern ist nicht aufgegeben: Die Hälfte der Befragten (51%) ist Deutschland und dem Herkunftsland in etwa gleich verbunden, 32% fühlen sich „nur“ und 13% fühlen sich „eher mit Deutschland verbunden“. 4% spüren eine stärkere Verbundenheit mit dem eigenen Herkunftsland bzw. dem ihrer Eltern und kein Befragter fühlt sich ausschließlich diesem Land verbunden.

Es sind etwas mehr Frauen als Männer, die eine ausschließliche Verbundenheit zu Deutschland spüren (35% vs. 29%). Außerdem nimmt die

⁷⁴ Hier ist der Vergleich mit dem Integrationsbarometer 2009 interessant, das ebenfalls die Identifikation mit Deutschland erfragt, aber nach Eingebürgerten und Ausländern sowie ihrer Herkunft (EU/Drittstaaten) differenziert (Sachverständigenrates deutscher Stiftungen für Integration und Migration 2013: 117f.). Zur Frage der Identifikation s. auch die Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Brücker et al. 2014: 31f.).

Verbundenheit tendenziell mit steigendem Alter zu (bis 29 Jahre: 21%, bei der Gruppe 60+: 57%), was möglicherweise bei den selbst Zugewanderten auf eine längere Aufenthaltsdauer in Deutschland zurückzuführen ist⁷⁵.

Gegenüber dem Jahr 2011 zeigt sich eine interessante Entwicklung: Der Anteil derjenigen, die sich „mit beiden Ländern etwa gleich verbunden“ fühlen, ist von 39% auf 51% gestiegen. Ähnlich zugenommen – nämlich von 22% auf 32% – hat der Anteil derjenigen, die eine Verbundenheit „nur mit Deutschland“ spüren. Dagegen fühlen sich deutlich weniger Befragte „eher mit Deutschland verbunden“ (Rückgang von 30% auf 13%). Die Größe der Gruppe, die eine stärkere emotionale Bindung zu ihrem Herkunftsland bzw. das ihrer Eltern empfindet, hat leicht abgenommen von 6% auf 4%.

Weiterführende Literatur

Brücker et al. (2014); Heckmann (2015); Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (2014); Klessmann (2012); Klincker (2010); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010, 2013); Schmidt-Denter (2011); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2014)

⁷⁵ So kommt auch das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung anhand der IAB-SOEP-Migrationsstichprobe zu dem Schluss, dass Integration „Zeit brauche“ (Brücker et al. 2014: 31).

3.6.2 Gefühl der Ausgrenzung

Vorurteile, Benachteiligungen und Diskriminierungen stehen nicht nur einem toleranten Umgang mit Vielfalt entgegen, sondern haben eine integrationsfeindliche, ausgrenzende Wirkung. Vorurteile der Mehrheitsgesellschaft können sehr stabil sein und verhindern die notwendige Offenheit gegenüber den Zugewanderten und ihren Kindern.⁷⁶ Demgegenüber ist Diskriminierung eine „ungerechtfertigte, benachteiligende Ungleichbehandlung“ (z.B. Rottleuthner/Mahlmann 2011: 21) von einzelnen oder Gruppen in verschiedenen Bereichen (z.B. Bildungsstätten, Arbeitsmarkt, Wohnungssuche...) und kann sich auch gegen Personen mit unterschiedlichem ethnischen, kulturellen und religiösen Hintergrund richten. Dabei können Vorurteile Ursache von Diskriminierung sein, müssen es aber nicht.

Die Medienberichte der letzten Monate haben nicht nur gezeigt, dass nach wie vor in der Bevölkerung Ressentiments gegen Zugewanderte bestehen, sondern dass es gleichwohl erhebliche Sensibilitäten gegenüber Fremdenfeindlichkeit gibt. Viele Bürger stellen sich Vorurteilen und Diskriminierung von Personen mit Migrationshintergrund entgegen. Trotzdem ist möglich, dass es Unterschiede in der Einschätzung von gruppenbezogenen Vorurteilen und feindlichen Einstellungen gegenüber Zugewanderten gibt. Der erste Indikator (E3) untersucht daher die Sorgen bezüglich Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in der hessischen Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Indikator E4 misst die subjektive Wahrnehmung von Benachteiligungen aufgrund der Herkunft unter Personen mit Migrationshintergrund.

Im schlimmsten Falle entladen sich ethnische Vorurteile in Form rassistischer bzw. fremdenfeindlicher Gewalttaten. Ein Indikator, der diese misst, wurde durch die Länderoffene Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ ange-dacht, aufgrund methodischer Schwächen jedoch vorerst zurückgestellt (Integrationsministerkonferenz 2010: 46f.).

⁷⁶ Die Vorurteilsforschung hat u.a. gezeigt, dass gruppenbezogene negative Einstellungen mit dem Alter zu- und mit höherer Bildung und steigendem Einkommen abnehmen (Zick et al. 2012: 15).

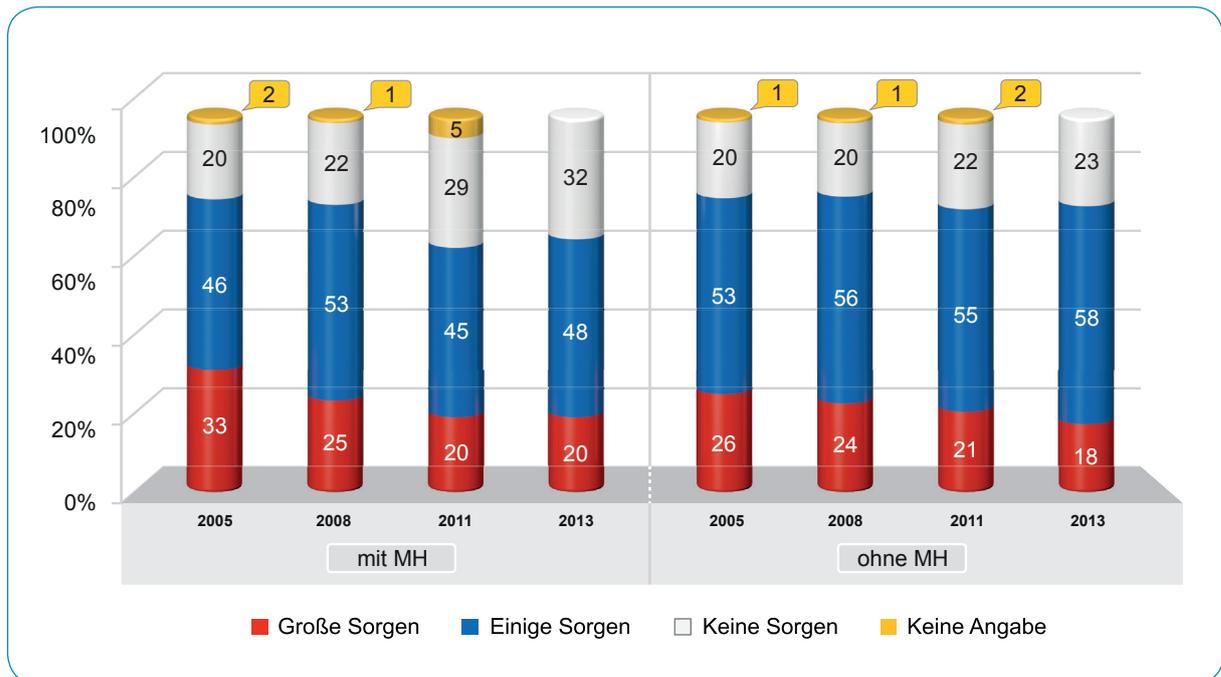
E3 Sorgen wegen Ausländerfeindlichkeit

Definition

Besorgtheit um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Datenquelle

SOEP



Sorgen wegen Ausländerfeindlichkeit (in %)

Auch für diesen subjektiven Indikator ist die Datenquelle das SOEP, die ihm zugrundeliegende Frage: „Wie ist es mit den folgenden Gebieten – machen Sie sich da Sorgen? ...über Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in Deutschland?“

Die Sorge wegen Ausländerfeindlichkeit in der Gesellschaft unterscheidet sich in den Bevölkerungsgruppen mit und ohne Migrationshintergrund. Insgesamt zeigen sich die Personen ohne Migrationshintergrund besorgter. So macht sich jeweils ein Fünftel „große“ Sorgen, 58% der Personen ohne Migrationshintergrund, aber nur 48% der Personen mit Migrationshintergrund machen sich „einige“ Sorgen. In dieser Hinsicht unbesorgt sind 23% der Hessen ohne Migrationshintergrund und 32% derjenigen mit diesem Hintergrund.

Die Sorge im Hinblick auf Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass hat im Berichtszeitraum deutlich abgenommen, vor allem unter Personen mit Migrationshintergrund. In dieser Gruppe fiel der Anteil der sehr Besorgten von 33% auf 20%, während der Anteil der nicht Besorgten von 20% auf 32% wuchs. Demgegenüber haben sich die Anteile in der Bevölkerung ohne Migrationshintergrund wesentlich geringfügiger verschoben; die Gruppe, die sich große Sorgen macht, hat sich um 8 Prozentpunkte verringert; der Anteil derer, die sich keine Sorgen machen ist um 3 Prozentpunkte gewachsen.

Die aktuelle, repräsentative Mitte-Studie der Universität Leipzig zeigt, dass die Bevölkerung in Hessen bzgl. Ausländerfeindlichkeit auf Platz 10 der deutschen Flächenländer liegt (Decker et al. 2015a: 75). Gleichzeitig deuten ihre Ergebnisse auf einen Einfluss von niedriger Bildung, Arbeitslosigkeit, Alter und Kirchenzugehörigkeit auf ausländerfeindliche Einstellungen hin (Decker et al. 2015b: 46ff.).

Weiterführende Literatur

Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014a); Decker et al. (2015a, 2015b); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010)

→ Tabelle E3 im Anhang

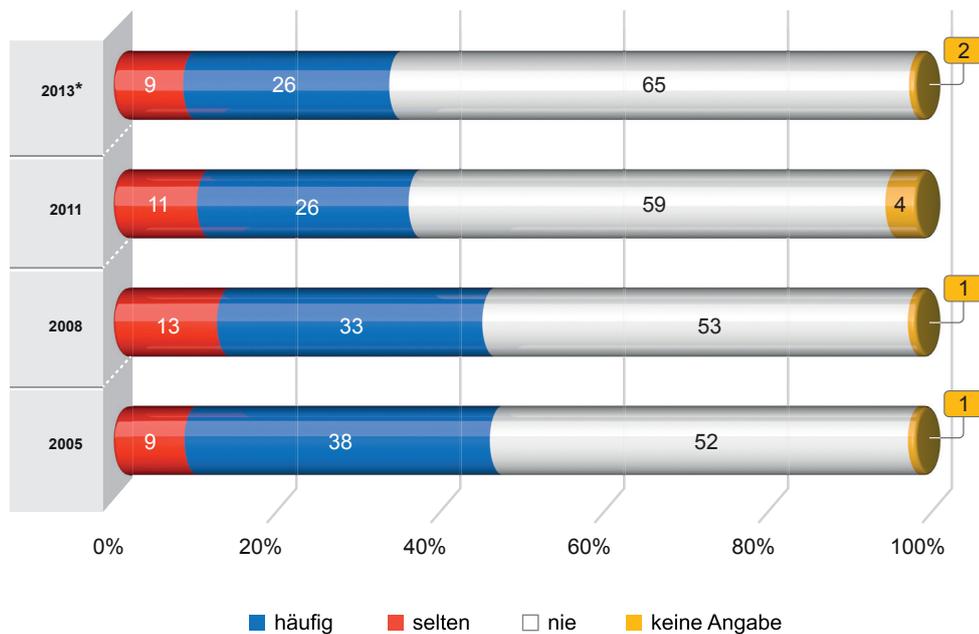
E4 Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft

Definition

Erfahrung von Personen mit Migrationshintergrund, in den letzten zwei Jahren aufgrund der Herkunft benachteiligt worden zu sein, in einer Selbsteinschätzung

Datenquelle

SOEP



Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft (in %)

Das 2006 in Kraft getretene Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz unterscheidet zwischen unmittelbarer und mittelbarer „Benachteiligung“.⁷⁷ Ersterer liegt vor, „wenn eine Person wegen [ethnischer Herkunft] eine weniger günstige Behandlung erfährt, als eine andere Person in einer vergleichbaren Situation ...“, letztere dann, „wenn dem Anschein nach neutrale Vorschriften, Kriterien oder Verfahren Personen ... gegenüber anderen Personen in besonderer Weise benachteiligen können ...“ (§ 3 AGG).

Es gibt verschiedene Ansätze, Benachteiligung oder Diskriminierung zu messen. Sehr verbreitet ist die Befragung potenziell Betroffener zu ihren Erfahrungen.^{78,79} Auch dieser Indikator nutzt Daten zu subjektiv empfundenen Diskriminierungserfahrungen bei Personen mit Migrationshintergrund aufgrund der Herkunft. Die der Datenerhebung zugrunde liegende Frage lautet: „Wie häufig haben Sie persönlich innerhalb der letzten beiden Jahre die Erfahrung gemacht, hier in Deutschland aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?“

⁷⁷ Das Gesetz spricht also nicht von Diskriminierung. Der Gesetzgeber will damit deutlich machen, „dass nicht jede unterschiedliche Behandlung, die mit der Zuefügung eines Nachteils verbunden ist, diskriminierenden Charakter hat“. (Däubler/Bertzbach 2013) So gibt es auch Fälle, die eine unterschiedliche Behandlung erlauben.

⁷⁸ Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes führt dazu vom 1.9. bis 30.11.2015 eine bundesweite Befragung zu Diskriminierungserfahrungen durch. Diese Befragung richtet sich an alle in Deutschland lebenden Menschen ab 14 Jahren. Erste Ergebnisse werden im Frühjahr 2016 erwartet.

⁷⁹ Gerade die Berufsbildungsforschung, die sich vergleichsweise intensiv mit der Diskriminierung von Jugendlichen mit Migrationshintergrund beschäftigt, verwendet auch andere Verfahren.

65% der Personen mit diesem Hintergrund haben sich in den letzten zwei Jahren „nie“ diskriminiert gefühlt, 26% „selten“ und 9% „häufig“. Im Berichtszeitraum zeichnet sich eine positive Entwicklung ab: So hat der Anteil derer ohne Diskriminierungsempfindungen („nie“) von 52% auf 65% zugenommen, während der Anteil derer, die sich „häufig“ oder „selten“ diskriminiert fühlten, um zwölf Prozentpunkte gesunken ist.

Es muss dabei beachtet werden, dass subjektiv empfundene Benachteiligung nicht zwangsläufig auch objektiv als Diskriminierung einzuschätzen ist. Trotzdem ist sie ein ernstzunehmendes Phänomen, da sie – auf individueller Ebene – nicht nur das Selbstwertgefühl schwächen, sondern beispielsweise auch zu einem Rückzug oder gar einem „Rekurs auf die Herkunftsidentität, zu einem Prozess der Re-Ethnisierung“ führen kann (Heckmann 2015: 235f.). Problematisch ist, dass die Fragestellung nicht eindeutig zwischen unmittelbarer und mittelbarer oder institutioneller Diskriminierung (durch eher „systemimmanente“ Faktoren, wie sie etwa für das Bildungssystem beschrieben wird) unterscheidet.

Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010: 45ff., 2014a: 32ff.) weist in seinem Integrationsbarometer aus, „dass die Zuwandererbevölkerung vor allem in vier von acht abgefragten Lebensbereichen eine starke Benachteiligung wahrnimmt: bei der Wohnungssuche, auf dem Arbeitsmarkt, in Bildungsinstitutionen und im Umgang mit Behörden“. Insgesamt bliebe das gemessene Diskriminierungsniveau jedoch „eher niedrig“ (Sachverständigenrat 2014b: 13). Ergebnisse der Diskriminierungsforschung weisen ferner darauf hin, dass es Gruppen gibt, die als „besonders diskriminierungsgefährdet“

eingeschätzt werden können (z.B. Sinti und Roma; Rottleuthner/Mahlmann 2011: 26; s. dazu auch Sachverständigenrat 2014a: 32ff.).⁸⁰

Weiterführende Literatur

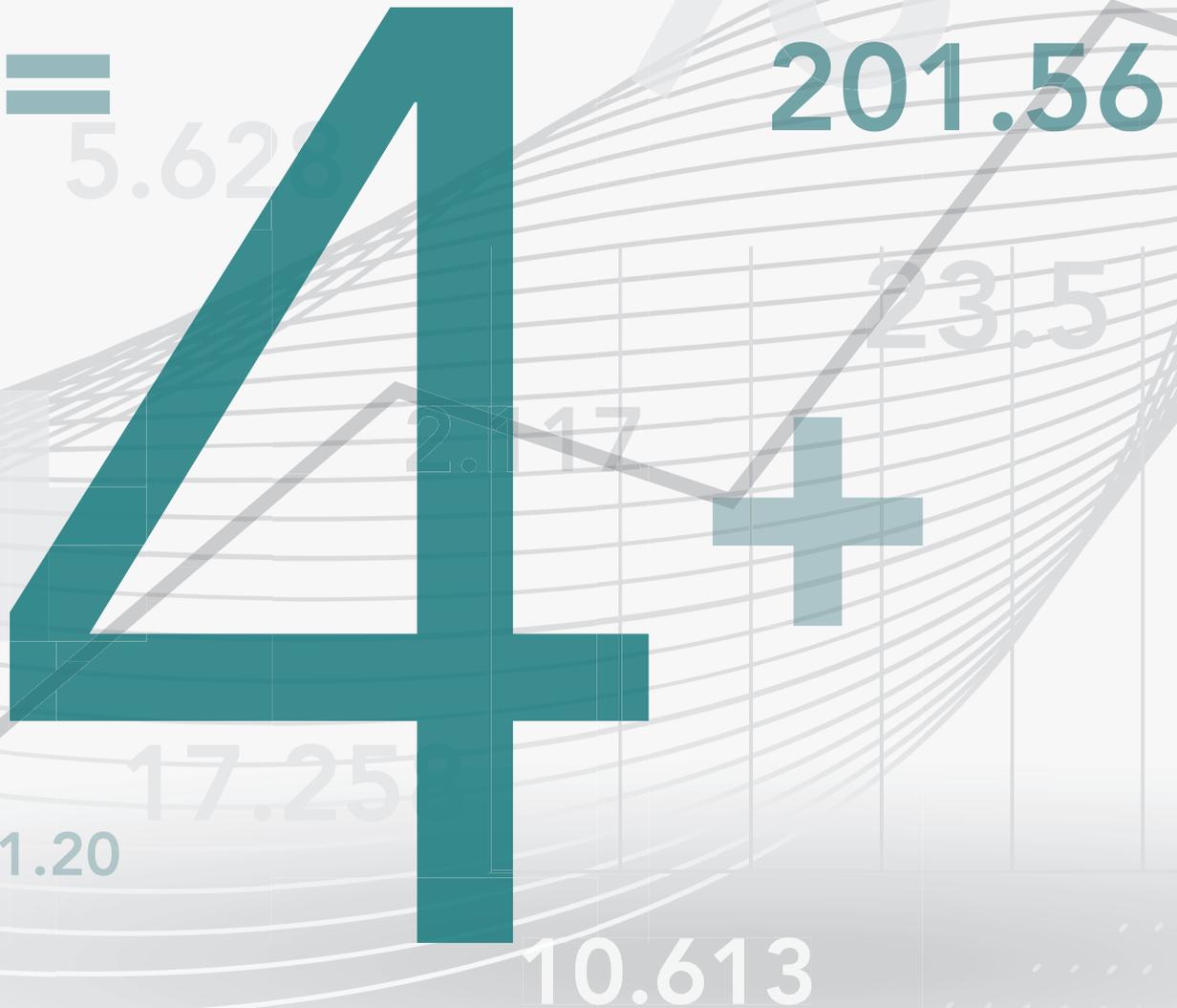
Antidiskriminierungsstelle des Bundes (2010, 2014); Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (2014a); Däubler/Bertzbach (2013); Egenberger (2015); Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz (2013); European Union Agency for Fundamental Rights (2009, 2011); Heckmann (2015); Hessisches Ministerium der Justiz, für Europa und Integration (2011a); Kaas/Manger (2010); Lüders (2011); Ministerium für Integration Baden-Württemberg (2012); Rottleuthner/Mahlmann (2011); Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2010, 2014a, 2014b); Stiftung Zentrum für Türkeistudien (2015); Sürig/Wilmes (2011); Zick et al. (2012)

→ Tabelle E4 im Anhang

⁸⁰ Das Land Hessen ist 2014 der „Koalition gegen Diskriminierung“ beigetreten, einer Initiative, die von der Antidiskriminierungsstelle des Bundes ins Leben gerufen wurde, um Länder und Kommunen als Partner für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft zu gewinnen und sich gemeinsam mit ihnen gegen Benachteiligungen von Menschen stark zu machen. Außerdem hat die Hessische Landesregierung eine „Antidiskriminierungsstelle“ eingerichtet, zu deren Aufgaben es u.a. gehört, schnelle und unbürokratische Hilfe für von Diskriminierung Betroffene zur Verfügung zu stellen.

32.009

Der Hessische Integrationsmonitor im nationalen und internationalen Kontext



Der Nationale Integrationsplan (Bundesregierung 2007: 121f.) spricht sich für den Aufbau eines „Systems zur laufenden Beobachtung“ (Monitoring) des Integrationsprozesses aus. Daten sollten „flächendeckend“ erhoben und bereitgestellt werden. Dies erklärt, warum der Hessische Integrationsmonitor kein Einzelwerk, sondern in ein System von Integrationsmonitoren eingebettet ist (s. folgende Abbildung). Er schließt in seiner

Systematik an die Core bzw. Zaragoza Indicators der Europäischen Union, die Integrationsindikatorenberichte der Bundesregierung sowie das Ländermonitoring der Integrationsministerkonferenz an und ist mit dem Monitoring der hessischen Kommunen verbunden (Wilkens 2015a, 2015b; zu einer Einordnung in die integrationspolitischen Strukturen s. Heckmann 2015: 245ff.).



Die Einbettung des Hessischen Integrationsmonitors in die zentralen Integrationsindikatorensysteme

4.1 Das Monitoring der Europäischen Union

Seit 2003 widmet sich die Europäische Union der Entwicklung von Indikatoren im Bereich der Integration von zugewanderten Drittstaatsangehörigen (Entzinger/Biezeveld 2003). Erklärtes Ziel ist es, eine effektivere Integrationspolitik in den Mitgliedsstaaten zu realisieren. Schon in Punkt 11 der „Gemeinsamen Prinzipien für die Integrationspolitik“ wird die Entwicklung entsprechender Indikatoren für den Evaluierungsprozess der Integrationspolitiken als notwendig erachtet (Council of the European Union 2004: 15). Bei den EU-Integrationsministerkonferenzen 2007 in Potsdam und 2008 in Vichy wurde dieses Ziel neuerlich unterstrichen (European Ministerial Conference on Integration 2008: 9), und im Ende 2009 verabschiedeten Stockholmer Programm des Rates der Europäischen Union findet das Integrationsmonitoring ausdrückliche Erwähnung (Council of the European Union 2009: 27). Der Rat betonte die Wichtigkeit, die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung eines Sets von Kernindikatoren (die „Core Indicators“ bzw. „Zaragoza Indicators“ der Europäischen Union) in ausgewählten integrationspolitischen Handlungsfeldern zu unterstützen, um die Erfolge der Integrationspolitik in den Mitgliedsstaaten messen und vergleichen zu können (ebda.; zur Integrationspolitik der Europäischen Union vgl. Bendel 2010).

Die Erklärung der 4. Europäischen Ministerkonferenz im April 2010 in Zaragoza zum Thema Integration stellte den im Vorfeld auf Expertenebene entwickelten Kernindikatorensatz vor („Zaragoza Indicators“, s. Anhang 3) und benannte dabei die Bereiche Beschäftigung, Bildung, soziale Integration und aktive Bürgerbeteiligung als die relevanten Handlungsfelder der Integrationspolitik (European Ministerial Conference on Integration 2010: 9). Eurostat, das Statistische Amt der Europäischen Union, veröffentlichte 2011 erste Ergebnisse zu 15 Indikatoren anhand harmonisierter

Datenquellen (eurostat 2011). In der Folge beauftragte die Europäische Kommission die Migration Policy Group, einen Dialog zur Weiterentwicklung der europäischen Indikatoren anzustoßen. Diese legte im März 2013 einen Bericht vor, in dem verfügbare Datenquellen beleuchtet, Indikatoren berechnet und neue Indikatoren (z.B. befristete Beschäftigung, Kinderarmut, Gewerkschaftszugehörigkeit) sowie ein neues Handlungsfeld („welcoming society“) vorgeschlagen werden.

Das Hessische Integrationsministerium bemüht sich, einen Beitrag zur Weiterentwicklung des Monitoring auch im europäischen Kontext zu leisten. So wurde der Hessische Integrationsmonitor bereits mehrfach auf europäischen Veranstaltungen vorgestellt; wegen des großen Interesses aus dem Ausland wird regelmäßig eine Kurzfassung auf Englisch aufgelegt.

4.2 Das Monitoring auf Bundesebene

Auf Bundesebene wurde mit dem Nationalen Integrationsplan (NIP) die Entwicklung eines Integrationsmonitorings und die flächendeckende Erhebung von Daten zu Personen mit Migrationshintergrund vereinbart (Bundesregierung 2007: 121). Im Sommer 2008 hat die Bundesregierung die Einführung von Monitoring als neuer Form von Integrationsberichterstattung beschlossen. Der 2009 vorgelegte „Erste Integrationsindikatorenbericht“ diente der Erprobung eines umfangreichen Indikatorensets auf Bundesebene. Im Zuge einer differenzierten Bewertung wurden 53 Indikatoren für die Fortführung des Integrationsmonitorings empfohlen. Des Weiteren regte die Bundesregierung eine Fortentwicklung amtlicher Statistiken hin zu einer differenzierteren Erfassung des Migrationshintergrunds sowie methodische Richtlinien für zukünftige Integrationsindikatorenberichte an (Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2009).

2012 legte die Bundesregierung den Zweiten Integrationsindikatorenbericht vor. Dieser betrachtet eine Zeitreihe über sechs Zeitpunkte (Zeitraum 2005 bis 2010). Hervorzuheben sind die vertiefenden statistischen Analysen im Anhang für ausgewählte Themenfelder, die deutlich machen, inwieweit beobachtbare Unterschiede nach Migrationshintergrund auf soziostrukturelle Merkmale wie Alter oder Bildung zurückgeführt werden können (ausführlicher Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2012: 51ff.). Mit dem Dritten Bericht wird Ende 2015 gerechnet.

4.3 Das Monitoring der Bundesländer

Wichtige Einschätzungen des Integrationsstandes können gerade auch aus der Gegenüberstellung der Bundesländer gewonnen werden (Wilkins 2015a). Auf der Integrationsministerkonferenz im März 2015 wurde der dritte Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder für den Zeitraum 2011 bis 2013 vorgelegt (Integrationsministerkonferenz 2015). Der Hessische Integrationsmonitor baut

auf dem zwischen den Bundesländern vereinbarten Indikatorenset auf und erweitert es, einerseits durch die wissenschaftliche Einbettung in das Vier-Dimensionen-Modell, andererseits durch die Aufnahme weiterer Indikatoren und die Verwendung zusätzlicher Datenquellen.

4.4 Das Monitoring der hessischen Kommunen

Da den Kommunen bei der Integration eine zentrale Rolle zugeschrieben wird (z. B. Bommes 2008), kommt auch dem Aufbau des kommunalen Monitorings eine besondere Bedeutung zu. Das Monitoring war zu Beginn der Legislaturperiode 2009 in Hessen nur bei einzelnen „Vorreitern“ zu finden. Beispielhaft sei hier auf die bundesweit anerkannte Pionierarbeit der Stadt Wiesbaden verwiesen, die zum ersten Mal im Jahr 2003 publiziert wurde. Der Aufbau der kommunalen Monitore wurde im Rahmen des Programms „Modellregionen Integration“ – an dem Offenbach a.M., Kassel, Wetzlar, die Landeshauptstadt Wiesbaden, der Hochtaunuskreis sowie der Main-Kinzig-Kreis mit der Stadt Hanau teilnahmen – von Seiten des Hessischen Integrationsministeriums gefördert. Durch die Umsetzung des Programms WIR erhielt der Aufbau des kommunalen Monitorings einen neuen Impuls. Mittlerweile verfügen einige Kommunen über an das landesweite Monitoring anschlussfähige Monitoringsysteme; in mehreren Städten und Landkreisen ist die Einführung eines Integrationsmonitors angedacht oder in Planung, wie die Abbildung auf der nächsten Seite zeigt.

Ein flächendeckendes Monitoring sollte bestrebt sein, die verschiedenen Monitore untereinander anschlussfähig und die Indikatoren vergleichbar zu machen. Das stößt aufgrund unterschiedlicher Erfassungskonzepte und/oder abweichender Datenlagen zwischen Land und Kommunen an Grenzen. Deshalb ist es neben der problemorientierten Zusammenstellung vorhandener Daten auch immer ein Anliegen, die Datenlage auf allen föderalen Ebenen und speziell auf Kreis- und kommunaler Ebene zu verbessern und auf einheitliche Erhebungsmethoden und Definitionen hinzuarbeiten (Wilkens et al. 2010).

4.5 Andere Systeme zum Integrationsmonitoring

Auch im europäischen Ausland existieren Monitore, die zum Teil recht unterschiedlich gestaltet sind. Für den deutschen Leser dürften z.B. der österreichische Monitor (Statistik Austria et al. 2014), der irische (McGinnity et al. 2014) oder der flandrische (Vanduyndlager et al. 2013) von besonderem Interesse sein (einen Überblick bieten Fuhr-Becker et al. 2015). Daneben finden sich Integrationsberichte, wie z.B. in den Niederlanden (s. dazu Centraal Bureau voor de Statistiek 2014; Wilkens 2010). Ferner hat auch die OECD Integrationsindikatoren entwickelt (Organisation for Economic Co-operation and Development 2012). Abschließend sei der bereits in mehreren Auf-

lagen erschienene MIPEX (Migrant Integration Index; Huddlestone et al. 2011) erwähnt, der die nationalen Integrationspolitiken in 38 Ländern auf Basis von 144 Indikatoren bewertet, die allerdings nicht auf quantitativen Daten basieren. Er erlaubt ein Ranking integrationspolitischer Maßnahmen sowie der für die Integration zentrale Gesetzgebung, bildet aber nicht die soziale Situation der zugewanderten Bevölkerung ab. – Die Ergebnisse von MIPEX-IV wurden im Sommer 2015 vorgestellt (CI-BOB/MPG 2015). Danach bekleidet Deutschland dieses Mal den zehnten Rang.



Integrationsmonitoring in den hessischen Landkreisen, kreisfreien Städten und Sonderstatusstädten (Stand: August 2015)

Kartengrundlage: Hessische Verwaltung für Bodenmanagement und Geoinformation

17.45

& Literatur



=

- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.) (2014):** Publikationsübersicht. Berlin.
- Antidiskriminierungsstelle des Bundes (Hrsg.) (2010):** Diskriminierung im Alltag. Wahrnehmung von Diskriminierung und Antidiskriminierungspolitik in unserer Gesellschaft. Forschungsprojekt. Schriftenreihe Bd. 4. Heidelberg.
- Arnold, Felix/Freier, Ronny/Kroh, Martin (2015):** Geteilte politische Kultur auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung? In: DIW Wochenbericht 37, S. 803-814.
- Auernheimer, Georg (Hrsg.) (2013):** Schief lagen im Bildungssystem. Die Benachteiligung der Migrantenkinder. 5. Aufl., Opladen.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2008):** Bildung in Deutschland 2008. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Übergängen im Anschluss an den Sekundarbereich I. Studie im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2010):** Bildung in Deutschland 2010. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Perspektiven des Bildungswesens im demografischen Wandel. Studie im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2012):** Bildung in Deutschland 2012. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur kulturellen Bildung im Lebenslauf. Studie im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld.
- Autorengruppe Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2014):** Bildung in Deutschland 2014. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zur Bildung von Menschen mit Behinderungen. Studie im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld.
- Aybek, Can M./Babka von Gostomski, Christian/Rühl, Stefan/Straßburger, Gaby (2013):** Heiratsmigration in die EU und nach Deutschland – ein Überblick. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 2. Wiesbaden, S. 2-11.
- Aydın, Yaşar (2012):** Emigration of highly qualified Turks. A critical review of the societal discourses and social scientific research. In: Paçacı Elitok, Seçil/Straubhaar, Thomas (Eds.): Turkey, migration and the EU: Potentials, challenges and opportunities. Hamburg.
- Bach, Stefan/Grabka, Markus/Tomasch, Erik (2015):** Steuer- und Transfersystem: Hohe Umverteilung vor allem über die Sozialversicherung. In: DIW Wochenbericht 8, S. 147-156.
- Badura, Bernhard/Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin (Hrsg.) (2010):** Fehlzeiten-Report 2010. Vielfalt managen: Gesundheit fördern – Potenziale nutzen. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft. Heidelberg u. a.
- Baumann, Martin (2015):** Buddhismus in Europa – Geschichte und die zweite Immigrantengeneration. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 38-44.
- Baumert, Jürgen/Klieme, Eckhard/Neubrand, Michael/Prenzel, Manfred/Schiefele, Ulrich/Schneider, Wolfgang/Stanat, Petra/Tillmann, Klaus-Jürgen/Weiß, Manfred (Hrsg.) (2001):** PISA 2000. Basiskompetenzen von Schülerinnen und Schülern im internationalen Vergleich. Deutsches PISA-Konsortium. Opladen.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2009):** Integration in Deutschland: Erster Integrationsindikatorenbericht. Erprobung des Indikatorensatzes und Bericht zum bundesweiten Integrationsmonitoring. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2011):** Zweiter Integrationsindikatorenbericht. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2013a):** Faktenbericht 2013. Integration in Bildung und Arbeitsmarkt. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2013b):** Faktenbericht 2013. Integration in Bildung und Arbeitsmarkt. Wissenschaftlicher Hintergrundbericht. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2014a):** Zehnter Bericht über die Lage der Ausländerinnen und Ausländer in Deutschland. Berlin.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration (Hrsg.) (2014b):** Wege zur Einbürgerung. Wie werde ich Deutsche – wie werde ich Deutscher? Berlin.
- Beicht, Ursula (2011):** Junge Menschen mit Migrationshintergrund: Trotz intensiver Ausbildungsstellensuche geringere Erfolgsaussichten. BIBB-Analyse der Einmündungschancen von Bewerberinnen und Bewerbern differenziert nach Herkunftsregionen. BIBB-Report Nr. 16. Bonn.
- Beicht, Ursula (2012):** Berufswünsche und Erfolgschancen von Ausbildungsstellenbewerberinnen und -bewerbern mit Migrationshintergrund. In: BWP 6, S. 44-48.

- Beicht, Ursula/Walden, Günter (2014):** Berufswahl junger Frauen und Männer: Übergangschancen in betriebliche Ausbildung und erreichte Berufsprestige. BIBB-Report 2. Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn.
- Bellmann, Lutz (2003):** Datenlage und Interpretation der Weiterbildung in Deutschland. Hrsg. von der Expertenkommission Finanzierung Lebenslanges Lernen. Bielefeld.
- Bendel, Petra (2010):** Integrationspolitik in der Europäischen Union. Gutachten im Auftrag des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Berenberg - HWWI (Hrsg.) (2014):** Arbeitskräftemobilität. Macht der Euro mobil? Hamburg.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2008):** Religionsmonitor 2008. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2009):** Woran glaubt die Welt? Analysen und Kommentare zum Religionsmonitor 2008. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2011):** Zukunft durch Bildung. Repräsentative Befragungen der deutschsprachigen Bevölkerung und der Bevölkerung mit türkischem/russischem Migrationshintergrund. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2012):** Willkommenskultur in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland. Gütersloh.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015a):** Lebenswelten deutscher Muslime. Religionsmonitor. Bielefeld.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015b):** Die Wahrnehmung des Islam in Deutschland. Religionsmonitor. Bielefeld.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015c):** Sonderauswertung Islam 2015 - Die wichtigsten Ergebnisse im Überblick. Religionsmonitor. Bielefeld.
- Bertelsmann Stiftung (Hrsg.) (2015d):** Migrationshintergrund erschwert Suche nach Ausbildungsplatz. Unternehmensbefragung. Bielefeld. Themen 2015. 22. Januar.
- Beste, Jonas/Bethmann, Arne/Trappmann, Mark (2010):** ALG-II-Bezug ist nur selten ein Ruhekissen. Arbeitsmotivation und Konzessionsbereitschaft. IAB-Kurzbericht 15. Nürnberg.
- Bienfait, Agathe (2015):** Studienabrecherinnen und -abrecher mit Migrationshintergrund – ein Beispiel für die institutionelle Diskriminierung im deutschen Hochschulsystem. In: Migration und Soziale Arbeit 2, S. 133-139.
- Blohm, Michael/Wasmer, Martina (2011):** Einstellungen und Kontakte zu Ausländern. In: Datenreport 2011. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), S. 200-205.
- Blossfeld, Hans-Peter (2013):** Kompetenzentwicklung, Bildungsentscheidungen und Chancenungleichheit in Vorschule und Schule – Neue Ergebnisse aus der Forschung zur Bedeutung von Familien im Bildungsprozess. In: Deißner, David (Hrsg.): Chancen bilden. Wege zu einer gerechteren Bildung – ein internationaler Erfahrungsaustausch. Wiesbaden, S. 37-55.
- Bommes, Michael (2008):** „Integration findet vor Ort statt“ – über die Neugestaltung kommunaler Integrationspolitik. In: Bommes, Michael/Krüger-Potratz, Marianne (Hrsg.): Migrationsreport 2008. Fakten – Analysen – Perspektiven. Hrsg. für den Rat für Migration. Frankfurt am Main.
- Bonin, Holger (2014):** Der Beitrag von Ausländern und künftiger Zuwanderung zum deutschen Staatshaushalt. Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung. Hrsg. von der Bertelsmann Stiftung, Bielefeld.
- Boos-Nünning, Ursula (2011):** Migrationsfamilien als Partner von Erziehung und Bildung. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. WISO-Diskurs. Bonn.
- Böttcher, Annica/Krieger, Sascha/Kalvenbach, Franz-Josef (2010):** Kinder mit Migrationshintergrund in Kindertagesbetreuung. In: Wirtschaft und Statistik 2. Statistisches Bundesamt, S. 158-164.
- Braun, Sebastian (2011):** Ehrenamtliches und freiwilliges Engagement im Sport. Sportbezogene Sonderauswertung der Freiwilligensurveys von 1999, 2004 und 2009. Schriftenreihe des Bundesinstituts für Sportwissenschaft 03. Köln.
- Braun, Sebastian/Finke, Sebastian (2010):** Integrationsmotor Sportverein. Ergebnisse zum Modellprojekt „spin – sport interkulturell“. Wiesbaden.
- Braun, Sebastian/Nobis, Tina (Hrsg.) (2011):** Migration, Integration und Sport. Zivilgesellschaft vor Ort. Wiesbaden.
- Brenke, Karl (2015a):** Wachsende Bedeutung der Frauen auf dem Arbeitsmarkt. In: DIW Wochenbericht 5, S. 75-86. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Brenke, Karl (2015b):** Selbstständige Beschäftigung geht zurück. In: DIW Wochenbericht 36, S. 790-796. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Breuer, Christoph/Feiler, Svenja (2014):** Sportvereine in Deutschland – ein Überblick. Erscheint in: Breuer, Christoph (Hrsg.) (2015): Sportentwicklungsbericht 2013/2014 – Analyse zur Situation der Sportvereine in Deutschland. Köln.

- Britz, Lisa (2006):** Bildungsbe(nach)teiligung von MigrantInnen. In: Reiberg, Ludger (Hrsg.): Berufliche Integration in der multi-kulturellen Gesellschaft. Beiträge aus Theorie, Schule und Jugendhilfe zu einer interkulturell sensiblen Berufsorientierung. Bpb, Themen und Materialien. Bonn.
- Brixy, Udo/Sternberg, Rolf/Vorderwülbecke, Arne (2013):** Gründungsaktivitäten und -einstellungen von Menschen mit Migrationshintergrund. IAB-Kurzbericht 25. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Brücker, Herbert et al. (2014):** Auf dem Weg nach Deutschland: Neue Muster der Migration. IAB-Kurzbericht 21.1. Nürnberg.
- Brücker, Herbert (2015):** Fiskalische Wirkungen der Zuwanderung. Aktuelle Berichte des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 6. Nürnberg.
- Brücker, Herbert/Bartsch, Simone/Eisnecker, Philipp/Kroh, Martin/Liebau, Elisabeth/Romiti, Agnese/Schupp, Jürgen/Trübswetter, Parvati/Tucci, Ingrid/Vallizadeh, Ehsan (2014):** Auf dem Weg nach Deutschland: Neue Muster der Migration. IAB-Kurzbericht 21. Nürnberg.
- Brücker, Herbert/Hauptmann, Andreas/Vallizadeh, Ehsan (2013):** Zuwanderung aus Bulgarien und Rumänien vor der Arbeitnehmerfreizügigkeit. Aktuelle Berichte. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg. 23. Dezember.
- Brücker, Herbert/Jahn, Elke (2010):** Arbeitsmarktwirkungen der Migration: Einheimische Arbeitskräfte gewinnen durch Zuwanderung. IAB-Kurzbericht 26. Nürnberg.
- Brücker, Herbert/Klinger, Sabine/Möller, Joachim/Walwei, Ulrich (Hrsg.) (2012):** Handbuch Arbeitsmarkt 2013. Analysen, Daten, Fakten. IAB-Bibliothek 334. Bielefeld.
- Brzoska, Patrick/Reiss, Katharina/Razum, Oliver (2010):** Arbeit, Migration und Gesundheit. In: Badura, Bernhard/ Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin (Hrsg.): Fehlzeiten-Report 2010. Vielfalt managen: Gesundheit fördern – Potenziale nutzen. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft. Heidelberg u. a., S. 129-139.
- Bug, Mathias/Meiner, Kristina (2015):** Aufbereitung der Kriminalstatistik zu einem aussagekräftigen Bedrohungsbild – Vorschläge der Berechnung. In: DIW Wochenbericht Nr. 3, S. 27- 35.
- Bund, Eva/Kohls, Martin/Worbs, Susanne (2014):** Zuwanderung und Integration von (Spät-)Aussiedlern in Deutschland. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 10, S. 349-354.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2012a):** Arbeitslose mit Migrationshintergrund. Methodenbericht der Statistik der Bundesagentur für Arbeit. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2012b):** Migrationshintergrund nach § 281 Abs. 2 SGB III. Grundlagen der Erhebung. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2014a):** Der Arbeitsmarkt in Deutschland – Menschen mit Migrationshintergrund auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Nürnberg.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2014b):** Eckwerte des Arbeitsmarktes nach Migrationshintergrund. http://statistik.arbeitsagentur.de/nn_32022/SiteGlobals/Forms/Rubrikensuche/Rubrikensuche_Form.html?view=processForm&resourceId=210368&input_=&pageLocale=de&topicId=544668&year_month=201409&year_month.GROUP=1&search=Suchen.
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2014c):** Analyse des Arbeitsmarktes für Ausländer. Analytikreport der Statistik, Dezember. Nürnberg. <https://statistik.arbeitsagentur.de/Statischer-Content/Statistische-Analysen/Analytikreports/Zentrale-Analytikreports/Monatliche-Analytikreports/Generische-Publikationen/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender/Analyse-Arbeitsmarkt-Auslaender-201412.pdf>
- Bundesagentur für Arbeit (Hrsg.) (2015):** Grundsicherung für Arbeitsuchende. Jahresbericht 2014. Zahlen, Daten, Fakten. Nürnberg.
- Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.) (2007):** Wie gesund sind Migrantinnen und Migranten? Die wichtigsten Ergebnisse des „Gesundheitsmonitoring der schweizerischen Migrationsbevölkerung“. Bern.
- Bundesamt für Gesundheit (Hrsg.) (2010):** Gesundheit der Migrantinnen und Migranten in der Schweiz. Wichtigste Ergebnisse des zweiten Gesundheitsmonitorings der Migrationsbevölkerung in der Schweiz. Bern.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2009a):** Hochschule in der Zuwanderungsgesellschaft: Sprachliche Bildung und Integration. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2009b):** Muslimisches Leben in Deutschland. Forschungsbericht 6. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2010):** Fortschritte der Integration. Zur Situation der fünf größten in Deutschland lebenden Ausländergruppen. Forschungsbericht 8. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2012a):** Ehegatten- und Familiennachzug. Nürnberg.

- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2012b):** Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen. Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011. Forschungsbericht 15. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2012c):** Hemmnisse der Arbeitsmarktintegration von niedrigqualifizierten Frauen mit Migrationshintergrund. Beiträge zu Migration und Integration, Bd. 3. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2012d):** Islamisches Gemeindeleben in Deutschland. Forschungsbericht 13, im Auftrag der Deutschen Islam Konferenz. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2014a):** Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien. Forschungsbericht 24. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2014b):** Minas – Atlas über Migration, Integration und Asyl. 6. Aufl. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2015a):** Aktuelle Zahlen zu Asyl. Tabellen – Diagramme - Erläuterung. Ausgabe Juli. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2015b):** Das Bundesamt in Zahlen 2014. Nürnberg.
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (Hrsg.) (2015b):** Migrationsbericht 2013. Im Auftrag der Bundesregierung. Nürnberg.
- Bundesausländerbeauftragte (Hrsg.) (2013):** Einbürgerung. Informationen zum Thema. <http://www.bundesauslaenderbeauftragte.de/einbuengerung.html>
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2012):** Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2012. Bonn.
- Bundesinstitut für Berufsbildung (Hrsg.) (2014):** Datenreport zum Berufsbildungsbericht 2014. Bonn.
- Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung (Hrsg.) (2012):** (Keine) Lust auf Kinder? Geburtenentwicklung in Deutschland. Wiesbaden.
- Bundesjugendkuratorium (Hrsg.) (2009):** Schlaue Mädchen – dumme Jungen? Gegen Verkürzungen im aktuellen Geschlechterdiskurs. Stellungnahme. München.
- Bundeskriminalamt (Hrsg.) (2012):** Polizeiliche Kriminalstatistik. Bundesrepublik Deutschland, Berichtsjahr 2011. Wiesbaden.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2011a):** Demographiebericht. Bericht der Bundesregierung zur demografischen Lage und künftigen Entwicklung des Landes. Berlin.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2011b):** Lebenswelten junger Muslime. Berlin.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2011c):** Migration und Integration. Aufenthaltsrecht, Migrations- und Integrationspolitik in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2015a):** Die Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland. Polizeiliche Kriminalstatistik für das Jahr 2014. Berlin.
- Bundesministerium des Inneren (Hrsg.) (2015b):** 202.834 Asylerstanträge im Jahr 2014. Pressemitteilung vom 14.01.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2012):** Fortschrittsbericht 2012 zum Fachkräftekonzept der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales (Hrsg.) (2013):** Lebenslagen in Deutschland. Der vierte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2005):** Berichtssystem Weiterbildung IX. Ergebnisse der Repräsentativbefragung zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2006):** Berichtssystem Weiterbildung IX. Integrierter Gesamtbericht zur Weiterbildungssituation in Deutschland. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2013):** Ausländische Studierende in Deutschland 2012. Ergebnisse der 20. Sozialerhebung des Deutschen Studierendenwerks durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung (DZHW). Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2012):** Weiterbildungsverhalten in Deutschland. AES 2010 Trendbericht. Berlin.
- Bundesministerium für Bildung und Forschung (Hrsg.) (2014):** Berufsbildungsbericht 2014. Berlin.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (Hrsg.) (2010):** Familien mit Migrationshintergrund. Lebenssituation, Erwerbsbeteiligung und Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Erstellt durch die Prognos AG und die Geschäftsstelle „Zukunftsrat Familie“ des Bundesministeriums. Berlin.

- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (Hrsg.) (2011):** Zwangsverheiratung in Deutschland - Anzahl und Analyse von Beratungsfällen - Kurzfassung. Berlin.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (Hrsg.) (2012a):** Alleinerziehende stärker fördern. Berlin.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (Hrsg.) (2012b):** Zeit für Familie. Achter Familienbericht. Berlin.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (Hrsg.) (2013a):** Mütter mit Migrationshintergrund – Familienleben und Erwerbstätigkeit. Monitor Familienforschung. Beiträge aus Forschung, Statistik und Familienpolitik, Ausgabe 32. Berlin.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (Hrsg.) (2013b):** Integration mit Zukunft. Erwerbsperspektiven für Mütter mit Migrationshintergrund. Analysen und Praxisberichte im Kontext der Fachkräftesicherung. Berlin.
- Bundesministerium für Familien, Senioren, Frauen, Jugend (Hrsg.) (2014):** Familien mit Migrationshintergrund. Mitteilung vom 27. Februar. Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2007):** Der Nationale Integrationsplan. Neue Wege – neue Chancen. Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2008):** Nationaler Integrationsplan. Erster Fortschrittsbericht. Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2011):** Der Nationale Aktionsplan Integration. Zusammenhalt stärken – Teilhabe verwirklichen. Berlin.
- Bundesregierung (Hrsg.) (2014):** Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung 2014. Berlin.
- Bundesregierung, Presse- und Informationsamt (Hrsg.) (2008):** Bundesregierung will Integrationserfolge wissenschaftlich messen. Pressemitteilung vom 04. Juni 2008. Berlin.
- Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (Hrsg.) (2012):** „frauen leben – Familienplanung und Migration im Lebenslauf“. Dokumentation der wissenschaftlichen Abschlussagung. Köln.
- Burkert, Carola/Garloff, Alfred/Lepper, Timo/Schaade, Peter (2011):** Demographischer Wandel und Arbeitsmarkt in Hessen. IAB-Regional. Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz. IAB Hessen, H. 1. Nürnberg.
- Burkert, Carola/Garloff, Alfred/Lepper, Timo (2014):** Arbeitnehmerüberlassung in Hessen. Sprungbrett in reguläre Beschäftigung, Vermeidung von Arbeitslosigkeit oder gefangen in der Leiharbeitsfalle? IAB-Regional Hessen Nr. 1. Nürnberg.
- Burkert, Carola/Hochfellner, Daniela/Wurdack, Anja (2012):** Ältere Migrantinnen und Migranten am Arbeitsmarkt. In: Baykara-Krumme, Helen/Motel-Klingebiel, Andreas/Schimany, Peter (Hrsg.): Viele Welten des Alterns. Ältere Migranten im alternden Deutschland. Alter(n) und Gesellschaft 22. Wiesbaden, S. 77-100.
- Burkert, Carola/Kosubek, Sylvia/Schaade, Peter (2014):** Alleinerziehend am Arbeitsmarkt - Situation von Alleinerziehenden in Hessen. IAB-Regional, Berichte und Analysen aus dem Regionalen Forschungsnetz, Nr. 2. Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Nürnberg.
- Butterwegge, Christoph (2015):** Hartz IV und die Folgen. Eine kritische Bilanz nach 10 Jahren. In: Gesundheits- und Sozialpolitik. Zeitschrift für das gesamte Gesundheitswesen, S. 38-53.
- Centraal Bureau voor de Statistiek (CBS) (Hrsg.) (2014):** Jaarrapport integratie 2014. Den Haag.
- Christ, Oliver et al. (2014):** Contextual effect of positive intergroup contact on outgroup prejudice, in: PNAS, No.11, p. 3996-4000.
- CIDOB – Barcelona Centre for International Affairs/MPG – Migration Policy Group (Eds.) (2015):** MIPEX IV. <http://www.mipex.eu/>
- de Cillia, Rudolf (2013):** Spracherwerb in der Migration. Im Auftrag des Österreichischen Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Kultur. Informationsblätter des Referats für Migration und Schule Nr. 3. Wien.
- Council of the European Union (Ed.) (2004):** Draft Conclusions of the Council and the Representatives of the Governments of the Member States on the Establishment of the Common Basic Principles for Immigrant Integration Policy in the European Union. Presidency Note. Brussels 14776/04.
- Council of the European Union (Ed.) (2009):** The Stockholm Programme – An open and secure Europe serving the citizen. Presidency Note. 14449/09. Brussels.
- Dähne, Harald (2008):** Ausländer- und Jugendkriminalität. Daten, Ursachen, Bekämpfung. Wissenschaftliche Dienste des Deutschen Bundestages. Berlin.
- Däubler, Thomas (2002):** Nonresponseanalysen der Stichprobe F des SOEP. DIW Materialien 15. Berlin.
- Däubler, Wolfgang/Bertzbach, Martin (2013):** Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz – Handkommentar, 3. Auflage. Baden-Baden.

- DAK – PresseServer Südwest (2014):** DAK-Gesundheitsreport 2014: Krankenstand in Hessen gestiegen. Studie zur Rushhour des Lebens untersucht Mehrfachbelastung bei 25- bis 39-jährigen Berufstätigen. Pressemitteilung vom 20. März. Darmstadt.
- Dathe, Dietmar/Priller, Eckhard/Thürling, Marleen (2010):** Mitgliedschaften und Engagement in Deutschland. WZBrief Zivil-Engagement. Berlin.
- Daumann, Frank/Esipovich, Lev/Römmelt, Benedikt/Heinze, Robin (2015):** Wie sportlich aktiv sind Migrantinnen und Migranten? Ergebnisse einer Sonderauswertung zur regelmäßigen Sportaktivität von Erwachsenen mit Migrationshintergrund. In: Migration und Soziale Arbeit 3, S. 205-213.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2015a):** Die Untersuchung 2014 – Starke Wirtschaft, gefestigte Mitte. In: dies. (Hrsg.): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus. Gießen, S. 35-69.
- Decker, Oliver/Kiess, Johannes/Brähler, Elmar (2015b):** Rechtsextreme Einstellung in den Bundesländern. In: dies. (Hrsg.): Rechtsextremismus der Mitte und sekundärer Autoritarismus. Gießen, S. 71-80.
- Deimann, Andreas (2015):** Wie Sprache zu einem Problem der Migrationsgesellschaft wird, das sich durch Soziale Arbeit bewältigen lässt. In: Migration und Soziale Arbeit 4, S. 335-342.
- destatis (2015a):** 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung nach Bundesländern. <https://www.destatis.de/laenderpyramiden>
- destatis (2015b):** Höhere Armutsgefährdung von gering Qualifizierten als 2005. Pressemitteilung Nr. 311 vom 27. August. Wiesbaden.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2002):** Bericht der Enquete-Kommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“. Bürgerschaftliches Engagement: auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft. Bundestags-Drucksache 14/8900. Berlin.
- Deutscher Bundestag (Hrsg.) (2012):** Erster Engagementbericht – Für eine Kultur der Mitverantwortung. Bericht der Sachverständigenkommission und Stellungnahme der Bundesregierung. Bundestags-Drucksache 17/10580 vom 23. August. Berlin.
- DGB-Index Gute Arbeit GmbH (Hrsg.) (2010):** DGB-Index Gute Arbeit. Der Report 2010. Wie die Beschäftigten die Arbeitsbedingungen in Deutschland beurteilen. Berlin.
- Diehl, Claudia/Koenig, Matthias (2013):** Zwischen Säkularisierung und religiöser Reorganisation. Eine Analyse der Religiosität türkischer und polnischer Neuzuwanderer in Deutschland. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialforschung 65, S. 235-258.
- Diefenbach, Heike (2008):** Kinder und Jugendliche aus Migrantenfamilien im deutschen Bildungssystem: Erklärungen und empirische Befunde. Wiesbaden.
- Dittmann, Jörg (2009):** Wie wird Kriminalität gemessen? Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS) als Informationsquelle für die Beschreibung der öffentlichen Sicherheit. Vortrag gehalten am 14. Januar 2009 an der Hochschule Esslingen.
- Doblhammer, Gabriele/Milewski, Nadja/Peters, Frederik (2010):** Monitor der Entwicklung der Geburtenhäufigkeit in Deutschland: Schätzung von monatlichen und jährlichen zusammengefassten Geburtenziffern auf der Grundlage vorläufiger monatlicher Daten. In: Comparative Population Studies – Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 2, S. 279-314.
- Dollmann, Jörg (2010):** Türkischstämmige Kinder am ersten Bildungsübergang. Primäre und sekundäre Herkunftseffekte. Wiesbaden.
- Egenberger, Vera (2015):** Diskriminierungsschutz weiterentwickeln. Argumente für eine Novellierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes. WISO Diskurs 16. Friedrich Ebert Stiftung, Bonn.
- Eichhorn, Lothar/Huter, Jessica (2011):** Armutsgefährdung in Niedersachsen 2010. In: Statistische Monatshefte Niedersachsen10, S. 588-596.
- Eichhorst, Werner (2015):** Der Wandel der Erwerbsformen in Deutschland. In: Gesundheits- und Sozialpolitik. Zeitschrift für das gesamte Gesundheitswesen, S. 15-22.
- Endax/futureorg Institut (Hrsg.) (2013):** Repräsentative Wahlforschung von Deutschlandtürken. Dortmund u.a.
- Englmann, Bettina/Müller, Martina (2007):** Brain Waste. Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Deutschland. Tür an Tür – Integrationsprojekte GmbH. Augsburg.
- Englmann, Bettina (2008):** Die Anerkennung von ausländischen Qualifikationen in Deutschland – Ergebnisse der Studie „Brain Waste“. In: Migration und Soziale Arbeit 3+4, S. 222-229.
- Esser, Hartmut (2006):** Migration, Sprache und Integration. AKI-Forschungsbilanz 4. Arbeitsstelle Interkulturelle Konflikte und gesellschaftliche Integration (AKI) WZB – Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung. Berlin.
- Esser, Hartmut (2008):** Spracherwerb und Einreisearcher. Die schwierigen Bedingungen der Bilingualität. In: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie. Migration und Integration, Sonderheft 48, S. 202-229.

- Esser, Hartmut (2010):** Integration und ethnische Vielfalt. In: Weißeno, Georg (Hrsg.): Bürgerrolle heute. Migrationshintergrund und politisches Lernen. Bonn, S. 65-81.
- Ette, Andreas/Sauer, Lenore (2010):** Auswanderung aus Deutschland. Daten und Analysen zur internationalen Migration deutscher Staatsbürger. Wiesbaden.
- Ette, Andreas/Mundil-Schwarz, Rabea/Sauer, Lenore/Sulak, Harun (2013):** Ein neues Bild der Migration: Sozioökonomische Struktur und Arbeitsmarktintegration von Neuzuwanderern aus Drittstaaten in Deutschland. In: Bevölkerungsforschung Aktuell 2, Wiesbaden, S. 12-22.
- Europäische Kommission, Generaldirektion Justiz (Hrsg.) (2013):** Diskriminierung in der EU im Jahr 2012. Zusammenfassung. Spezial Eurobarometer 393. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/ebs/ebs_393_sum_de.pdf
- European Commission (Ed.) (2013):** Using EU indicators on immigrant integration. Final report for DG Home Affairs (by European Services Network, ESN, and the Migration Policy Group, MPG). Brussels.
- European Commission, Directorate-General Justice, Freedom and Security (Ed.) (2010):** Handbook on integration for policy-makers and practitioners. 3rd edition. Luxembourg.
- European Ministerial Conference on Integration (Ed.) (2008):** Declaration approved by the representatives of the Member States. European Ministerial Conference on Integration. Vichy – 3 and 4 November 2008.
- European Ministerial Conference on Integration (Ed.) (2010):** Declaration approved by the representatives of the Member States. European Ministerial Conference on Integration. Saragossa – 15 and 16 April.
- European Union Agency for Fundamental Rights (Ed.) (2009):** EU-MIDIS – European Union minorities and discrimination survey. Main results report. Vienna.
- European Union Agency for Fundamental Rights (Ed.) (2011):** Migrants, minorities and employment. Exclusion and discrimination in the 27 member states of the European Union. Vienna.
- Eurostat (Ed.) (2011):** Indicators of immigrant integration. A pilot study. Luxembourg.
- Evangelische Kirche in Deutschland (Hrsg.) (2014):** Engagement und Indifferenz. Kirchenmitgliedschaft als soziale Praxis. Hannover.
- Fachkräftekommission Hessen (Hrsg.) (2012):** Abschlussbericht. Wiesbaden.
- Familien- und Sozialverein des Lesben- und Schwulenverbandes in Deutschland (LSND e.V.) (2010) (Hrsg.):** Doppelt diskriminiert oder gut integriert? Lebenssituation von Lesben und Schwulen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Köln.
- Filsinger, Dieter (2008):** Bedingungen erfolgreicher Integration – Integrationsmonitoring und Evaluation. Expertise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Filsinger, Dieter (2014):** Monitoring und Evaluation – Perspektiven für die Integrationspolitik von Bund und Ländern. WISO-Diskurs. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Foroutan, Naika (2012):** Muslimgbilder in Deutschland. Wahrnehmungen und Ausgrenzungen in der Integrationsdebatte. Expertise im Auftrag der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Forschungsinstitut Betriebliche Bildung/iq Fachstelle (Hrsg.) (2014):** Migrantinnen und Migranten an Hochschulen. Hochschulzugang, Studium und Arbeitsmarktintegration. Bielefeld.
- Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.) (2006):** Prekäre Arbeit. Ursachen, Ausmaß, soziale Folgen und subjektive Verarbeitungsformen unsicherer Beschäftigungsverhältnisse. Gutachten. Bonn.
- Fritschi, Tobias/Oesch, Tom (2008):** Volkswirtschaftlicher Nutzen frühkindlicher Bildung in Deutschland. Eine ökonomische Bewertung langfristiger Bildungseffekte bei Krippenkindern. Gütersloh.
- Fuchs, Benjamin (2012):** Wege in die Grundsicherung. Gründe für den Arbeitslosengeld-II-Bezug. IAB-Kurzbericht 25. Nürnberg.
- Fürstenau, Sara (2015):** Migrationsbedingte Mehrsprachigkeit und symbolische Hierarchien in Familien und Bildungsinstitutionen. In: Migration und Soziale Arbeit 4, S. 313-320.
- Fuhr, Gabriela (2012):** Armutsgefährdung von Menschen mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2010. In: Wirtschaft und Statistik 7. Statistisches Bundesamt, S. 549-562.
- Fuhr, Gabriela (2013):** Armutsrisiko von Personen mit Migrationshintergrund. Eine Analyse nach soziodemographischen und regionalen Faktoren. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 5-11.
- Fuhr-Becker, Gabriela/Götttsche, Florian/Wilkens, Ingrid (2014):** Monitoring as a tool for integration governance. Desk Research Paper No. 8 für das EIF-geförderte KING Projekt. <https://ec.europa.eu/migrant-integration/index.cfm?action=furl.go&go=/librarydoc/monitoring-as-a-tool-for-integration-governance---king-project-research-paper>.

- Fuhr-Becker, Gabriela/Wilkens, Ingrid (2015):** Religionszugehörigkeit und Religiosität in der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. Befragungsergebnisse aus Hessen und Einordnung in den Forschungsstand. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 12-18.
- Geis, Wido/Kemeny, Felicitas (2014):** 12 gute Gründe für Zuwanderung. IW policy paper 2. Institut der deutschen Wirtschaft, Köln.
- Geißler, Rainer (2010):** Mediale Integration von ethnischen Minderheiten. Der Beitrag der Massenmedien zur interkulturellen Integration. In: Friedrich-Ebert-Stiftung, Gesprächskreis Migration und Integration (Hrsg.): Zur Rolle der Medien in der Einwanderungsgesellschaft. Bonn.
- Gerhardt, Anke/Habenicht, Karin/Munz, Eva (2009):** Analysen zur Einkommensarmut mit Datenquellen der amtlichen Statistik. In: Information und Technik Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Statistische Analysen und Studien Nordrhein-Westfalen, Bd. 58, Düsseldorf, S. 3-30.
- Gesemann, Frank/Roth, Roland (2015):** Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern. Zweite überarbeitete Auflage. Berlin.
- Goebel, Jan/Grabka, Markus M./Schröder, Carsten (2015):** Einkommensungleichheit in Deutschland bleibt weiterhin hoch – junge Alleinlebende und Berufseinsteiger sind zunehmend von Armut bedroht. In: DIW Wochenbericht 25, S. 571-585.
- Göttsche, Florian/Fuhr-Becker, Gabriela/Wilkens, Ingrid (2015):** Monitoring as a Tool for Integration Governance. Paper for the EIF-funded Project KING. <https://ec.europa.eu/migrant-integration/librarydoc/monitoring-as-a-tool-for-integration-governance---king-project-research-paper>
- Gogolin, Ingrid (2015):** Vervielfältigung von sprachlicher Vielfalt – Beobachtungen und Forschungsergebnisse zur sprachlichen Lage in Deutschland. In: Migration und Soziale Arbeit 4, S. 292-298.
- Grabka, Markus/Goebel, Jan/Schupp, Jürgen (2012):** Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten? In: DIW Wochenbericht 43, S. 3-15.
- Granato, Mona (2012):** Bildungsbeteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund an beruflicher Ausbildung. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft. Kategorien, Konzepte, Einflussfaktoren. WISO-Diskurs. Bonn, S. 85-96.
- Granato, Mona (2013):** Zunehmende Chancenungleichheit für junge Menschen mit Migrationshintergrund auch in der beruflichen Bildung? In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schiefen im Bildungssystem. Opladen, S. 103-121.
- Granato, Nadia (2003):** Ethnische Ungleichheit auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Opladen.
- Gresch, Cornelia (2012):** Migrantenkinder auf dem Weg zum Abitur: Wie kommen die Übergangsempfehlungen nach der Grundschule zustande? WZBrief Bildung, 21. Mai. Berlin.
- Gundert, Stefanie/Hohendanner, Christian (2011):** Soziale Teilhabe ist eine Frage von stabilen Jobs. Leiharbeit und befristete Beschäftigung. IAB-Kurzbericht 4. Nürnberg.
- Halm, Dirk/Meyer, Hendrik (Hrsg.) (2013):** Islam und die deutsche Gesellschaft. Wiesbaden.
- Halm, Dirk/Sauer, Martina (2008):** Bürgerschaftliches Engagement von Türkinnen und Türken in Deutschland. Zentrum für Türkeistudien. Wiesbaden.
- Hamburgisches WeltWirtschafts Institut/Berenberg (Hrsg.) (2014):** Arbeitskräftemobilität - Macht der Euro mobil? Arbeitskräftemobilität in Europa während der Krisenjahre. Hamburg.
- Hanganu, Elisa/Humpert, Stephan/Kohls, Martin (2014):** Zuwanderung aus den neuen EU-Mitgliedstaaten Bulgarien und Rumänien. Forschungsbericht 24 des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Haug, Sonja (2005):** Die Datenlage im Bereich der Migrations- und Integrationsforschung. Ein Überblick über wesentliche Migrations- und Integrationsindikatoren und die Datenquellen. Bundesamt für Migration und Flüchtlinge. Working Paper 1. Nürnberg.
- Haug, Sonja (2008):** Sprachliche Integration von Migranten in Deutschland. Integrationsreport Teil 2. Working Paper 21 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Haug, Sonja (2010):** Interethnische Kontakte, Freundschaften, Partnerschaften und Ehen von Migranten in Deutschland. Working Paper 33 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Haug, Sonja (2011):** Muslime in Deutschland. Herkunft, Glaubensrichtung, Bildung, Partizipation. In: Migazin vom 29. März.
- Heckmann, Friedrich (1992):** Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. Stuttgart.
- Heckmann, Friedrich (1997):** Integration und Integrationspolitik in Deutschland. efm Paper Nr. 11. Bamberg.
- Heckmann, Friedrich (2015):** Integration von Migranten. Einwanderung und neue Nationenbildung. Wiesbaden.

- Heimken, Norbert (2015):** Die sprachliche Integration von Jugendlichen aus Einwandererfamilien – Ergebnisse der Studie zu Migration, Bildung und Spracherwerb an der Universität Münster. In: Migration und Soziale Arbeit 4, S. 306 – 312.
- Heinz, Wolfgang (2012):** Personen mit Migrationshintergrund als Opfer und als Täter. In: Migration und Soziale Arbeit 4, S. 301-310.
- Helfferrich, Cornelia/Klindworth, Heike (2010):** Fertilitätsverhalten, Bildung und Migration: Zugewanderte Frauen mit türkischem und osteuropäischem Migrationshintergrund. Präsentation gehalten auf der Jahrestagung der Deutschen Gesellschaft für Demographie, März. Rostock.
- Hellmann, Deborah F. (2014):** Repräsentativbefragung zu Viktimisierungserfahrungen in Deutschland. Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. Forschungsbericht 122. Hannover.
- Herbert, Ulrich (Hrsg.) (2001):** Geschichte der Ausländerpolitik in Deutschland. Saisonarbeiter, Zwangsarbeiter, Gastarbeiter, Flüchtlinge. München.
- Heß, Barbara (2009):** Zuwanderung von Hochqualifizierten aus Drittstaaten nach Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung. Working Paper 28 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Heß, Barbara (2011):** Sozialversicherungspflichtig beschäftigte Ausländerinnen und Ausländer in qualifizierten Dienstleistungen. Working Paper 38 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Heß, Barbara (2012):** Zuwanderung von Fachkräften nach § 18 AufenthG aus Drittstaaten nach Deutschland. Ergebnisse einer schriftlichen Befragung von Arbeitsmigranten. Working Paper 44 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- HessenAgentur GmbH (Hrsg.) (2013):** Aktuelle Entwicklungen der ausländischen Beschäftigung in Hessen. Hrsg. vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung. Wiesbaden.
- HessenAgentur GmbH (Hrsg.) (2014a):** Beitrag von Wanderungen zur Abmilderung der Fachkräfteknappheit. Analyse der Wanderungsbewegungen in Hessen und seinen Regionen von 2000 bis 2012. Report 866. Hrsg. vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung. Wiesbaden.
- HessenAgentur GmbH (Hrsg.) (2014b):** Berufsausbildung in Hessen 2014. Report 869. Hrsg. vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung. Wiesbaden.
- HessenAgentur GmbH (Hrsg.) (2014c):** Einkommens- und Rentenentwicklung in Hessen und seinen Regionen. HA Report 871. Hrsg. vom Hessischen Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung. Wiesbaden.
- Hessische Landesregierung (Hrsg.) (2000):** „In Achtung, Toleranz und Miteinander – Hessen auf dem Weg zur Integration“. Leitlinien der Integration. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2010):** Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor 2010. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2011a):** Meinungsbilder. Zur Wahrnehmung von Zuwanderung und Integration in Hessen 2011. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2011b):** Migrantenorganisationen in Hessen – Motivation und Hinderungsgründe für bürgerschaftliches Engagement. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2012a):** Bildungswelten II. Frühkindliche Bildung. Kinder mit Migrationshintergrund in hessischen Kindertageseinrichtungen. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2012b):** Integration – wie geht das? Zugehörigkeit schaffen durch KIM – Kommunales Integrationsmanagement. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2012c):** Integrationspolitik der Hessischen Landesregierung. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2013a):** Bildungsteilhabe von Kindern und Jugendlichen mit Migrationshintergrund in Hessen. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2013b):** „Wie hast du’s mit der Religion?“ Eine repräsentative Umfrage zur Religiosität in Hessen. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (Hrsg.) (2013c):** Integration nach Maß – Der Hessische Integrationsmonitor 2013. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (Hrsg.) (2014a):** Bildungswelten I. Schülerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund in Hessen. Aktualisierte Neuauflage. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (Hrsg.) (2014b):** Jugendliche mit Migrationshintergrund zwischen Schule und Beruf. Eine Fallstudie zu sozial- und integrationspolitischen Maßnahmen im Main-Kinzig-Kreis. Wiesbaden.

- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (Hrsg.) (2014c):** Meinungsbilder 2014. Eine repräsentative Umfrage zur Einstellung gegenüber Zuwanderung in Hessen. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (Hrsg.) (2015a):** Maßnahmenpaket Asyl. https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/2014_09_18_massnahmenpaket_asyl_final.pdf
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (Hrsg.) (2015b):** Befragung zur Vielfalt in der hessischen Landesverwaltung. Bericht 2014. Wiesbaden.
- Hessisches Ministerium für Soziales und Integration (Hrsg.) (2015c):** Hessischer Gesundheitsbericht. Wiesbaden. (Im Erscheinen)
- Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung (Hrsg.) (2014):** (Hessischer) Konjunkturspiegel. Verschiedene Quartale. Wiesbaden.
- Hessisches Sozialministerium (Hrsg.) (2011):** Hessischer Gesundheitsbericht. GesundLeben – GesundBleiben. Wiesbaden.
- Hessisches Sozialministerium (Hrsg.) (2013):** Sechster Hessischer Familienbericht. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2010):** Bevölkerung in Hessen 2060 – Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030 auf Basis vom 31.12.2008. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2014a):** Armutsgefährdung der Hessen geringer als im Bundesdurchschnitt – Ergebnisse des Mikrozensus 2013. Pressemeldung 273 vom 19.11. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2014b):** Bevölkerungsvorgänge in Hessen im Jahr 2013 – Wanderungen. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2015a):** Lebend Geborene und Gestorbene in Hessen 1950 bis 2013. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2015b):** Zu- und Fortgezogene über die Landesgrenze Hessens 1980 bis 2013. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2015c):** Hauptschulen in Hessen. <http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/bildung-kultur-rechtspflege/landesdaten/bildung/allgbild-schulen/hauptschulen/index.html>
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2015d):** 20 600 Studierende aus dem Ausland an Hessens Hochschulen. Pressemitteilung Nr. 5 vom 07.01. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2015e):** Zahl der Erwerbstätigen in Hessen 2014 weiter gestiegen. Pressemitteilung Nr. 20 vom 27.01. Wiesbaden.
- Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.) (2015f):** Kirchliches Leben in Hessen 2012. <http://www.statistik-hessen.de/themenauswahl/bildung-kultur-rechtspflege/landesdaten/kultur/kultur-religion-und-sport/kirchliches-leben/index.html>
- Höhne, Jutta/Linden, Benedikt/Seils, Eric/Wiebel, Anne (2014):** Die Gastarbeiter - Geschichte und aktuelle soziale Lage. WSI-Report 16. Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Huddleston, Thomas/Niessen, Jan (2011):** Migrant Integration Policy Index III. Brüssel.
- Hunger, Uwe/Candan, Menderes (2009):** Politische Partizipation der Migranten in der Bundesrepublik Deutschland und über die deutschen Grenzen hinweg. Expertise im Auftrag des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Münster.
- Huth, Susanne (2012):** Freiwilliges und bürgerschaftliches Engagement von Menschen mit Migrationshintergrund – Barrieren und Türöffner. WISO direkt. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Huth-Hildebrandt, Christine/Stüwe, Gerd (2012):** Die Entwicklung von Migrantenorganisationen und ihre Rolle im zivilgesellschaftlichen Engagement. In: Migration und Soziale Arbeit 3, S. 268-276.
- IAQ/ZEW/TNS Emnid/ZfT/Team Dr. Kaltenborn (Hrsg.) (2009):** Wirkungen des SGB II auf Personen mit Migrationshintergrund. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales. Abschlussbericht – Hauptband. Duisburg.
- infratest dimap (Hrsg.) (2015):** ARD-Deutschlandtrend. Eine Umfrage zur politischen Stimmung im Auftrag der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT. Januar. Berlin.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2010):** Integrationsrendite – Volkswirtschaftliche Effekte einer besseren Integration von Migranten. Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie. Köln.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2011):** Im Staatsdienst selten: Migranten. iwd Nr. 10 vom 09.03.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2012):** Arbeitsmarkt. Mythos und Wirklichkeit. iwd Nr. 42 vom 18.10.
- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2013):** Jeder Job zählt. iwd Nr. 5 vom 31.01.

- Institut der deutschen Wirtschaft (Hrsg.) (2014):** Bildungsmonitor 2014 – Die richtigen Prioritäten setzen. Studie im Auftrag der Initiative Neue soziale Marktwirtschaft. Köln.
- Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (2012):** Die Furcht vor dem Morgenland im Abendland. Dokumentation des Beitrags von Dr. Thomas Petersen in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Nr. 272 vom 21. November.
- Institut für Demoskopie Allensbach (Hrsg.) (2014):** Asyl und Asylbewerber: Wahrnehmungen und Haltungen der Bevölkerung 2014 - Ergebnisse einer repräsentativen Umfrage. Im Auftrag der Robert Bosch Stiftung. Stuttgart.
- Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Hrsg.) (2010):** Resilienz und Bewältigungsstrategien von jungen Menschen mit Migrationshintergrund beim Übergang von Schule in Ausbildung. Frankfurt am Main.
- Integrationsministerkonferenz (IntMK):** s.u. Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder
- Kaufmann, Franz-Xaver (2005):** Schrumpfende Gesellschaft. Vom Bevölkerungsrückgang und seinen Folgen. Bundeszentrale für politische Bildung. Bonn.
- Kindermann, Walter (2015):** Islamic Religious Education in the Schools in Hessen (Germany). Paper for the EIF-funded project KING. http://king.ismu.org/wp-content/uploads/Kindermann_InDepthStudy.pdf.
- Kindermann, Walter/Wilkens, Ingrid (2014):** Integration Policy in the State of Hessen, Germany. A Regional Case Study in a Federal System. Paper for the EIF-funded project KING. <https://ec.europa.eu/migrant-integration/index.cfm?action=furl.go&go=/librarydoc/integration-policy-in-the-state-of-hessen-germany-a-regional-case-study-in-a-federal-system---king-research-paper>.
- Klessmann, Maria (2012):** Deutschsein – wer will das schon? Zu Identifikation und Abgrenzung jugendlicher Mädchen mit Migrationshintergrund. In: Migration und Soziale Arbeit 3, S. 257-263.
- Klinker, Sonja (2010):** Maghrebener in Frankreich, Türken in Deutschland. Eine vergleichende Untersuchung zu Identität und Integration muslimischer Einwanderergruppen in europäische Mehrheitsgesellschaften. Frankfurt am Main.
- Kniejska, Patrycja (2015):** All-inclusive-Pflege aus Polen in der Schattenzone. Ergebnisse von Interviews mit polnischen Pflegekräften, die in deutschen Privathaushalten beschäftigt sind. WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Köcher, Renate (2011):** Bildungsambitionen von Eltern aus verschiedenen sozialen Schichten. Ergebnisse einer Befragung von Eltern mit Kindern im Alter von 3 bis 18 Jahren im Auftrag der Vodafone Stiftung Deutschland. Präsentation, Berlin, 11. Oktober.
- Körner, Matthias (2012):** Niemanden zurücklassen! Für ein Umdenken in der Berufsbildungspolitik. In: Standpunkt. Diskussionsimpulse und Konzepte des Landesbüros Hessen der Friedrich-Ebert-Stiftung 6. Wiesbaden.
- Kohlrausch, Bettina/Rasner, Anika (2012):** Die Bedeutung von Weiterbildung für subjektiv empfundene Arbeitsplatzsicherheit und Arbeitszufriedenheit. In: Mitteilungen aus dem SOFI 16, S. 11-12.
- Kohls, Martin (2015):** Sterberisiken von Migranten. Analysen zum Healthy-Migrant-Effekt nach dem Zensus 2011. In: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 6, S. 519-526.
- Kolvenbach, Franz-Josef/Taubmann, Doreen (2006):** Neue Statistiken zur Kinderbetreuung. In: Wirtschaft und Statistik 2. Statistisches Bundesamt, S. 166-171.
- Kommission der Europäischen Gemeinschaften (Hrsg.) (2007):** Europe's demographic future: Facts and figures. Luxemburg.
- Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (Hrsg.) (2010):** Ergebnisse der Pilotstudie für die Länder Bayern, Berlin, Hessen, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Brandenburg. Dritter Bericht der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ der Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister, Senatorinnen und Senatoren. Berlin.
- Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (Hrsg.) (2011):** Erster Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005 – 2009. Teil 1 – Ergebnisse, Teil 2 – Datenband. Berlin.
- Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (Hrsg.) (2013):** Zweiter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2005 – 2011. Teil 1 – Ergebnisse, Teil 2 – Datenband. Berlin.
- Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder (Hrsg.) (2015):** Dritter Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder 2011 – 2013. Teil 1 – Ergebnisse, Teil 2 – Datenband. Berlin. s.a. <http://www.integrationsmonitoring-laender.de/>
- Konsortium Bildungsberichterstattung (Hrsg.) (2006):** Bildung in Deutschland. Ein indikatorengestützter Bericht mit einer Analyse zu Bildung und Migration. Studie im Auftrag der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder in der Bundesrepublik Deutschland und des Bundesministeriums für Bildung und Forschung. Bielefeld.
- Kösemen, Orkan (2011):** Zugehörigkeit und gesellschaftliche Präsenz von Migranten in Deutschland. In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wer gehört dazu? Gütersloh, S. 237-250.

- Kroh, Martin/Tucci, Ingrid (2009):** Parteibindungen von Migranten: Parteien brauchen erleichterte Einbürgerung nicht zu fürchten. DIW-Wochenbericht 47. Berlin.
- Kunz, Thomas (2015):** Happy Birthday, Migrationshintergrund? Überlegungen zum 10. Geburtstag einer Fremdbeschreibung. In: Migration und Soziale Arbeit 3, S. 258-264.
- Lämmermann, Falk (2009):** Einbürgerung – aktuelle Entwicklungen und Perspektiven. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 9, S. 289-296.
- Lämmermann, Falk (2011):** Ein Jahrzehnt ius soli – Bilanz und Ausblick. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 1, S. 1-8.
- Lampert, Thomas/Ryl, Livia/Saß, Anke Christine/Starker, Anne/Ziese, Thomas (2010):** Gesundheitliche Lage und Gesundheitsverhalten der Bevölkerung im Erwerbsalter in Deutschland. In: Badura, Bernhard/Schröder, Helmut/Klose, Joachim/Macco, Katrin (Hrsg.): Fehlzeiten-Report 2010. Vielfalt managen: Gesundheit fördern – Potenziale nutzen. Zahlen, Daten, Analysen aus allen Branchen der Wirtschaft. Heidelberg u. a., S. 69-82.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.) (2012):** Religionszugehörigkeit der Wiesbadener. Wiesbadener Stadtanalysen. Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Wiesbaden.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.) (2013a):** Mediennutzung, Kommunikationsverhalten und kommunalpolitische Teilhabe der Wiesbadener Bevölkerung 2012. Wiesbadener Stadtanalysen. Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Wiesbaden.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.) (2013b):** Integrationsbericht für die Landeshauptstadt Wiesbaden 2012. Amt für Zuwanderung und Integration. Wiesbaden.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.) (2014a):** Integrationsbericht für die Landeshauptstadt Wiesbaden 2013. Amt für Zuwanderung und Integration. Wiesbaden.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.) (2014b):** Bürgerschaftliches Engagement in Wiesbaden. Wiesbadener Stadtanalysen. Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Wiesbaden.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.) (2014c):** Monitoring Weiterbildung, quantitativ und qualitativ. Wiesbadener Stadtanalysen. Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik, Wiesbaden.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.) (2015a):** Monitoring zur Integration von Migranten in Wiesbaden. Bericht 2015. Amt für Strategische Steuerung, Stadtforschung und Statistik. Wiesbaden.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.) (2015b):** Leben in Wiesbaden 2014: Politisches Interesse und Bürgerbeteiligung. Wiesbadener Stadtanalysen. Wiesbaden.
- Landeshauptstadt Wiesbaden (Hrsg.) (2015c):** Leben in Wiesbaden 2014: Persönliche Lebenssituation. Wiesbadener Stadtanalysen. Wiesbaden.
- Lehmer, Florian/Ludsteck, Johannes (2013):** Lohnanpassung von Ausländern am deutschen Arbeitsmarkt. IAB-Kurzbericht 1. Nürnberg.
- Leicht, René/Langhauser, Marc (2014):** Ökonomische Bedeutung und Leistungspotenziale von Migrantenunternehmen in Deutschland. WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Lepper, Timo (2015):** Leiharbeit in Hessen. Ein Sprungbrett in reguläre Beschäftigung? Staat und Wirtschaft in Hessen 3, S. 137-144.
- Lietzmann, Torsten/Tophoven, Silke/Wenzig, Claudia (2011):** Grundsicherung und Einkommensarmut: Bedürftige Kinder und ihre Lebensumstände. IAB-Kurzbericht 6. Nürnberg.
- Lüders, Christine (2011):** Gleichbehandlungspolitik in Deutschland: Ausschluss oder Teilhabe? In: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.): Wer gehört dazu? Gütersloh, S. 180-198.
- Lukas, Waldemar (2011):** Migranten im Niedriglohnsektor unter besonderer Berücksichtigung der Geduldeten und Bleibeberechtigten. Working Paper 39 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Märker, Frank/Wilkens, Ingrid (2014a):** „Gerechter Lastenausgleich“ bei der Aufnahme von Asylbewerbern in Europa – eine kritische Perspektive. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 50-58.
- Märker, Frank/Wilkens, Ingrid (2014b):** Zuwanderung, Integration und Beschäftigung – die aktuelle Debatte. In: Migration und Soziale Arbeit 3, S. 196 – 204.
- Mayer, Matthias/Yamamura, Sakura/Schneider, Jan/Müller, Andreas (2012):** Zuwanderung von internationalen Studierenden aus Drittstaaten. Working Paper 41 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- McGinnity, Frances/Quinn, Emma/Kingston, Gillian/O’Connell, Philip J. (2014):** Annual Monitoring Report on Integration 2013. Hrsg. vom Economic and Social Research Institute und The Integration Centre, Dublin.

- Meinhardt, Rolf (2010):** Studienprobleme von BildungsinländerInnen und Unterstützungsangebote durch Hochschul-
lotsInnen. Ergebnisse einer empirischen Pilotstudie. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 19-25.
- Milewski, Nadja (2010):** Fertility of immigrants. A two-generational approach in Germany. Dissertation. Heidelberg u. a.
- Ministerium für Integration Baden-Württemberg (2012):** Gelebte Vielfalt. Ergebnisse und Analysen einer repräsentativen
Bevölkerungsumfrage zur Integration in Baden-Württemberg 2012. Stuttgart.
- Möller, Joachim/Walwei, Ulrich (Hrsg.) (2009):** Handbuch Arbeitsmarkt 2009. IAB-Bibliothek 314. Nürnberg.
- Molthagen, Dietmar (2014):** Die Rolle der Religion für Identität und Integration. In: Neue Gesellschaft – Frankfurter Hefte 11.
Die Politik der Religionen, S. 42-44.
- Müssig, Stephanie/Worbs, Susanne (2012):** Politische Einstellungen und politische Partizipation von Migranten in Deutsch-
land. Working Paper 46 der Forschungsgruppe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Nottmeyer, Olga (2010):** Inter-ethnische Partnerschaften: Was sie auszeichnet – und was sie über erfolgreiche Integration
aussagen. Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenbericht 11. Berlin, S. 12-20.
- Nusche, Deborah (2009):** What works in migrant education? A review of evidence and policy options. OECD Education
Working Papers 22. OECD. Paris.
- Ohliger, Rainer (2014):** Den demografischen Wandel durch Migration gestalten: Möglichkeiten, Grenzen, Zukunftspers-
pektiven. WISO direkt 12. Bonn.
- Olbermann, Elke (2011):** Relevanz und Perspektiven der Gesundheitsförderung bei älteren MigrantInnen. In: Migration und
Soziale Arbeit 1, S. 22-28.
- Oltmer, Jochen/Kreienbrink, Axel/Sanz Díaz, Carlos (Hrsg.) (2012):** Das „Gastarbeiter“-System: Arbeitsmigration und ihre
Folgen in der Bundesrepublik Deutschland und Westeuropa. München.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (Ed.) (2006):** Where immigrant students succeed: A com-
parative review of performance and engagement in PISA 2003. Paris.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (Hrsg.) (2010a):** Die OECD in Fakten 2010. Wirtschaft, Umwelt,
Gesellschaft. Paris.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (Ed.) (2010b):** OEDC. StatExtracts. Table “International
students enrolled 2010”. <http://stats.oecd.org/Index.aspx?DatasetCode=RFOREIGN#>
- Organisation for Economic Co-operation and Development (Ed.) (2012):** Settling in. OECD indicators of immigrant
integration. Paris.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (Ed.) (2014):** International Migration Outlook 2014. Paris.
- Organisation for Economic Co-operation and Development (Ed.) (2014):** Education at a glance 2014. Paris.
- Ottersbach, Markus (2015):** Sozialer Aufstieg durch Bildung? In: Migration und Soziale Arbeit 2, S. 100-107.
- o.V. (2014):** Atypisch ist fast normal. Minijobs & Co. bleiben weit verbreitet: Fast jeder zweite Job ist kein Normalarbeits-
verhältnis. In: Böckler impuls 14 vom 25.09. Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf.
- Petanovitsch, Alexander/Schmid, Kurt (2012):** Zum Nutzen frühkindlicher Betreuung und Förderung. Ökonomische, soziale
und pädagogische Effekte frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung. Institut für Bildungsforschung der Wirtschaft.
Kurzexertise. Wien.
- Peter, Frauke/Spieß, Katharina C. (2015):** Kinder mit Migrationshintergrund in Kintertageseinrichtungen und Horten: Un-
terschiede zwischen den Gruppen nicht vernachlässigen! In: DIW Wochenbericht 1+2, S. 12-20. Deutsches Institut für
Wirtschaftsforschung, Berlin.
- Pimminger, Irene (2012):** Junge Frauen und Männer im Übergang von der Schule in den Beruf. Agentur für Gleichstellung im
ESF. Zweite Aktualisierung. Berlin.
- Piore, Michael J. (1979):** Birds of Passage. Migrant Labor in Industrial Societies. Cambridge.
- Potts, Lydia/Lingen-Ali, Ulrike (2013):** Alleinerziehende Migrantinnen und Migranten in Deutschland – Lebenspraxen zwi-
schen Ausgrenzung und Handlungsfähigkeit. In: Migration und Soziale Arbeit 2, S. 132-140.
- Präsident des Hessischen Landtags (Hrsg.) (2014):** Migration und Integration. Abschlussbericht der Enquetekommission des
Hessischen Landtags. Wiesbaden.
- Prenzel, Manfred/Baumert, Jürgen/Blum, Werner/Lehmann, Rainer/Leutner, Detlev/Neubrand, Michael/Pekrun, Rein-
hard/Rolff, Hans-Günter/Rost, Jürgen/Schiefele, Ulrich (Hrsg.) (2004):** PISA 2003. Der Bildungsstand der Jugendlichen
in Deutschland – Ergebnisse des zweiten internationalen Vergleichs. Münster.

- Prenzel, Manfred/Artelt, Cordula/Baumert, Jürgen/Blum, Werner/Hammann, Marcus/Klieme, Eckhard/Pekrun, Reinhard (Hrsg.) (2007):** PISA 2006. Die Ergebnisse der dritten internationalen Vergleichsstudie. Münster.
- Priem, Maximilian/Schupp, Jürgen (2014):** Alle zufrieden – Lebensverhältnisse in Deutschland. In: DIW Wochenbericht Nr. 40, S. 1001 – 1008.
- ProAsyl (2015):** Zahlen und Fakten 2014. <http://www.proasyl.de/de/themen/zahlen-und-fakten/> Zugriff vom 18.10.2015.
- Ramsauer, Kathrin (2011):** Bildungserfolge von Migrantenkindern. Der Einfluss der Herkunftsfamilie. Expertise. Deutsches Jugendinstitut. München.
- Rasner, Anika/Zimmer, Barbara (2012):** Berufliche Weiterbildung im Erwerbsleben – Eine Analyse auf Basis des Sozio-Oekonomischen Panels. Unveröffentlichtes Papier. Berlin.
- Razum, Oliver/Spallek, Jacob (2009):** Wie gesund sind Migranten? Erkenntnisse und Zusammenhänge am Beispiel der Zuwanderer in Deutschland. In: Netzwerk Migration in Europa, focus Migration, Kurzdossier 12 (Onlineressource). <http://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/57300/wie-gesund-sind-migranten>
- Reichwein, Alfred (2014):** Interkulturelle Öffnung von politischen Organisationen. WISO direkt. Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- Riesen, Ilona (2009):** Der iw-Integrationsmonitor. In: iw-Trends – Vierteljahresschrift zur empirischen Wirtschaftsforschung 1. Institut der deutschen Wirtschaft. Köln, S. 99-114.
- Robert Koch-Institut (Hrsg.) (2008):** Migration und Gesundheit. Schwerpunktbericht der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Berlin.
- Rottleuther, Hubert/Mahlmann, Matthias (2011):** Diskriminierung in Deutschland. Vermutungen und Fakten. Baden-Baden. Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2010): Einwanderungsgesellschaft 2010. Jahresgutachten 2010 mit Integrationsbarometer. Essen.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2011a):** Migrationsland 2011. Jahresgutachten 2011 mit Integrationsbarometer. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2011b):** Vom internationalen Studierenden zum hoch qualifizierten Zuwanderer. Ein Vergleich der rechtlichen Rahmenbedingungen in fünf Staaten der Europäischen Union. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2012a):** Integration im föderalen System: Bund, Länder und die Rolle der Kommunen. Jahresgutachten 2012 mit Integrationsbarometer. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2012b):** Segregation an Grundschulen: Der Einfluss der elterlichen Schulwahl. Policy Brief, Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2012c):** Mobile Talente? Ein Vergleich der Bleibeabsichten internationaler Studierenden in fünf Staaten der Europäischen Union. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2013a):** Erfolgsfall Europa? Folgen und Herausforderungen der EU-Freizügigkeit für Deutschland. Jahresgutachten 2013 mit Migrationsbarometer. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2013b):** Hürdenlauf zur Kita: Warum Eltern mit Migrationshintergrund ihr Kind seltener in die frühkindliche Tagesbetreuung schicken. Policy Brief, Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2014a):** Deutschlands Wandel zum modernen Einwanderungsland. Jahresgutachten 2014 mit Integrationsbarometer. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2014b):** Diskriminierung am Ausbildungsmarkt. Ausmaß, Ursachen und Handlungsperspektiven. Berlin.
- Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (Hrsg.) (2015):** Unter Einwanderungsländern: Deutschland im internationalen Vergleich. Jahresgutachten 2015. Berlin.
- Schader-Stiftung (Hrsg.) (2011):** Integrationspotenziale in kleinen Städten und Landkreisen. Ergebnisse des Forschungspraxis-Projekts. Darmstadt.
- Schedding-Kleis, Ulrike (2015):** Allgemeinbildende Abschlüsse an den hessischen Schulen. In: Staat und Wirtschaft in Hessen 3, S. 125-136.
- Schmid, Susanne/Kohls, Martin (2011):** Generatives Verhalten und Migration – Eine Bestandsaufnahme des generativen Verhaltens von Migrantinnen in Deutschland. Forschungsbericht 10 des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Schmidt-Denter, Ulrich (2011):** Die Deutschen und ihre Migranten. Ergebnisse der europäischen Identitätsstudie. Weinheim u.a.

- Schneider, Jan (2012):** Die Organisation der Asyl- und Zuwanderungspolitik in Deutschland. Studie I/2008 im Rahmen des Europäischen Migrationsnetzwerks (EMN). Working Paper 25 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge (2. überarbeitete und aktualisierte Auflage). Nürnberg.
- Schneider, Ulrich/Stilling, Gwendolyn/Woltering, Christian (2015):** Die Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland wird größer – Deutschland zerklüftet armutspolitisch zunehmend. In: Nachrichtendienst des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge e.V. 6, S. 329-331.
- Schober, Pia S./Spieß, Katharina C. (2012):** Frühe Förderung und Betreuung von Kindern: Bedeutende Unterschiede bei der Inanspruchnahme besonders in den ersten Lebensjahren. DIW Wochenbericht 43, S. 17-28.
- Schober, Pia S./Stahl, Juliane F. (2014):** Childcare trends in Germany – Increasing socio-economic disparities in East and West. In: DIW Economic Bulletin 11, S. 51-58. Berlin.
- Schouler-Ocak, Meryam/Aichberger, Marion/Penka, Simone/Kluge, Ulrike/Heinz, Andreas (2015):** Psychische Störungen bei Menschen mit Migrationshintergrund. In: Bundesgesundheitsblatt – Gesundheitsforschung – Gesundheitsschutz 6, S. 527-532.
- Schroeder, Christoph (2007):** Integration und Sprache. In: Aus Politik und Zeitgeschichte 22-23, S. 6-12.
- Schröer, Hubertus (2007):** Interkulturelle Öffnung. Statement für den Workshop des Gesprächskreises Migration und Integration der Friedrich-Ebert-Stiftung. Berlin.
- Schulte, Axel (2012):** Politische Steuerung von Integrationsprozessen und Menschenrechte in der Einwanderungsgesellschaft. In: Zeitschrift für Ausländerrecht und Ausländerpolitik 8, S. 289-297.
- Seebaß, Katharina/Siegert, Manuel (2011):** Migranten am Arbeitsmarkt in Deutschland. Working Paper 36 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Seibert, Holger/Wapler, Rüdiger (2012):** Zuwanderung nach Deutschland: Aus dem Ausland kommen immer mehr Akademiker. IAB-Kurzbericht 21. Nürnberg.
- Seiberth, Klaus (2015):** Migration – Sport – Integration: Die Entwicklung der sportbezogenen Integrationsforschung. In: Migration und Soziale Arbeit 3, S. 196-204.
- Seidl, Norbert/Horn, Annett (2011):** Ambulante Versorgung von pflegebedürftigen Menschen mit Migrationshintergrund. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 52-57.
- Sekretariat der Deutschen Bischofskonferenz (Hrsg.) (2013):** Zahlen und Fakten 2012/13. Bonn.
- Sen, Faruk/Sauer, Martina (2006):** Islam in Deutschland. Einstellungen der türkischstämmigen Muslime. Religiöse Praxis und organisatorische Vertretung türkischstämmiger Muslime in Deutschland. Ergebnisse einer bundesweiten Befragung. Essen.
- Senatsverwaltung für Integration, Arbeit und Soziales - Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration (Hrsg.) (2011):** Bestandsaufnahme der in den Ländern ergriffenen Maßnahmen zur Erhöhung des Personalanteils mit Migrationshintergrund. Vorgelegt durch das Land Berlin in Abstimmung mit dem Land Hamburg im Auftrag der Konferenz der für Integration zuständigen Minister/-innen und Senatoren/-innen der Länder. Berlin.
- Settelmeyer, Anke/Erbe, Jessica (2010):** Migrationshintergrund. Zur Operationalisierung des Begriffes in der Berufsbildung. Wissenschaftliche Diskussionspapiere 112. Bundesinstitut für Berufsbildung, Bonn.
- Siebenhüter, Sandra (2011):** Integration oder ein Weg in die Exklusion? MigrantInnen in Leiharbeit. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 71-76.
- Siegert, Manuel (2008):** Schulische Bildung von Migranten in Deutschland. Working Paper 13 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg. [Aktualisierte Daten auf der Homepage des BAMF]
- Siegert, Manuel (2009):** Berufliche und akademische Ausbildung von Migranten in Deutschland. Working Paper 22 der Forschungsgruppe des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Simon, Erk/Neuwöhner, Ulrich (2011):** Medien und Migranten 2011. Zielsetzung, Konzeption und Basisdaten einer repräsentativen Untersuchung der ARD/ZDF-Medienkommission. In: Media-Perspektiven10. Frankfurt am Main.
- Sociaal en Cultureel Planbureau (Hrsg.) (2014):** Jaarrapport Integratie. Participatie van migranten op de arbeidsmarkt. Den Haag.
- Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.) (2012):** Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring. Hrsg. vom Magistrat der Stadt Frankfurt am Main. Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt am Main.
- Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.) (2015):** Frankfurter Integrations- und Diversitätsmonitoring 2011-2014. Ein Bericht des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, Frankfurt am Main.
- Statistik Austria/Kommission für Migrations- und Integrationsforschung der Österreichischen Akademie der Wissenschaften (Hrsg.) (2014):** migration & integration. Zahlen. Daten. Indikatoren 2014. Wien.

- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2009):** Demografischer Wandel in Deutschland. Heft 4: Auswirkungen auf die Entwicklung der Erwerbspersonenzahl. Stuttgart.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2011a):** Demographischer Wandel in Deutschland. Heft 1: Bevölkerungs- und Haushaltsentwicklung im Bund und in den Ländern. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2011b):** Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Ausgabe 2011. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2012):** Arbeitsmärkte im Wandel. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2013):** Bevölkerung nach Migrationsstatus regional. Ergebnisse des Mikrozensus 2011. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2014):** Internationale Bildungsindikatoren im Ländervergleich. Ausgabe 2014. Tabellenband. Wiesbaden.
- Statistische Ämter des Bundes und der Länder (Hrsg.) (2015):** Sozialberichterstattung der amtlichen Statistik. www.amtliche-sozialberichterstattung.de
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2009):** Bevölkerung Deutschlands bis 2060. 12. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2012a):** Bauen und Wohnen. Mikrozensus-Zusatzerhebung 2010: Bestand und Struktur der Wohneinheiten, Wohnsituation der Haushalte. Fachserie 5, Heft 1. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2012b):** Familien mit Migrationshintergrund: Traditionelle Werte zählen. http://www.destatis.de/DE/Publikationen/STATmagazin/Bevoelkerung/2012_03/Bevoelkerung2012_03.html
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2012c):** Geburten in Deutschland. Ausgabe 2012. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2014a):** Atypische Beschäftigung 2013 weiter leicht rückläufig. Pressemitteilung Nr. 418 vom 26.11. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2014b):** Bevölkerung mit Migrationshintergrund. Ergebnisse des Mikrozensus 2013. Fachserie 1, Reihe 2.2: Migration in Deutschland. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2014c):** Haushalte und Familien. Ergebnisse des Mikrozensus 2013. Fachserie 1 Reihe 3. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (2015):** Bevölkerung Deutschlands im Jahr 2014 erneut angestiegen. Pressemitteilung Nr. 24 vom 21.01. Wiesbaden.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.) (o.J.):** Atypische Beschäftigung in Abgrenzung vom Normalarbeitsverhältnis. <https://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/Arbeitsmarkt/Methoden/AtypischeBeschaeftigung.html?nn=552172>
- Statistisches Bundesamt/Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (Hrsg.) (2013):** Datenreport 2013. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland. In Zusammenarbeit mit dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung. Bonn.
- Statistik Hessen (Hrsg.) (2015):** Statistische Berichte: Ausländer in Hessen am 31. Dezember 2014. Ergebnisse des Ausländerzentralregisters. Wiesbaden. <http://www.statistik-hessen.de/publikationen/download/29/index.html>
- Steinhilber, Beate/Jakupi, Arta/Angstenberger, Benedikt/Ahrens, Esther/Beermann, Heiner (Hrsg.) (2013):** Hürden und Brücken im transnationalen Raum. Ergebnisse eines Studierendenprojekts über (Heirats-)Migration von der Türkei nach Deutschland. Freiburg.
- Sternberg, Rolf/Vorderwülbecke, Arne/Brixy, Udo (2014):** Global Entrepreneurship Monitor (GEM) – Länderbericht Deutschland 2013. Hannover u.a.
- Stichs, Anja/Haug, Sonja/Müssig, Stephanie (2010):** Muslimische Verbände in Deutschland aus der Sicht der muslimischen Bevölkerung. In: Zeitschrift für Ausländerrecht 4, S. 127-133.
- Stiftung Mercator/Vodafone Stiftung Deutschland (Hrsg.) (2015):** Große Vielfalt, weniger Chancen. Eine Studie über die Bildungserfahrungen und Bildungsziele von Menschen mit Migrationshintergrund in Deutschland. Essen u.a.
- Stiftung Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.) (2014):** Integrationsprozesse, wirtschaftliche Lage und Zufriedenheit türkeistämmiger Zuwanderer. Ergebnisse der 14. Mehrthemenbefragung 2013. Eine Analyse in Kooperation mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen. Essen.
- Sürig, Inken/Wilmes, Maren (2011):** Die Integration der zweiten Generation in Deutschland. Ergebnisse der TIES-Studie zur türkischen und jugoslawischen Einwanderung. IMIS-Beiträge 39. Osnabrück.

- Swedish Presidency of the European Union (2009):** Presidency conference conclusion on indicators and monitoring of the outcome of integration policies. Malmö.
- Thränhardt, Dietrich (2008):** Einbürgerung. Rahmenbedingungen, Motive und Perspektiven des Erwerbs der deutschen Staatsangehörigkeit. WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung. Bonn.
- Thränhardt, Dietrich (2015):** Die Arbeitsintegration von Flüchtlingen in Deutschland. Humanität, Effektivität, Selbstbestimmung. Hrsg. von der Bertelsmann Stiftung. Bielefeld.
- TNS Emnid (2012):** Willkommenskultur in Deutschland - Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage in Deutschland. Im Auftrag der Bertelsmann Stiftung. o.O.
- Toprak, Ahmet/Nowacki, Katja (2010):** Gewaltphänomene bei männlichen, muslimischen Jugendlichen mit Migrationshintergrund und Präventionsstrategien. Im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Berlin.
- Trabert, Lioba (2011a):** Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Hessen. In: Hessisches Ministerium für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung 2011, 3. Quartal. Wiesbaden, S. 2.
- Trabert, Lioba (2011b):** Entwicklung der Niedriglohnbeschäftigung in Hessen – Auswertung der Beschäftigungsstatistik. HA-Report Nr. 808. Wiesbaden.
- Tracy, Rosemarie (2015):** Spracherwerb im Einwanderungskontext. In: Migration und Soziale Arbeit 4, S. 299-305.
- Traunmüller, Richard (2014):** Religiöse Vielfalt, Sozialkapital und gesellschaftlicher Zusammenhalt. Religionsmonitor – verstehen was verbindet. Hrsg. von der Bertelsmann Stiftung. Bielefeld.
- Tyrrell, Naomi (2015):** Transnational migrant children`s language practices in translocal spaces. In: Diskurs Kindheits- und Jugendforschung. Leverkusen u.a., S. 11-23.
- Ulrich, Joachim Gerd (2012):** Institutionelle Mechanismen der (Re-)Produktion von Bildungsungleichheit an der Schwelle zur dualen Berufsausbildung und ihr Einfluss auf die Qualifizierungschancen von Bewerbern mit Migrationshintergrund. In: Friedrich-Ebert-Stiftung (Hrsg.): Soziale Ungleichheit in der Einwanderungsgesellschaft. Kategorien, Konzepte, Einflussfaktoren. WISO-Diskurs. Bonn, S. 68-84.
- Uslucan, Haci-Halil (2015):** Politische Partizipation von Zuwanderern. In: Neue Gesellschaft. Frankfurter Hefte 10, S. 19-22.
- Vanduyndlager, Lieselot/Wets, Johan/Noppe, Jo/Doyen, Gerlinde (2013):** Vlaamse Migratie- en Integratiemonitor 2013. Brussel.
- Verband Deutscher Städtestatistiker (Hrsg.) (2013):** Migrationshintergrund in der Statistik. Definitionen, Erfassung und Vergleichbarkeit. In: Materialien zur Bevölkerungsstatistik, Heft 2.
- Walwei, Ulrich (2015):** Arbeitsmarkt 2015: Bestandsaufnahme und Handlungserfordernisse. In: Gesundheits- und Sozialpolitik. Zeitschrift für das gesamte Gesundheitswesen, S. 7-14.
- Weinmann, Martin/Becher, Inna/Babka von Gostomski, Christian (2012):** Einbürgerungsverhalten von Ausländerinnen und Ausländern in Deutschland sowie Erkenntnisse zu Optionspflichtigen – Ergebnisse der BAMF-Einbürgerungsstudie 2011. Forschungsbericht 15 des Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. Nürnberg.
- Weiss, Karin (2013):** Ausländische Schüler in den neuen Bundesländern – eine Erfolgsgeschichte. In: Auernheimer, Georg (Hrsg.): Schieflagen im Bildungssystem. Opladen, S. 179-191.
- Westphal, Manuela/Wansing, Gudrun (2012):** Zur statistischen Erfassung von Migration und Behinderung – Repräsentanz und Einflussfaktoren. In: Migration und Soziale Arbeit 4, S. 365-373.
- Wilkens, Ingrid (2010):** Mobility and Migration. In: Hippach-Schneider, Ute/Toth, Bernadette (Eds.): ReferNet-Research Report. Germany: VET Research Report 2009. Bundesinstitut für Berufsforschung/ReferNet/Cedefop EU. Bonn.
- Wilkens, Ingrid (2013):** Schulerfolg von Jungen und Mädchen mit Migrationshintergrund in Hessen. In: Migration und Soziale Arbeit 2, S.149-153 .
- Wilkens, Ingrid (2015a):** Integrationsmonitoring der Länder: Internetportal eröffnet neue Möglichkeiten der Nutzung von Daten zur Integration. In: Migration und Soziale Arbeit 4, S. 350-352.
- Wilkens, Ingrid (2015b):** Integration Monitoring in Germany – An Attempt to Empirically Analyze the Process of Immigrant Integration. In: Friedrich Ebert Stiftung/European forum for migration studies – efms/Strategia – St. Petersburg Non-Governmental Organization Center for Civil, Social, Scientific and Cultural Initiatives (Eds.): Labour Migration and Migrants` Integration in Germany and Russia. St. Petersburg (Im Erscheinen).
- Wilkens, Ingrid (2016):** Zuwanderung nach Deutschland – ein Streiflicht. In: Migration und Soziale Arbeit. (Im Erscheinen).
- Wilkens, Ingrid/Fuhr-Becker, Gabriela/Waldmüller, Maja (2013):** Gesundheitliche Selbsteinschätzung von Migrantinnen und Migranten. In: Migration und Soziale Arbeit 4, S. 298-305.

- Wilkens, Ingrid/Kindermann, Walter (2012):** Integration in Hessen: „Meinungsbilder“ – Eine repräsentative Befragung der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund. In: Migration und Soziale Arbeit 1, S. 77-82.
- Wilkens, Ingrid/Klinker, Sonja/Märker, Frank/Waldmüller, Maja (2010):** Integrationsmonitoring: Neue Wege in Hessen. In: Migration und Soziale Arbeit 3+4, S. 220-227.
- Wilkens, Ingrid/Leber, Ute (2003):** Partizipation an formeller beruflicher Weiterbildung – Neue Ergebnisse auf Basis des SOEP. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung 3, S. 329-337.
- Windhorst, Julia (2015):** Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung – ein Thema für die soziale Arbeit? In: Migration und Soziale Arbeit 3, S.274-281.
- Wissensregion FrankfurtRheinMain (Hrsg.) (2012):** Wissensatlas 2012. Highlights der Wissensregion FrankfurtRheinMain. Frankfurt am Main.
- Woellert, Franziska/Kröhnert, Steffen/Sippel, Lilli/Klingholz, Reiner (2009):** Ungenutzte Potenziale. Zur Lage der Integration in Deutschland. Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung. Berlin.
- Worbs, Susanne (2012):** Mediennutzung von Migrantinnen und Migranten in Deutschland: Sind vor dem Bildschirm alle gleich? Migration und Soziale Arbeit 3, S. 223-230.
- Worbs, Susanne/Bund, Eva/Kohls, Martin/Babka von Gostomski, Christian (2013):** (Spät-)Aussiedler in Deutschland. Eine Analyse aktueller Daten und Forschungsergebnisse. Forschungsbericht des BAMF 20. Nürnberg.
- Wüst, Andreas M. (2012):** Dauerhaft oder temporär? Zur Bedeutung des Migrationshintergrunds für Wahlbeteiligung und Parteiwahl bei der Bundestagswahl 2009. In: Schmitt-Beck, Rüdiger (Hrsg.): Wählen in Deutschland. PVS Sonderheft. Baden-Baden, S. 157-178.
- Wüst, Andreas M./Heinz, Dominic (2009):** Die politische Repräsentation von Migranten in Deutschland. In: Markus Linden/Thaa, Winfried (Hrsg.): Die politische Repräsentation von Fremden und Armen. Baden-Baden, S. 201-218.
- Zick, Andreas/Küpper, Beate/Hövermann, Andreas (2012):** Die Abwertung der anderen. Eine europäische Zustandsbeschreibung zu Intoleranz, Vorurteilen und Diskriminierung. Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin.
- Zimmermann, Klaus F. (2012):** Ökonomische Ursachen und Folgen von Migration. IZA Standpunkte 47. Bonn.
- Zitzelsberger, Olga/Latorre, Patricia (2011):** Frauen-Migrantinnenorganisationen: Was sie von Frauenorganisationen der Mehrheitsgesellschaft unterscheidet. In: Migration und Soziale Arbeit 3, S. 242-250.

HMSI

45.756

Abkürzungsverzeichnis

6

14.4

23.5

vs.

10.613



Abs.	Absatz
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AHD	Aufenthaltsdauer
Art.	Artikel
AsylVfG	Asylverfahrensgesetz
AufenthG	Aufenthaltsgesetz
Aufl.	Auflage
AZR	Ausländerzentralregister
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
Bd.	Band
bzw.	beziehungsweise
dar.	darunter
d.h.	das heißt
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
ebda.	ebenda
ed. / eds.	editor / editors
Efms	europäisches forum für migrationsstudien
et al.	und andere
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
Eurostat	Statistisches Amt der Europäischen Union
f.	folgende
ff.	fortfolgende
GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland
HMdJIE	Hessisches Ministerium der Justiz, für Integration und Europa (nicht mehr existent)
HMSI	Hessisches Ministerium für Soziales und Integration
Hrsg.	Herausgeber
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
IntMK	Integrationsministerkonferenz: Konferenz der für Integration zuständigen Ministerinnen und Minister/Senatorinnen und Senatoren der Länder
MH	Migrationshintergrund
Mio.	Millionen
o.O.	ohne Ortsangabe
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development
resp.	respektive
s.	siehe
S.	Seite
sog.	so genannt
SGB	Sozialgesetzbuch
SOEP	Sozioökonomisches Panel
u.a.	unter anderem
vgl.	vergleiche
vs.	versus

2.46

923.1

17.3

Anhang

5.628

23.5

2.11

17.25

10.613

82.09



A1 Hessische Bevölkerung

Zusammensetzung der hessischen Bevölkerung nach Migrationshintergrund bzw. Staatsangehörigkeit und Alter

Jahr	Geschlecht	Alter in Jahren	Bevölkerung insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon			davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen		im Ausland	in Deutschland	
						EU-27-Länder ¹	Nicht-EU-Länder			
2005	insgesamt	unter 3	153	66	52	/	10	/	63	87
		3 bis unter 6	168	65	49	/	13	(7)	58	104
		6 bis unter 18	757	264	157	24	83	65	199	493
		18 bis unter 25	482	161	89	19	52	96	65	321
		25 bis unter 65	3.379	775	327	159	289	691	84	2.605
		65 und älter	1.151	100	60	15	26	97	/	1.051
		zusammen	6.092	1.430	733	224	473	958	472	4.661
	männlich	unter 3	75	31	24	/	(6)	/	30	44
		3 bis unter 6	82	32	24	/	(7)	/	29	50
		6 bis unter 18	394	136	81	12	43	33	103	258
		18 bis unter 25	242	82	46	11	25	49	34	160
		25 bis unter 65	1.697	385	162	80	143	338	47	1.313
		65 und älter	492	50	27	(9)	15	49	/	442
		zusammen	2.983	717	365	115	237	473	243	2.266
	weiblich	unter 3	78	35	28	/	/	/	33	44
		3 bis unter 6	86	33	25	/	(6)	/	29	53
		6 bis unter 18	363	128	75	12	40	31	96	235
		18 bis unter 25	240	79	43	(9)	27	48	31	161
		25 bis unter 65	1.682	390	165	79	146	353	37	1.292
		65 und älter	660	50	33	(6)	11	48	/	610
		zusammen	3.109	714	369	109	236	485	229	2.395
2009	insgesamt	unter 3	147	68	59	/	/	/	66	80
		3 bis unter 6	154	69	58	/	(7)	(6)	64	84
		6 bis unter 18	718	261	175	24	62	48	214	456
		18 bis unter 25	472	153	91	17	46	80	73	320
		25 bis unter 65	3.327	842	379	165	297	740	102	2.485
		65 und älter	1.245	132	84	21	27	130	/	1.113
		zusammen	6.063	1.525	847	235	443	1.005	520	4.538
	männlich	unter 3	74	34	29	/	/	/	33	40
		3 bis unter 6	78	36	30	/	/	/	33	42
		6 bis unter 18	374	134	89	13	32	25	110	240
		18 bis unter 25	235	76	47	(8)	22	38	38	159
		25 bis unter 65	1.662	413	189	82	142	358	55	1.249
		65 und älter	547	63	38	11	14	62	/	483
		zusammen	2.969	757	422	119	216	487	270	2.212
	weiblich	unter 3	74	34	30	/	/	/	33	40
		3 bis unter 6	76	33	28	/	/	/	31	43
		6 bis unter 18	344	127	86	11	30	23	104	217
		18 bis unter 25	237	77	44	(9)	24	42	35	161
		25 bis unter 65	1.665	429	190	83	156	382	47	1.236
		65 und älter	698	69	46	10	13	67	/	630
		zusammen	3.093	768	425	116	227	518	250	2.325

Jahr	Geschlecht	Alter in Jahren	Bevölkerung insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon			davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen		im Ausland	in Deutschland	
						EU-Länder ¹	Nicht-EU-Länder			
2011	insgesamt	unter 3	141	67	58	/	(6)	/	64	74
		3 bis unter 6	155	70	61	/	(5)	(5)	65	85
		6 bis unter 18	693	259	191	22	46	39	220	434
		18 bis unter 25	493	152	91	19	42	74	78	341
		25 bis unter 65	3.360	855	378	176	300	769	86	2.505
		65 und älter	1.231	136	82	22	32	133	/	1.095
		zusammen	6.073	1.538	861	246	431	1.021	517	4.534
	männlich	unter 3	71	33	28	/	/	/	31	38
		3 bis unter 6	81	38	31	/	/	/	33	43
		6 bis unter 18	358	133	97	11	24	20	113	225
		18 bis unter 25	247	79	47	10	22	36	43	168
		25 bis unter 65	1.674	414	186	87	141	365	49	1.260
		65 und älter	548	62	35	12	15	60	/	486
		zusammen	2.979	758	425	126	208	488	271	2.221
	weiblich	unter 3	70	34	30	/	/	/	33	36
		3 bis unter 6	75	32	29	/	/	/	31	42
		6 bis unter 18	335	126	93	11	22	19	107	209
		18 bis unter 25	245	73	44	(9)	20	37	36	172
		25 bis unter 65	1.686	441	192	89	159	404	37	1.245
		65 und älter	683	74	47	(9)	18	72	/	609
		zusammen	3.094	780	436	121	223	534	247	2.314
2013	insgesamt	unter 3	155	73	63	/	(6)	/	69	81
		3 bis unter 6	158	75	65	/	(6)	(7)	69	82
		6 bis unter 18	684	280	215	27	38	39	241	404
		18 bis unter 25	462	143	84	19	39	66	76	320
		25 bis unter 65	3.343	910	394	213	303	801	108	2.432
		65 und älter	1.227	140	75	28	37	137	/	1.087
		zusammen	6.028	1.621	895	297	429	1.054	566	4.407
	männlich	unter 3	78	37	32	/	/	/	35	40
		3 bis unter 6	81	39	33	/	/	/	35	42
		6 bis unter 18	353	143	110	14	19	21	121	210
		18 bis unter 25	234	76	45	10	21	35	41	158
		25 bis unter 65	1.663	450	194	112	142	389	61	1.213
		65 und älter	544	65	32	15	19	65	/	478
		zusammen	2.952	810	446	156	206	516	294	2.142
weiblich	unter 3	77	36	30	/	/	/	34	41	
	3 bis unter 6	77	36	32	/	/	/	34	41	
	6 bis unter 18	332	137	105	14	19	18	119	194	
	18 bis unter 25	228	67	39	(9)	19	31	36	161	
	25 bis unter 65	1.680	461	200	101	160	413	47	1.219	
	65 und älter	683	74	43	13	18	72	/	609	
	zusammen	3.077	811	449	141	222	539	272	2.265	

¹Daten des Jahres 2005 – zur besseren Vergleichbarkeit mit den Folgejahren – einschließlich Personen aus Bulgarien und Rumänien

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

Quelle: Mikrozensus

A2 Ausländische Bevölkerung in Hessen

A2a Ausländische Bevölkerung
1950 bis 2014

Jahr	Nichtdeutsche Bevölkerung am Jahresende	Anteil an der Gesamtbevölkerung in %
1950	29.354	0,7%
1955	32.540	0,7%
1960	64.920	1,4%
1965	216.817	4,2%
1970	306.462	5,6%
1975	428.692	7,7%
1980	499.525	8,9%
1985	508.236	9,2%
1990	612.134	10,6%
1991	667.097	11,4%
1992	735.405	12,4%
1993	759.750	12,7%
1994	751.344	12,6%
1995	763.327	12,7%
1996	763.007	12,7%
1997	749.024	12,4%
1998	733.989	12,2%
1999	730.507	12,1%
2000	721.167	11,9%
2001	705.546	11,6%
2002	705.486	11,6%
2003	700.033	11,5%
2004	694.693	11,4%
2005	697.218	11,4%
2006	685.013	11,3%
2007	682.525	11,2%
2008	674.276	11,1%
2009	672.623	11,1%
2010	676.392	11,1%
2011	683.447	11,4%
2012	709.188	11,8%
2013	743.721	12,3%
2014	794.378	13,0%

Quelle: Bevölkerungsfortschreibung*, Hessisches Statistisches Landesamt

*1950 bis 1969: Ergebnisse auf Grund von Meldungen der Ausländerämter der kreisfreien Städte und Landkreise;
ab 1970 Fortschreibungsergebnisse (Basiszahlen der Fortschreibung 1970 bis 1986: Volkszählungsergebnis vom 27.5.1970;
1987 bis 2010: Volkszählungsergebnis vom 25.5.1987; ab 2011: vorläufiges Fortschreibungsergebnis auf Basis Zensus 2011)

A2b Die zehn häufigsten Staatsangehörigkeiten
der ausländischen Bevölkerung 2014

Staatsangehörigkeit	Anzahl	Anteil in %
Türkei	159.572	18,5
Polen	73.232	8,5
Italien	69.116	8,0
Rumänien	39.320	4,6
Kroatien	38.322	4,5
Griechenland	33.148	3,8
Bulgarien	26.987	3,1
Serbien	23.871	2,8
Spanien	23.302	2,7
Bosnien und Herzegowina	17.792	2,1

Quelle: Ausländerzentralregister

A3 Ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus

Ausländische Bevölkerung nach Aufenthaltsstatus 2011 und 2013

Jahr	Ausländische Bevölkerung insgesamt	mit langfristigem Aufenthaltsrecht	mit befristeter Aufenthaltserlaubnis	mit Duldung	Asylsuchende bzw. mit Aufenthaltsgestattung	sonstige/ ungeklärt
2011	744.385	593.313	103.478	4.659	3.880	39.055
2013	810.639	648.802	105.908	4.930	9.301	41.698

Quelle: Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, Ausländerzentralregister

A4 Zu- und Fortzüge von Ausländern in Hessen von/ins Ausland

Zu- und Fortzüge von Ausländern 1995 bis 2014

Jahr	Zuzüge aus dem Ausland nach Hessen	Fortzüge von Hessen ins Ausland	Wanderungsgewinn bzw. -verlust
1995	73.140	57.563	+ 15.577
1996	64.229	58.387	+ 5.842
1997	56.190	64.063	- 7.873
1998	55.857	62.845	- 6.988
1999	64.553	56.990	+ 7.563
2000	63.161	57.208	+ 5.953
2001	66.135	64.828	+ 1.307
2002	61.729	53.166	+ 8.563
2003	56.535	50.125	+ 6.410
2004	57.890	53.679	+ 4.211
2005	53.152	47.139	+ 6.013
2006	50.437	54.595	- 4.158
2007	54.296	47.899	+ 6.397
2008	53.958	54.484	- 526
2009	56.019	50.546	+ 5.473
2010	67.118	54.993	+ 12.125
2011	83.511	52.241	+ 31.270
2012	89.877	54.547	+ 35.330
2013	101.611	59.438	+ 42.173
2014	122.508	65.127	+ 57.381

Quelle: Wanderungsstatistik

A5 Einbürgerungen

Zahl und ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial (Quote der jährlichen Einbürgerungen bezogen auf alle Ausländer mit einer Aufenthaltszeit ab acht Jahren)

Jahr	Einbürgerungen	Ausgeschöpftes Einbürgerungspotenzial in %
2005	13.793	2,6
2006	13.367	2,5
2007	14.007	2,7
2008	13.323	2,5
2009	12.611	2,4
2010	13.839	2,6
2011	12.916	2,4
2012	14.571	2,7
2013	13.540	2,5
2014	12.677	2,3

Quelle: Einbürgerungsstatistik, Ausländerzentralregister

B1 Frühkindliche Bildung – Betreuungsquote in Kindertageseinrichtungen

Anteil der Kinder verschiedener Altersgruppen in Kindertageseinrichtungen nach Migrationshintergrund an allen Kindern der jeweiligen Altersgruppe

Jahr	Kinder unter 3 Jahren		Kinder von 3 bis unter 6 Jahren	
	mit	ohne	mit	ohne
	Migrationshintergrund ¹			
	in %			
2009	7,9	17,0	86,9	98,4
2011	11,9	21,1	89,4	94,2
2014	17,8	28,6	93,4	92,8

¹Kinder mit Migrationshintergrund: ausländische Herkunft mindestens eines Elternteils

Quelle: Statistisches Bundesamt (Sonderauswertung)

B2 Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen

Anteil der Kinder (3 bis unter 6 Jahre) in Kindertageseinrichtungen, in deren Familie vorrangig nicht Deutsch gesprochen wird, an allen Kindern dieser Altersgruppe in Kindertageseinrichtungen

Jahr	Geschlecht	Kinder von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen		
		insgesamt	davon mit vorrangiger Familiensprache	
			nicht deutsch	deutsch
		Anzahl	in %	
2005	männlich	77.549	22,2	77,8
	weiblich	73.598	21,6	78,4
	insgesamt	151.147	21,9	78,1
2008	männlich	75.503	23,6	76,4
	weiblich	72.260	23,1	76,9
	insgesamt	147.763	23,4	76,6
2011	männlich	74.481	25,7	74,3
	weiblich	71.023	25,1	74,9
	insgesamt	145.504	25,4	74,6
2013	männlich	75.209	26,7	73,3
	weiblich	71.319	26,2	73,8
	insgesamt	146.528	26,5	73,5

Quelle: Kinder- und Jugendhilfestatistik

B3 Schüler in der 8. Klasse nach Schulformen

B3a Anteil der Schüler nach Staatsangehörigkeit in der 8. Klasse nach Schulformen an allen Schülern der 8. Klassenstufe

Jahr	Geschlecht	Schulform	Schüler/-innen in der 8. Klasse				
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche	Ausländer/ -innen	Deutsche
				Zeilen-%		Spalten-%	
2005/2006	insgesamt	Gesamtschule	10.942	15,7	84,3	19,2	16,4
		Hauptschule	11.389	27,1	72,9	34,5	14,8
		Realschule	18.683	13,8	86,2	28,9	28,6
		Gymnasium	24.187	6,4	93,6	17,4	40,2
		zusammen	65.201	13,7	86,3	100	100
	männlich	Gesamtschule	5.664	15,2	84,8	19,1	16,8
		Hauptschule	6.512	26,1	73,9	37,8	16,9
		Realschule	9.513	12,9	87,1	27,4	29,0
		Gymnasium	11.355	6,2	93,8	15,7	37,3
		zusammen	33.044	13,6	86,4	100	100
	weiblich	Gesamtschule	5.278	16,3	83,7	19,3	15,9
		Hauptschule	4.877	28,4	71,6	31,2	12,6
		Realschule	9.170	14,7	85,3	30,4	28,2
		Gymnasium	12.832	6,6	93,4	19,0	43,2
		zusammen	32.157	13,8	86,2	100	100
2009/2010	insgesamt	Gesamtschule	11.581	15,6	84,4	22,5	18,7
		Hauptschule	7.577	28,6	71,4	27,1	10,4
		Realschule	16.954	14,5	85,5	30,6	27,8
		Gymnasium	24.121	6,6	93,4	19,8	43,2
		zusammen	60.233	13,3	86,7	100	100
	männlich	Gesamtschule	5.986	14,9	85,1	22,4	19,1
		Hauptschule	4.366	27,7	72,3	30,3	11,8
		Realschule	8.768	13,9	86,1	30,5	28,3
		Gymnasium	11.533	5,9	94,1	16,9	40,7
		zusammen	30.653	13,0	87,0	100	100
	weiblich	Gesamtschule	5.595	16,3	83,7	22,7	18,3
		Hauptschule	3.211	29,9	70,1	23,9	8,8
		Realschule	8.186	15,1	84,9	30,7	27,2
		Gymnasium	12.588	7,2	92,8	22,7	45,7
		zusammen	29.580	13,6	86,4	100	100
2011/2012	insgesamt	Gesamtschule	12.300	15,9	84,1	22,9	19,8
		Hauptschule	6.784	29,8	70,2	23,6	9,1
		Realschule	16.817	15,9	84,1	31,2	27,1
		Gymnasium	24.874	7,7	92,3	22,3	44,0
		zusammen	60.775	14,1	85,9	100	100
	männlich	Gesamtschule	6.381	15,3	84,7	22,5	20,3
		Hauptschule	3.999	29,5	70,5	27,1	10,6
		Realschule	8.637	14,9	85,1	29,4	27,6
		Gymnasium	12.000	7,6	92,4	21,0	41,6
		zusammen	31.017	14,1	85,9	100	100
	weiblich	Gesamtschule	5.919	16,5	83,5	23,3	19,3
		Hauptschule	2.785	30,2	69,8	20,0	7,6
		Realschule	8.180	17,0	83,0	33,1	26,6
		Gymnasium	12.874	7,7	92,3	23,6	46,5
		zusammen	29.758	14,1	85,9	100	100

Jahr	Geschlecht	Schulform	Schüler/-innen in der 8. Klasse				
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche	Ausländer/ -innen	Deutsche
				Zeilen-%		Spalten-%	
2013/2014	insgesamt	Gesamtschule	12.065	15,5	84,5	24,2	20,1
		Hauptschule	6.267	29,7	70,3	24,1	8,7
		Verbundene H/R	195	20,5	79,5	0,5	0,3
		Realschule	15.326	14,4	85,6	28,6	25,8
		Gymnasium	24.716	7,1	92,9	22,6	45,2
		zusammen	58.569	13,2	86,8	100	100
	männlich	Gesamtschule	6.268	14,9	85,1	23,5	20,4
		Hauptschule	3.751	29,6	70,4	28,1	10,1
		Verbundene H/R	111	22,5	77,5	0,6	0,3
		Realschule	7.976	13,6	86,4	27,3	26,4
		Gymnasium	11.949	6,8	93,2	20,4	42,7
		zusammen	30.055	13,2	86,8	100	100
	weiblich	Gesamtschule	5.797	16,2	83,8	24,9	19,6
		Hauptschule	2.516	29,9	70,1	20,0	7,1
		Verbundene H/R	84	17,9	82,1	0,4	0,3
		Realschule	7.350	15,3	84,7	29,9	25,2
		Gymnasium	12.767	7,3	92,7	24,8	47,8
		zusammen	28.514	13,2	86,8	100	100

Quelle: Schulstatistik

B3b Schülerinnen und Schüler der 8. Jahrgangsstufe nach Schulformen, Migrationshintergrund und Geschlecht im Schuljahr 2013/2014 (in %)

Schulform	mit MH			ohne MH		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Hauptschulen	17,7	20,7	14,6	7,8	9,0	6,6
Förderschulen	4,9	6,1	3,7	4,4	5,6	3,1
Realschulen	26,9	26,3	27,5	24,8	25,2	24,5
Mittelstufenschulen	0,4	0,5	0,4	0,3	0,3	0,3
Gymnasien	28,2	25,5	31,0	44,9	41,9	48,3
Integrierte Gesamtschulen	21,9	21,0	22,9	17,7	18,1	17,3
Insgesamt	100	100	100	100	100	100

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Sonderauswertung); eigene Berechnung

B4 Schulentlassene

B4a Anteil der Schulentlassenen eines Jahrgangs an allgemeinbildenden Schulen nach Schulabschluss und Staatsangehörigkeit an allen ausländischen und deutschen Schulentlassenen

Jahr	Geschlecht	Abschlussart	Absolventen/-innen / Abgänger/-innen				
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche	Ausländer/ -innen	Deutsche
				Zeilen-%		Spalten-%	
2005	insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	5.280	30,8	69,2	18,1	7,0
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	1.671	31,1	68,9	5,8	2,2
		Hauptschulabschluss	15.199	24,1	75,9	40,8	21,9
		Realschulabschluss	24.983	11,0	89,0	30,7	42,3
		Fachhochschulreife	873	13,1	86,9	1,3	1,4
		Allgemeine Hochschulreife	15.227	5,4	94,6	9,2	27,4
		zusammen	61.562	14,6	85,4	100	100
	männlich	ohne Hauptschulabschluss	3.289	30,6	69,4	21,8	8,6
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	1.065	30,3	69,7	7,0	2,8
		Hauptschulabschluss	8.682	22,4	77,6	42,2	25,4
		Realschulabschluss	12.318	10,3	89,7	27,4	41,7
		Fachhochschulreife	383	11,5	88,5	1,0	1,3
		Allgemeine Hochschulreife	6.459	5,5	94,5	7,7	23,0
		zusammen	31.131	14,8	85,2	100	100
	weiblich	ohne Hauptschulabschluss	1.991	31,1	68,9	14,2	5,3
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	606	32,3	67,7	4,5	1,6
		Hauptschulabschluss	6.517	26,2	73,8	39,2	18,4
		Realschulabschluss	12.665	11,8	88,2	34,2	42,9
Fachhochschulreife		490	14,3	85,7	1,6	1,6	
Allgemeine Hochschulreife		8.768	5,4	94,6	10,8	31,8	
zusammen		30.431	14,3	85,7	100	100	
2009	insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	4.464	30,3	69,7	14,5	5,5
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	1.232	32,4	67,6	4,3	1,5
		Hauptschulabschluss	13.750	24,8	75,2	36,5	18,2
		Realschulabschluss	28.504	12,3	87,7	37,5	43,9
		Fachhochschulreife	1.004	10,6	89,4	1,1	1,6
		Allgemeine Hochschulreife	18.572	5,2	94,8	10,4	30,9
		zusammen	66.294	14,1	85,9	100	100
	männlich	ohne Hauptschulabschluss	2.584	31,1	68,9	17,0	6,3
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	744	32,5	67,5	5,1	1,8
		Hauptschulabschluss	7.884	23,2	76,8	38,8	21,3
		Realschulabschluss	14.214	11,2	88,8	33,9	44,4
		Fachhochschulreife	464	11,6	88,4	1,1	1,4
		Allgemeine Hochschulreife	7.977	5,4	94,6	9,1	26,6
		zusammen	33.123	14,2	85,8	100	100
	weiblich	ohne Hauptschulabschluss	1.880	29,3	70,7	11,9	4,7
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	488	32,2	67,8	3,4	1,2
		Hauptschulabschluss	5.866	26,8	73,2	34,1	15,0
		Realschulabschluss	14.290	13,3	86,7	41,1	43,4
Fachhochschulreife		540	9,6	90,4	1,1	1,7	
Allgemeine Hochschulreife		10.595	5,1	94,9	11,8	35,2	
zusammen		33.171	13,9	86,1	100	100	

Jahr	Geschlecht	Abschlussart	Absolventen/-innen / Abgänger/-innen				
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche	Ausländer/ -innen	Deutsche
				Zeilen-%		Spalten-%	
2011	insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	3.370	29,1	70,9	13,1	4,4
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	1.245	27,9	72,1	4,6	1,7
		Hauptschulabschluss	11.863	20,8	79,2	32,9	17,4
		Realschulabschluss	24.642	11,4	88,6	37,6	40,4
		Fachhochschulreife	1.669	11,9	88,1	2,6	2,7
		Allgemeine Hochschulreife	19.975	5,2	94,8	13,7	35,1
		zusammen	61.519	12,2	87,8	100	100
	männlich	ohne Hauptschulabschluss	1.980	27,9	72,1	14,5	5,2
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	739	26,4	73,6	5,1	2,0
		Hauptschulabschluss	6.957	19,8	80,2	36,2	20,4
		Realschulabschluss	12.811	10,7	89,3	36,0	41,9
		Fachhochschulreife	751	10,8	89,2	2,1	2,5
		Allgemeine Hochschulreife	8.637	4,9	95,1	11,1	30,1
		zusammen	31.136	12,2	87,8	100	100
	weiblich	ohne Hauptschulabschluss	1.390	30,9	69,1	11,7	3,6
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	506	30,0	70,0	4,1	1,3
		Hauptschulabschluss	4.906	22,1	77,9	29,5	14,3
		Realschulabschluss	11.831	12,2	87,8	39,2	38,9
Fachhochschulreife		918	12,7	87,3	3,2	3,0	
Allgemeine Hochschulreife		11.338	5,4	94,6	16,5	40,2	
zusammen		30.383	12,1	87,9	100	100	
2013	insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	3029	28	72	11	4
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	1076	25	75	3	1
		Hauptschulabschluss	10.761	21	79	28	14
		Realschulabschluss	26.525	13	87	43	37
		Fachhochschulreife	1.548	10	90	2	2
		Allgemeine Hochschulreife	27.984	5	95	17	43
		zusammen	6.9847	11	89	100	100
	männlich	ohne Hauptschulabschluss	1.792	27	73	12	4
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	628	24	76	4	2
		Hauptschulabschluss	6.357	20	80	31	17
		Realschulabschluss	13.665	12	88	42	39
		Fachhochschulreife	672	9	91	2	2
		Allgemeine Hochschulreife	12.382	5	95	14	38
		zusammen	34.868	12	88	100	100
	weiblich	ohne Hauptschulabschluss	1.237	29	71	9	3
		dar. Abschluss für Lernbehinderte	448	27	73	3	1
		Hauptschulabschluss	4.404	23	77	25	11
		Realschulabschluss	12.860	13	87	44	36
Fachhochschulreife		876	11	89	2	3	
Allgemeine Hochschulreife		15.602	5	95	19	48	
zusammen		34.979	11	89	100	100	

Quelle: Schulstatistik

B4b Anteil der Schulentlassenen aus allgemeinbildenden Schulen¹ nach Schulabschluss und Migrationshintergrund (Schuljahr 2013/2014, in %)

	mit Migrationshintergrund			ohne Migrationshintergrund		
	insgesamt	männlich	weiblich	insgesamt	männlich	weiblich
Förderschulabschluss	4,2	5,1	3,3	2,1	2,5	1,7
Ohne Hauptschulabschluss	4,6	5,7	3,5	1,7	2,1	1,3
Mit Hauptschulabschluss	26,0	28,4	23,5	14,0	16,6	11,3
Mit Realschulabschluss ²	42,6	42,1	43,1	37,5	39,3	35,6
Mit Abitur	22,7	18,7	26,7	44,8	39,5	50,1
zusammen	100	100	100	100	100	100

¹ Ohne 1499 Schulentlassene an Schulen für Erwachsene und ohne Übergänger aus der integrierten Jahrgangsstufe für die gymnasiale Oberstufe. – ² Einschl. schulischem Teil der Fachhochschulreife.

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Sonderauswertung); eigene Berechnungen

B5 Ausbildungsbeteiligungsquote

Ausbildungsbeteiligung im Dualen System von Jugendlichen im Alter von 18 bis unter 21 Jahren nach Staatsangehörigkeit an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe (näherungsweise Berechnung)

Jahr	Geschlecht	Ausbildungsbeteiligungsquote		
		insgesamt	Ausländer/innen	Deutsche
		in %		
2008	männlich	31,9	19,0	33,8
	weiblich	22,9	14,9	24,1
	insgesamt	27,5	17,0	29,0
2009	männlich	30,6	19,7	32,1
	weiblich	22,4	15,9	23,3
	insgesamt	26,5	17,8	27,8
2011	männlich	29,4	18,2	31,0
	weiblich	20,5	15,2	21,3
	insgesamt	25,0	16,7	26,3
2013	männlich	28,4	15,4	30,5
	weiblich	19,0	11,3	20,3
	insgesamt	23,8	13,4	25,5

Quelle: Berufsbildungsstatistik

B6 Auszubildende nach Ausbildungsbereichen

Verteilung der Auszubildenden nach Staatsangehörigkeit auf die Ausbildungsbereiche des Dualen Systems

Jahr	Geschlecht	Ausbildungsbereich	Auszubildende				
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche	Ausländer/ -innen	Deutsche
				Zeilen-%		Spalten-%	
2005	insgesamt	Industrie und Handel ¹	59.601	7,4	92,6	50,2	57,4
		Handwerk	30.045	9,7	90,3	33,1	28,2
		Landwirtschaft	1.827	1,3	98,7	0,3	1,9
		Öffentlicher Dienst ²	4.308	3,1	96,9	1,5	4,3
		Freie Berufe ²	9.118	14,4	85,6	14,9	8,1
		zusammen	104.899	8,4	91,6	100	100
	männlich	Industrie und Handel ¹	35.545	7,2	92,8	53,2	57,3
		Handwerk	23.579	9,1	90,9	44,7	37,2
		Landwirtschaft	1.409	1,5	98,5	0,4	2,4
		Öffentlicher Dienst ²	1.436	2,7	97,3	0,8	2,4
		Freie Berufe ²	457	9,6	90,4	0,9	0,7
		zusammen	62.426	7,7	92,3	100	100
	weiblich	Industrie und Handel ¹	24.056	7,8	92,2	46,6	57,7
		Handwerk	6.466	12,0	88,0	19,3	14,8
		Landwirtschaft	418	0,5	99,5	0,0	1,1
		Öffentlicher Dienst ²	2.872	3,3	96,7	2,3	7,2
		Freie Berufe ²	8.661	14,6	85,4	31,7	19,2
		zusammen	42.473	9,4	90,6	100	100
2009	insgesamt	Industrie und Handel ¹	65.196	8,2	91,8	57,2	60,5
		Handwerk	29.087	9,3	90,7	29,3	26,6
		Landwirtschaft	2.011	1,3	98,7	0,3	2,0
		Öffentlicher Dienst ²	3.796	2,5	97,5	1,0	3,7
		Freie Berufe ²	8.244	13,7	86,3	12,2	7,2
		zusammen	108.334	8,6	91,4	100	100
	männlich	Industrie und Handel ¹	38.513	8,2	91,8	61,0	59,9
		Handwerk	22.584	8,6	91,4	37,7	34,9
		Landwirtschaft	1.566	1,3	98,7	0,4	2,6
		Öffentlicher Dienst ²	1.201	2,3	97,7	0,5	2,0
		Freie Berufe ²	380	4,5	95,5	0,3	0,6
		zusammen	64.244	8,0	92,0	100	100
	weiblich	Industrie und Handel ¹	26.683	8,1	91,9	52,5	61,4
		Handwerk	6.503	12,0	88,0	18,8	14,3
		Landwirtschaft	445	1,6	98,4	0,2	1,1
		Öffentlicher Dienst ²	2.595	2,6	97,4	1,6	6,3
		Freie Berufe ²	7.864	14,2	85,8	26,9	16,9
		zusammen	44.090	9,4	90,6	100	100

Jahr	Geschlecht	Ausbildungsbereich	Auszubildende				
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche	Ausländer/ -innen	Deutsche
				Zeilen-%		Spalten-%	
2011	insgesamt	Industrie und Handel ¹	62.328	8,3	91,7	56,0	60,7
		Handwerk	27.636	10,0	90,0	30,1	26,4
		Landwirtschaft	1.956	0,8	99,2	0,2	2,1
		Öffentlicher Dienst ²	3.534	2,6	97,4	1,0	3,7
		Freie Berufe ²	8.022	14,7	85,3	12,8	7,3
		zusammen	103.476	8,9	91,1	100	100
	männlich	Industrie und Handel ¹	37.497	8,1	91,9	59,7	60,2
		Handwerk	21.741	9,2	90,8	39,0	34,5
		Landwirtschaft	1.515	0,9	99,1	0,3	2,6
		Öffentlicher Dienst ²	1.122	2,0	98,0	0,5	1,9
		Freie Berufe ²	423	6,6	93,4	0,5	0,7
		zusammen	62.301	8,2	91,8	100	100
	weiblich	Industrie und Handel ¹	24.831	8,5	91,5	51,3	61,3
		Handwerk	5.895	13,3	86,7	19,0	13,8
		Landwirtschaft	438	0,7	99,3	0,1	1,2
		Öffentlicher Dienst ²	2.412	2,9	97,1	1,7	6,3
		Freie Berufe ²	7.596	15,2	84,8	27,9	17,4
		zusammen	41.175	10,0	90,0	100	100
2013	insgesamt	Industrie und Handel ¹	61.479	8,2	91,8	57,9	61,5
		Handwerk	26.131	10,4	89,6	31,3	25,5
		Landwirtschaft	1.825	1,2	98,8	0,2	2,0
		Öffentlicher Dienst ²	3.086	3,3	96,7	1,2	3,2
		Freie Berufe ²	8.024	10,2	89,8	9,4	7,8
		zusammen	100.545	8,6	91,4	100	100
	männlich	Industrie und Handel ¹	37.756	8,0	92,0	58,5	61,7
		Handwerk	20.857	9,9	90,1	40,1	33,4
		Landwirtschaft	1.409	1,3	98,7	0,4	2,5
		Öffentlicher Dienst ²	995	2,3	97,7	0,4	1,7
		Freie Berufe ²	439	7,5	92,5	0,6	0,7
		zusammen	61.456	8,5	91,5	100	100
	weiblich	Industrie und Handel ¹	23.723	8,5	91,5	56,9	61,1
		Handwerk	5.274	12,3	87,7	18,4	13,0
		Landwirtschaft	416	0,5	99,5	0,1	1,2
		Öffentlicher Dienst ²	2.091	3,8	96,2	2,3	5,7
		Freie Berufe ²	7.585	10,4	89,6	22,3	19,1
		zusammen	39.089	8,6	91,4	100	100

¹ Einschließlich Banken, Versicherungen, Gast- und Verkehrsgewerbe.

² Ohne diejenigen Auszubildenden, deren Ausbildungsverträge nach dem Berufsbildungsgesetz bei anderen zuständigen Stellen (Kammern) außerhalb dieses Ausbildungsbereichs registriert werden.

Unter Beachtung der gesetzlichen Datenschutz- und Geheimhaltungsvorschriften sind die Absolutwerte jeweils auf ein Vielfaches von 3 gerundet; die ausgewiesene Summenwerte können deshalb von der Summe der Einzelwerte abweichen.

Quelle: Berufsbildungsstatistik

B7 Studierende

B7a Anteil der Studierenden an hessischen Hochschulen nach Staatsangehörigkeit und Erwerb der Hochschulzugangsberechtigung

Semester	Geschlecht	Studierende insgesamt	Deutsche	Bildungs- inländer	Bildungs- ausländer
			in %		
WS 2005/06	männlich	79.101	84,6	5,7	9,8
	weiblich	71.662	84,5	4,5	11,0
	insgesamt	150.763	84,6	5,1	10,3
WS 2008/09	männlich	81.004	85,8	5,3	8,9
	weiblich	73.762	85,4	4,7	9,9
	insgesamt	154.766	85,6	5,0	9,4
WS 2011/12	männlich	98.710	86,3	5,2	8,5
	weiblich	87.240	85,4	5,1	9,5
	insgesamt	185.950	85,8	5,2	9,0
WS 2013/14	männlich	10.8115	86,1	5,1	8,7
	weiblich	96.379	85,3	5,5	9,3
	insgesamt	204.494	85,7	5,3	9,0

Quelle: Hochschulstatistik; eigene Berechnungen

B7b Top 10 der nichtdeutschen Studienanfänger/innen an den Hochschulen in Hessen (nur Bildungsausländer), 2013

Rang	Staat	1. Hochschul- semester	1. Fach- semester
1	China	627	747
2	Indien	388	376
3	Spanien	284	223
4	Frankreich	274	203
5	Türkei	271	309
6	Vereinigte Staaten	259	252
7	Russische Föderation	241	298
8	Italien	240	233
9	Kamerun	162	349
10	Vietnam	152	134

Quelle. Hochschulstatistik, Hessisches Statistisches Landesamt

B8 Weiterbildungsbeteiligung

Beteiligung an formeller beruflicher Weiterbildung nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		in %			
2004	Ja	23	25	20	21
	Nein	76	72	78	76
	Keine Angabe	2	3	2	4
2008	Ja	32	33	24	26
	Nein	68	67	76	74
	Keine Angabe	0	0	0	0
2011	Ja	nicht erhoben		nicht erhoben	
	Nein	nicht erhoben		nicht erhoben	
2013	Ja	nicht erhoben		nicht erhoben	
	Nein	nicht erhoben		nicht erhoben	

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

Jahr	Alter in Jahren	Geschlecht	Abschlussart	Bevölkerung insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
						Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %										
2013	18 bis unter 25	insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	2,9	/	/	/	/	/	(2,4)
			Hauptschulabschluss	16,8	24,2	17,6	32,6	26,9	21,3	13,9
			Realschulabschluss	32,1	31,7	35,3	27,1	29,2	34,3	32,2
			Fachhochschulreife	11,4	10,2	(12,0)	/	(9,5)	(11,0)	11,9
			Hochschulreife	36,8	29,8	32,2	26,7	29,7	29,9	39,6
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
		männlich	ohne Hauptschulabschluss	(3,4)	/	/	/	/	/	/
			Hauptschulabschluss	20,2	28,7	(20,9)	39,5	(30,8)	(26,6)	16,4
			Realschulabschluss	33,2	32,6	38,0	(25,0)	(28,2)	36,9	33,5
			Fachhochschulreife	10,2	/	/	/	/	/	11,4
			Hochschulreife	33,0	26,8	28,6	(24,1)	(28,0)	(25,5)	35,8
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
		weiblich	ohne Hauptschulabschluss	/	/	/	/	/	/	/
			Hauptschulabschluss	13,3	(18,7)	/	(25,0)	(22,4)	/	11,4
			Realschulabschluss	30,9	30,7	(31,7)	(29,4)	(30,4)	(31,0)	31,1
			Fachhochschulreife	12,7	(13,6)	/	/	/	/	12,4
			Hochschulreife	40,6	33,4	36,8	(29,5)	(31,5)	(35,6)	43,2
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	18 bis unter 65	insgesamt	ohne Hauptschulabschluss	2,8	8,0	3,6	11,3	8,7	/	1,0
			Hauptschulabschluss	26,0	29,0	25,1	32,0	29,5	26,2	25,0
			Realschulabschluss	31,4	27,6	34,7	22,2	26,5	34,3	32,8
			Fachhochschulreife	8,8	6,8	8,1	5,8	6,3	9,6	9,5
			Hochschulreife	30,9	28,7	28,5	28,8	29,0	26,4	31,7
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
		männlich	ohne Hauptschulabschluss	2,7	7,1	(3,7)	9,7	7,6	/	1,1
			Hauptschulabschluss	28,7	32,9	29,3	35,7	33,4	30,3	27,2
			Realschulabschluss	27,6	26,3	31,9	22,1	25,0	33,7	28,0
			Fachhochschulreife	10,1	6,9	8,2	5,8	6,8	(7,4)	11,3
			Hochschulreife	30,9	26,8	26,9	26,7	27,3	24,3	32,3
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
weiblich	ohne Hauptschulabschluss	3,0	8,8	(3,5)	12,9	9,7	/	0,9		
	Hauptschulabschluss	23,4	25,1	20,9	28,3	25,7	20,7	22,7		
	Realschulabschluss	35,3	28,8	37,6	22,2	28,0	35,2	37,6		
	Fachhochschulreife	7,5	6,7	8,0	5,8	5,9	(12,5)	7,7		
	Hochschulreife	30,9	30,5	30,1	30,8	30,7	29,4	31,1		
	zusammen	100	100	100	100	100	100	100		

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus

Jahr	Alter in Jahren	Geschlecht	Höchster beruflicher Abschluss	Bevölkerung insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
						Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %										
2013	25 bis unter 35	insgesamt	ohne Abschluss ¹	17,6	33,0	23,9	38,6	33,9	28,9	9,6
			mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	51,1	42,4	53,1	35,8	39,1	57,2	55,7
			mit Fachschulabschluss ³	7,9	4,8	(6,4)	(3,9)	(5,2)	/	9,4
			mit Fachhochschulabschluss	8,1	5,5	(7,2)	(4,5)	5,8	/	9,5
			mit Hochschulabschluss	15,3	14,2	(9,4)	17,2	16,0	/	15,8
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
		männlich	ohne Abschluss ¹	17,9	31,5	26,5	34,7	31,7	(30,7)	10,8
			mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	52,0	44,6	52,1	39,7	41,4	56,7	55,8
			mit Fachschulabschluss ³	7,4	/	/	/	/	/	8,9
			mit Fachhochschulabschluss	9,1	(6,4)	/	/	(6,9)	/	10,5
			mit Hochschulabschluss	13,5	12,8	/	16,4	15,0	/	13,9
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	weiblich	ohne Abschluss ¹	17,3	34,5	(21,2)	42,1	35,9	/	8,3	
		mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	50,3	40,2	54,0	32,3	37,0	(57,7)	55,6	
		mit Fachschulabschluss ³	8,2	(5,0)	/	/	(5,4)	/	9,9	
		mit Fachhochschulabschluss	7,2	(4,7)	/	/	/	/	8,6	
		mit Hochschulabschluss	16,9	15,6	/	17,8	16,8	/	17,6	
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100	
	25 bis unter 65	insgesamt	ohne Abschluss ¹	16,7	37,6	27,4	44,7	38,5	27,6	9,3
			mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	52,6	39,5	48,6	33,1	37,9	55,9	57,3
			mit Fachschulabschluss ³	9,2	5,7	7,1	4,7	5,8	/	10,4
			mit Fachhochschulabschluss	7,3	4,2	5,5	3,4	4,3	/	8,4
			mit Hochschulabschluss	14,1	13,0	11,4	14,2	13,5	(7,9)	14,5
			zusammen	100	100	100	100	100	100	100
männlich		ohne Abschluss ¹	14,8	35,9	27,5	41,7	36,6	30,2	7,4	
		mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	50,6	41,7	48,9	36,8	40,3	54,3	53,6	
		mit Fachschulabschluss ³	10,6	5,7	6,7	5,0	5,8	/	12,3	
		mit Fachhochschulabschluss	9,2	4,8	6,6	(3,6)	4,9	/	10,7	
		mit Hochschulabschluss	14,8	11,8	10,2	12,9	12,4	/	15,9	
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100	
weiblich	ohne Abschluss ¹	18,5	39,1	27,4	47,5	40,3	(24,0)	11,2		
	mit abgeschlossener Berufsausbildung ²	54,7	37,3	48,3	29,5	35,7	57,9	60,9		
	mit Fachschulabschluss ³	7,8	5,6	7,5	4,3	5,7	/	8,6		
	mit Fachhochschulabschluss	5,5	3,7	(4,4)	(3,2)	3,7	/	6,1		
	mit Hochschulabschluss	13,4	14,2	12,5	15,4	14,6	/	13,2		
	zusammen	100	100	100	100	100	100	100		

¹ Einschließlich Anlernausbildung

² Einschließlich bestandener Laufbahnprüfung der Beamten des mittleren Dienstes

³ Einschließlich Abschluss an einer Berufsakademie

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus

B11 Erwerbsquote

Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätigen und Erwerbslosen) im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund an der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe

Jahr	Geschlecht	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
				Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %								
2005	männlich	80,7	78,5	78,0	79,0	81,7	65,8	81,4
	weiblich	65,5	58,2	64,6	53,0	58,9	55,0	67,9
	insgesamt	73,1	68,3	71,3	65,9	70,1	60,7	74,7
2009	männlich	81,9	78,7	78,2	79,1	82,4	65,8	83,0
	weiblich	69,6	61,2	67,0	56,0	62,8	54,6	72,6
	insgesamt	75,7	69,8	72,6	67,2	72,3	60,6	77,8
2011*	männlich	82,5	79,8	78,3	81,1	84,4	63,6	83,5
	weiblich	70,9	62,5	67,7	57,9	65,2	49,5	74,0
	insgesamt	76,7	71,0	73,0	69,2	74,3	57,3	78,8
2013	männlich	82,2	79,6	76,8	81,8	84,2	61,7	83,3
	weiblich	71,7	62,5	66,8	58,9	64,9	50,5	75,2
	insgesamt	77,0	71,0	71,8	70,3	74,3	56,7	79,2

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus

B12 Erwerbstätigenquote

Anteil der Erwerbstätigen im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit und ohne Migrationshintergrund an der gleichaltrigen Bevölkerungsgruppe

Jahr	Geschlecht	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
				Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %								
2005	männlich	73,7	67,3	67,8	66,8	70,1	56,1	75,8
	weiblich	59,9	49,5	55,4	44,7	49,9	47,7	63,4
	insgesamt	66,8	58,4	61,6	55,7	59,8	52,1	69,6
2009	männlich	76,4	68,9	69,7	68,2	72,5	56,7	79,1
	weiblich	65,2	54,1	59,9	49,0	55,4	48,8	69,2
	insgesamt	70,8	61,5	64,8	58,3	63,7	53,0	74,2
2011*	männlich	78,6	73,5	72,6	74,4	78,0	58,0	80,4
	weiblich	67,5	57,6	63,3	52,6	60,4	44,4	71,1
	insgesamt	73,0	65,4	67,9	63,2	68,8	51,9	75,8
2013	männlich	78,3	73,7	71,7	75,3	78,5	55,1	80,1
	weiblich	68,9	58,2	63,1	54,3	60,5	46,9	72,8
	insgesamt	73,6	66,0	67,4	64,8	69,3	51,4	76,4

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus

B13 Einschätzung der Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes

Einstellung zur Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes (Frage: „Machen Sie sich da Sorgen?“)

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		Anteil an den berufstätigen Personen in %			
2005	Große Sorgen	25	15	25	17
	Einige Sorgen	44	45	42	38
	Keine Sorgen	27	34	29	41
	Keine Angabe	4	5	5	5
2008	Große Sorgen	17	12	18	12
	Einige Sorgen	40	33	42	33
	Keine Sorgen	39	49	37	50
	Keine Angabe	5	5	4	5
2011	Große Sorgen	14	9	11	8
	Einige Sorgen	32	27	38	28
	Keine Sorgen	46	61	48	60
	Keine Angabe	8	3	3	5
2013	Große Sorgen	16	9	13	7
	Einige Sorgen	33	25	32	27
	Keine Sorgen	50	63	52	63
	Keine Angabe	2	3	3	4

*Bei dieser Kennzahl ist zu beachten, dass viele Befragte „trifft nicht zu“ angegeben haben, und somit knapp 40 % der Befragten sich nicht zum Gegenstand äußerten, da sie nicht (mehr) berufstätig sind (Stand: Datenauswertung 2008, bei der Datenauswertung 2011 sind die Anteile leicht gestiegen auf 42% ohne MH und 44% mit MH. Bei der Datenauswertung 2013: 37,1% ohne MH; 38,2 mit MH).

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

B14 Atypische/geringfügige Beschäftigungsverhältnisse

B14a Anteil der atypisch Beschäftigten¹ (befristet, in Teilzeit und/oder geringfügig Beschäftigte) an allen abhängig Beschäftigten² (in %)

Jahr	Geschlecht	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		ohne Migrationshintergrund
				Deutsche	Ausländer/-innen	
in %						
2011	männlich	12,2	20,3	16,7	23,6	9,7
	weiblich	36,7	44,0	40,4	47,7	34,6
	insgesamt	24,0	31,3	28,1	34,4	21,8
2013**	männlich	13,1	21,6	18,2	24,4	10,1
	weiblich	36,3	44,4	39,9	49,0	33,8
	insgesamt	24,3	31,9	28,7	34,9	21,8

¹ Nur Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung oder Ausbildung oder in einem Wehr-, Zivil- sowie Freiwilligendienst

² Ein atypisches Beschäftigungsverhältnis ist im Mikrozensus durch eines oder mehrere der folgenden Merkmale gekennzeichnet: Befristung, Teilzeitbeschäftigung mit 20 oder weniger Stunden, geringfügige Beschäftigung und/oder Zeitarbeitnehmer.

**Abgrenzung der atypischen Beschäftigung nach veränderter Spezifikation des Statistischen Bundesamtes. Im Gegensatz zur Auswertung aus 2011 wurden hier a) die Personen in Bildung oder Ausbildung geringfügig anders (vereinfacht) abgegrenzt und b) die Zeitarbeitnehmer bei den atypisch Beschäftigten berücksichtigt.

Quelle: Mikrozensus, Sonderauswertung des Hessischen Statistischen Landesamtes

B14b Anteil der abhängig Erwerbstätigen mit geringfügiger Beschäftigung als einziger oder hauptsächlicher Tätigkeit mit und ohne Migrationshintergrund im Alter von 15 bis unter 65 Jahren an der jeweiligen Bevölkerungsgruppe

Jahr	Geschlecht	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
				Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %								
2005	männlich	3,9	6,1	(6,0)	(6,3)	5,8	/	3,3
	weiblich	15,8	21,3	18,5	24,2	21,7	(19,3)	14,3
	insgesamt	9,4	12,8	11,7	13,8	12,7	12,8	8,4
2009	männlich	5,9	9,4	9,0	9,9	8,8	(12,0)	4,8
	weiblich	16,3	23,5	20,1	27,4	24,0	21,3	14,3
	insgesamt	10,8	16,0	14,2	17,8	15,9	16,1	9,3
2011*	männlich	5,6	8,5	8,2	8,7	7,1	(14,3)	4,7
	weiblich	15,5	23,3	20,4	26,5	23,8	(20,2)	13,2
	insgesamt	10,4	15,3	14,0	16,6	15,1	16,6	8,8
2013	männlich	5,6	7,9	7,6	8,3	6,9	(13,2)	4,7
	weiblich	14,7	21,0	18,6	23,3	21,2	(19,7)	12,8
	insgesamt	10,0	13,9	12,8	14,8	13,5	15,9	8,7

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000 / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus, Sonderauswertung des Hessischen Statistischen Landesamtes

Jahr	Geschlecht	Stellung im Beruf	Erwerbstätige						
			insgesamt	mit Migra- tions- hinter- grund	davon		davon geboren		ohne Migra- tions- hinter- grund
					Deutsche	Ausländer/ -innen	im Ausland	in Deutsch- land	
2011*	insgesamt	Selbständige	11,6	11,6	9,5	13,5	12,2	/	11,6
		Beamte/-innen	5,7	(1,1)	(1,8)	/	(1,1)	/	7,0
		Angestellte	60,6	48,1	50,0	46,4	46,5	60,7	64,3
		Arbeiter/-innen	22,1	39,2	38,8	39,6	40,2	31,1	17,1
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	männlich	Selbständige	14,5	14,4	11,2	17,0	15,2	/	14,5
		Beamte/-innen	5,8	/	/	/	/	/	7,3
		Angestellte	50,8	37,9	38,9	37,2	36,5	47,6	54,8
		Arbeiter/-innen	28,9	46,7	48,1	45,5	47,4	41,7	23,4
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	weiblich	Selbständige	8,3	8,1	7,5	8,6	8,6	/	8,3
		Beamte/-innen	5,5	/	/	/	/	/	6,7
		Angestellte	71,9	60,7	62,6	59,0	58,5	83,2	75,1
		Arbeiter/-innen	14,3	29,9	28,2	31,6	31,6	/	9,9
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
2013	insgesamt	Selbständige	11,6	11,6	9,5	13,5	12,2	/	11,6
		Beamte/-innen	5,7	(1,1)	(1,8)	/	(1,1)	/	7,0
		Angestellte	60,6	48,1	50,0	46,4	46,5	60,7	64,3
		Arbeiter/-innen	22,1	39,2	38,8	39,6	40,2	31,1	17,1
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	männlich	Selbständige	14,5	14,4	11,2	17,0	15,2	/	14,5
		Beamte/-innen	5,8	/	/	/	/	/	7,3
		Angestellte	50,8	37,9	38,9	37,2	36,5	47,6	54,8
		Arbeiter/-innen	28,9	46,7	48,1	45,5	47,4	41,7	23,4
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	weiblich	Selbständige	8,3	8,1	7,5	8,6	8,6	/	8,3
		Beamte/-innen	5,5	/	/	/	/	/	6,7
		Angestellte	71,9	60,7	62,6	59,0	58,5	83,2	75,1
		Arbeiter/-innen	14,3	29,9	28,2	31,6	31,6	/	9,9
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus

B16 Erwerbstätige im Öffentlichen Dienst

Anteil der Beschäftigten im Alter von 15 bis unter 65 Jahren mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst an allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst

Jahr	Geschlecht	Erwerbstätige im öffentlichen Dienst					
		mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
			Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in %							
2005	männlich	11,6	6,0	5,6	9,7	/	88,4
	weiblich	14,4	8,2	6,2	12,0	(2,4)	85,6
	insgesamt	13,1	7,2	5,9	11,0	2,1	86,9
2009	männlich	11,3	6,8	(4,5)	9,1	/	88,7
	weiblich	14,9	9,1	5,8	12,6	(2,4)	85,1
	insgesamt	13,3	8,1	5,2	11,0	2,3	86,7
2011*	männlich	11,4	7,0	(4,4)	9,3	/	88,6
	weiblich	14,8	8,7	6,0	13,0	/	85,2
	insgesamt	13,3	8,0	5,3	11,4	(1,9)	86,7
2013	männlich	11,8	6,4	5,4	10,0	/	88,2
	weiblich	14,1	8,8	5,3	12,4	/	85,9
	insgesamt	13,1	7,8	5,3	11,4	(1,7)	86,9

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus

B17 Erwerbslosenquote

Anteil der Erwerbslosen an den Erwerbspersonen (Erwerbslose und Erwerbstätige) von Personen nach Migrationshintergrund nach dem ILO-Konzept

Jahr	Geschlecht	Alter in Jahren	Erwerbstätige						
			insgesamt	mit Migra- tions- hinter- grund	davon		davon geboren		ohne Migra- tions- hinter- grund
					Deutsche	Aus- länder/ -innen	im Ausland	in Deutsch- land	
in %									
2005	insgesamt	15 bis unter 65	8,6	14,6	13,6	15,5	14,7	14,1	6,8
		15 bis unter 25	12,6	16,2	(14,2)	(19,0)	(16,5)	(15,8)	11,0
		55 bis unter 65	9,5	16,7	/	(17,7)	16,8	/	8,0
	männlich	15 bis unter 65	8,7	14,3	13,1	15,4	14,3	(14,8)	6,9
		15 bis unter 25	13,7	17,4	(15,9)	/	(17,5)	/	11,9
		55 bis unter 65	9,1	(16,4)	/	/	(16,6)	/	7,6
	weiblich	15 bis unter 65	8,5	14,9	14,3	15,6	15,3	(13,2)	6,7
		15 bis unter 25	11,4	(14,7)	/	/	/	/	9,9
		55 bis unter 65	10,0	/	/	/	/	/	8,5
2009	insgesamt	15 bis unter 65	6,5	12,0	10,7	13,2	11,9	12,5	4,7
		15 bis unter 25	11,1	16,9	(15,6)	(19,0)	(16,6)	(17,2)	8,6
		55 bis unter 65	5,8	13,5	/	(16,0)	13,6	/	4,2
	männlich	15 bis unter 65	6,6	12,3	10,9	13,7	12,0	13,8	4,7
		15 bis unter 25	11,4	19,2	(15,9)	(24,2)	(19,9)	(18,5)	8,0
		55 bis unter 65	5,9	(13,8)	/	/	(13,9)	/	(4,3)
	weiblich	15 bis unter 65	6,3	11,5	10,6	12,5	11,7	(10,6)	4,7
		15 bis unter 25	10,8	(14,3)	/	/	/	/	9,2
		55 bis unter 65	5,7	/	/	/	/	/	(4,1)

Jahr	Geschlecht	Alter in Jahren	Erwerbstätige						
			insgesamt	mit Migra- tions- hinter- grund	davon		davon geboren		ohne Migra- tions- hinter- grund
					Deutsche	Aus- länder/ -innen	im Ausland	in Deutsch- land	
in %									
2011*	insgesamt	15 bis unter 65	4,8	7,7	6,8	8,5	7,5	(9,5)	3,9
		15 bis unter 25	8,5	10,7	/	(15,1)	/	(12,0)	7,6
		55 bis unter 65	5,1	(9,1)	/	/	(9,0)	/	4,2
	männlich	15 bis unter 65	4,7	7,7	7,3	8,1	7,5	(9,0)	3,8
		15 bis unter 25	8,2	(10,2)	/	/	/	/	(7,4)
		55 bis unter 65	5,5	(11,7)	/	/	/	/	(4,3)
	weiblich	15 bis unter 65	4,8	7,7	(6,2)	9,2	7,4	/	4,0
		15 bis unter 25	8,7	/	/	/	/	/	(7,8)
		55 bis unter 65	(4,5)	/	/	/	/	/	(4,1)
2013	insgesamt	15 bis unter 65	4,4	7,1	6,2	7,9	6,7	9,3	3,5
		15 bis unter 25	8,1	(9,7)	/	/	/	/	7,5
		55 bis unter 65	3,7	(6,3)	/	/	(6,3)	/	3,1
	männlich	15 bis unter 65	4,8	7,4	6,7	7,9	6,7	(10,8)	3,8
		15 bis unter 25	8,5	(9,9)	/	/	/	/	(7,9)
		55 bis unter 65	4,5	/	/	/	/	/	(4,1)
	weiblich	15 bis unter 65	4,0	6,8	(5,6)	7,9	6,8	/	3,1
		15 bis unter 25	7,6	/	/	/	/	/	(7,1)
		55 bis unter 65	(2,8)	/	/	/	/	/	/

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus

B18 Arbeitslosenquote

Anteil der registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (Erwerbspersonen und Erwerbslose) in den Rechtskreisen SGB II sowie SGB III nach Staatsangehörigkeit (Jahresdurchschnitte)

Jahr	Geschlecht	Rechtskreis	Arbeitslosenquote		
			insgesamt	Ausländer/ -innen	Deutsche
			in %		
2006	insgesamt	SGB III	3,8	5,3	3,6
		SGB II	6,5	16,7	4,9
		zusammen	10,4	22,0	8,5
	männlich	SGB III	3,6	-	-
		SGB II	6,7	-	-
		zusammen	10,4	-	-
	weiblich	SGB III	4,0	-	-
		SGB II	6,3	-	-
		zusammen	10,4	-	-
2009	insgesamt	SGB III	2,6	3,6	2,5
		SGB II	5,0	13,1	4,0
		zusammen	7,7	16,7	6,5
	männlich	SGB III	2,9	4,1	2,8
		SGB II	5,0	11,7	4,1
		zusammen	8,0	15,8	6,9
	weiblich	SGB III	2,3	3,0	2,2
		SGB II	5,0	14,8	3,9
		zusammen	7,3	17,7	6,1
2011	insgesamt	SGB III	2,0	2,7	1,9
		SGB II	4,6	12,3	3,6
		zusammen	6,6	15,0	5,5
	männlich	SGB III	2,1	2,9	2,0
		SGB II	4,6	10,7	3,8
		zusammen	6,7	13,5	5,8
	weiblich	SGB III	1,9	2,5	1,8
		SGB II	4,6	14,1	3,5
		zusammen	6,5	16,6	5,3
2013	insgesamt	SGB III	2,3	3,3	2,1
		SGB II	4,3	11,6	3,3
		zusammen	6,6	14,9	5,5
	männlich	SGB III	2,5	3,6	2,4
		SGB II	4,3	10,2	3,5
		zusammen	6,8	13,8	5,8
	weiblich	SGB III	2,0	2,9	1,9
		SGB II	4,3	13,2	3,1
		zusammen	6,3	16,1	5,1

Quelle: Arbeitslosenstatistik

Jahr	Geschlecht	Überwiegender Lebensunterhalt durch ...	Bevölkerung ab 15 Jahren						
			insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
			in %						
2011*	insgesamt	Erwerbstätigkeit	51,0	51,4	51,7	51,0	53,0	43,5	50,9
		Angehörige	16,7	22,8	21,8	23,7	18,3	43,4	14,9
		Rente/Pension	24,6	12,5	14,8	10,3	14,8	/	28,2
		eigenes Vermögen	1,0	(0,5)	/	/	(0,5)	/	1,2
		öffentliche Transferleistungen	6,7	12,8	11,3	14,3	13,3	10,8	4,8
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	männlich	Erwerbstätigkeit	58,9	61,2	59,1	63,1	64,2	49,1	58,2
		Angehörige	9,2	13,2	16,0	10,5	6,6	39,4	8,0
		Rente/Pension	24,5	12,8	13,3	12,3	15,5	/	27,9
		eigenes Vermögen	1,1	/	/	/	/	/	1,3
		öffentliche Transferleistungen	6,4	12,3	11,2	13,5	13,1	9,4	4,6
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	weiblich	Erwerbstätigkeit	43,5	42,0	44,7	39,5	43,0	36,6	44,0
		Angehörige	23,8	31,9	27,4	36,2	28,9	48,4	21,4
		Rente/Pension	24,7	12,3	16,2	8,5	14,1	/	28,4
		eigenes Vermögen	1,0	/	/	/	/	/	1,1
		öffentliche Transferleistungen	7,0	13,3	11,4	15,1	13,5	12,5	5,1
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
2013	insgesamt	Erwerbstätigkeit	51,2	52,3	53,1	51,6	54,3	42,2	50,9
		Angehörige	16,8	22,5	22,8	22,2	18,0	44,6	15,1
		Rente/Pension	23,9	11,1	11,9	10,4	13,1	/	27,8
		eigenes Vermögen	1,1	(0,6)	/	(0,9)	(0,7)	/	1,2
		öffentliche Transferleistungen	7,0	13,5	11,8	14,9	13,9	11,7	5,0
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	männlich	Erwerbstätigkeit	58,7	61,8	60,2	63,0	65,1	47,2	57,7
		Angehörige	9,3	13,1	16,6	10,2	6,8	40,5	8,2
		Rente/Pension	23,9	11,4	11,1	11,6	13,7	/	27,8
		eigenes Vermögen	1,2	/	/	/	/	/	1,3
		öffentliche Transferleistungen	6,8	13,1	11,8	14,2	13,6	11,1	4,9
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100
	weiblich	Erwerbstätigkeit	44,2	42,9	46,3	40,1	44,1	36,2	44,5
		Angehörige	23,9	31,8	28,8	34,3	28,7	49,4	21,5
		Rente/Pension	23,9	10,8	12,7	9,2	12,4	/	27,8
		eigenes Vermögen	0,9	/	/	/	/	/	1,0
		öffentliche Transferleistungen	7,1	13,9	11,8	15,6	14,2	12,4	5,1
		zusammen	100	100	100	100	100	100	100

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus

B20 Nettoeinkommen von Familien

Nettoeinkommen von Familien nach Migrationshintergrund des Haupteinkommensbeziehers

Jahr	Familiennettoeinkommen	Familien ins- gesamt	ohne Migrations- hinter- grund	mit Migrations- hinter- grund	ohne Migrations- hinter- grund	mit Migrations- hinter- grund
		in 1.000			in %	
2005	unter 1300 Euro	94	53	41	7,8	16,9
	1300 bis unter 2000 Euro	177	104	73	15,3	30,0
	2000 bis unter 3200 Euro	321	240	81	35,2	33,3
	3200 und mehr Euro	265	232	34	34,1	14,0
	ohne Angabe	67	52	15	7,6	6,2
	zusammen	924	681	243	100	100
2009	unter 1300 Euro	68	39	29	6,0	11,2
	1300 bis unter 2000 Euro	140	75	65	11,6	25,1
	2000 bis unter 3200 Euro	301	207	94	32,0	36,3
	3200 und mehr Euro	309	263	46	40,6	17,8
	ohne Angabe	88	63	25	9,7	9,7
	zusammen	905	647	259	100	100
2011	unter 1300 Euro	62	37	26	5,9	9,8
	1300 bis unter 2000 Euro	133	68	65	10,8	24,4
	2000 bis unter 3200 Euro	288	186	102	29,5	38,3
	3200 und mehr Euro	368	306	62	48,6	23,3
	ohne Angabe	45	34	12	5,4	4,5
	zusammen	896	630	266	100	100
2013	unter 1300 Euro	56	30	26	5,0	9,1
	1300 bis unter 2000 Euro	127	62	65	10,2	23,1
	2000 bis unter 3200 Euro	283	172	110	28,1	39,1
	3200 und mehr Euro	424	345	80	56,2	28,2
	ohne Angabe	/	/	/	/	/
	zusammen	895	613	282	100	100

Quelle: Mikrozensus

B21 Armutsrisikoquote

Armutsrisikoquote der Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund (Landesmedian)

Jahr	Geschlecht	Alter in Jahren	Armutsrisikoquote der Bevölkerung (Landesmedian)						
			insgesamt	mit Migra- tions- hinter- grund	davon		davon geboren		ohne Migra- tions- hinter- grund
					Deutsche	Ausländer/ -innen	im Ausland	in Deutsch- land	
2005	insgesamt	unter 18	21,4	36,4	30,4	47,9	42,9	34,9	12,7
		65 und älter	14,1	30,5	22,9	41,9	31,0	/	12,5
		insgesamt	15,3	29,8	25,1	34,9	29,7	30,0	10,7
	männlich	unter 18	21,0	35,8	30,3	46,1	41,3	34,5	12,4
		65 und älter	12,1	30,0	(20,4)	(41,2)	30,5	/	10,0
		insgesamt	14,4	29,0	24,6	33,6	29,2	28,5	9,7
	weiblich	unter 18	21,9	37,0	30,4	49,7	44,5	35,3	13,0
		65 und älter	15,7	31,0	(24,9)	(42,9)	31,5	/	14,3
		insgesamt	16,2	30,6	25,6	36,1	30,2	31,5	11,8
2009	insgesamt	unter 18	19,4	33,7	30,0	44,1	38,7	32,9	10,3
		65 und älter	14,2	28,2	25,3	33,9	28,5	/	12,4
		insgesamt	14,8	28,0	25,2	31,5	27,5	28,8	10,4
	männlich	unter 18	19,0	33,5	29,7	43,5	(37,3)	32,8	9,9
		65 und älter	11,9	28,3	(25,6)	(32,5)	28,7	/	9,7
		insgesamt	13,9	27,6	25,0	30,9	27,2	28,4	9,2
	weiblich	unter 18	19,9	34,0	30,2	44,7	(40,1)	33,0	10,7
		65 und älter	16,0	28,1	25,0	(35,5)	28,3	/	14,6
		insgesamt	15,7	28,3	25,4	32,0	27,8	29,3	11,4
2011*	insgesamt	unter 18	18,9	30,4	27,8	40,1	33,1	30,0	11,1
		65 und älter	15,4	35,2	29,6	43,7	35,6	/	12,8
		insgesamt	15,2	27,1	23,5	31,7	27,3	26,9	11,1
	männlich	unter 18	18,8	30,1	27,8	37,8	(31,1)	29,9	11,2
		65 und älter	13,1	34,0	(29,2)	40,1	34,7	/	10,4
		insgesamt	14,3	26,6	23,4	30,7	26,8	26,2	10,0
	weiblich	unter 18	18,9	30,7	27,7	42,6	(35,5)	30,2	11,0
		65 und älter	17,3	36,2	29,9	47,4	36,4	/	14,8
		insgesamt	16,0	27,7	23,7	32,7	27,7	27,7	12,0
2013	insgesamt	unter 18	19,6	32,5	29,9	42,2	41,6	31,2	10,9
		65 und älter	16,3	35,4	33,6	37,1	35,7	17,0	14,1
		insgesamt	15,9	28,9	25,9	32,4	29,3	28,2	11,4
	männlich	unter 18	20,1	32,5	29,4	44,2	40,9	31,2	11,9
		65 und älter	13,8	35,0	32,4	36,9	35,1	/	11,2
		insgesamt	15,2	28,8	25,7	32,3	29,3	27,8	10,4
	weiblich	unter 18	19,0	32,5	30,4	40,1	42,5	31,2	9,9
		65 und älter	18,3	35,8	34,5	37,2	36,2	18,8	16,4
		insgesamt	16,0	27,8	23,9	32,4	27,6	28,3	12,2

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus

B22 Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Situation

Einschätzung der eigenen wirtschaftlichen Lage in einer Selbstauskunft

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		Anteil an den berufstätigen Personen in %			
2005	Große Sorgen	42	21	37	22
	Einige Sorgen	49	55	46	51
	Keine Sorgen	9	23	16	27
	Keine Angabe	0	0	1	1
2008	Große Sorgen	33	19	30	17
	Einige Sorgen	51	50	52	50
	Keine Sorgen	15	31	18	33
	Keine Angabe	1	1	1	1
2011	Große Sorgen	20	16	24	16
	Einige Sorgen	52	45	50	46
	Keine Sorgen	24	38	25	37
	Keine Angabe	4	1	1	2
2013	Große Sorgen	18	13	19	13
	Einige Sorgen	51	48	48	46
	Keine Sorgen	31	39	33	41
	Keine Angabe	0	0	0	1

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C1 Zusammenleben in Privathaushalten

Verteilung von erwachsenen Personen in Privathaushalten nach Migrationshintergrund auf die verschiedenen Lebensformen

Jahr	Geschlecht	Lebensform	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in 1.000									
2005	insgesamt	Alleinstehend	1.123	174	75	99	147	27	949
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	1.712	265	120	145	245	20	1.447
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	1.123	343	144	199	311	32	780
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	105	27	13	14	23	/	78
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	440	94	43	52	93	/	346
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	(8)	/	/	/	/	/	(7)
	männlich	Alleinstehend	504	92	32	60	76	16	411
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	856	128	59	69	118	(9)	728
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	561	169	74	95	153	16	392
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	12	/	/	/	/	/	(9)
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	198	44	20	24	43	/	155
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	(5)	/	/	/	/	/	/
	weiblich	Alleinstehend	619	82	42	39	70	11	538
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	856	137	62	76	127	11	719
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	562	174	70	104	157	17	388
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	94	25	12	13	21	/	69
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	242	51	23	28	50	/	191
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	/	/	/	/	/	/	/
2009	insgesamt	Alleinstehend	1.200	215	107	107	182	32	986
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	1.707	277	139	138	255	23	1.430
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	1.046	343	142	201	305	38	703
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	104	26	12	14	22	/	78
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	471	118	59	59	116	/	353
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	11	/	/	/	/	/	(9)
	männlich	Alleinstehend	547	107	48	60	88	19	440
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	854	134	70	63	122	12	720
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	523	169	74	95	152	16	354
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	11	/	/	/	/	/	(9)
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	207	51	25	25	50	/	156
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	(7)	/	/	/	/	/	(5)
	weiblich	Alleinstehend	653	107	60	48	94	13	546
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	854	144	68	75	133	11	710
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	523	174	68	106	153	21	349
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	93	24	11	13	20	/	69
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	264	67	34	33	66	/	196
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	/	/	/	/	/	/	/

Jahr	Geschlecht	Lebensform	insgesamt	mit Migrationshintergrund	davon		davon geboren		ohne Migrationshintergrund
					Deutsche	Ausländer/-innen	im Ausland	in Deutschland	
in 1.000									
2011*	insgesamt	Alleinstehend	1.237	222	99	123	199	23	1.016
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	1.722	270	133	137	253	18	1.452
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	1.017	335	140	195	303	32	682
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	108	32	15	17	29	/	76
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	477	125	62	64	124	/	352
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	12	/	/	/	/	/	(10)
	männlich	Alleinstehend	570	109	42	67	95	14	461
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	861	129	65	64	120	(9)	732
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	509	163	71	92	149	14	346
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	13	/	/	/	/	/	11
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	214	55	28	27	54	/	159
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	(8)	/	/	/	/	/	(6)
	weiblich	Alleinstehend	667	113	57	56	104	(8)	554
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	862	141	68	74	133	(8)	720
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	509	172	69	103	154	18	336
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	95	29	13	16	27	/	65
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	263	70	34	36	70	/	193
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	/	/	/	/	/	/	/
2013	insgesamt	Alleinstehend	1.246	224	84	140	206	18	1.022
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	1.672	261	116	145	249	12	1.412
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	1.040	352	138	214	326	26	688
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	104	33	13	20	29	3	72
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	459	122	55	68	121	1	337
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	15	3	1	2	3	0	12
	männlich	Alleinstehend	575	120	38	83	109	12	454
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	836	127	56	71	121	6	709
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	520	173	70	103	160	13	346
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	12	2	1	1	2	0	10
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	204	54	24	29	53	0	150
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	9	2	1	1	2	0	7
	weiblich	Alleinstehend	671	103	46	57	97	7	568
		Personen in Paargemeinschaften ohne Kind	836	134	59	74	128	6	702
		Eltern in Paargemeinschaften mit Kind(ern) unter 18 Jahren	520	179	68	111	166	13	341
		Alleinerziehendes Elternteil mit Kind(ern) unter 18 Jahren	92	30	12	18	27	3	62
		Eltern mit jüngstem Kind ab 18 Jahren	256	69	31	38	68	1	187
		Gleichgeschlechtliche Paargemeinschaften ¹	5	0	0	0	0	0	5

() Hochgerechnete Fallzahlen zwischen 5.000 und unter 10.000; / Hochgerechnete Fallzahlen unter 5.000

¹ Personen in gleichgeschlechtlichen Paargemeinschaften ohne Kind bzw. Eltern in gleichgeschlechtlichen Paargemeinschaften mit Kind(ern)

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus

C2 Kinderzahl je Frau

in der Altersgruppe zwischen 15 und 44 Jahren nach Staatsangehörigkeit

	2005	2008	2011	2013
Deutsche	1,25	1,29	1,31	1,32
Ausländerinnen	1,84	1,76	1,80	1,82

Quelle: Hessisches Statistisches Landesamt (Sonderauswertung)

C3 Private Kontakte

Besuch von Ausländern bei Deutschen und von Deutschen bei Ausländern in den letzten 12 Monaten in einer Selbstauskunft

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		Besuche bei Deutschen	Besuche von Deutschen	Besuche bei Deutschen	Besuche von Deutschen
		Anteil an allen Ausländern in %			
2007	Ja	86	89	79	85
	Nein	13	12	19	14
	Keine Angabe	1	0	2	1
2009	Ja	79	85	87	89
	Nein	21	13	13	11
	Keine Angabe	0	3	0	0
2011	Ja	81	91	86	89
	Nein	19	9	14	11
	Keine Angabe	0	0	0	1
2013	Ja	76	78	86	88
	Nein	24	22	13	11
	Keine Angabe	0	0	1	1

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C4 Subjektives Gesundheitsempfinden

Aktueller gesundheitlicher Zustand nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		in %			
2005	Sehr gut	7	8	11	9
	Gut	35	36	39	37
	Zufriedenstellend	36	36	30	34
	Weniger gut	16	16	15	15
	Schlecht	5	4	4	5
	Keine Angabe	1	0	1	1
2008	Sehr gut	10	9	12	8
	Gut	34	35	37	38
	Zufriedenstellend	31	37	31	35
	Weniger gut	17	14	16	15
	Schlecht	8	4	4	4
	Keine Angabe	0	1	0	0
2011	Sehr gut	17	11	13	9
	Gut	35	38	41	38
	Zufriedenstellend	22	33	29	33
	Weniger gut	19	15	14	15
	Schlecht	8	4	4	4
	Keine Angabe	0	0	0	0
2013	Sehr gut	18	10	15	9
	Gut	34	37	38	38
	Zufriedenstellend	27	33	28	34
	Weniger gut	15	16	14	15
	Schlecht	5	4	4	4
	Keine Angabe	0	1	0	0

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C5 Gesundheitsförderndes Handeln

Häufigkeit von aktiver sportlicher Betätigung nach Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
in %					
2005	Mindestens 1 x die Woche	19	41	24	34
	Mindestens 1 x im Monat	7	8	7	8
	Seltener	19	16	18	18
	Nie	55	35	51	40
	Keine Angabe	1	0	1	1
2008	Mindestens 1 x die Woche	28	48	28	42
	Mindestens 1 x im Monat	9	8	8	8
	Seltener	17	15	18	19
	Nie	46	28	45	30
	Keine Angabe	0	1	1	1
2011	Mindestens 1 x die Woche	29	45	30	39
	Mindestens 1 x im Monat	4	6	5	7
	Seltener	17	16	18	15
	Nie	49	31	46	38
	Keine Angabe	0	2	1	1
2013*	Täglich bis mindestens 1 x die Woche	39	58	40	51
	Mindestens 1 x im Monat	5	5	6	5
	Seltener	11	12	15	14
	Nie	45	25	38	30
	Keine Angabe	0	0	1	1

*Mit der Befragung in Welle 2013 wurden die Antwortitems von vier auf fünf Ausprägungen verändert: Die Ausprägung „Täglich“ wurde hinzugefügt. Im Sinne der Kontinuität der Datenreihen wurden die Items „Täglich“ und „Mindestens 1x die Woche“ für den HIM zusammengefasst.

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C6 Bürgerschaftliches Engagement

Häufigkeit der ehrenamtlichen Tätigkeit in Vereinen, Verbänden oder sozialen Diensten nach Migrationshintergrund in einer Selbstauskunft

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
in %					
2005	Jede Woche	3	13	6	10
	Jeden Monat	7	11	4	9
	Seltener	11	14	9	15
	Nie	77	61	80	64
	Keine Angabe	2	1	1	1
2008	Jede Woche	5	13	6	11
	Jeden Monat	5	10	3	8
	Seltener	8	13	7	11
	Nie	82	65	83	69
	Keine Angabe	0	0	1	1
2011	Jede Woche	3	13	7	12
	Jeden Monat	6	11	5	9
	Seltener	9	16	12	14
	Nie	80	60	76	64
	Keine Angabe	2	1	1	1
2013*/**	Täglich bis 1x die Woche	7	15	10	13
	Jeden Monat	7	11	7	8
	Seltener	5	13	9	11
	Nie	81	61	74	67
	Keine Angabe	0	0	1	1

*Aus den Auswertungen 2013 geht hervor, wie hoch der Anteil war, in dessen Fragebogenversion diese Frage nicht enthalten war. Dafür kann es verschiedene Gründe geben, z.B. reduzierte Fragebogenumfang wg. Erstbefragung etc. Bei Personen mit MH war der Anteil mit knapp einem Drittel (1,7% ohne MH vs 33,4 % mit MH) sehr hoch.

**Mit der Befragung in Welle 2013 wurden die Antwortitems von vier auf fünf Ausprägungen verändert: Die Ausprägung „Täglich“ wurde hinzugefügt. Im Sinne der Kontinuität der Datenreihen wurden die Items „Täglich“ und „Mindestens 1x die Woche“ für den HIM zusammengefasst.

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C7 Wahlberechtigte mit Migrationshintergrund

Anteil der Deutschen mit Migrationshintergrund an allen Deutschen im Alter von 18 und mehr Jahren

Jahr	Geschlecht	in %
2005	männlich	10,9
	weiblich	10,4
	insgesamt	10,7
2009	männlich	12,7
	weiblich	12,1
	insgesamt	12,4
2011*	männlich	11,4
	weiblich	11,2
	insgesamt	11,3
2013	männlich	11,7
	weiblich	11,2
	insgesamt	11,5

* Ab 2011 geringfügige Änderung der Definition des Migrationshintergrundes, s. dazu Abschnitt 2.4.

Quelle: Mikrozensus

C8 Politisches Engagement

Häufigkeit der Mitwirkung in Parteien, der Kommunalpolitik, Bürgerinitiativen in einer Selbsteinschätzung

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		in %			
2005	Jede Woche	0	3	0	1
	Jeden Monat	1	2	1	2
	Seltener	6	7	4	8
	Nie	90	86	94	88
	Keine Angabe	3	1	1	1
2008	Jede Woche	1	1	0	1
	Jeden Monat	0	2	1	2
	Seltener	7	7	6	8
	Nie	91	89	93	89
	Keine Angabe	0	1	1	1
2011	Jede Woche	1	2	1	1
	Jeden Monat	1	2	1	2
	Seltener	3	8	5	7
	Nie	93	87	93	90
	Keine Angabe	2	2	1	1
2013*/**	Täglich bis 1x die Woche	0	1	1	1
	Jeden Monat	1	2	1	2
	Seltener	6	9	7	10
	Nie	93	88	90	86
	Keine Angabe	0	0	1	1

*Aus den Auswertungen 2013 geht hervor, wie hoch der Anteil war, in dessen Fragebogenversion diese Frage nicht enthalten war. Dafür kann es verschiedene Gründe geben, z.B. reduzierte Fragebogenumfang wg. Erstbefragung etc. Bei Personen mit MH war der Anteil mit knapp einem Drittel (1,7% ohne MH vs 33,4 % mit MH) sehr hoch.

**Mit der Befragung in Welle 2013 wurden die Antwortitems von vier auf fünf Ausprägungen verändert: Die Ausprägung „Täglich“ wurde hinzugefügt. Im Sinne der Kontinuität der Datenreihen wurden die Items „Täglich“ und „Mindestens 1x die Woche“ für den HIM zusammengefasst.

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

C9 Tatverdächtige

Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Jahr	Geschlecht	Personengruppe	Alter in Jahren	Tatverdächtige		
				insgesamt	Aus- länder/ -innen ¹	Deutsche
				Anzahl	in %	
2005	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	16.703	24,1	75,9
		Heranwachsende	18 bis unter 21	13.614	24,9	75,1
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	16.616	28,5	71,5
		Erwachsene	25 und älter	91.358	25,9	74,1
		zusammen		138.291	25,9	74,1
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	11.898	25,8	74,2
		Heranwachsende	18 bis unter 21	10.632	25,5	74,5
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	12.903	29,2	70,8
		Erwachsene	25 und älter	70.098	26,8	73,2
		zusammen		105.531	26,9	73,1
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	4.805	19,8	80,2
		Heranwachsende	18 bis unter 21	2.982	22,7	77,3
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	3.713	26,2	73,8
		Erwachsene	25 und älter	21.260	23,1	76,9
zusammen			32.760	22,9	77,1	
2009	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	15.410	21,6	78,4
		Heranwachsende	18 bis unter 21	13.713	23,8	76,2
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	15.772	26,5	73,5
		Erwachsene	25 und älter	89.520	26,4	73,6
		zusammen		134.415	25,6	74,4
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	10.827	22,8	77,2
		Heranwachsende	18 bis unter 21	10.684	23,8	76,2
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	12.301	26,3	73,7
		Erwachsene	25 und älter	67.919	27,1	72,9
		zusammen		101.731	26,2	73,8
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	4.583	18,6	81,4
		Heranwachsende	18 bis unter 21	3.029	24,0	76,0
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	3.471	27,2	72,8
		Erwachsene	25 und älter	21.601	24,4	75,6
zusammen			32.684	23,8	76,2	

Jahr	Geschlecht	Personengruppe	Alter in Jahren	Tatverdächtige		
				insgesamt	Ausländer/-innen ¹	Deutsche
				Anzahl	in %	
2011	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	13.349	21,9	78,1
		Heranwachsende	18 bis unter 21	12.928	23,3	76,7
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	16.264	28,0	72,0
		Erwachsene	25 und älter	87.921	27,7	72,3
		zusammen		130.462	26,7	73,3
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	9.192	23,0	77,0
		Heranwachsende	18 bis unter 21	9.989	23,3	76,7
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	12.678	27,9	72,1
		Erwachsene	25 und älter	66.659	28,5	71,5
		zusammen		98.518	27,4	72,6
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	4.157	19,5	80,5
		Heranwachsende	18 bis unter 21	2.939	23,1	76,9
Jungerwachsene		21 bis unter 25	3.586	28,5	71,5	
Erwachsene		25 und älter	21.262	24,9	75,1	
zusammen			31.944	24,4	75,6	
2013	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	12.057	22,3	77,7
		Heranwachsende	18 bis unter 21	12.918	25,5	74,5
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	16.906	29,2	70,8
		Erwachsene	25 und älter	90.763	29,4	70,6
		zusammen		132.644	28,3	71,7
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	8.419	23,4	76,6
		Heranwachsende	18 bis unter 21	9.961	25,8	74,2
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	13.140	29,5	70,5
		Erwachsene	25 und älter	69.175	30,5	69,5
		zusammen		100.695	29,3	70,7
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	3.638	20,0	80,0
		Heranwachsende	18 bis unter 21	2.957	24,5	75,5
Jungerwachsene		21 bis unter 25	3.766	28,2	71,8	
Erwachsene		25 und älter	21.588	25,7	74,3	
zusammen			31.949	25,2	74,8	

¹ Tatverdächtige Ausländer bei Straftaten insgesamt, jedoch ohne Verstöße gegen das Aufenthalts-, das Asylverfahrens- und das Freizügigkeitsgesetz/EU; ohne Tatverdächtige Illegale, der Stationierungstreitkräfte und Touristen/Durchreisende

² Daten des Jahres 2009 sind aufgrund der erstmaligen „Echt-Tatverdächtigenzählung“ auf Bundesebene nicht mit den Vorjahren vergleichbar

Quelle: Polizeiliche Kriminalstatistik

C10 Verurteilte

Verurteilte nach Staatsangehörigkeit und Altersgruppen

Jahr	Geschlecht	Personengruppe	Alter in Jahren	Verurteilte		
				insgesamt	Aus- länder/ -innen ¹	Deutsche
				Anzahl	in %	
2005	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	3.815	25,9	74,1
		Heranwachsende	18 bis unter 21	4.838	23,3	76,7
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	8.889	30,8	69,2
		Erwachsene	25 und älter	40.931	28,4	71,6
		zusammen		58.473	28,5	71,5
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	3.215	26,6	73,4
		Heranwachsende	18 bis unter 21	4.153	24,0	76,0
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	7.321	31,2	68,8
		Erwachsene	25 und älter	32.939	29,0	71,0
		zusammen		47.628	29,1	70,9
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	600	21,8	78,2
		Heranwachsende	18 bis unter 21	685	19,6	80,4
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	1.568	29,0	71,0
		Erwachsene	25 und älter	7.992	25,8	74,2
zusammen			10.845	25,8	74,2	
2009	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	3.563	21,4	78,6
		Heranwachsende	18 bis unter 21	4.601	21,1	78,9
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	7.775	26,0	74,0
		Erwachsene	25 und älter	37.602	27,2	72,8
		zusammen		53.541	26,1	73,9
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	2.931	22,4	77,6
		Heranwachsende	18 bis unter 21	3.978	21,1	78,9
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	6.460	26,5	73,5
		Erwachsene	25 und älter	30.072	28,0	72,0
		zusammen		43.441	26,8	73,2
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	632	16,8	83,2
		Heranwachsende	18 bis unter 21	623	21,0	79,0
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	1.315	23,7	76,3
		Erwachsene	25 und älter	7.530	24,0	76,0
zusammen			10.100	23,4	76,6	

Jahr	Geschlecht	Personengruppe	Alter in Jahren	Verurteilte		
				insgesamt	Aus- länder/ -innen ¹	Deutsche
				Anzahl	in %	
2011	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	3.420	24,9	75,1
		Heranwachsende	18 bis unter 21	4.439	24,0	76,0
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	7.907	29,9	70,1
		Erwachsene	25 und älter	37.523	31,4	68,6
		zusammen		53.289	30,2	69,8
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	2.784	25,0	75,0
		Heranwachsende	18 bis unter 21	3.789	23,9	76,1
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	6.459	30,2	69,8
		Erwachsene	25 und älter	29.729	32,4	67,6
		zusammen		42.761	30,9	69,1
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	636	24,1	75,9
		Heranwachsende	18 bis unter 21	650	24,9	75,1
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	1.448	28,5	71,5
		Erwachsene	25 und älter	7.794	27,6	72,4
		zusammen		10.528	27,3	72,7
2013	insgesamt	Jugendliche	14 bis unter 18	2.559	24,4	75,6
		Heranwachsende	18 bis unter 21	3.643	24,2	75,8
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	7.526	32,7	67,3
		Erwachsene	25 und älter	36.123	34,3	65,7
		zusammen		49.851	32,8	67,2
	männlich	Jugendliche	14 bis unter 18	2.099	25,1	74,9
		Heranwachsende	18 bis unter 21	3.058	24,5	75,5
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	6.073	32,9	67,1
		Erwachsene	25 und älter	28.743	35,4	64,6
		zusammen		39.973	33,6	66,4
	weiblich	Jugendliche	14 bis unter 18	460	21,1	78,9
		Heranwachsende	18 bis unter 21	585	22,4	77,6
		Jungerwachsene	21 bis unter 25	1.453	31,9	68,1
		Erwachsene	25 und älter	7.380	30,0	70,0
		zusammen		9.878	29,4	70,6

¹ ohne Verurteilte der Stationierungsstreitkräfte

Quelle: Strafverfolgungsstatistik

D1 Kenntnis der deutschen Sprache

D1a Zusammenhang zwischen sprachlicher Entwicklung und familiärer Sprachsituation

Herkunftsland (Region)		Familiensprache		
		nur Deutsch	Deutsch und weitere Sprache(n)	nicht Deutsch
Deutschland	Anteil Familiensprache	96,1	3,9	0,1
	Anteil auffällig	14,9	11,7	17,6
Türkei	Anteil Familiensprache	2,7	87,2	10,1
	Anteil auffällig	29,5	31,9	44
GUS/Osteuropa	Anteil Familiensprache	8,7	78,3	13
	Anteil auffällig	18,8	22	35
Europ. Mittelmeerländer	Anteil Familiensprache	6	81,7	12,3
	Anteil auffällig	21,8	22	36,6
Arabischer Raum	Anteil Familiensprache	3,8	81	15,3
	Anteil auffällig	24,4	28,4	44
Nord- und sonst. Westeuropa	Anteil Familiensprache	10,4	74,2	15,5
	Anteil auffällig	20	19,1	27,4
(Schwarz-)Afrika	Anteil Familiensprache	6,2	80,1	13,7
	Anteil auffällig	29,6	22,7	32,8
Asien	Anteil Familiensprache	4,8	72,9	22,3
	Anteil auffällig	25,4	24,7	40,7
Lateinamerika	Anteil Familiensprache	4,6	81,9	13,5
	Anteil auffällig	13,3	18,6	44,2
Sonstige Staaten	Anteil Familiensprache	11,5	75,5	13
	Anteil auffällig	19,3	25,7	26,7

Der Anteil der sprachauffälligen Kinder entstammt der zusammenfassenden Beurteilung zum Sprachstand in der Schuleingangsuntersuchung, das sich aus den S-ENS-Tests und dem Untersuchungsverlauf bildet.

Er bezieht sich auf alle Kinder mit derselben Herkunft. Der Anteil der Familiensprache bezieht sich auf alle Familien mit Migrationshintergrund aus der jeweiligen Herkunftsregion.

Quelle: Hessische Schuleingangsuntersuchung 2014 (Hessisches Sozialministerium 2015c)

D1b Deutschkenntnisse von Personen mit Migrationshintergrund in einer Selbsteinschätzung

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		Anteil der Personen in %, die selbst und deren Eltern nicht Deutsch als Muttersprache sprechen			
		Sprechkompetenz	Schreibkompetenz	Sprechkompetenz	Schreibkompetenz
2005	sehr gut	27	17	34	26
	gut	33	23	33	23
	es geht	28	25	22	22
	eher schlecht	9	22	9	18
	gar nicht	2	13	1	10
	keine Angabe	0	1	1	1
2008	sehr gut	34	25	40	32
	gut	37	37	33	27
	es geht	21	9	18	19
	eher schlecht	5	19	7	14
	gar nicht	1	9	1	7
	keine Angabe	2	2	1	2
2011	sehr gut	47	42	46	38
	gut	33	24	33	28
	es geht	15	17	16	19
	eher schlecht	5	12	5	11
	gar nicht	0	5	1	4
	keine Angabe	0	0	1	1
2013	sehr gut	46	40	49	43
	gut	33	26	31	27
	es geht	16	18	15	19
	eher schlecht	4	11	4	8
	gar nicht	1	4	1	3
	keine Angabe	0	0	0	1

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

D2 Gebrauch der deutschen Sprache

Überwiegender Gebrauch des Deutschen oder der Heimatsprache in einer Selbsteinschätzung

Jahr	Überwiegender Sprachgebrauch	Hessen	Alte Bundesländer
		Anteil an den Personen mit Migrationshintergrund, die selbst und deren beide Eltern Deutsch nicht als Muttersprache sprechen	
		in %	
2005	Deutsch	32	43
	Heimatsprache	22	22
	Teils-teils	46	33
	Keine Angabe	0	2
2008	Deutsch	42	49
	Heimatsprache	9	16
	Teils-teils	46	33
	Keine Angabe	3	3
2011	Deutsch	50	54
	Heimatsprache	9	10
	Teils-teils	39	34
	Keine Angabe	2	3
2013*	Deutsch	53	61
	Heimatsprache	8	8
	Teils-teils	34	27
	Keine Angabe	5	5

*Aus den Auswertungen 2013 geht hervor, wie hoch der Anteil war, in dessen Fragebogenversion diese Frage nicht enthalten war. Dafür kann es verschiedene Gründe geben, z.B. reduzierte Fragebogenumfang wg. Erstbefragung etc. Bei Personen mit MH war der Anteil mit knapp einem Drittel (1,7% ohne MH vs 33,4 % mit MH) sehr hoch.

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

D3 Religionszugehörigkeit

D3a Frage: „Gehören Sie einer der folgenden Religionsgemeinschaften an? ...“

	Personen mit MH	Personen ohne MH
	in %	
evangelisch	21	45
katholisch	29	24
andere christliche Religionen	4	2
muslimisch	20	0
sonstige	3	1
konfessionslos	16	28
keine Angabe	7	0

Quelle: repräsentative Erhebung im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, 2013

zum Vergleich:

D3b Zugehörigkeit zu einer Religionsgemeinschaft nach Migrationshintergrund

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		in %			
2007	katholisch	38	21	35	39
	evangelisch	15	59	20	41
	andere christliche Religionsgemeinschaft	15	2	10	1
	Islamische Religionsgemeinschaft	20	0	21	0
	andere Religionsgemeinschaft	2	0	1	0
	Konfessionslos	10	19	13	19
	keine Angabe	0	0	0	0
2011	katholisch	36	18	38	37
	evangelisch	16	56	19	39
	andere christliche Religionsgemeinschaft	9	2	9	1
	Islamische Religionsgemeinschaft	19	0	17	0
	andere Religionsgemeinschaft	2	0	1	0
	Konfessionslos	17	24	15	22
	keine Angabe	1	0	1	0
2013	nicht erhoben				

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

D4 Religiosität

Frage: „Würden Sie von sich sagen, dass Sie religiös sind?“

Ausprägungen	Personen mit MH	Personen ohne MH
	in %	
sehr religiös	16	9
eher religiös	46	44
eher nicht religiös	20	26
gar nicht religiös	17	21
keine Angabe	1	0

Quelle: repräsentative Erhebung im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, 2013

D5 Religionsausübung

D5a Frage: „Wenn Sie an die letzten 12 Monate denken – wie oft besuchten Sie Gottesdienste, Gemeinschaftsgebete oder andere religiöse Feiern?“

Ausprägungen	Personen mit MH	Personen ohne MH
	in %	
mindestens einmal wöchentlich	11	8
etwa einmal monatlich	18	17
seltener	46	46
nie	25	29
keine Angabe	0	0

Quelle: repräsentative Erhebung im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, 2013

zum Vergleich:

D5b Glaubenspraxis - Kirchengang, Besuch religiöser Veranstaltungen

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		in %			
2005	Mindestens 1 x die Woche	20	6	13	10
	Mindestens 1 x im Monat	5	9	11	10
	Seltener	21	38	29	35
	Nie	52	46	47	44
	Keine Angabe	2	1	1	1
2008	Mindestens 1 x die Woche	13	6	13	9
	Mindestens 1 x im Monat	8	10	10	9
	Seltener	29	38	31	33
	Nie	50	46	46	48
	Keine Angabe	0	0	0	1
2011	Mindestens 1 x die Woche	10	6	11	9
	Mindestens 1 x im Monat	14	10	9	10
	Seltener	25	33	29	31
	Nie	50	50	50	50
	Keine Angabe	1	1	1	0
2013*/**	Täglich bis mind. 1x die Woche	9	7	11	9
	Mindestens 1 x im Monat	10	9	11	9
	Seltener	34	31	28	30
	Nie	47	52	50	51
	Keine Angabe	0	0	1	1

*Aus den Auswertungen 2013 geht hervor, wie hoch der Anteil war, in dessen Fragebogenversion diese Frage nicht enthalten war. Dafür kann es verschiedene Gründe geben, z.B. reduzierte Fragebogenumfang wg. Erstbefragung etc. Bei Personen mit MH war der Anteil mit knapp einem Drittel (1,7% ohne MH vs 33,4 % mit MH) sehr hoch.

**Mit der Befragung in Welle 2013 wurden die Antwortitems von vier auf fünf Ausprägungen verändert: Die Ausprägung „Täglich“ wurde hinzugefügt. Im Sinne der Kontinuität der Datenreihen wurden die Items „Täglich“ und „Mindestens 1x die Woche“ für den HIM zusammengefasst.

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

E1 Lebensgefühl in Hessen

Frage: „Wie wohl fühlen Sie sich in Hessen?“

	Ausprägungen	Personen mit MH	Personen ohne MH
		in %	
2011	sehr wohl	56	59
	eher wohl	30	35
	eher nicht wohl	11	4
	gar nicht wohl	3	1
	keine Angabe	0	1
2013	sehr wohl	64	61
	eher wohl	32	34
	eher nicht wohl	2	3
	gar nicht wohl	1	2
	keine Angabe	1	0

Quelle: repräsentative Erhebungen im Auftrag des Hessischen Ministeriums der Justiz, für Integration und Europa, 2011 und 2013

E2a Gefühl Deutsche(r) zu sein

Frage: „Wie sehr fühlen Sie sich als Deutscher?“

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit MH ¹	ohne deutsche Staatsangehörigkeit	mit MH ¹	ohne deutsche Staatsangehörigkeit
		in %			
2003	Voll und ganz	15	6	24	10
	Überwiegend	25	20	24	21
	In mancher Beziehung	31	37	25	31
	Kaum	21	25	15	21
	Gar nicht	9	12	11	16
	Keine Angabe	0	0	1	2
2010	Voll und ganz	14	3	18	7
	Überwiegend	25	23	26	23
	In mancher Beziehung	31	40	28	33
	Kaum	17	17	16	20
	Gar nicht	13	18	12	17
	Keine Angabe	1	0	0	0
2012	Voll und ganz	30	10	37	11
	Überwiegend	33	34	26	27
	In mancher Beziehung	24	34	24	38
	Kaum	9	18	8	14
	Gar nicht	3	4	5	8
	Keine Angabe	1	0	1	1

¹Personen mit MH und deutscher Staatsangehörigkeit wurden nur befragt, wenn sie die deutsche Staatsangehörigkeit nicht seit der Geburt besitzen

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

E3 Sorgen wegen Ausländerfeindlichkeit

Besorgtheit um Ausländerfeindlichkeit und Fremdenhass in einer Selbstauskunft

Jahr	Ausprägungen	Hessen		Alte Bundesländer	
		mit	ohne	mit	ohne
		Migrationshintergrund			
		in %			
2005	Große Sorgen	33	26	30	30
	Einige Sorgen	46	53	49	50
	Keine Sorgen	20	20	20	19
	Keine Angabe	2	1	1	1
2008	Große Sorgen	25	24	25	24
	Einige Sorgen	53	56	51	55
	Keine Sorgen	22	20	24	21
	Keine Angabe	1	1	1	1
2011	Große Sorgen	20	21	20	18
	Einige Sorgen	45	55	49	55
	Keine Sorgen	29	22	30	26
	Keine Angabe	5	2	1	2
2013	Große Sorgen	20	19	18	19
	Einige Sorgen	48	58	46	56
	Keine Sorgen	32	23	35	25
	Keine Angabe	0	0	1	1

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

E4 Erfahrung von Benachteiligung aufgrund der Herkunft

Frage: „Wie häufig haben Sie persönlich innerhalb der letzten beiden Jahre die Erfahrung gemacht, hier in Deutschland aufgrund Ihrer Herkunft benachteiligt worden zu sein?“

Jahr	Ausprägungen	Hessen; mit Migrationshintergrund ¹	Alte Bundesländer mit Migrationshintergrund ¹
		in %	
2005	Häufig	9	6
	Selten	38	37
	Nie	52	56
	Keine Angabe	1	2
2008	Häufig	13	8
	Selten	33	32
	Nie	53	59
	Keine Angabe	1	1
2011	Häufig	20	19
	Selten	48	56
	Nie	32	25
	Keine Angabe	0	1
2013	Häufig	8	8
	Selten	26	28
	Nie	64	63
	Keine Angabe	2	1

¹ Bei dieser Frage werden nicht alle Personen mit Migrationshintergrund befragt, sondern nur diejenigen, die keine deutsche Staatsangehörigkeit besitzen und diese nicht mit der Geburt erworben haben. Im Jahr 2011 gibt es eine Besonderheit: Alle zum ersten Mal Befragten (Auffrischungssample J) mussten diese Frage nur dann beantworten, wenn sie angaben, sie selbst und/oder einer ihrer beiden Elternteile sprächen Deutsch nicht als Muttersprache.

Quelle: SOEP, gewichtete Werte

Anhang 2:

Die Indikatoren der Berichterstattung zum Integrationsmonitoring der Länder (Stand 2013)

In diesem Anhang sind die von der länderoffenen Arbeitsgruppe „Indikatorenentwicklung und Monitoring“ entwickelten und im zweiten Bericht zum Integrationsmonitoring der Länder verwendeten Indikatoren aufgeführt.

- A1: Bevölkerung
- A2: Zu- und Fortzüge
- A3: Volljährige Deutsche mit Migrationshintergrund
- A4: Wahlberechtigte Deutsche mit Migrationshintergrund
- A5: Lebensformen

- B1: Ausländerinnen und Ausländer nach Aufenthaltsstatus
- B2a: Einbürgerungsquote I
- B2b: Einbürgerungsquote II

- C1a: Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen
- C1b: Betreuungsquote von Kindern im Alter von unter 3 Jahren
- C2a: Kinder im Alter von 3 bis unter 6 Jahren in Kindertageseinrichtungen
- C2b: Betreuungsquote von Kindern im Alter von 3 bis unter 6 Jahren
- C3: Kinder mit nichtdeutscher Familiensprache in Kindertageseinrichtungen
- C4: Sprachförderbedarf bei Vorschulkindern
- C5: Bestandene Sprachprüfungen zum Integrationskurs

- D1: Schülerinnen und Schüler in der 8. Klasse nach Schulformen
- D2: Schulabgängerinnen und Schulabgänger nach erreichten Abschlüssen
- D3: Höchster allgemeinbildender Schulabschluss
- D4: Studienerfolgsquote
- D5: Ausbildungsbeteiligungsquote
- D6: Auszubildende nach Ausbildungsbereichen
- D7: Höchster beruflicher Abschluss

- E1a: Erwerbstätigenquote
 - E1b: Erwerbsquote
 - E2: Stellung im Beruf
 - E3: Geringfügige Beschäftigung
 - E4: Erwerbslosenquote (ILO-Konzept)
 - E5: Arbeitslosenquote
 - E6a: Armutsrisikoquote I
 - E6b: Armutsrisikoquote II
 - E7: Quelle des überwiegenden Lebensunterhalts
 - E8: Bezieherinnen und Bezieher von Leistungen nach SGB II
-
- F1: Inanspruchnahme der Früherkennungsuntersuchung U8
-
- G1: Eigentümerquote
 - G2: Wohnfläche je Familienmitglied
-
- H1: Tatverdächtige
 - H2: Verurteilte
-
- I1: Beschäftigte im Öffentlichen Dienst
 - I2: Abgeordnete in Landesparlamenten nach Migrationshintergrund

Anhang 3: Die „Core Indicators“ der Europäischen Union

Politischer Bereich	Indikatoren
Beschäftigung	<ul style="list-style-type: none"> • Beschäftigungsquote • Arbeitslosenquote • Erwerbsquote
Bildung	<ul style="list-style-type: none"> • Höchster Bildungsabschluss (Bevölkerungsanteil mit Hochschul-, Sekundar- und Grundschulbildung oder weniger als Grundschulbildung) • Anteil leistungsschwacher 15-Jähriger in Lesen, Mathematik und Wissenschaft • Anteil 30- bis 34-Jähriger mit Hochschulabschluss • Anteil vorzeitiger Schul- und Ausbildungsabbrecher
Soziale Eingliederung	<ul style="list-style-type: none"> • Nettomedianeinkommen – das Nettomedianeinkommen der Einwanderungsbevölkerung als Anteil des Nettomedianeinkommens der Gesamtbevölkerung • Quote der Armutgefährdung – Bevölkerungsanteil mit verfügbarem Einkommen von weniger als 60 Prozent des nationalen Medianeinkommens • Bevölkerungsanteil, der seinen Gesundheitszustand als gut oder schlecht betrachtet • Verhältnis von Hauseigentümern/Nichteigentümern unter Einwanderern und der Gesamtbevölkerung
Aktive Bürgerschaft	<ul style="list-style-type: none"> • Der Anteil der Einwanderer, die die Staatsbürgerschaft erlangt haben • Der Anteil der Einwanderer mit ständiger oder langfristiger Aufenthaltserlaubnis • Der Anteil der Einwanderer unter gewählten Vertretern

Quelle: http://ec.europa.eu/ewsi/de/EU_actions_integration.cfm

Impressum

Hessisches Ministerium für Soziales und Integration

Dostojewskistraße 4
65187 Wiesbaden
Telefon 0611/817
Telefax 0611/809 399
www.soziales.hessen.de
www.integrationskompass.de

Referat VI 5 – Integrationsforschung, Monitoring

Dr. Ingrid Wilkens
Gabriela Fuhr
Maja Waldmüller

Mit Unterstützung von

Daniela Lotz
Sabrina Sterzinger
Redaktion: Esther Walter (verantwortlich)

Gestaltung

herzwerk Kommunikationsdesign
Michaela Hempel, Martinstraße 17, 65189 Wiesbaden

Druck

Hausdruck

Stand: Dezember 2015

Hinweis zur Verwendung der Broschüre

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern, Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Europa-, Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlkampfveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem/der Empfänger/in zugegangen ist. Den Parteien ist jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder zu verwenden.

HESSEN



**Hessisches Ministerium für
Soziales und Integration**

Dostojewskistraße 4
65187 Wiesbaden
Telefon 0611/817
Telefax 0611/809399

www.soziales.hessen.de
www.integrationskompass.de